REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 363 · 9.2.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5 mit quellengeprüften Ergänzungen aus akArchiv.3. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5 mit quellengeprüften Ergänzungen aus akArchiv.3, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die Ostgrenze: Für Flüchtlinge geschlossen
2. Spenden-Ergebnis seit ak 362
3. Chile: "Innere Sicherheit" im Neoliberalismus - Chile AG Braunschweig
4. Cizre wird systematisch entvölkert - Türkei- und Kurdistan-Gruppe Freiburg/Cizre- Freundschaftsverein
5. Robert Hue und die "kommunistische Identität" - Js.
6. Präsidentenkür - die Zweite. Union versucht's mit Roman Herzog - ES, Hamburg
7. Rote Karte für den DFB - Dietrich Schulze- Marmeling
8. "Der Sand ist abgetragen, jetzt stoßen wir auf Granit." Krise und Umstrukturierung der Autoindustrie. Teil 2 - J., Westberlin
9. Zwischen Null- und Minusrunde. Die Veränderung der Tariflandschaft durch "betriebliche Gestaltungsspielräume" - gg.
10. (Nicht länger) Geheim. Broschürenvorstellung
11. Bad Kleinen ad acta? Interview mit dem Rechtsanwalt der Eltern von Wolfgang Grams (aus: Junge Welt, 14.1.94)
12. 23 Stunden Totalisolation - Birgit Hogefeld
13. Ein Mythos: Der gute Ruf des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich - Florian Schmaltz
14. Der V-Mann für die Killfahndung. Der Dritte Mann in Bad Kleinen: Klaus Steinmetz - Genossen des Kommunistischen Bundes, Berlin
15. Broschüre zu Klaus Steinmetz - Broschüre zu Klaus Steinmetz
16. Nazi-Zeitung "Junge Freiheit" erscheint wöchentlich - ES, Hamburg
17. Das Scheringer-Interview in der "Jungen Freiheit" - ES, Hamburg
18. "Flüchtlings- und Migrationsfluten eindämmen ..." Die Ostgrenze soll zur Festung werden - Jelpke/Maurer
19. Nationalsozialdemokraten - Rechte Ableger in der SPD. Der Hofgeismarer Kreis und seine innerparteilichen Sympathisanten - Bernhard
20. Spendenaktion für die Opfer von KZ-Experimenten an Menschen - J., Westberlin
21. "Vaterlandsverrat". Eine Kampagne der deutschen Rechten gegen die SPD und die Entspannungspolitik - he., Hamburg
22. Wie angepaßt oder oppositionell ist die PDS? Briefwechsel zwischen der AG "Junge GenossInnen" und Bisky sowie Gysi (Dokumentation)
23. Gesellschaft oder Isolation. "In der RAF war auch immer etwa emanzipatorisches" (Teil 1). - Lutz Taufer
24. Wer regiert in Osteuropa? Teil 2: Die baltischen Republiken und die GUS - Kt.
25. Heute sagen wir: Basta! Mexiko - Zapata reitet wieder - Stephanie und Boris, Mexiko-Stadt
26. Zeitbombe Armut - Stephanie und Boris, Mexiko-Stadt
27. Venezuela: Neoliberale Modernisierung und politische Instabilität - Al., Nürnberg
28. Träger von Befreiung oder Opfer von Befriedung? 2. Teil: Die KP der Philippinen ... (Rainer Werning
29. Bewaffneter Humanismus. Militärinterventionen und ethnozentristische Konflikte in der Neuen Weltordnung - Kurt, Westberlin
30. Der Mikrokosmos Italiens: FIAT (Buchvorstellung) - S.K.
31. "Wählt Heitmann!" Wie Hermann L. Gremliza einmal Karl Kraus überflügeln wollte - Js.
32. Betr.: Havemann, ak 362 - Nachtrag
33. Erinnerungen eines Geretteten. Primo Levi im Gespräch - Buchvorstellung - Js.
34. Solidarität mit Özgür Gündem
35. LeserInnenbriefe
36. Der aktuelle Pannenbericht
37. Quelldatei 35.htm
38. Quelldatei 37.htm

39. Haftbefehl gegen Birgit Hogefeld
40. Quelldatei chile.htm
41. BILD beleidigt - Edzard Reuter trifft Gregor Gysi
42. Quelldatei fort-s1.htm
43. Quelldatei kmex.htm
44. Zeitbombe Armut
45. Quelldatei reents.htm
46. Nationalsozialdemokraten
47. Der V-Mann
48. Zwischen Null-
49. Quelldatei spende.htm

1. Die Ostgrenze: Für Flüchtlinge geschlossen

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kommentare zu aktuellen Geschehen; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/vorasyl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:vorasyl

Das im Mai 1993 abgeschlossene Asyl-Abkommen zwischen Deutschland und Polen hat sich nach offizieller Auskunft beider Seiten "bewährt".

Aus polnischer Sicht heißt das: Die Befürchtung, daß Deutschland versuchen würde, zigtausende Asylsuchende auf Polen abzuwälzen, hat sich bisher nicht bewahrheitet. Mit nur knapp 2.700 abgeschobenen Flüchtlingen blieb die Zahl weit unter dem Limit von 10.000, das die beiden Regierungen für das erste Jahr Laufzeit des Abkommens vereinbart hatten. Nur in 28 Fällen war zwischen beiden Staaten strittig, ob die BRD zur Abschiebung nach Polen berechtigt war. Man hatte auf eine sehr viel höhere Zahl von Streitfällen gefaßt sein müssen.

Aus deutscher Sicht bedeutet das Prädikat "bewährt": Das Ziel, die Gesamtzahl der in die BRD kommenden Flüchtlinge deutlich zu senken und damit den seit mehreren Jahren ansteigenden Trend zu brechen, wurde voll erreicht. Dazu hat selbstverständlich nicht nur das Abkommen zwischen Bonn und Warschau, sondern mehr noch die drastische Verschlechterung des deutschen Asylrechts beigetragen.

In der ersten Jahreshälfte 1993 wurden in der BRD 225.000 Asylanträge gestellt, im zweiten Teil des Jahres nur noch knapp 100.000. Auf das ganze Jahr bezogen bedeutet das gegenüber 1992 einen Rückgang um 25 Prozent, während es von 1991 auf 1992 noch einen Anstieg um 71 Prozent gegeben hatte. Vergleicht man nur die zweite Jahreshälfte 1993 - also seit Inkrafttreten des neuen deutschen Asylrechts - mit dem gleichen Zeitraum 1992, so beträgt der Rückgang sogar über 60 Prozent. Bereits im Mai 1993 hatte sich die Trendwende abgezeichnet. Besonders stark ist der Rückgang bei der größten Gruppe von Flüchtlingen, den aus Rumänien kommenden: Im April 1993 waren es 12.600 gewesen, im Dezember nur noch 784.

Insoweit ist bisher das Kalkül der Bonner Politiker voll aufgegangen, daß die Abschottung der deutschen Grenzen nicht zu einem Flüchtlingsstau in Polen führt, sondern zu einer präventiven Abschreckung von Asylsuchenden bereits im Heimatland und somit sogar zu einer Entspannung der Situation in Polen: Die Zahl der Ausländer, die illegal nach Polen zu kommen versuchen, hat sich von 1992 auf 1993 ungefähr halbiert. Die Zahl der Flüchtlinge, die von der BRD nach Polen zurückgeschickt werden, ist jetzt weit niedriger als vor Inkrafttreten des Abkommens.

Dennoch herrscht in Bonn noch nicht volle Zufriedenheit. Erstens ist zu vermuten, daß die BRD sich bisher noch vergleichsweise Zurückhaltung auferlegt hat, die Möglichkeiten sowohl des neuen Asylrechts als auch des Abkommens mit Polen voll auszuschöpfen und dabei auch Konflikte zu riskieren. Zweitens wird nun deutlich, daß man in Bonn mit der bisherigen polnischen Praxis gegenüber Flüchtlingen noch längst nicht einverstanden ist und jetzt den Zeitpunkt für gekommen hält, um schärfere Forderungen auf den Tisch zu legen.

Der Vorwurf lautet nun, daß Polen die aus der BRD abgeschobenen Flüchtlinge nicht etwa umgehend in ihre Heimatländer zurückschickt, sondern sie laufen läßt, so daß sie oftmals schon kurz darauf erneut illegal nach Deutschland zu kommen versuchen. Rechtmäßig kann die Warschauer Regierung auch nicht anders verfahren: Das Vorhaben, abgeschobene Flüchtlinge sofort in Haft zu nehmen und so schnell wie möglich in ihr Heimatland zurückzuschicken, ist vom polnischen Verfassungsgerichtshof als illegal verurteilt worden. Das Parlament hat sich dieser Position angeschlossen.

So fragt man sich, wie die Regierung in Warschau dennoch ihr neues Versprechen an Bonn wahrmachen will: "In spätestens anderthalb Monaten werden wir so weit sein, daß wir solche Personen per Flugzeug innerhalb von 48 Stunden abschieben können." (Innenminister Milczanowski)

Bonn wird in den Verhandlungen mit Warschau, die vorerst geheim geführt werden und in ihrer Tragweite eher heruntergespielt werden, vermutlich auch darauf drängen, daß Polen mehr Flüchtlinge als bisher zurücknimmt. Das im Vorjahr geschlossene Abkommen gestattet der deutschen Seite theoretisch, sämtliche Asylsuchende nach Polen abzuschieben, die von hier aus über die Grenze in die BRD gekommen sind. Das im Einzelfall nachzuweisen, ist selbstverständlich schwierig. Die trotzdem sehr niedrige Zahl von nur 28 Streitfällen in der

bisherigen Praxis deutet darauf hin, daß die deutsche Seite bisher auf Konfliktvermeidung aus war und zweifelhafte Fälle in der Regel gar nicht erst zur Abschiebung gestellt hat. Das könnte sich künftig ändern, unter dem Motto, die "Schonfrist" für den polnischen Vertragspartner sei nun vorbei.

Ganz bestimmt ist mit der bisherigen deutlichen Senkung des Zustroms von Asylsuchenden das Bonner Wunschziel noch nicht erreicht. Das wird auch sichtbar in dem Bestreben, die deutschen Grenzen noch mehr als bisher schon gegen Flüchtlinge und andere Migranten abzuschotten. Das anhaltende Schweigen der nicht ausländerfeindlichen Minderheit der deutschen Bevölkerung, die aber von der einmaligen Kraftanstrengung der "Lichterketten" Ende 1992 immer noch total erschöpft zu sein scheint, ermutigt die Herrschenden zu neuen Taten.

2. Spenden-Ergebnis seit ak 362

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:36

50.000 DM für den ak!

Spenden-Ergebnis seit ak 362

In den vergangenen vier Wochen sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

G.R., Bayernw 100,00

N.N., Frankfurt 100,00

Flocke, Berlin 44,00

I.A., Ronnenberg 128,00

J.F., Viersen 10,00

W.I., Ba-Wü. 100,00

K-H.S., Bamberg 100,10

R.K., Heidelberg 150,00

E+K, Braunschweig 400,00

E.P., Marburg 250,00

E.Sch., Links&Unbel 300,00

S.K., Berlin 50,00

U.S., USA 100,00

A.H., Mosbach 200,00

H.P, Aglasterhausen 100,00

P.+A.H., xy 500,00

R.Sch., Hamburg 100,00

J.D., Aschaffenburg 200,00

W.B., Berlin 200,00

G.W., Hamburg 425,00

St.S., Berlin 30,00

Th.P., Berlin 50,00

H.E.W., Heidelberg 50,00

C.B., Freiburg 100,00

G.R., xy 30,00

E.B., Newcastle 33,00

O.K., Idar-Oberstein 50,00

G., Augsburg 50,00

G.H-K., Kist 80,00

A.K., Eltville 100,00

M.W., Bremen 100,00

H.J., Berlin 50,00

N.N., Lüneburg 50,00

D.M., Frankfurt 50,00

D.St., Herdecke 100,00

J.M., Stade 100,00

D.F., Lüneburg 100,00

C.F.W., Frankfurt 200,00

R.M., Oldenburg 250,00

S.G., Tübingen 300,00

KB Bremerhaven 500,00

Dieter M., xy 20,00

D.P., Essen 20,00

M.B.v.W., Hannover 50,00

M.B., Berlin 100,00

Ulrich K., xy 50,00

A.G., Hamburg 50,00

U.S., Karlsruhe 50,00

G.G., Celle 50,00

F.P., Hamburg 200,00

Group Tradet 410,00

B/C/J/R/Th/U, xy 680,00

Antje K., xy 25,00

Gerd T., xy 50,00

S.St., Hamburg 50,00

G.B., Berlin 50,00

N.D., Berlin 99,99

V.B., Berlin 100,00

I.E., Chemnitz 100,00

W.K, Schleswig 300,00

Th.H., Marbuch/N. 40,00

A.J., Frankfurt 70,00

AStA Kath.Hochs. SR 72,00

Ch.B., Hamburg 20,00

A.B., Freiheit/Glück 30,00

I., Bremen 100,00

H.L., Hannover 100,00

J.Sch., Hasloch 150,00

U.K., Hamburg 500,00

R.C., Bonn 600,00

P.P., Hamburg 1.500,00

R.M., Hamburg 400,00

St.N., Berlin 30,00

F.G.M., Aurich 60,00

P.Sch., Walldorf 25,00

Volker M., xy 50,00

Caroline 1.000,00

M.K., Nürnberg 80,00

Summe seit 362 13.212,09

Spenden insgesamt 32.558,09

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern, die zu diesem von uns erhofften "Zwischenspurt" beigetragen haben. Um die Herausgabe des ak für ein weiteres, sein 23. Erscheinungsjahr zu sichern, muß allerdings noch einmal kräftig nachgelegt werden. 50.000 DM ist unser Spendenziel; noch besser wäre eine Wiederholung des Ergebnisses vom Vorjahr (55.000 DM).

Ohne eine solche Spendensammlung müßte jetzt schon der Verkaufspreis deutlich höher liegen. Daher ist jede Spende ein Beitrag zu einer kleinen sozialistischen Umverteilung, der direkt unseren finanziell schlechter gestellten Leserinnen und Lesern zugute kommt.

Spenden-Konto: Heinrich Eckhoff

Kontonummer: 464584-204, Postbank Hamburg, BLZ: 20010020

3. Chile: "Innere Sicherheit" im Neoliberalismus

Autor: Chile AG Braunschweig · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:11

Während die internationalen Medien Chile als gelungenes Beispiel der Integration eines "3. Welt-Landes" in den Welthandel propagieren und mit dem "besonnenen" Wahlkampf und mit dem Sieg des "Mitte-Links-Blocks" der Concertación unter Frei bei den Wahlen im Dezember 93 die endgültige Abkehr von der Diktatur feierten, werden Berichte über die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse verschwiegen.

Neoliberale gesellschaftliche Realität ist aber, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in immer größer werdendem Elend leben muß - in den letzten Ausgaben des ak wurde darüber berichtet. Um den Fortbestand des Modells gegen die Interessen der Bevölkerung zu sichern, spielt die Repression als das zweite Gesicht dieses Modells nach wie vor eine wichtige Rolle. So werden die alten Bestialitäten der Pinochet-Diktatur heute unter der vorgeblich demokratischen Aylwin- bzw. Frei-Regierung fortgesetzt: Folter, das "Verschwindenlassen" von Menschen, polizeiliches Durchkämmen ganzer Stadtviertel bis hin zur offenen Ermordung kämpfender GenossInnen und Unbeteiligter. Aber auch neue Unterdrückungstechniken kommen zum Einsatz. Von der medialen "Terroristen"hatz über spezielle "Terroristen"gesetze bis hin zur Errichtung von Hochsicherheitsgefängnissen nach westeuropäischen Vorbild ist alles vorhanden.

Repression und Wahl

Am 21.10.93 überfielen Mitglieder der "Fuerzas Rebeldes y Populares Lautaro" eine Bank in Santiago. Sie flüchteten in einem öffentlichen Kleinbus. Die Militärpolizei eröffnete das Feuer auf den vollbesetzten Bus - es gab 162 Einschüsse. Dabei starben 6 Menschen (drei Lautaros und drei Passagiere), 14 wurden verletzt. Nach der Erstürmung des Busses wurden die noch Lebenden aus dem Fahrzeug gezerrt und zusammengeschlagen. Proteste wurden mit Morddrohungen beantwortet (nach Punto Final, Okt.93).

Schon einen Monat vorher, am 11. September, hatte der Staat gezeigt, wie weit er bereit ist zu gehen. Erstmalig in der Demokratie wurde wieder scharf in eine Demonstration geschossen. Ergebnis des Polizeieinsatzes: Zwei Tote, mehrere z.T. Schwerverletzte.

In der letzten Zeit vergeht fast kein Monat mehr, in dem nicht Militante verhaftet oder über "Killfahndung" getötet werden. Erst Mitte Dezember 93 wurde bei einer Verhaftungsaktion von elf Personen ein Genosse erschossen, eine schwangere Genossin dermaßen malträtiert, daß sie eine Fehlgeburt bekam.

Das Ganze spielte sich in der "heißen" Wahlkampfphase ab, in der Frei als Kandidat der Christdemokraten in dem Bündnis der Concertación neben den obligatorischen Versprechungen von wirtschaftlichem Aufschwung wesentlich rechtere Töne in Bezug auf die "Innere Sicherheit" anschlug als Aylwin vor vier Jahren.

Obwohl nach den uns übermittelten Zahlen ca. 30% der ChilenInnen im Dezember gegen das neoliberale Wirtschafts- und Politikmodell gestimmt haben (Summe von Nicht-WählerInnen bis hin zu den Stimmanteilen von linken Kandidaten), kann sich Frei als Präsident einer satten Mehrheit von 58% erfreuen. (Eine genaue Wahlanalyse von chilenischen Linken wollen wir in einer der nächsten ak-Nummern vorstellen.) Auch wenn eine rein quantitative Wahlbewertung nur sehr wenig über die tatsächliche politische Stimmung im Land aussagt, muß festgestellt werden, daß der autoritäre Kurs der chilenischen Regierung und der "Rechten" um Allessandri (24% bei den Präsidialwahlen) von breiten Teilen der Bevölkerung getragen oder aber zumindest in Kauf genommen wird.

Die sich mit der Entwicklung in Chile beschäftigenden demokratischen und linken Kräfte in der BRD sollten sich schon einmal darauf einstellen, daß spätestens mit der Amtsübernahme von Frei im März 94 der gegenwärtigen Kristallisationspunkt der Repressionspolitik mit Brachialgewalt durchgesetzt werden könnte.

Wir wollen im Folgenden einen Überblick über die "Sicherheitspolitik" und deren Zuspitzung gegen die militante revolutionäre Linke in Chile geben.

Der Repressionsapparat

Der polizeiliche Repressionsapparat besteht aus den Carabineros, den Investigaciones und der Gendameria. Dazu kommen das Militär und die Geheimdienste. Die Carabineros unterstehen direkt dem Verteidigungsministerium. Unter der Aylwin-Regierung wurde ihre Zahl noch weiter aufgestockt: Heute gibt es

35.000 Carabineros, das sind 6.400 mehr als unter Pinochet. Zeitweise gab es Bestrebungen, sie im Innenministerium anzusiedeln. Dagegen stellten sich jedoch die Rechten und das Militär, weil dann der strategisch wichtige Sitz der Carabineros im Nationalen Sicherheitsrat verloren gegangen wäre.

Mit den Carabineros wird die chilenische Repression auch in andere Länder Lateinamerikas exportiert. Sie beraten die Repressionskräfte in Guatemala und waren im Rahmen des UN-Friedensplans in El Salvador.

Die zweite Kraft ist "Investigaciones", die Zivilpolizei (5.000). Ihre Aufgabe ist u.a. die Unterdrückung des bewaffneten Widerstandes. Es gibt eine enge Zusammenarbeit der "Oficina de Seguridad Ciudadana" (Büro zur Sicherheit der Bürger). Leiter der Investigaciones ist Nelson Mery, ein bekannter Folterknecht und Mörder aus der Zeit der Diktatur. Mery wurde Anfang November in die 14-köpfige Kommission der Interpol berufen; somit darf er sich sogar mit der internationalen Anerkennung für seine Verbrechen schmücken.

Die Gendameria operiert im Knast. Im Juli 1992 wurde eine neue Elitetruppe innerhalb der Gendameria, das Grupo Especial Antimotines (GEAM, spezielle Aufstandsbekämpfungsgruppe), bereitgestellt. Sie besteht aus 60 von Sondereinheiten (GOPE) der Carabineros ausgebildeten und besonders gut bewaffneten Leuten. Leiter war bis zu seiner Beförderung Isidro Solis, ein politisches Ziehkind Aylwins. Er ist verantwortlich für die kaltblütige und brutale Ermordung von drei Genossen der FPMR, Mauricio Gomez, Pedro Ortiz und Jose M. Martinez bei einer Flucht aus dem Gefängnis Ex-Penitenceria am 10.11.92 (s. unten). Als Belohnung für diese Heldentat ließ Aylwin ihn zum "Direktor für Sicherheit und Information" aufsteigen, einem Erben des Geheimdienstes CNI. Neuer Leiter der Gendarmeria ist nun ein Mitglied des Partido Socialista, Claudio Martinez. Auch er hat Aufstiegsambitionen und sein Vorgänger hat ihm ja gezeigt, mit welchen Methoden man weiterkommt.

Die Repression richtet sich vor allem gegen politische Organisationen, die auch heute den bewaffneten Kampf gegen das Regime für gerechtfertigt halten - dies sind vor allem die FPMR und die FRPL (Lautaros). Die meisten der ca. 220 neuen politischen Gefangenen kommen aus diesen Organisationen.

Die Angriffe der Staatskräfte richten sich aber auch gegen die Angehörigen und FreundInnen der politischen Gefangenen. Sie werden bei Besuchen im Knast schikaniert und auch "draußen" angegriffen: In der Nacht vom 10. September wurde das Haus der Schwester von Pablo Morales, einem politischen Gefangenen, beschossen. Die Leiterin einer Menschenrechtsorganisation wurde unverhohlen durch Zivilpolizei beobachtet und verfolgt. Eine Genossin wurde festgenommen und anschließend vergewaltigt. Nach ihrer Freilassung wollte sie die Vergewaltigung zur Anzeige bringen. Der CODEPU (Bandera) sammelte bereits Beweismaterial für die Anzeige, da wurde die Genossin zum zweiten Mal von Zivilpolizei verhaftet und entführt. Willkürliche Festnahmen und körperliche Übergriffe bzw. Folter gegen Linke ebenso wie gegen Unbeteiligte aus den armen Bevölkerungsschichten (v.a. Jugendliche) sind an der Tagesordnung.

Die Antiterrorgesetze

Im Juli 1991 unterzeichnete Aylwin das neue Gesetz zur Inneren Sicherheit. Dadurch wurde der repressive Charakter des Staates noch verschärft. Legitimiert wurde z.B. eine Art Kronzeugenregelung für politische Angeklagte. Gefangene, die sich trotzdem weigern, gegen GenossInnen auszusagen, haben Bestrafungsmaßnahmen (z.B. Isolation) erfahren - so z.B. im Fall von Ricardo Palma. Durch das neue Gesetz ist es nun auch möglich, daß polizeiliche Rollkommandos ohne gerichtliche Anordnung einzelne Häuser oder auch ganze Stadtviertel durchsuchen dürfen. Diese Terrormethoden wurden unter Pinochet noch als Menschenrechtsverletzung öffentlich angeprangert - nun sind sie demokratisch legitimiert. Wie ein solcher Überfall abläuft, beschreibt eine Bewohnerin der Poblacion Almendro: "(...) in den letzten zwei Jahren wurden zweimal mehrere Häuser unserer Poblacion durchsucht. Und im Januar 1993 noch einmal. Am 9.1.93 haben sie wieder ein Haus überfallen. Ein rotes Auto kam über die Hauptstraße in die Poblacion - daraus schossen sie in alle Richtungen. Die Leute rannten, Kinder weinten, die Hunde heulten und die, die ‚was ausgefressen` hatten, versteckten sich. Am Freitag, den 22.1. kam ein Kleinbus mit Bullen und sie durchsuchten überfallartig ein Haus. Am Sonntag, den 24.1. haben sie ein ganzes Viertel durchkämmt, 20 Grundstücke. Die halbe Poblacion wurde ‚ökologisch` - nämlich grün vor Bullen. Es kamen zwölf Streifenwagen und zwölf Bullen auf Motorrädern". (El Werken Nr. 2).

Kontaktsperre und Folter

In Chile wird nach wie vor gefoltert. Die Polizei darf Menschen bis zu fünf Tage ohne Anklage in Festnahmehaft nehmen. Danach kann der Haftrichter eine Kontaktsperre von bis zu zehn Tagen verhängen, die dann auch noch verlängert werden kann. Besonders in dieser Zeit sind die Gefangenen ständig durch Folter bedroht. In einer Dokumentation sind folgende Aussagen über Folter an 73 politischen Gefangenen über den Zeitraum von März 1990 bis April 1993 (also in der "demokratischen" Aylwin-Regierung) enthalten: Vergewaltigung, Entzug von Nahrung, Wasser, Kleidung, Schlaf, Strom an Genitalien und andere Körperteilen, Schläge, Aufhängen an Händen und Füßen, Erstik-ken, Scheinexekution, verbale Bedrohung von Angehörigen, mit ansehen müssen, wie Angehörige gefoltert werden ... Fast alle diese Gefangenen befinden sich nach wie vor im Gefängnis. Verurteilt wird aufgrund der Aussagen, die unter der Folter erzwungen wurden.

Die Haftbedingungen

Die Haftbedingungen der über 220 neuen politischen Gefangenen, darunter 19 Frauen, sind miserabel. Die Frauen sind in einem Männerknast untergebracht. Sie leben ständig in der Gefahr, vergewaltigt zu werden. Die Gefangenen leben auf engstem Raum zusammen, einige der Genossinnen sogar mit ihren Kindern. Es gibt nur wenige Toiletten und noch weniger Duschen. Beide sind meistens überflutet und von Pilzen befallen.

Das größte Problem ist die mangelnde ärztliche Versorgung. Verletzungen durch Folter oder Widerstandsaktionen werden nicht richtig behandelt, ebenso "normale" Krankheiten. Eine Gefangene hatte Gebärmutterkrebs und wurde erst in ein Krankenhaus verlegt, als sie schon fast tot war.

"Terroristen"prozesse

und Terrorurteile

Am 29. Oktober verhängte ein Militärgericht gegen vier Mitglieder des Lautaro die Todesstrafe. Zur Zeit wird sie nicht ausgeführt, sondern in lebenslange Freiheitsstrafe verwandelt. Angesichts der Hetzkampagnen der Regierung gegen die "Terroristen" und der Kampagne zur "Inneren Sicherheit" könnte sich das aber auch schnell ändern.

Wie die Justiz in Chile selbst gegen ihre eigene Rechtsgrundlage verstößt, beweist der Prozeß gegen fünf GenossInnen (nach einer Untersuchung der AnwältInnen Juana Cuadrado Katusich und Maria de la Luz Salas Alvarez vom September 1993). Den GenossInnen wurde vorgeworfen, Mitglieder der FPMR zu sein und an der Entführung von Christian Edwards del Rio, dem Sohn des finanzmächtigen Besitzers u.a. der größten Zeitungskette Chiles, "El Mercurio S.A.", im September 1991 beteiligt gewesen zu sein. Gegen 1 Mio. US$ Lösegeld kam Edwards im Februar 1992 wieder frei. Im März 1992 wurden die fünf GenossInnen festgenommen. Die Anklage lief nach dem "Antiterrorismus-Gesetz", wodurch die Justiz die bisher einfache Entführung zu einer "Terroristischen Entführung" aufwertete. Am 20.8.1992 verurteilte das Gericht nach einem extrem schnellen Prozeß einen der Angeklagten, Rafael Escorza, zum Tode. Das Urteil wurde später in lebenslange Haft umgewandelt. Zwei der Angeklagten, Maritza Hernandez und Jose Miguel Martinez, erhielten lebenslange Haftstrafen. Jose Miguel Martinez wurde im Oktober 1992 bei einem Fluchtversuch ermordet, während Maritza Jara im Dezember die Flucht gelang. Die Anwältinnen klagen an, daß der Prozeß illegal und willkürlich gewesen sei, weil sowohl in den Ermittlungen als auch während des Prozesses gegen alle möglichen Rechtsgrundlagen verstoßen worden sei. Die Ermittlungen wurden unter der persönlichen Leitung des Medien- und Industriebarons Edwards von Stellen durchgeführt, die dazu in keiner Weise berechtigt waren. Es waren sowohl das Militär, der militärische Geheimdienst, der Geheimdienst der Carabineros (DIPALCAR), als auch der CIA und das FBI beteiligt. Da Edwards große Macht besitzt, konnte er Privateinheiten aufstellen, die z.B. die Fahrzeugfahndung durchführte. Das wurde vor Gericht nicht beanstandet. Beteiligt war auch der Geheimdienst. Die Arbeit der Verteidigung wurde systematisch behindert. Während der Voruntersuchung hatte die Verteidigerin keinen Zugang zum Protokoll. Dagegen wurden an die Medien vielfältige Prozeßunterlagen großzügig weitergegeben. Die Anklageschrift umfaßte 2.300 Seiten, aber die Verteidigung hatte nur 15 Tage Zeit, Einsicht während der Geschäftszeiten zu nehmen. Fotokopien durften nicht angefertigt werden. Während der Gerichtsverhandlung wurden Entlastungsbeweise nicht zugelassen. Die Tatsache, daß z.B. Maritza Jara von vornherein jegliche Beteiligung an der Entführung abgestritten hatte, wertete der Richter nur als Anzeichen für eine besonders "gute terroristische Ausbildung". Dabei konnte trotz der Methoden des Staates weder Maritza Jara noch Jose Miguel Martinez eine Beteiligung an der Entführung

nachgewiesen werden. Das Urteil konnten die Angeklagten schließlich in einer Zeitung des Edwards-Konzerns lesen, bevor es ihnen vor Gericht verkündet wurde.

Im August 1993 wurde der Sportlehrer Mauricio Hernandez Norambuena verhaftet. Er wurde beschuldigt, ein führendes Mitglied der FPMR zu sein und somit für alles, was der FPMR angelastet wird, eine intellektuelle Urheberschaft zu haben - u.a. auch für den Fall Edwards. Angesichts des bereits gelaufenen Prozesses steht ein ebenso willkürlicher Prozeß und eine extrem hohe Strafe zu befürchten. Dabei geht es dann nicht um tatsächliche Beteiligung an Vorfällen, sondern es reicht eben die "geistige Urheberschaft", womit der Willkür Tür und Tor geöffnet ist.

Stammheim in Chile

Mit der Ablösung der Diktatur durch die Demokratie bekam auch die Unterdrückung der Bevölkerung einen neuen Namen. Ähnlich wie die Kampagne um die "innere Sicherheit" der BRD wurde ab 1990 in großangelegten Medien- und Politikkampagnen die "Bedrohung der chilenischen Gesellschaft" durch Terrorismus und Kriminalität, vor allem Drogenkriminalität, entdeckt und zum Staatsproblem erklärt. Zugespitzt wurde die Hetze auf die vermeintliche Notwendigkeit von Hochsicherheitsgefängnissen. Innenminister Krauss, der oberste Chef der Carabineros und der Leiter der Investigaciones reisten 1991/92 eigens zu Studienzwecken in die BRD, nach Spanien, Italien und Frankreich. Die Resultate müssen so beeindruckend gewesen sein, daß in Chile gleich zwei Hochsicherheitsknäste gebaut wurden, einer in Colina und einer innerhalb des Knastes Penitenceria in Santiago mit einer Gesamtkapazität von über 500 Zellen. Viel ist bisher nicht über den neuen Knast bekannt, jedoch werden die Haftbedingungen in den seit Oktober 1993 fertiggestellten Gefängnissen wie folgt aussehen: Einzelzellen, kein allgemeiner Hofgang, Besuch alle 14 Tage nur von direkten Familienangehörigen, dabei nicht mehr als vier auf einmal und Kontaktunterbrechung durch Trennscheibe. Die bisherigen Regelungen, die von den Gefangenen in Hungerstreiks und Besetzungen durch die Angehörigen etc. erkämpft wurden, gewährten sieben Besuche pro Woche einschließlich Intimkontakt, Sport an zwei Tagen, medizinische Versorgung, Recht auf Arbeit und Zusammenlegung der politischen Gefangenen.

Mit der Einführung der Isolationshaft nach westeuropäischem Vorbild erweitert der chilenische Repressionsapparat sein Folterrepertoire in bedrohlichster Weise. Denn es geht dem Staat nicht nur um die psychische Zerstörung der Gefangenen, es geht ihm auch um die Zerschlagung der politischen Organisierung der Gefangenen im Knast und der Verbindungen nach draußen und vor allem um die Schaffung eines Raumes, in dem die Willkür der Gendameria kaum noch einer Kontrolle von draußen ausgesetzt ist.

Vorbereitung auf "Stammheimlichkeiten"?

Welchen Gefahren die Gefangenen dann ausgesetzt sind, läßt sich angesichts einer Auflistung von gewaltsamen Übergriffen der Gendarmes und der Fantasie der Staatsmacht bzgl. der Aufstellung von Lügengeschichten zwecks Vorbereitung der Belegung der Isohaftanstalten erahnen. Die nachfolgenden Zitate stammen aus einem Artikel eines Genossen der OPP (Organisation der politischen Gefangenen vom November 93):

"- Am 23. Juli 1992 sollen vier politische Gefangene aus dem Knast San Miguel verlegt und isoliert werden. Das Kollektiv der politischen Gefangenen protestiert gegen diese Repressionsmaßnahme. 250 Einsatzkräfte der GEAM erzwangen die Verlegung. Das Ergebnis dieser repressiven Maßnahme war: 25 Genossen mit Schußverletzungen, verschiedene Knochenbrüche und Prellungen. ... Der Nationale Leiter der Gendameria sagte in einer Pressekonferenz: ‚Wir benutzen die Macht, nicht die Gewalt`.

- 10. Oktober 1992: Eine Gruppe von acht politischen Gefangenen nimmt sich das legitime Recht auf Flucht mittels einer bewaffneten Aktion. Sie schafft es, die Straße zu erreichen, ohne daß auch nur ein Schließer verletzt wird. Bei der anschließenden Verfolgung werden fünf der Genossen wieder festgenommen. Gendarmes ermorden drei dieser Genossen (quasi in einer öffentlichen Hinrichtung nach der Festnahme, Anm. d. Verf.) und verwundeten zwei von ihnen schwer. Drei schaffen es zu fliehen. Es gibt Zeugen der Morde, die auch vor Gericht ausgesagt haben.

- In der ersten Novemberwoche 1992 wird mitten in der Nacht über den Dächern von Zellen politischer Gefangener geschossen.

- Am 22.2.93 wird ein Tunnel von ‚großen Ausmaßen` entdeckt. Die Gendarmeria stellt dies vor der Presse als harten Schlag gegen die ‚gefangenen Terroristen` dar. Dazu muß man aber wissen, daß dieser Teil des Gefängnisses (Trakt 5) seit September 1992 wegen Reparaturarbeiten nicht belegt war. Während der Reparaturen war dieser Trakt ständig bewacht. Die Bauarbeiten sollen ihn zu einem Hochsicherheitsgefängnis machen.

- Am 7.7.1993, als wir wieder in Trakt 5 waren, stürmen um 19.30 Uhr 100 mit Schilden, Helmen, Gewehren und Maschinenpistolen schwer bewaffnete Gendarmes den Trakt. Ihr Ziel ist es, uns schon um diese Urzeit in die Zellen einzuschließen. Wir weisen die Maßnahme zurück und es entwickelt sich eine regelrechte Schlacht. Zwei Genossen werden durch Schnittwunden am Kopf verletzt. Es gelingt einer Gruppe von Gefangenen zu verhandeln und den Einschluß auf 23 Uhr zu verschieben. So konnten wir den repressiven Plan verhindern und auch den möglichen Tod von politischen Gefangenen.

- Am 3.7.1993 entdecken Gendarmes einen Tunnel von mehr als 100 m Länge auf der anderen Seite vom Knast, wo die ‚normalen` Gefangenen sind. Sie informieren die Presse über den gelungenen Schlag gegen die ‚Terroristen`, die die anderen Gefangenen dafür bezahlen würden, daß diese ihnen einen Tunnel bauten. So wurde die Öffentlichkeit hinters Licht geführt und für die Notwendigkeit eines HSG sensibilisiert.

- Am 23.7.1993 werden die VertreterInnen der zwei Organisationen der politischen Gefangenen zum Knastleiter und dem Chef der Schließer, Oberst Arriaga und Major Garcia, zitiert. Arriaga und Garcia beziehen sich auf eine Aktion der MAPU-Lautaro gegen die Sicherheitsdirektion der Gendarmeria. Arriaga sagt, daß Vorfälle dieser Art zu Reaktionen bei den Angehörigen seiner Institution führen und daß er seine Männer daher nicht unter Kontrolle hätte. Falls seine Männer auf die politischen Gefangenen schießen würden, sei er nicht verantwortlich.

In derselben Nacht gab es ca. um 1 Uhr über den Dächern des Traktes 5 eine infernale Schießerei. Fluchtalarm wurde ausgelöst und es wurde auf den Hof des Traktes 5 geschossen. Das ging 15 bis 20 Minuten so. In einer Erklärung der Gendarmeria hieß es: ‚Es wurden vier Terroristen gesehen`. Wir werden mit Augenbinden und Ketten gefesselt. So wird wieder darauf hingearbeitet, in der öffentlichen Meinung die Verbrechen, die Repression und das HSG zu rechtfertigen.

- Die FPMR führt eine politisch-militärische Aktion gegen eine Transporteinheit der Gendarmeria durch. Dabei stirbt ein Wachposten. Als Repressionsmaßnahme wird daraufhin eine unbegrenzte Besuchssperre für die politischen Gefangenen ausgesprochen. Diese Bestrafung wird mit dem falschen Argument gerechtfertigt, daß ein Rebellions-, Aufstands- und Fluchtplan für den 2. Jahrestag der Flucht vom 10. Oktober 1992 aufgedeckt worden sei. Die Strafmaßnahme wird am 19. Oktober wieder aufgehoben.

Erneut wird die Notwendigkeit für einen HSG durch die Gendarmeria herausgestellt."

Solidarität mit dem Widerstand gegen die Belegung

der neuen Knäste!

Angesichts der forcierten Repression gegen die linke Opposition bleibt den politischen Gefangenen, ihren Angehörigen und den entsprechenden Parteien und Menschenrechtsorganisationen nichts anderes übrig, als gegen die Zwangsbelegung der Hochsicherheitsgefängnisse massiven Widerstand zu entwickeln. In Hinblick auf die zu erwartende Härte der Auseinandersetzung schrieben die Gefangenen der FPMR in einer Erklärung vom November 1993: "Wir fühlen uns nicht zu Märtyrern berufen,(...) aber wir werden mit unserem Leben gegen die Überführung in den Hochsicherheitsknast kämpfen. Wir rufen alle fortschrittlichen Sektoren auf, sich gegen die Hochsicherheitsgefängnisse und gegen die ‚Seguridad ciudana` (‚innere Sicherheits`kampagne) auszusprechen."

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, schon jetzt von möglichst vielen demokratischen und linken Gruppen aus der BRD Protesterklärungen bzgl. der Verletzungen der Menschenrechte nach Chile zu senden. Die Adresse lautet:

Presidente de la Republica/Patricio Aylwin/Palacio de la Moneda/ Santiago/Chile. (Eine Kopie bitte an uns, Anschrift ist nebenstehender Annonce für die Chile-Broschüre zu entnehmen).

Chile AG Braunschweig

4. Cizre wird systematisch entvölkert

Autor: Türkei- und Kurdistan-Gruppe Freiburg/Cizre- Freundschaftsverein · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:19

Seit einigen Tagen wird die ca. 50.000 Einwohner zählende kurdische Stadt Cizre im Südosten der Türkei entvölkert. Wie wir aus verschiedenen Quellen erfahren haben und auch die Stadtverwaltung und der Vorsitzende des örtlichen Menschenrechtsvereins, Ali Dinler, bestätigten, wurde das Stadtviertel Cudi völlig entvölkert. Insgesamt haben über 15.000 Menschen die Stadt verlassen, und die Vertreibung der Bevölkerung durch staatlichen Druck hält an.

Die Entvölkerung Cizres geschieht systematisch: Nachdem fast alle Dörfer um Cizre in den letzten Jahren mit Zwang geräumt wurden, geriet im vergangenen Jahr auch die Kreisstadt Cizre immer heftiger unter Beschuß. Zunächst trugen die Beschießungen den Charakter von Vergeltungsmaßnahmen für Aktionen der kurdischen Guerilla in und in der Umgebung von Cizre. Dabei wurde die Stadt wahllos von Militär, Polizeistationen und aus Panzerwagen unter Beschuß genommen. Die Beschießungen dauerten oft die ganze Nacht und forderten häufig Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung. Abgesehen von öffentlichen Gebäuden wiesen fast alle Häuser in Cizre Schäden durch diese Beschießungen auf. Bei anschließenden Razzien wurden hunderte festgenommen und tagelang gefoltert.

In den letzten Tagen haben die Sicherheitskräfte nun begonnen, die Stadt systematisch zu entvölkern. Sie werden dabei unterstützt von Mitgliedern des kurdischen Stammes der Tayen, die neu in Cizre angesiedelt wurden, und in der Miliz der sogenannten "Dorfschützer" organisiert sind. Die Einwohner werden Stadtviertel für Stadtviertel aufgefordert, entweder "Dorfschützer" zu stellen oder wegzuziehen. Häuser von Leuten, die sich trotz des Drucks des Militärs und der "Dorfschützer" nicht fügen, werden bei Nacht gezielt mit Mörsern unter Beschuß genommen. Dabei starben in den letzten Tagen wiederholt auch Menschen in selbstgebauten Schutzräumen. Wegen eines angeblichen Schadens wurde vor gut einer Woche der ganzen Stadt der Strom abgestellt: an die Stromversorgung ist auch die Trinkwasserversorgung gekoppelt.

Es ist kein Zufall, daß gerade Cizre für eine solche Strafmaßnahme ausgesucht wurde. Als ein ehemaliges kulturelles und politisches Zentrum Kurdistans hat die Stadt immer einen politischen Symbolcharakter gehabt. In Cizre gefilmte Bilder vom Einsatz deutscher Waffen gegen kurdische Demonstranten hatten 1992 zur zeitweisen Unterbrechung der deutschen Waffenlieferungen an die Türkei geführt.

In letzter Zeit wurden von der türkischen Regierung bzw. dem Militär einige Maßnahmen ergriffen, die im Nachhinein wie die Vorbereitung auf größere Aktionen gegen kurdische Städte aussehen: Im November wurde den Bürgermeistern im Ausnahmegebiet (Kurdistan) verboten, sich zu politischen Themen zu äußern. Ihnen wurde auch mit Absetzung gedroht (FR, 7.1.). Im Dezember wurden die Garnisonen in mehreren kurdischen Städten verstärkt (Özgür Gündem, 8.12.). Zur Jahreswende wurde den Rekruten nach Ableistung ihres Wehrdienstes die Entlassung verweigert (Hürriyet, 8.1. u. Aydinlik, 9.1.).

Wir rufen dazu auf, die Zerstörung der Stadt Cizre öffentlich zu machen, und die Rückkehr der bereits vertriebenen Einwohner und das Ende der ständigen Beschießungen der Stadt zu fordern.

Türkei- und Kurdistan-Gruppe,

Freiburg / Cizre-Freundschaftsverein

5. Robert Hue und die "kommunistische Identität"

Autor: Js. · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:26

Frohe Kunde aus Saint-Ouen bei Paris! "FKP (DDR-deutsch für KPF) will zu kommunistischer Identität stehen", meldete das Neue Deutschland (31.1.) Die fettgedruckte Hauptüberschrift direkt unter dieser schönen Neuigkeit lautete: "Robert Hue wurde Nachfolger Marchais'". Robert Hue? "Außerhalb der Kommunistischen Partei Frankreichs war er bis Samstag ein völlig Unbekannter", behauptete die taz vom selben Tage. Ein unbeschriebenes Blatt also? Wenn es nur so wäre! In Wahrheit hat der Bürgermeister des Städtchens Montigny-les-Cormeilles mit dem einprägsamen Namen (gesprochen: Ü) schon einmal international für Schlagzeilen gesorgt. Der Kollege von der Frankfurter Rundschau erinnerte sich dunkel und schrieb: "Einer größeren Öffentlichkeit wurde Hue 1981 bekannt, als er als Bürgermeister von Montigny-les-Cormeilles bei Paris mit Bulldozern Wohnheime von Einwanderern plattwalzen ließ, denen Drogenhandel vorgeworfen worden war." (FR, 31.1.) Das ist nun aber auch wieder falsch.

Der Blick ins Archiv, den die genannten KollegInnen sich offenbar sparen zu können glaubten, ergibt folgendes Bild: Hue, seit 1977 Bürgermeister in Montigny, war neben anderen Amtskollegen mit PCF-Parteibuch Exponent der widerwärtigsten Kampagne, die sich die französischen "Kommunisten" bislang einfallen ließen. Zum Zwecke des Stimmenfangs war der PCF um 1980 dazu übergegangen, fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen in der Bevölkerung zu schüren. Generalsekretär Georges Marchais selbst gab das Signal, als er im November 1980 auf einer Wahlkundgebung erklärte: "Jawohl, wir verlangen, daß mit der Einwanderung Schluß ist. Sie fortzusetzen, bedeutet, daß noch mehr französische und ausländische Arbeiter arbeitslos werden." (FAZ, 14.2.1981)

Wenige Wochen später, am Tag, den die Christen "Heiliger Abend" nennen, kam es zu jener Bulldozer-Aktion, die in der FR fälschlicherweise Robert Hue angelastet wird. Hauptakteur war aber Hues Parteigenosse Paul Mercieca, Bürgermeister von Vitry. Mit einer Planierraupe hatte er vor einem Arbeiterwohnheim einen Erdwall aufgeschichtet und so den 300 aus Mali stammenden Bewohnern den Zugang versperrt. Währenddessen hatten seine Mittäter, ebenfalls PCF-Mitglieder, Strom, Heizung und Wasserzufuhr unterbrochen. Nach mehreren Tagen in ungeheizten Wohnräumen wurden die Terrorisierten in eine andere Unterkunft umgesiedelt.

Ende Januar 1981 folgte die nächste wohlkalkulierte Anleihe beim "gesunden Volksempfinden". In dem Pariser Vorort Ivry-sur-Seine beschloß Bürgermeister Jacques Laloe (PCF) mit Zustimmung des PCF-dominierten Stadtrats, daß mindestens 85% der Kinder, die in die von der Stadt organisierten Ferienlager aufgenommen werden, die französische Staatsbürgerschaft besitzen müßten.

Anfang Februar hatte dann Robert Hue seinen Auftritt, der "von langer Hand vorbereitet" (NZZ, 18.2.1981) war. Mit blau-weiß-roter Schärpe marschierte der "Mann des Volkes" an der Spitze einer Demonstration hin zum Wohnhaus einer marokkanischen Familie, die von ihren algerischen Nachbarn des Rauschgifthandels bezichtigt worden war. Bei der Abfassung des Denunziationsbriefs an das Rathaus hatten drei PCF-Mitglieder "geholfen". Beweise gab es nicht; erst mehr als eine Woche nach dem Aufmarsch wurde tatsächlich eine größere Menge Rauschgift gefunden - in der Wohnung der "Denunziantenfamilie". Während in ganz Frankreich gegen die Kampagne Proteste laut wurden und im Renault-Werk Billancourt nordafrikanische Arbeiter gegen den Rassismus des PCF streikten, veranstaltete die Partei in Montigny-les-Cormeilles eine Solidaritätskundgebung - für den Bürgermeister.

Jean-Marie Le Pen, dessen Front National damals noch eine Splitterpartei war, warf dem PCF denn auch völlig zu Recht vor, das Wahlprogramm des FN übernommen zu haben. "Das Interesse von Monsieur Marchais für die eingewanderten Arbeiter und für den Kampf gegen Drogen" seien "Anleihen" bei Le Pen und den "Thesen, die er selbst seit Beginn der Wahlkampagne vertrete". (Le Monde, 4.3.1981)

Mehrere Monate nach den vom PCF sorgfältig organisierten Äußerungen "spontanen Volkszorns" meinte die Neue Zürcher Zeitung "Ansätze zur Selbstkritik in der KPF" zu entdecken. Eine Passage aus Marchais' Rechenschaftsbericht vor dem Zentralkomitee faßt sie in den Worten zusammen: "Die Kommunisten seien Opfer der gegnerischen ‚Haßpropaganda` geworden, obwohl man zugeben müsse, daß man nicht alle

Aktionen als fehlerlos bezeichnen könne." (NZZ, 30.6.1981) Hier legt das konservative Bürgerblatt denn doch wohl allzu niedrige Maßstäbe für "kommunistische" Selbstkritik an.

Wer die Forderungen nach Einwanderungsstopp, mehr Polizei, Bürgerwehren und anderen Formen der Selbsthilfe gegen "Überfremdung" zu kritisieren wagte, fand sich schnell außerhalb der Partei wieder. Daß Charles Fiterman, seinerzeit als "Nummer zwei" des PCF vehementer Verfechter von "Bürgerwehren", sich nunmehr selbst an den Rand gedrängt sieht, während Hue, der tapfere Parteiarbeiter aus dem Vorort, Karriere macht, ist eine besondere Ironie der Geschichte.

Eher witzig wirkt auch der Appell Robert Hues, der nach seiner Wahl die aus Enttäuschung ausgetretenen Parteikritiker zur Rückkehr aufforderte. Garantiert nicht gemeint sind diejenigen, die sich 1981 der "Elefant-im-Porzellanladen-Kampagne" (The Christian Science Monitor, 23.3.1981) entgegenstellten und dafür umgehend rausflogen. Dazu gehörte auch der bekannte Politologe und Philosoph Etienne Balibar, ein Schüler Althussers, der in einem Artikel für Le Nouvel Observateur (9.3.1981) scharf protestierte und dafür noch am selben Tage ausgeschlossen wurde. An dieses besonders düstere Kapitel der PCF-Geschichte soll auch weiterhin nicht gerührt werden.

Sie hat eben immer recht, die Partei - auch dort, wo sie erkennbar irrt. Noch deprimierender ist, daß auch die freie Presse (ohne Anführungszeichen!) immer mal wieder geneigt ist, Scheiße als Gold auszugeben. Nicht aus purer Gehässigkeit wurden eingangs die Überschriften des Neuen Deutschland über Robert Hue und die "kommunistische Identität" zitiert. Der Kommentar von Janine Bechthold, Seite 7 derselben Ausgabe, zeigt, daß hier nicht etwa, bedingt durch die Hektik der Tageszeitungsproduktion, eine entschuldbare Panne passiert ist.

An der Überschrift mag ja wieder die inkompetente Redaktion schuld sein: "Frankreich: FKP mit neuem Chef - Signal für eine Erneuerung". Die Kommentatorin weiß alles über Robert Hue und verschweigt das Entscheidende, die schändlichen Tage im Februar 1981, als sich der "gelernte Krankenpfleger" mit dem "gepflegten Bart" und der "Nickelbrille" ins Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit drängelte. Wer das überspringt und gleichzeitig den "eher kleinen und rundlichen Mann" mit den - zumindest zweideutigen - Worten charakterisiert, er gelte als "entscheidungsfreudig und dynamisch" und suche die "Zusammenarbeit und Diskussion mit den Bürgern", macht sich zumindest verdächtig. Oder ist das wohlwollend lückenhafte Porträt des neuen Mannes nur Ergebnis von Unkenntnis?

Js.

6. Präsidentenkür - die Zweite. Union versucht's mit Roman Herzog

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:23

Nach dem Fehlstart des nationalbraunen Steffen Heitmann haben CSU und CDU nun ihren Wunschkandidaten für das Amt des Bundespräsidenten eingewechselt: Roman Herzog, amtierender Präsident des Bundesverfassungsgerichts, und gegenüber dem tumben Tor Heitmann, der auch noch offen und für jeden verständlich aussprach, was er dachte, die allemal bessere, weil mit den Fallstricken des politischen Tagesgeschäfts besser vertraute, Wahl. Doch wer meint, nach Heitmann könne alles nur noch besser werden, erliegt möglicherweise einem Irrtum. Nicht jeder Hinterwäldler muß notgedrungen politisch auch weiter rechts stehen als der mehr durch sein Amt als Präsident des Bundesverfassungsgerichts zu Honorabilität emporgehobene Herzog als durch seine politischen Ansichten. Als er ins Bundesverfassungsgericht wechselte, geschah dies gegen den Widerstand der SPD, die damals sehr wohl wußte, wer da in eines der höchsten Staatsämter gehoben wurde. Und ebensowenig wie eine Taube den Frühling bedeutet, macht das Urteil, in dem Herzogs Senat das damalige Demonstrationsverbot in Brokdorf aufgehoben hatte, aus einem rechtspolitischen Hardliner einen Liberalen. Was speziell Altnazis an ihrem Roman Herzog haben, können sie in seinem Grundgesetzkommentar nachlesen, wo er den Artikel 139, der den Fortbestand der von den Alliierten erlassenen Rechtsvorschriften "zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus" garantiert, schlicht mit dem Hinweis wegkommentiert, daß das Grundgesetz "alle totalitären Welt- und Staatsauffassungen gleichermaßen" ablehne und demzufolge eine "Sondervorschrift nach rechts" obsolet sei.

Geboren 1934 in Landshut/Bayern, studierte Herzog Jura in München, wo er 1957 die erste, 1961 die zweite Staatsprüfung ablegte. Dazwischen, ganz in der Planung, promovierte er 1958 zum Dr. jur. Als frischgebackener Doktor wurde er wissenschaftlicher Assistent beim berüchtigten Staatsrechtler Dr. Maunz, mit dem zusammen er den Grundgesetzkommentar, den "Maunz/Dürig/Herzog/Scholz" herausgab. Maunz, damals bayerischer Kultusminister und ordentlicher Professor an der Uni München, mußte 1964 seinen Rücktritt einreichen, als seine nationalsozialistische Vergangenheit allzu unangenehm auffiel. Er selbst "verteidigte" sich damals mit den Worten: "Auch bei meinen neuen Berufungen in den Jahren 1960 (Maunz wurde 1960 zum Präsidenten der Kultusministerkonferenz berufen, Anm. ES) und 1962 sind mir keine politischen Bedenken mitgeteilt worden. Als Hochschullehrer habe ich mich seinerzeit bemüht, die in Geltung gewesenen Rechtssätze und die damals bestandenen Ansichten zu beschreiben, wie es meiner Berufsaufgabe entsprach." Und er vergaß nicht anzumerken, "daß dem Führerbefehl nach der damaligen Deutschen Verfassung die Charakterisierung als verbindlichem Gesetzgebungsakt nicht zu versagen sei" und daß "auch das NS-Recht im rechtswissenschaftlichen Sinn Recht war".

Nun, dieses Zitat stammt nicht von Herzog, sondern von seinem wissenschaftlichen Ziehvater Maunz; die darin zum Ausdruck kommende Rechtsauffassung ist in der BRD-Juristerei gang und gäbe. Interessant an diesem Zitat aber ist die Quelle: Es stammt aus der "National-Zeitung" vom 17.7.1964, woraus zu schließen ist, daß die enge Partnerschaft zwischen dem Neonazi Frey und Maunz weit eher als in dem Verfahren zur Aberkennung des Rechts auf Meinungsfreiheit für Frey Ende der 60er Jahre begonnen hat, wie Frey es nach dem Tod von Maunz seit Herbst 93 herausposaunt. Herzog will von all dem nichts gewußt haben: "Ich bin nicht nur wütend, sondern finde das ganz schlimm, und ich habe allen Grund, mich zu distanzieren." Offenbar ist es eine Sache, eine Meinung zu haben, und eine andere, an welchem Ort man sie äußert. Maunz' NS-Vergangenheit ("Den Juden in der Justiz den Kampf ansagen") war zwar bekannt, nicht aber ehrenrührig. Und so ist Herzog auch nicht dafür verantwortlich, daß eben diese "Nationalzeitung" 1982 sich "an der Spitze des höchsten deutschen Gerichts keinen geeigneteren Fachmann als Dr. Herzog" vorstellen konnte. Wetten, daß die damalige Laudatio für Herzog von seinem verehrten Ex-Chef Maunz stammte, dem Herzog seine Lebensregel verdankt: "Im übrigen gilt in unserem Beruf der Grundsatz: die Meinung des Gegners gering achten ... Ich habe mich danach gerichtet und bin nicht schlecht damit gefahren." (Herzog 1981 in einem Beitrag zur Festschrift anläßlich Maunz' 80. Geburtstag).

Doch nicht vorgegriffen: Nach Herzogs Assistentenzeit bei Maunz machte er erst einmal Karriere: Erst als Privatdozent in München, dann an der Freien Universität Berlin (1965-89), wo er "mit an der Spitze der

wenigen Berliner Hochschullehrer stand, die damals erst ahnten und dann wußten, daß der Bazillus des Anarchismus, Nihilismus, der Zerstörung und des Undemokratischen sich wie ein Buschfeuer an den Universitäten ausbreiten werde" (Welt, 14.5.73), später dann, von der Berliner Situation genervt, ab 1969 als Professor an der Verwaltungshochschule Speyer (Rektor 1971/72). Daneben ist er Mitherausgeber des "Evangelischen Staatslexikons", wo er u.a. über die Todesstrafe spekuliert: "Ein Verbot, die Todesstrafe durch Verfassungsänderung wieder einzuführen, besteht nicht". Und speziell zum Artikel 102 (Die Todesstrafe ist abgeschafft) heißt es: "Ob darüber hinaus ganz allgemein die planmäßige Tötung namentlich bestimmbarer Personen mit Artikel 102 unvereinbar ist", sei "bisher nicht geklärt".

Mit der Parteipolitik begann es 1969, als Herzog der CDU beitrat; 1973-78 vertrat er Rheinland-Pfalz (unter Helmut Kohl als Ministerpräsident) beim Bund in Bonn; 1976 war er Minister im Schattenkabinett des gegen Schmidt gescheiterten Kanzlerkandidaten Kohl; 1978 löste er im 4. Kabinett Filbinger Kultusminister Hahn ab, überstand Filbingers Rücktritt, als Kultusminister (für mehr Religion, gegen Gesamtschulen, für eine Aufwertung von Latein) wurde er u.a. mit folgendem Ausspruch zitiert: "Der Kampf um die Freiheit des einzelnen ist heute kein Kampf mit geschlossenen Fronten mehr, in dem es besetzte und befreite Gebiete gibt, sondern es ist ein Häuserkampf, wo bei jeder Frage und wenn nötig bei jeder einzelnen Gesetzesbestimmung die Frage 'Freiheit oder Sozialismus' erneut ausgefochten werden muß". Wegen solcher Äußerungen als Kultusminister nicht unumstritten, wurde er aber im 2. Kabinett Späth 1980 Innenminister, wo er spektakuläre polizeistaatliche Methoden einführte: So belegte er DemonstrationsteilnehmerInnen mit "Demonstrationsstrafgebühren" (sie mußten die Kosten des Polizeieinsatzes bezahlen), leitete die berüchtigten Mutlangen-Prozesse gegen die Sitzblockaden ein, plädierte für die Einführung von Gummi-Wucht-Geschossen und CS-Gas, geriet in Konflikt mit der Datenschutzbeauftragten des Landes, weil er per Computer alle Telefonpartner aufzeichnen ließ usw. Seine politischen Äußerungen korrespondierten mit seinen Taten: Wehrdienstverweigerer könnten schuld sein an einem kommunistischen Europa, die Friedensbewegung natürlich auch, der Pazifismus könne keine Grundlage für staatliche Politik sein, 90% der Ausländer kämen in der BRD, "weil sie hier mehr Geld verdienen könnten", der Familiennachzug sei auf Kinder unter sechs Jahren festzusetzen. In den gut zwei Jahren als Innenminister brannte Herzog ein Feuerwerk reaktionärster polizeistaatlicher Forderungen und Maßnahmen ab, das seinesgleichen suchte.

1983 schied er aus dem Regierungsamt aus, um zum Bundesverfassungsgericht zu wechseln - gegen den Widerstand der SPD. Planmäßig löste er 1987 seinen Vorgänger Zeidler als Präsident diese höchsten Gerichtes ab. Und diese zehn Jahre sollen ihn also geläutert haben, sollen ihn eher zum Kandidaten von Mitte-Links als Mitte-Rechts qualifizieren; die alte Tante FAZ gar sieht sich bei Herzog an die zehnjährige "Ära Weizsäcker" (oh graus) erinnert. Realistischer da schon die TAZ, die in ihm einen "Prototypen der politischen S-Klasse der Alt-BRD" zu erkennen glaubt. Herzog selbst sieht's gelassen: Nicht er ist nach links, sondern die Gesellschaft nach Rechts gerückt, und "das Volk" entwickelt so sowieso einen Schlag "ins Konservative". Und dem will er dienen. "Austauschbar" sei Herzog - so der Ex-Kandidat Heitmann aus seiner Schmollecke im Seitenaus, der seine Hausaufgaben immer noch nicht gemacht hat: Erneut auswechseln führt zur Disqualifikation.

ES, Hamburg

7. Rote Karte für den DFB

Autor: Dietrich Schulze- Marmeling · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:25

Am 20. April, dem Geburtstag Hitlers, ein Länderspiel zu veranstalten, ist allein schon deshalb problematisch, weil man weiß, welch rechtsextremes Gesocks die deutsche Nationalmannschaft gewöhnlich mobilisiert. Der Besuch eines Länderspiels ist etwas, worauf man als fortschrittlicher Mensch prinzipiell verzichten sollte. Es sei denn, man fiebert mit dem Gegner.

Wenn die Angelegenheit aber zudem noch im Berliner Olympiastadion veranstaltet wird, einem Monument der NS-Architektur, und der Gegner ein ehemaliger Kriegsgegner ist, nährt dies den Verdacht, daß hier nicht irgendwelche Tölpel am Werk sind, die während des Geschichtsunterrichts Fußballbildchen getauscht haben, sondern knallrechte Überzeugungstäter.

Obwohl selbst Beckenbauer und der "KICKER" Kritik äußerten und die Frage stellten, warum man denn nicht einfach auf den 19.4. ausweichen würde, hält der DFB eisern am Hitler-Geburtstag fest. Mit irgendwelchen internationalen Terminplänen hat dies überhaupt nichts zu tun, wie uns der Chef der Berliner Fußballverbandes in der NDR3-Talk-Show freimütig verriet. "Wir wollen einen Beitrag zur Bewältigung der deutschen Geschichte leisten", verkündete dieser mit stolzgeschwellter Brust. Seinen Kritikern, vor allem Henning Venske und Pieke Biermann, schmetterte er entgegen: "Sie waren damals doch gar nicht dabei." Aus dem Munde einer Person, die von ihrem Alter her zweifellos dabei war, heißt dies gewöhnlich nichts anderes als: "So schlimm, wie Sie immer behaupten, war es beim Adolf doch überhaupt nicht."

Das Länderspiel gegen England wird eine hochpolitische Veranstaltung, nicht nur wegen der Neonazis auf den Rängen, sondern weil der DFB eine solche auch beabsichtigt. Wir wollen nicht behaupten, daß der DFB des Führers Geburtstag feiern will, wenngleich Berlin und das Olympiastadion hierfür tatsächlich ein weitaus geeigneteres Ambiente abgeben als das Hamburger Volksparkstadion. Auch die Alternativen Nürnberg ("Reichsparteitage") und München ("Hauptstadt der Bewegung") waren nicht schlecht, und man fragt sich nachträglich, wer eigentlich warum seinerzeit auf Hamburg kam? Der DFB ist nicht die FAP, sondern irgendwo zwischen CDU und Republikanern anzusiedeln. Der DFB will sich an einem Projekt beteiligen, das hierzulande bereits seit einigen Jahren läuft: die dunkle NS-Vergangenheit dieses Landes vergessen zu machen oder aber als ein normales Ereignis erscheinen zu lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß sich der DFB der Politik bzw. den Rechten in diesem Land andient.

Der DFB ist stets eine Organisation gewesen, in der das rechte Element tonangebend war. Dies ist um so erstaunlicher, als der Fußball in Deutschland zunächst als "englischer Aftersport", "jüdisch" und "undeutsch" denunziert wurde. Die "Verdeutschung" dieses zunächst "subversiven" Spiels ist ein Phänomen für sich, das hier nicht weiter erörtert werden kann. Der "Halbjude" und "Kosmopolit" Walter Bensemann, ein Pionier des Fußballs in Deutschland, Organisator der ersten internationalen Begegnungen und Gründer des "KICKER", wurde innerhalb des DFB kaltgestellt und mußte nach der Machtergreifung der Nazis emigrieren.

Mit den Turnern waren die DFB-Funktionäre die ersten, die Hitler mit Treuebekundungen bedachten. Für den DFB-Präsidenten Dr. Peco Bauwens (1949-62), einen ausgewiesenen Rechtsradikalen, war Österreich nur "eine Enklave", "die nicht mit unserem Vaterland vereint sein darf." Hermann Neuberger, DFB-Präsident von 1975 bis 1992, lud während der Weltmeisterschaft in Argentinien 1978 Hitlers Lieblingskiller Oberst a.D. Rudel ins deutsche Trainingscamp ein, während Günther Netzer der Zutritt verweigert wurde. Rudel war zu dieser Zeit das Aushängeschild der rechtsradikalen DVU des Verlegers Dr. Gerhard Frey, und es würde uns nicht wundern, wenn dieser eines Tages enthüllt, daß zu seinen Freunden auch ein gewisser Neuberger zählte. (Den Saalschutz für die Rudel-Auftritte organisierten damals Michael Kühnen und seine Bande.) Seinen (damals noch zahlreichen) Kritikern entgegnete Neuberger rotzfrech: "Ich hoffe doch nicht, daß man ihm (Rudel) seine Kampffliegertätigkeit aus dem Zweiten Weltkrieg vorwerfen will." Als Neuberger 1992 starb, widmete ihm die rechtsradikale "Deutsche Wochenzeitung" einen Nachruf.

Daß sich am rechten Charakter des DFB auch nach dem Ableben Neubergers nichts ändert, dafür dürfte ein gewisser Dr. Gerhard Mayer-Vorfelder garantieren, nicht nur Mitglied des baden-württembergischen Landeskabinetts, sondern auch Vize-Präsident des DFB. Mayer-Vorfelder ist ein Repräsentant des

rechts-konservativen Flügels der CDU, dem die NPD schon einmal einen Aufnahmeantrag zustellen wollte. Der DFB ist eine durch und durch politische Organisation, so wie die Nationalmannschaft ein Instrument ist, um nationalistische Emotionen zu schüren.

Eine verlogene Kampagne

Vor gut einem Jahr sah sich der DFB aus "PR"-Gründen bemüßigt, auf die von den Bundesligamanagern ausgeheckte Kampagne "Mein Freund ist Ausländer" aufzuspringen. Zur Galionsfigur wurde Lothar Matthäus auserkoren. In den letzten Monaten ist jener Matthäus wiederholt wegen rassistischer (und sexistischer) Ausfälle in die Schlagzeilen geraten. Zunächst beschimpfte er einen niederländischen Oktoberfestbesucher, der ein Erinnerungsfoto von dem Kicker schießen wollte, mit den Worten: "Du bist wohl vergessen worden vom Adolf."

Der DFB und Matthäus' Klub Bayern München hatten über die Sache gerade mühsam Gras wachsen lassen, da schlug der Nationalmannschaftskapitän ein weiteres Mal zu. Auf dem Düsseldorfer Flughafen teilte er einer Gruppe von Volleyballerinnen - auf sein Gehänge zeigend - ungefragt mit, daß sein schwarzer Mitspieler Valencia einen Penis von der Länge etwa eines halben Meters in seiner Hose trage. Und was tat der DFB? Sein Präsident Egidius Braun führte mit Matthäus ein Vier-Augen-Gespräch, um der Presse anschließend folgende erstaunliche Richtigstellung mitzuteilen: "Lothar hat mir glaubhaft versichert, daß er in Düsseldorf nicht auf sein Geschlechtsteil gezeigt habe."

Hochinteressant, Herr Braun, aber was ist mit dem Rest der Affäre? "Ich habe ihm gesagt, wenn er das Gefühl hat, er habe jemanden beleidigt, soll er die geeignete Form finden, sich zu entschuldigen." Aha, so einfach ist das. Rassismus als Kavaliersdelikt. Die Angelegenheit scheint damit für den DFB erledigt zu sein. Matthäus ist weiterhin Mannschaftskapitän und Galionsfigur einer Kampagne, die man nur noch als Farce bezeichnen kann.

Der DFB hätte sich die Peinlichkeit der Matthäus-Affäre ersparen können, hätte er die Kampagne nicht einfach von oben verordnet, sondern zunächst einmal eine Diskussion über sein Vorhaben geführt. Dann wären die Widersprüche schon vorher zutage getreten. So aber wurden die Kicker für eine oberflächliche "PR"-Aktion ohne politische Ausweispflicht eingespannt, wofür sich mittlerweile nicht nur Matthäus, sondern auch die HSV-Spieler Spörl und Sassen, die einen türkischen Taxifahrer verprügelten, rächten. Hat sich irgendein DFB-Funktionär mit Matthäus mal ernsthafter und ausführlicher über das Problem Rassismus unterhalten und des Kickers wahre Ansichten zu eruieren versucht? Wohl kaum.

"Du holländisches Arschloch", was Matthäus so ähnlich auch gesagt hat, mag man bei extrem gutem Willen noch als emotionalen Ausrutscher werten. Für die Drohung mit der Gaskammer kann es indes nicht die geringste Entschuldigung geben. Wer so etwas sagt, ist zumindest irgendwo in seinem Hinterkopf ein Nazi. Und wenn man mit so einem etwas länger diskutiert, bekommt man dies auch rechtzeitig heraus und gelangt zu der Einschätzung, daß man als Galionsfigur lieber nach einer anderen Person Ausschau halten sollte, auch wenn diese dann vielleicht weniger prominent ausfällt. Aber da es nur um "PR" ging, war Matthäus exakt der Mann, den man suchte.

Daneben war auch das Benefizspiel der Nationalmannschaft gegen eine Auswahl in der Bundesliga kickender Ausländer. Statt miteinander zu spielen, ließ der Bundes-Berti gegeneinander kicken. Der Idee, mit gemischten Teams anzutreten, konnte Vogts nichts abgewinnen. Der gute Zweck, um den es hier angeblich gehen sollte, nämlich die Demonstration von Freundschaft mit Ausländern, geriet vollends in den Hintergrund. Noch Tage später kommentierte Vogts die Niederlage seiner Mannschaft in einem Spiel, das weniger sein sollte als ein normales Freundschaftsspiel, mit peinlicher Verbissenheit. Aber was will man von einem Mann, der in der "FAZ" Sympathien mit dem Ex-Präsidentschaftskandidaten Heitmann bekundete, auch anderes erwarten.

Dietrich Schulze-Marmeling

Literaturempfehlung: Fußball und Rassismus, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1993. Das Buch enthält auch ein ausführliches Kapitel zur Geschichte des DFB und dessen politischen Umtrieben.

8. "Der Sand ist abgetragen, jetzt stoßen wir auf Granit." Krise und Umstrukturierung der Autoindustrie. Teil 2

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:27

Stellwände mit Planzielen und erreichten Daten säumen die Produktionsbänder. Wandzeitungen spornen die Werktätigen zu noch höheren Leistungen an. Selbstverplichtungsparolen künden vom steigenden Bewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter: "Durch Teamarbeit wollen wir uns in Produktivität und Qualität verbessern. Wir wollen unser ganzes Wissen, unsere Ideen und unser Können im Rahmen unseres Arbeitsauftrages einbringen und umsetzen." Wahrscheinlich ein notorischer Nörgler ist, wer meint, dies erinnere ihn an realsozialistische Betriebspraxis. Und naiv obendrein; denn er muß nur weiterlesen: "Damit sichern wir unsere Arbeitsplätze."

Wir befinden uns nämlich in den VW-Werken Salzgitter bzw. Wolfsburg (siehe FR, 28.7.93; 28.1.94) und damit auf dem Boden der realkapitalistischen Tatsachen. Und die wiederum sprechen eine deutliche Sprache: Schätzungsweise mindestens 15 Millionen PKW jährlich könnten gegenwärtig in den vorhandenen europäischen Autofabriken hergestellt werden, produziert wurden 1993 auf Grund der eingebrochenen Nachfrage jedoch nur 11,5 Millionen Stück. Eine Zahl, die sich nach allen Schätzungen auch 1994 nicht erhöhen wird. Bei der damit gegebenen durchschnittlichen Auslastung der Anlagen von 75 Prozent kann kaum ein Unternehmen noch profitabel arbeiten.

"Dramatisch" nennt der IG-Metall Vorsitzende Zwickel die Lage in der deutschen Automobilindustrie. Und: "Wenn dieses Problem der Überkapazitäten nicht gelöst wird, gerät die europäische Autoindustrie in einen gnadenlosen und heillosen Preiskampf." (Handelsblatt/HB, 24.1.94) Das europäische ist zugleich ein weltweites Problem: So soll sich die weltweite jährliche Nachfrage nach Autos bis zum Jahr 2000 nach verschiedenen Schätzungen gegenüber 1990 nur noch um vergleichsweise geringe 3 Millionen Stück auf 51 Millionen Stück steigern - die Produktionskapazität hingegen wird im gleichen Zeitraum um weltweit ca. 8 Millionen Stück auf 78 Millionen Einheiten erhöht werden. (siehe ak 362) Bei diesem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb haben die europäischen Konzerne gegenüber den US-amerikanischen sowie den japanischen Konkurrenten die vergleichsweise ungünstigsten Bedingungen: Denn während die europäische Autoindustrie sowohl auf dem nordamerikanischen als auch erst recht auf dem ostasiatischen Markt nur am Rande vertreten ist, sind die US-Konzerne nicht nur bei sich zu Hause, sondern auch in Westeuropa fest etabliert. Japanische Automobile hingegen verstopfen zu hohen Anteilen die Straßen sogar in allen drei kapitalistischen Weltzentren.

Jetzt den Volvo 960 Prestige kaufen!

Der "heillose Preiskampf", den Klaus Zwickel befürchtet, hat auf den stagnierenden Märkten bereits begonnen. Opel machte im Herbst den Anfang und nahm die Preise für sieben besonders schadstoffarme Modelle aus den Reihen Corsa, Astra und Vectra um 400 bis 1.000 DM zurück. VW und Audi senkten daraufhin die Preise für ihre Turbo-Diesel-Modelle um 1.000 Mark. Der neue Mercedes der C-Klasse ("Baby-Benz") ist, trotz wesentlich verbesserter Ausstattung, für knapp dasselbe Geld wie das Vorgängermodell zu haben. Mazda hat das Mittelklassemodell 626 je nach Variante um 1.000 bis 2.500 Mark verbilligt. Dies sei, so der Mazda-Geschäftsführer, "eine entsprechende Reaktion auf Wettbewerb und Marktlage". (SZ, 28.1.94) Ford bietet seinen 1,8 Liter Turbodiesel in allen Escort-Modellen für 1.300 Mark weniger an und senkt den Preis für die Kombi-Versionen des Mondeo um 1.350 DM. Porsche hat seine Preise in den USA spürbar reduziert. Volvo bietet den Spitzenkombi 960 Prestige nach der neuen Preisliste um sage und schreibe 10.200 Mark günstiger an, bei anderen Modellen aus Schweden liegt die Ersparnis für die Kunden zwischen 4.200 und 9.700 Mark. Zwei Modelle aus der Fiat-Uno-Reihe sind um 900 Mark verbilligt worden ...

Die Konzernleitungen geben sich derweil frohgemut. Allenthalben wird verlautbart, daß bei der Erhöhung der Produktivität bereits deutliche Fortschritte erzielt worden seien und der eingeschlagene Weg planmäßig fortgesetzt werde. Wie bereits im vergangenen Jahr soll bei Opel auch in den Jahren 1994 bis 1996 die Produktivität um jährlich 10 Prozent wachsen. "Bei voller Produktion soll der neue Omega in 20 Stunden

gefertigt werden. Damit erreiche Opel die Produktivität besserer japanischer Werke", so heißt es seitens des Opel-Vorstandes. (SZ, 22.1.94) Mercedes möchte in diesem Jahr die Produktivität um 15 Prozent steigern und im Jahre 1996 "den 30-Prozent-Vorsprung der Japaner" eingeholt haben. (FR, 2.9.93) VW will bis Ende 1993 die Produktivität um durchschnittlich 25 Prozent gesteigert gehabt haben, "mit Hilfe von rund 2.000 Workshops", wie VW-Chef Piech propagandistisch behauptet. Er selbst gibt freilich zugleich einen verklausulierten Hinweis, woher der Zugewinn tatsächlich stammt: "Erst durch Einführung der Vier-Tage-Woche und der anderen (Arbeitszeit-)Modelle habe VW die Produktivitätsverbesserungen auch kostenmäßig umsetzen können." (HB, 27.1.94) Will sagen: Vorerst beruht der erhöhte Mehrwert zum größten Teil auf der mit dem Vier-Tage-Modell gekoppelten zwanzigprozentigen Lohnkürzung. Für Opel und Mercedes dürfte Analoges gelten, nur daß hier Massenentlassungen und Lohnkürzungen den Ausschlag gegeben haben. (siehe ak 362 und 361) Die nun jedoch anstehenden Aufgaben beschreibt der Mercedes-Vorstandsvorsitzende Werner folgendermaßen: Es sei der Punkt erreicht, "an dem ‚der Sand gewissermaßen abgetragen ist und wir auf Granit stoßen`. Das heiße, daß es nun nicht mehr ausreiche, die vorhandenen Strukturen weiter zu optimieren. Nun müßten die Strukturen selbst verändert werden." (HB, 27.1.94) Opel-Vorstandsmitglied Enderle: "Jetzt komme es darauf an, weniger durch Automatisierung als vielmehr ‚durch eine Veränderung von Bewußtsein sowie Abläufen und Prozessen` auch die traditionellen Standorte in kurzer Zeit auf ein entsprechendes Produktivitätsniveau zu bringen." (SZ, 22.1.94)

Angesichts der im Automobilsektor drohend sich abzeichnenden weltweiten Überproduktionskrise und dem an fünf Fingern auszurechnenden Zusammenbruch mindestens von einem der existierenden Autogiganten noch in diesem Jahrzehnt sind die Autokonzerne zu einer völligen Neustrukturierung ihrer Produktionsmethoden und ihrer Produktionsorganisation gezwungen. "Die Automobilindustrie steht paradigmatisch für den gegenwärtig ablaufenden Prozeß industrieller Modernisierung und Restrukturierung, der geeignet sein soll, die Strukturkrise des fordistischen Akkumulationsmodells zu überwinden ..." (Barbara Töpper, in: Peripherie 51-52/1993)

Nach den ersten Massenentlassungen und Lohnkürzungen und dem Beginn einer weitreichenden Flexibilisierung der Arbeitszeiten sollen die Produktionsbedingungen durch folgende Maßnahmen verändert werden:

- "schlanke" Fertigungsstrukturen ("lean production"),

- Kooperation mit anderen Konzernen,

- Aufbau von neuen "Autofabriken der Zukunft",

- Verlagerung der Produktion in Billiglohn-Länder.

Zauberformel

"Lean Production"

Das Schlagwort "Lean Production" bezieht sich sowohl auf die Organisation des Arbeitsprozesses selbst als auch auf die Entwicklung "fertigungsfreundlicher" Bauteile und eine weitgehende Standardisierung der entscheidenden Produktionselemente (Baukasten- bzw. Modulprinzip). Schließlich wird eine generelle Reduzierung der Fertigungstiefe angestrebt, indem noch stärker als bisher die Produktion einzelner "Bausteine" ausgelagert und an Zulieferbetriebe delegiert wird. Ein Eigenfertigungsanteil von 45 Prozent, wie derzeit noch bei Mercedes, gilt heute schon als ausgesprochen hoch. Die Autofabriken von Fertigungsbetrieben zu "Systemintegratoren" umzuwandeln, die in ihren Montagehallen zugekaufte Teile bzw. Teilsysteme einspeisen und zum fertigen Fahrzeug montieren, ist die Vision der Konzern-Manager.

Diese Dezentralisierung der Produktion lag auch schon dem "Just in Time"-Prinzip zugrunde, einem aus Japan übernommenen Logistik-System, welches vor allem zur drastischen Reduzierung der Lagerkosten führte und diese an die Zulieferer weiterreichte. Angesichts der inzwischen üblichen Verkehrsstaus hat diese Kostensenkungsmethode jedoch ihre Grenze erreicht; selbst Opel-Eisenach, eine der modernsten Autoproduktionsstätten überhaupt, braucht trotz oder gerade wegen "just in time" Pufferlager in der End-Montagehalle mit Teilen für die nächsten zwei Stunden sowie ein weiteres Zwischenlager für vier bis sechs Stunden auf dem Werkshof.

Für VW-Piech sind selbst im Umkreis von 30 Kilometern um das Stammwerk angesiedelte Zulieferer noch zu weit entfernt. "Wir wollen ein Loch im Betriebszaun, und am besten wäre es, der Lieferant steht am Band und baut die Teile gleich selber ein." (SZ, 20.10.93) Wobei die einstigen Teilelieferanten immer mehr zu Komponenten- und Systemlieferanten werden: Der Kühlergrill zum Beispiel kommt mit sämtlichen verdrahteten Scheinwerfern sowie der Scheinwerferwaschanlage zum Hersteller, wo er in der Endmontage mit nur ein paar Handgriffen eingebaut wird. Der Sinn der verstärkten Einbeziehung der Zulieferer (ergänzt durch Produktionsauslagerungen aus den Stammwerken) liegt für die Konzerne wiederum in der Kostenersparnis: Zum einen unterliegen die Zulieferbetriebe meist nicht den bestehenden Tarifverträgen, die dort Beschäftigten können also geringer entlohnt werden und zugleich sind sie aus demselben Grund völlig willkürlichen, der Nachfrage unterworfenen Arbeitszeiten ausgesetzt. Zum anderen spielen die Konzernspitzen die Zulieferbetriebe und die eigene Belegschaft gezielt gegeneinander aus: "In Zukunft würden der Betriebsrat und das Werk oder die Kostenstelle über Preisziele und Angebote der Anbieter von außen informiert, um ihrerseits ein Angebot abgeben zu können. Bei einem Preisvorteil eines Zulieferers erhalte das Werk oder die Kostenstelle die Chance, einen Nachteil in angemessener Zeit und mit angemessenen Mitteln durch ein neues Angebot auszugleichen", wird über den Vergabe-Modus beispielsweise bei VW berichtet. (SZ, 3.1.94) Gelingt dies, muß der Zulieferbetrieb sehen, wo er bleibt, gelingt es nicht, droht der entsprechenden Abteilung des Autokonzerns die Auslagerung oder die Schließung. Um blödsinnige Anglismen nie verlegen, nennt sich der ganze Vorgang bei Opel "Maßnahmen zur Inhouse-Optimierung". Um eben diese handelte es sich bei den im November vereinbarten Lohnsenkungen und den mit dem Betriebsrat verabredeten Maßnahmen zur Senkung des Krankheitsstandes. Damit konnten vorerst 3.600 Arbeitsplätze im Komponentenbereich erhalten bleiben, die vom "Outsourcen", was die von der Konzernleitung angedrohte Fremdvergabe meint, bedroht sind.

Die "schlanke Produktion" ermöglicht - dies klingt zunächst paradox - eine höhere Produktvielfalt, jedenfalls was die Karosserie- und Ausstattungsvarianten betrifft. "Mit mehreren schlanken Montagestandorten von Portugal bis Ungarn, einer Fülle von Kooperationen und einer völlig umgekrempelten Zulieferindustrie gilt es künftig auch mit kleinen Stückzahlen, Modetrends, Modellnischen und Märkte auszufüllen. Selbst Mercedes ... tummelt sich künftig im Kleinwagengeschäft." (SZ, 28.12.93) 20 Mrd. DM hat der italienische Autokonzern Fiat bereits in sein Erneuerungsprogramm investiert (weitere 20 Milliarden sollen folgen), einen großen Teil davon in das neue Superwerk in Melfi (Süditalien): Die dortigen Anlagen erlauben die Herstellung zahlreicher Nischenmodelle wie Coupés, Spider, Kleintransporter und dergleichen. VW-Chef Piech spricht davon, im Design künftig auf "landesspezifische Anforderungen" eingehen zu können: "Wir werden einen Golf nicht mehr in Deutschland und Mexiko in identischer Form produzieren." (HB, 19.11.93)

Voraussetzung für diese Mannigfaltigkeit ist auf der anderen Seite jedoch eine "typunabhängige Technisierung (flexible Automation) v.a. auf der Grundlage der Mikroelektronik" (Barbara Töpper). Das meint die radikale Reduzierung der Anzahl der faktischen Herzstücke jedes Autos, der sogenannten "Plattformen" (Motor, Getriebe, Chassis). Heute hat allein der Golf fünf Plattformen. Piech will erreichen, daß zum Beispiel Golf, Seat, Skoda und ein (zukünftiger) Audi 50 nur noch eine Plattform haben." (SZ, 22.1.94) International wird dieser Weg schon länger beschritten. "Voraus seien die Japaner den Deutschen in der Konsequenz, mit der sie untereinander kooperierten und sich gegenseitig mit Teilen oder ganzen Autos belieferten, außerdem in der Verwendung möglichst vieler gleicher Teile in verschiedenen Produkten", meint der Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Automobilindustrie. (FAZ, 22.10.93) Jüngst stellten Fiat und die Fiat-Tochter Lancia sowie Peugeot und die Peugeot-Tochter Citroen eine neue Großraumlimousine vor, deren wesentliches Unterscheidungsmerkmal lediglich die Frontpartie ist, die jeweils dem typischen Gesicht der beteiligten vier Firmen angepaßt ist. Für die Produktion des neuen Wagens wurde für knapp zwei Milliarden DM in Nordfrankreich eine neue Fabrik mit einer Jahreskapazität von 130.000 Fahrzeugen errichtet.

In ihrem Drang, die laufenden Kosten zu senken und die Produktivität zu steigern, gehen die Konzerne, wie in dem eben geschilderten Beispiel, auch untereinander begrenzte Kooperationen ein. Mercedes-Chef Werner: "Jeder spricht mit jedem, weil wir alle unter dem Zwang zur Realisierung von Größenvorteilen und zur Erhöhung unserer internen Flexibilität stehen." (HB, 27.1.94) Daimler und Mitsubishi haben inzwischen sechs Abkommen miteinander geschlossen, unter anderem den Bau einer Pilotanlage für das metallurgische Recycling von Altautos sowie den Vertrieb eines Mitsubishi-Kleinlastwagens in Südafrika durch Mercedes, da dieser Typ dort bisher nur durch Toyota und Nissan angeboten wird. Diese beiden Konzerne wiederum tauschen untereinander sogar Motoren und Getriebe aus. VW will mit Toyota über weitere Kooperation im Nutzfahrzeugbau sprechen und wird demnächst zusammen mit Ford einen Kleinbus in Portugal herstellen.

Mazda, der einzige große japanische Fahrzeugbauer ohne eigene Produktionsbasis in Europa, wird seine Beziehungen zu Ford (der mit 24,5 Prozent an Mazda beteiligt ist) "global intensivieren ... Die ... getroffene Vereinbarung sieht eine über die projektbezogene Kooperation hinausgehende, enge strategisch angelegte Zusammenarbeit bei Entwicklung, Produktion und Ressourcennutzung vor. Ausgenommen bleibt der Verkauf." (HB, 6.1.94) Diesen nämlich übernimmt für Ford, zumindest in Japan, Nissan. (SZ, 17.1.94) Kia, einer der neuen südkoreanischen Autogiganten, sucht seinen im letzten Jahr vollzogenen Einstieg in den deutschen Automarkt vor allem über Ostdeutschland und arbeitet beim schnellen Auf- und Ausbau des Händlernetzes geschickterweise mit der in der DDR einst stark vertretenen russischen Firma Lada zusammen.

Ergänzt werden diese internationalen Kooperationen durch das zielgerichtete Bemühen der Konzerne, immer größere Teile ihrer Produktion ins Ausland zu verlegen. Zum Beispiel soll schon mittelfristig jeder zehnte (derzeit: jeder 50.) Mercedes-PKW im Ausland montiert werden. Mercedes-Werner: "Wir brauchen die Globalisierung unserer unternehmerischen Aktivitäten nicht nur aus kosten- und marktpolitischen Gründen, sondern auch als Risikoausgleich." (HB, 27.1.94) Für die Automobilarbeiterinnen und -arbeiter hierzulande sind schwere Zeiten angebrochen. Denn Werners Bemerkung beschreibt nicht nur die Tatsache, daß die Konzerne immer größere Teile ihrer Fertigung in die Niedriglohngebiete Osteuropas, aber beispielsweise auch nach Südeuropa verlegen. Mit der (von Karl Heinz Roth so genannten) Horizontalisierung ihrer Produktion versuchen sie sich auch zunehmend in die Lage zu versetzen, wichtige Funktionen des Unternehmens in viele Standorte verlegen zu können. Gelingt diese Strategie, bräuchten sie sich von örtlichen Streiks kaum noch beeindrucken zu lassen. Aktuell versucht Opel - die Unterschrift über das Sparpaket vom November ist noch nicht getrocknet - den Beschäftigten des Bochumer Werkes eine weitere Flexibilisierung der Arbeit (unter anderem obligatorische Nacht- und Sonnabend-Schichten) sowie Lohnkürzungen abzupressen - dies sei die Bedingung, "die geplante Produktion einer neuen 16V-Motoren-Generation nach Bochum zu vergeben". (FR, 1.2.94) Als konzerninterner Konkurrent ist die General-Motors-Fabrik in Ungarn "im Gespräch"; die dortigen Lohnkosten belaufen sich auf 6,21 Mark. (FR, 19.11.93) Mit der gleichen Erpressungstaktik hatte Mercedes im Dezember Lohnkürzungen durchgesetzt, als es um den Produktionsstandort des künftigen Mini-Mercedes ging. (vgl. ak 362)

Schöne neue Welt

von Eisenach

Derweil sind im supermodernen Opel-Werk von Eisenach die schönen neuen Zeiten angebrochen. Die nach mehrstündigen Auswahlverfahren eingestellten "Mitarbeiter" (Durchschnittsalter: 34), die vor Arbeitsantritt in mehrwöchigen Kursen geschult wurden, arbeiten dort in Einheitskleidung (weißes Hemd, graue Hose bzw. grauer Rock) in sechs- bis achtköpfigen "Teams" zusammen und organisieren in eigener Regie die Arbeitsabläufe. Mit Hilfe der Gruppenarbeit soll die Produktion flexibel gestaltet und die Technologie ständig weiterentwickelt werden. Unweit der Montagelinien befinden sich sogenannte "Verbesserungswerkstätten". Anfänglich unterboten die Gruppen die nur groben Zeitvorgaben zum Teil erheblich, doch der Sinn der neuen Methode ist es, nicht schneller, sondern rationeller zu arbeiten. Die Entlohnung richtet sich nicht nach der Stückzahl, sondern nach der Qualifikation: wieviele Arbeitsgänge eine Arbeiterin oder ein Arbeiter beherrscht und in wievielen Teams sie oder er einsetzbar ist. Pro Mitarbeiter gab es durchschnittlich bereits acht Neuerungsvorschläge. (Junge Welt, 3.8.93) "Lean Production"? Für den Geschäftsführer des Eisenacher Werkes handelt es sich dabei um "ein äußerst komplexes System, das, scheinbar primitiv, bei ‚Ordnung und Sauberkeit am Arbeitsplatz beginnt` und im Kopf der Beschäftigten seine Vollendung finden sollte." (FR, 11.11.93)

Den Kampf um die Köpfe führt auch VW. Flächendeckend werden in allen VW-Betrieben "Workshops" durchgeführt, mit denen sämtliche Beschäftigte erfaßt werden und in denen der Produktionsablauf nach den Kriterien Qualität, Produktivität, Bestände, Flächen und Durchlaufzeiten analysiert wird. "Der Mann, der die Arbeit macht, weiß am besten, wo Reserven stecken", hat VW-Vorstandsvorsitzender Piech herausgefunden: "Jeder Bandarbeiter bekommt mehr Befugnisse bei der Lösung der Frage, wie man rationalisiert, wo man das Geld richtig einsetzt." (SZ, 10.8.93)

Mit der Kombination aus den zwanzigprozentigen Lohnkürzungen und dem neuen flexiblen Arbeitszeitmodell einerseits und dem mit Hilfe der Workshops umgesetzten "Kontinuierlichen Verbesserungsprozeß hoch zwei" (KVP2) will Piech erreichen, daß der "Break-even-point" (also der Punkt, bei dem ein Betrieb weder Gewinn

noch Verlust macht) auf 70 Prozent Produktionsauslastung heruntergeschraubt wird (1992: 108, Ende 1993: 81 Prozent). (SZ, 27.11.93) Das würde theoretisch bedeuten, daß VW auch in einer Absatzkrise wie der gegenwärtigen schon bei einer Auslastung der Anlagen von nur 71 Prozent einen geringen Gewinn erwirtschaften könnte. Praktisch jedoch wird diese Rechnung so nicht aufgehen, denn die allgemeine Rationalisierung auch bei den anderen Autokonzernen führt auch dort zur Verbilligung der Produktionskosten und bei zugespitzter Konkurrenz zur Senkung der Verkaufspreise.

Angesichts der Unüberschaubarkeit des kapitalistischen Marktgeschehens sind sich die herrschenden Akteure über den einzuschlagenden Weg nicht mehr einig. Ein Diskussionspapier des Dachverbandes der europäischen Automobilhersteller fordert einen "Mentalitätswandel" und bemängelt, daß die christliche Weltanschauung dazu neige, dem technischen Wandel und der schnelleren Einführung neuer Technologien und neuer Arbeitsmethoden im Wege zu stehen. Das "gemeinschaftliche System" Ostasiens sei dagegen flexibler und besser geeignet für die Einführung fortschrittlicher neuer Technologien. (FAZ, 12.1.94) Das sieht VW-Wolfsburg-Schirmherr Gerhard Schröder (derzeit Ministerpräsident von Niedersachsen) aber ganz anders. "Kreativität und Individualität seien die großen Stärken der Europäer und ihr Vorteil gegenüber den Japanern." (SZ, 24.5.93)

So endet dieser Artikel, wie er begonnen hat: Mit dummen Sprüchen.

J./Westberlin

Teil I in ak 362 beschäftigte sich vor allem mit der weltweiten Absatzkrise und dem Aufbau von Überkapazitäten.

9. Zwischen Null- und Minusrunde. Die Veränderung der Tariflandschaft durch "betriebliche Gestaltungsspielräume"

Autor: gg. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:14

Zehn bis fünfzehn Prozent Kostensenkung, besser Lohnkostensenkung, das ist die Vorgabe der Kapitalistenverbände in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie. Um diesem Ziel möglichst nahe zu kommen, wurden Ende September letzten Jahres vorsorglich die Urlaubstarifverträge gekündigt - ein Novum in der westdeutschen Tarifgeschichte.

Von dem Ziel der Lohnkostensenkung lassen sich die Kapitalisten, so scheint es, weder durch Argumente noch durch die seit dem Ablauf der Friedenspflicht stattfindenden Warnstreiks abbringen. Wobei die IG Metall keine Gelegenheit ausläßt zu beteuern, daß sie einen Arbeitskampf vermeiden möchte. Jede "vertretbare Möglichkeit einer Verhandlungslösung" möchte der zweite Vorsitzende der IGM, Walter Riester, nutzen. Die IGM hat trotz ihrer Tarifforderungen zwischen 5,5 und 6% Kompromißfähigkeit anklingen lassen. Bei arbeitsplatzsichernden Maßnahmen, d.h. bei Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, wäre die IGM zu Kürzungen bei den Lohnforderungen bereit. Als Vorbild wird von Gewerkschaftsseite immer wieder auf den VW-Abschluß verwiesen.

Diese Form der Kostensenkung geht den Arbeitgebern in der Metall- und Elektroindustrie allerdings nicht weit genug. Sie wollen eine Nullrunde bei den Löhnen und Gehältern und den Wegfall des Anspruches auf Urlaubsgeld. Da das Urlaubsgeld die Metall- und Elektroindustrie mit zusätzlichen Kosten von 5,2% belaste, müsse dieses "Zubrot" wegfallen, verlangt der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner. Außerdem wird gefordert, daß betriebliche Fehlzeiten durch Krankheit, Kuren usw. den Urlaubsanspruch verringern - ein Monat Krankheit gleich zweieinhalb Tage weniger Urlaub. Damit nicht genug, sollen Silvester und Heiligabend als volle Urlaubstage angerechnet werden. Insgesamt sollen die Arbeitszeiten flexibler gestaltet werden.

Das "Tarif-Signal" der IG Chemie

Mitten in die "laufenden" Auseinandersetzungen in der Metallbranche platzte der Tarifabschluß für die westdeutsche Chemie-Industrie. Das Hamburger Abendblatt sprach von einem "Tarif-Signal", während das Handelsblatt (HB) darin "keinen Pilotabschluß" sehen wollte.

Der Chemie-Abschluß im Detail:

- Von November 93 bis Januar 94 gibt es keine Lohnerhöhung.

- Ab dem 1.2.94 werden 2% mehr Lohn und Gehalt ausgezahlt, bei einer dann folgenden Laufzeit von zwölf Monaten.

- Das 13. Monatsgehalt für 1994 und 1995 wird auf dem Stand von 1993 belassen.

- Die Betriebe erhalten die Möglichkeit, die Arbeitszeit je nach Konjunkturlage zu flexibilisieren. Die wöchentliche Regelarbeitszeit liegt bei 37,5 Stunden. Nach Bedarf kann sie mit den entsprechenden Lohnkürzungen auf 35 Stunden gesenkt oder auf 40 Stunden erhöht werden. Überstundenzuschläge bei einer Überschreitung der Regelarbeitszeit entfallen. (Dies widerspricht zwar dem bis 1997 geltenden Manteltarifvertrag, aber da wird sich schon eine Lösung finden.)

- Bei Neueinstellung von Langzeiterwerbslosen (die länger als sechs Monate ohne Arbeit sind) kann das Anfangsgehalt auf 90% des Grundlohnes reduziert werden. Berufsanfänger der oberen Einkommenskategorien erhalten 92,5% des Tarifgehaltes, Berufsanfänger der unteren Einkommensgruppen 95% des Anfangstarifgehaltes.

Hermann Rappe, mächtiger sozialdemokratischer Rechter und IG-Chemie-Vorsitzender, sah in dem Abschluß ein Signal, da es keine Nullrunde gegeben habe. Die rund 1,3prozentige nominale Lohnerhöhung (wenn man

die Nullmonate mitrechnet) bedeutet natürlich einen erheblichen Reallohnverlust. Noch gravierender dürfte sich aber das Einfallstor der "untertariflichen" Einstiegsgehalte auswirken. Denn auf dieser Basis wird in den nächsten Tarifrunden versucht werden, das Lohnniveau weiter zu senken. Damit wird die Spaltung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen weiter forciert: Die einen gehören vollwertig dazu, die anderen nicht. Kein Wunder, daß Arbeitgeberpräsident Tyll Necker den Chemie-Abschluß als eine Einigung mit "Mut und Augenmaß" lobte. (HB, 24.1.)

"Wir haben tarifpolitisches Neuland betreten, wir haben mit diesem Flächentarifvertrag betriebliche Gestaltungsspielräume geschaffen", so der IG-Chemie-Tarifexperte Hans Terbrack, der sich noch wenige Tage vor dem Abschluß bereit erklärt hatte, über alle Arbeitszeitmodelle nachzudenken, wenn sie denn den Zielen "Produktivitätssteigerung, Beschäftigungssicherung, Flexibilisierung und Optimierung der Produktion und der Maschinenlaufzeiten auf der Ebene des Einzelbetriebes dienen." (HB, 7.1.) Schon in früheren Tagen hatten sich die IG-Chemie-Bosse über die mangelnde Nutzung vorhandener variabler Arbeitszeitmodelle beschwert. Solche Gewerkschaftsführer muß man sich als Kapitalist schön hegen und pflegen.

Analog zur Einigung bei VW, wo nach getätigtem Abschluß Entlassungen nach 1995 angekündigt wurden, verkündete nun der Degussa-Chef Gert Becker, daß der Chemie-Abschluß "nicht geeignet (sei), das Tempo der Personalanpassungen zu bremsen." (Frankfurter Rundschau, 22.1.)

Sofort nach dem Abschluß in der westdeutschen Chemiebranche stellten die Metallarbeitgeber ihre Wirtschaftsdaten gegen die der Chemiebranche: Die Lohn- und Gehaltssumme mache bei Metall 26,2%, bei Chemie nur 19,6% aus. Während in der Metall-Industrie die Produktion um 12,7% geschrumpft sei, habe es in der Chemie nur einen Rückgang um 3,3% gegeben. (HB, 12.1.) Aus diesen (bezweifelbaren) Zahlen ziehen die Metall-Unternehmer die "logische" Folgerung: Der Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie muß erheblich unter dem Chemieabschluß liegen.

Ist der Flächentarifvertrag

am Ende?

"Wir erleben erstmalig, daß sich Betriebsleitungen und Betriebsräte selbst helfen und die Tarifverträge ignorieren", staunte Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner. (HB, 29.12) Nun gehört Klappern sicherlich auch zum Geschäft der Tarifrunde, und von den Arbeitgebern wird die Verbandsflucht als ein Drohmittel ins Spiel gebracht. Nur wird diese Entwicklung nicht nur vom Arbeitgeberverband, sondern auch von der IGM festgestellt. Aber gerade die jüngsten Betriebsvereinbarungen bei den Großkonzernen der Automobilindustrie zeigen, daß die IG Metall bei der Durchlöcherung der Flächentarifverträge aktiv mitarbeitet. Was eventuell in Kleinbetrieben noch möglich ist, nämlich der Abschluß von Betriebsvereinbarungen ohne Kenntnis der Gewerkschaften, ist in Konzernen undenkbar. Hier werden betriebliche Vereinbarungen in voller Kenntnis der jeweiligen Bezirksverwaltung oder gar der Zentrale erarbeitet.

"Insofern war schon der VW-Vertrag ein Signal zum Aufbruch, der Beweis, daß es auf Firmenebene sachgerechtere Lösungen gibt. Unsere Firmen haben keine Geduld mehr für tarifpolitische Spielereien, ihre Nerven liegen blank. Sie regeln in eigener Zuständigkeit, was wir nicht mehr regeln können," so wiederum der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall. Deshalb sollten lediglich "Zielkorridore" vereinbart werden, die es den Firmen ermöglichen, eigene Regelungen zu finden. Eine "Reichseinheitslinie" (Kirchner) dürfe es nicht mehr geben. Das Stichwort heißt einfach betriebliche Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung, verknüpft mit niedrigeren Lohnkosten. Der Flächentarifvertrag wird dann nicht in Frage gestellt werden, wenn keine starren Regelungen mehr existieren. Denn auch für die Kapitalisten ist klar, daß der Standortfaktor "soziale Stabilität" durch die Aufgabe des systemstabilisierenden Flächentarifvertrags ernsthaft in Gefahr wäre. So gerne man den "Sozialpartner" in einer geschwächten Position sieht, so ungern würde man auf das bekannte Regulativ Gewerkschaft verzichten. Ohne Flächentarifvertrag würden die Konflikte zwangsläufig im Betrieb stattfinden, und das haben Kapitalisten bekanntlich nicht so gerne. Diese "Gefahr" sieht wohl auch die IGM.

Für Walter Riester ist es klar, daß die Gewerkschaften neue Wege in der Tarifpolitik gehen müssen. So möchte der IGM-Tarifexperte in den Tarifverträgen auch nur noch Mindestbedingungen regeln. In diesem Rahmen müßten dann betriebliche Öffnungsklauseln enthalten sein. "Ich würde den Weg mitgehen, im Tarifvertrag eine Bandbreite festzulegen und unterschiedliche Optionen im jeweiligen Betrieb zuzulassen."

(FR, 15.1.) Allerdings möchte Riester nicht in der Bandbreite des Chemie-Abschlusses flexibilisieren, sondern im Bereich zwischen 30 und 35 Wochenstunden.

Dieter Hundt, Verhandlungsführer der Arbeitgeber im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden, ist von Riester lediglich fünf Stunden entfernt. Er hätte gerne Variationsmöglichkeiten innerhalb der Spanne von 30 bis 40 Wochenstunden. Denkbar wäre ein Deal, wie er von Arbeitgeberseite angestrebt wird. Die Hochqualifizierten sollten länger, die Mittel- und Niedrigqualifizierten kürzer arbeiten. Dabei werden zur Zeit am stärksten Unterschiede in der Jahresarbeitszeit favorisiert. Dies hätte für die Kapitalisten den Vorteil, ähnlich wie beim Zeitkorridor in der Chemiebranche, je nach Arbeitsanfall kürzer (ohne Lohnausgleich) oder länger (ohne Mehrarbeitszuschläge) arbeiten zu lassen. Damit wären die Weichen für die Zukunft gestellt.

Für Dieter Hundt wäre das Vorziehen der 35-Stunden-Woche innerhalb dieses Flexibilisierungsrahmens denkbar. Allerdings möchte der Arbeitgebervertreter die vorgezogene Arbeitszeitverkürzung mit 2,8% auf die Einkommen berechnet wissen. Die IGM ist zu einer Anrechnung von 1,4% auf die Löhne bereit.

Auch bei der Beschäftigungssicherung zeichnet sich eine Kompromißlinie ab. Eine Garantie könnte von Kapitalistenseite zwar nicht zugesichert werden, aber zu deutlichen Empfehlungen an die Verbandsmitglieder wäre der Verband bereit. (HB, 18.1.) Kostet ja nichts.

Das Modell Schlafhorst

Bei der Firma W. Schlafhorst AG & Co handelt es sich um ein führendes Unternehmen zur Herstellung von Maschinen für die Textilindustrie mit ca. 5.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 1,25 Mrd. DM im Jahre 1993. In diesem Unternehmen haben sich Geschäftsleitung und Betriebsrat auf eine Ergänzung der Einzelarbeitsverträge geeinigt. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen, die solche Vereinbarungen still und heimlich treffen, ging die Firma Schlafhorst in die Offensive und betreibt mit dem Modell aktive Medienarbeit. Der Vertrag sieht vor, daß bei einer "freiwilligen" Unterzeichnung der Einzelvereinbarungen durch die Beschäftigten die Firmenleitung auf betriebsbedingte Kündigungen bis zum 31.1.1995 verzichtet. Im Gegenzug arbeiten die Beschäftigten vier Stunden länger pro Woche. Es darf wieder 40 Stunden in der Woche gearbeitet werden - bei gleichem Lohn bzw. Gehalt wie bisher. In Abhängigkeit von der Auftragslage darf die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 32 und 48 Stunden schwanken.

Für diese Flexibilisierung der Arbeitszeit überweist Schlafhorst eine einmalige Sonderzahlung von 2.400 DM je Vollzeitbeschäftigten an eine Altersversorgungsversicherung. Die Beschäftigten können einen Teil ihres Weihnachtsgeldes ebenfalls in diesen Fonds einfließen lassen. Sozusagen als Bonbon sieht der Einzelvertrag eine volle Weitergabe der diesjährigen Tariferhöhung vor, falls es denn eine gibt, im Gegensatz zum Jahre 1993. Entsteht während der Laufzeit des Vertrages eine Minderarbeitszeit, verfällt diese und muß nicht mehr erbracht werden. Sollten im Laufe des Jahres die Maßnahmen überflüssig werden, erklärt sich Schlafhorst bereit, die Sozialleistungen dessen ungeachtet zu bezahlen. Mit dieser betrieblichen Vereinbarung wird seit dem Abschluß Ende Januar erhebliche Werbung betrieben. Das zeigt, in welche Richtung die Wünsche der Kapitalisten gehen.

Sehr aufschlußreich die Stellungnahme des Sprechers der IG Metall, Jörg Barezynski zu der Schlafhorst-Betriebsvereinbarung: "Hätte die IG Metall bei Schafhorst einen Firmentarifvertrag abgeschlossen, so würde ein solcher Vertrag sich vielleicht in Einzelheiten von der Betriebsvereinbarung unterschieden haben, aber das Ergebnis wäre ähnlich gewesen, nämlich: Verzicht auf Lohnzuwachs gegen Arbeitsplatzgarantie. Deshalb kritisiert die IG Metall diese Vereinbarung." (HB, 31.1.)

Was ist drin?

Sowohl nach dem Chemie-Abschluß als auch nach den Vereinbarungen bei VW, Opel, Mercedes, Audi, Bosch usw. ist klar, daß viel mehr als eine Nullrunde nicht erreicht wird. Denkbar wäre z.B. auch ein Abschluß mit einer Zwei vor dem Komma und einer längeren Laufzeit. Durch die Nachwirkung der Tarifverträge könnte der Status quo gehalten werden. Dies würde einen Reallohnabbau in Höhe der Inflationsrate bedeuten. Die Arbeitgeber müßten schon zum Mittel der Aussperrung greifen, um ihre Forderungen durchzusetzen bzw. die IGM weich zu klopfen. Ob dies politisch gewollt und rechtlich abgesichert ist, bleibt fraglich. Eine Lohnkostensenkung von zehn oder gar 15% ist unwahrscheinlich, Reallohnabbau um so wahrscheinlicher. Die

IGM hat sich durch die diversen, von ihren Betriebsräten ausgehandelten Betriebsabschlüsse selbst geschwächt.

Eine vollständige Streichung des Urlaubsgeldes und von Teilen des Urlaubsanspruches werden die Beschäftigten der Metallindustrie mit Sicherheit nicht hinnehmen. Trotz aller politischer, organisatorischer und ideologischer Schwächung der Gewerkschaftsbewegung wird dieser Frontalangriff nicht erfolgreich sein.

gg.

10. (Nicht länger) Geheim. Broschürenvorstellung

Broschürenbesprechung

Rubrik: Haftbedingungen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:18

Im Januar erschien die Ausgabe 4/93 der "Geheim". Sie hat die Vorkommnisse in Bad Kleinen am 27.6.1993 zum Schwerpunkt. Auf 36 Seiten werden unterschiedliche Aspekte der Geschehnisse und Hintergrundinformationen geliefert.

In seinem Einleitungsbeitrag bemüht sich Manfred Such, Kriminalhauptkommissar und Vorstandsmitglied der BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten, seine polizeitaktische Kritik am Einsatz der GSG 9 mit der grundsätzlichen Empörung über die staatliche Vertuschung der Vorgänge in Bad Kleinen in der Forderung nach einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zu verbinden.

Unter der Überschrift "Wirrwarr in Bad Kleinen - Systembedingte Ursachen" steht der Beitrag von Ulrich Vultejus, Richter a.D. und Vorsitzender der Humanistischen Union. Der Beitrag hält allerdings nicht, was die Überschrift verspricht, denn die Erkenntnisse von Herrn Vultejus bewegen sich auf dem Niveau von "Die politische Führung ist wirr und hat deshalb die Wirrnis zu verantworten". Vultejus bemängelt Konkurrenzgerangel innerhalb des Staatsapparates und kritisiert die Vorfälle in Bad Kleinen als politische Unfähigkeit der Verantwortlichen. Ob es sich hierbei nicht auch um eine Inszenierung für die Öffentlichkeit handeln könnte, um den Mord an Wolfgang Grams zu vertuschen, ist für ihn keine Überlegung wert.

Eine umfangreiche chronologische Recherche liefert Jürgen Korell in seinem Beitrag "Der teuer erkaufte Fahndungserfolg - Bad Kleinen - ein organisiertes Desaster". Akribisch entwickelt er die Widersprüche in den öffentlichen Erklärungen der beteiligten Stellen, stellt Zusammenhänge her und auf der Grundlage seiner Analyse Hypothesen auf. Diese allerdings arten dann zum Ende des ansonsten wirklich sehr interessanten Artikels in Denunziation aus: "Damit war auch klar, daß Birgit Hogefeld in die Kronzeugenrolle geschlüpft sein dürfte." Und zum Abschluß des Artikels die beliebten Entpolitisierungsversuche der RAF, à la "RAF-Phantom" und der Mutmaßung, ob sich hinter der RAF nicht Gladio, eine Unterabteilung der NATO, verberge, die Terroraktionen durchführt, um sie linken Organisationen anzulasten.

Im Mittelteil des Heftes findet sich eine hervorragende Zusammenstellung von Zitaten zum Ablauf der Aktion in Bad Kleinen und zur Rolle der beteiligten staatlichen Stellen, die aus Protokollen von Innenausschußsitzungen, BKA-Berichten und dem Zwischenbericht der Bundesregierung gewonnen wurden. Auf einer A4-Doppelseite wird die Darstellung der "Einsatzorganisation" nach der Erklärung des BKA vom 5.7.1993 grafisch umgesetzt.

Bevor Florian Schmaltz sich mit dem Wissenschaftlichen Dienst der Stadtpolizei Zürich, der schon die "Selbstmordversion" der Stammheimer Mordnacht absegnete, auseinandersetzt, konnte die "Geheim"-Redaktion es sich nicht verkneifen, einen als "Glosse" bezeichneten Beitrag abzudrucken, der peinlich berührt, weil er wohl lustig sein soll, das nicht ist und den Beigeschmack schlüpfrig-süffisanter Juristenstammtische hinterläßt.

In gewohnter Qualität finden sich dann zum Glück am Ende einmal ein Beitrag des Bürokollektivs Ulla Jelpke über die Koordinierungsgruppe Terrorismus und zum anderen ein Artikel von Rolf Gössner zur Geschichte der GSG 9, so daß der Anteil von Artikeln, die mit solider Recherche vorliebnehmen, so eindeutig überwiegt, daß die genannten Ärgerlichkeiten unbedingt in Kauf genommen werden sollten.

GEHEIM 4/93, Einzelpreis: 7,50 DM, Bezug über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Weiterverkäuferrabatt: 30%

11. Bad Kleinen ad acta? Interview mit dem Rechtsanwalt der Eltern von Wolfgang Grams (aus: Junge Welt, 14.1.94)

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:24

Der RAF-Mann Wolfgang Grams hat sich nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft Schwerin bei der Polizeiaktion von Bad Kleinen selbst umgebracht. Sechseinhalb Monate nach der Anti-Terror-Aktion stellte die Behörde die Ermittlungen gegen zwei GSG-9-Beamte ein, die verdächtigt waren, Grams regelrecht hingerichtet zu haben.

Die Rechtsanwälte der Grams-Eltern kündigten rechtliche Beschwerde gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens an. JW sprach mit Rechtsanwalt Andreas Groß.

In Schwerin wird das Verfahren zum Tod von Wolfgang Grams eingestellt. Ist damit die Aufklärung des Falls Bad Kleinen beendet?

Aus der Sicht der Nebenklagevertretung keinesfalls. Sie wird ab morgen vormittag erst anfangen. Dann werden wir erstmals Akteneinsicht erhalten. Diese mußten wir gerichtlich gegen die Staatsanwaltschaft Schwerin durchsetzen.

Welche Möglichkeiten gibt es noch, das Verfahren wieder aufzurollen?

Wir werden Beschwerde gegen den Einstellungsbeschluß beim Generalstaatsanwalt in Rostock einlegen. Für die Version der Staatsanwaltschaft Schwerin, wonach Wolfgang Grams sich höchstwahrscheinlich selbst den tödlichen Schuß beigebracht hat, gibt es keinen einzigen Augenzeugen, obwohl die vernommenen Beamten bis auf 1,50 m an ihn heran waren, eine Sekunde vor seinem Tod. Es gibt aber zwei Augenzeugen, die uns berichten, sie haben beobachtet, wie Wolfgang Grams erschossen wurde von GSG-9-Beamten, als er wehrlos auf den Gleisen lag. Darüber hinaus haben wir eine Fülle von Beweisvernichtungen durch Spurensicherungsexperten des BKA nachgewiesen. Auch das hat einen gewissen Indizwert. Die für die Selbstmordversion angeführten Gutachten sind allesamt in dem wesentlichen Punkt nicht verwertbar, weil nicht nachgewiesen werden kann, daß Selbstmord begangen wurde. Die Quintessenz auch des Züricher Gutachtens ist, daß keine zwingenden Belege dafür vorliegen, daß sich Wolfgang nicht selbst erschossen hat. Die Gutachter können nicht sagen, wie er zu Tode gekommen ist. Ihr Auftrag war nur der, irgendwelche zwingenden Anhaltspunkte festzustellen, die verhindern, das Verfahren so wie geplant einzustellen.

Angesichts der Tatsache, daß so viele Beweise beseitigt wurden, gibt es da überhaupt noch Hoffnung, den Fall Grams aufzuklären?

Selbstverständlich. Was können wir mehr haben als zwei Augenzeugen, die gesehen haben, wie Wolfgang Grams erschossen wurde.

Aber der eine Augenzeuge ist nur dem "Spiegel" bekannt.

Es gibt in der Strafprozeßordnung den Zeugen vom Hörensagen. Der Herr Leiendecker vom "Spiegel", der dem Zeugen Auge in Auge gegenüberstand, mit ihm gesprochen hat und sich über dessen Identität vergewissert hat, ist ein verwertbarer Zeuge nach der deutschen Strafprozeßordnung. Und es gibt die Frau Baron, die glaubwürdig ohne eigenes Interesse geschildert hat, was tatsächlich dort passiert ist. Ich halte die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Schwerin, das Verfahren einzustellen, für eine politische Entscheidung, die de facto in Bonn gefallen ist. Spätestens zu dem Zeitpunkt, als sich Helmut Kohl schützend vor die GSG-9 gestellt hat, obwohl auf dieser nach wie vor der Mordverdacht lastet.

Vor Weihnachten wurde eine Kampagne zur Aufklärung der Ereignisse von Bad Kleinen gestartet. Was kann Sie bringen?

Wir werden 20 Ordner allein mit Zeugenvernehmungen bekommen. Wir müssen Zweitgutachter beauftragen, die sich kritisch mit den vorliegenden Gutachten befassen. Wir haben Übersetzungsarbeiten zu leisten, da wir diese Gutachten zum Teil in den USA in Auftrag geben werden. Das heißt, es ist eine Fülle von Arbeit

notwendig, die natürlich Geld kostet. Das Ganze wird damit stehen und fallen, ob es in der kritischen Öffentlichkeit Menschen gibt, die diese Arbeit auch finanziell unterstützen.

Interview: Christoph Seils

(Nachdruck aus: Junge Welt, 14.1.1994)

Spenden auf Sonderkonto

Volker Luley "Bad Kleinen";

Postgiro Frankfurt (BLZ 50010060), Konto-Nr.: 16072-603

12. 23 Stunden Totalisolation

Haftbedingungen - von Birgit Hogefeld

Autor: Birgit Hogefeld · Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:34

Ende Dezember hat der BGH das Haftstatut gegen mich dahingehend geändert, daß ich seitdem nicht mehr 24 Stunden am Tag allein in einer acht Quadratmeter großen Zelle eingesperrt bin, sondern 23 Stunden. Sie wollten endlich der "Kritischen Öffentlichkeit" verkünden, daß meine Totalisolation nach sechs Monaten aufgehoben worden ist - in Kürze soll sie unter neuem Namen wieder durchgezogen werden, aber dazu später.

Tatsächlich kann ich seitdem Hofgang zusammen mit anderen Frauen machen, allerdings nur mit denen, die auch Untersuchungsgefangene sind und die außerdem nicht arbeiten. Das sind mindestens sechs bis acht Frauen, aber die gehen natürlich nicht alle jeden Tag in den Hof (die, die auf Entzug sind, nicht; die meisten von denen, die wissen, daß sie sowieso bald rauskommen, nicht usw.). Wenn wir fünf Frauen sind, ist das viel, wir waren auch schon zu zweit - die anderen sprechen sich ab, damit ich da nicht allein rumlaufe; als ich vor einigen Tagen zu einer Zeugenvernehmung nach Frankfurt gebracht worden war, ist niemand in den Hof gegangen.

Ich bin weiterhin von allem ausgeschlossen: Aufschluß, Umschluß, Sport, Bücherei (den Zugang zu den Büchern verwehrt mir der Knast seit fünf Monaten), Kirche usw. - ich soll tatsächlich, außer während dieser einen Stunde im Hof, den ganzen Tag über keine der anderen Frauen zu Gesicht kriegen, selbst den Müll lassen sie mich nicht zur selben Zeit wegbringen wie die anderen. Ich soll bloß immer diese Zelle sehen und die gegenüberliegende Mauer, sonst nichts - die Zelle liegt so, daß den ganzen Winter über die Sonne nicht reinschneit ; als ich jetzt wieder in den Hof konnte, habe ich nach drei Monaten zum ersten Mal wieder die Sonne gesehen.

Die Zellen über, unter und neben mir sind bis auf eine alle leer und für diese eine, die sie manchmal wegen Platzmangel kurzzeitig belegen müssen, gibt es die Anweisung, daß da ausschließlich Frauen reinkommen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben - ich soll mit niemandem reden können.

Um uns zu spalten und die anderen gegen mich aufzuhetzen, laufen tausend Schikanen: weil angeblich eins meiner 20 Bücher fehlt (das ist das vom BGH festgelegte Kontingent), werden bei allen anderen die Zellen durchsucht; weil "wegen mir" Straf- und Untersuchungsgefangene getrennt Hofgang machen müssen, schicken sie uns neuerdings mehrmals wöchentlich morgens im Dunkeln und bei Scheinwerferlicht raus (obwohl wir sowieso den ganzen Tag über Licht an haben müssen, weil die Zellen so dunkel sind) usw.

Eine Frau, mit der ich befreundet bin und mit der ich bis vor kurzem viel am Fenster reden konnte, wurde bei ihrem Prozeß vom Richter gefragt: "Denken Sie, daß Frau Hogefeld der richtige Umgang für Sie ist?" und "Ist Ihnen bekannt, daß die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung strafbar ist?"

In der Regel laufen solche Einschüchterungs- und Spaltungsversuche ins Leere - aber natürlich nicht immer und bei allen.

Diese Frau habe ich letztens vom Hof aus am Fenster gesehen, und wir haben natürlich angefangen, miteinander zu reden, und deshalb soll jetzt als "Strafmaßnahme" gegen mich, angeordnet vom BGH (also der Bundesanwaltschaft), der Hofgang für was weiß ich wie lange wieder ganz gestrichen werden, also wieder 24 Stunden Einschluß in der Zelle. So können sie jedem das Haftstatut zeigen, das Hofgang zusammen mit den anderen Frauen vorsieht, in Wirklichkeit ziehen sie aber wieder die Totalisolation gegen mich durch.

Medizinische Versorgung verhindern sie, wo sie nur können, z.B. eine notwendige Untersuchung durch einen Orthopäden, denn sie wissen, daß ich vor 12-13 Jahren an den Hüftgelenken operiert worden bin und Probleme beim Gehen habe. Ein Arzt meines Vertrauens würde sowieso nicht zugelassen, aber selbst die Untersuchung durch einen Arzt, den sie bestimmen, blockieren sie dadurch, daß sie meiner Anwältin oder mir jede Auskunft über Bedingungen und Art der Untersuchung, die sie machen wollen, verweigern. Ich wäre angeblich ausreichend durch den Knastarzt beraten worden - auf bestimmte Art stimmt das: für mich war's ausreichend! Solche Operationen an Hüftgelenken sind eine größere Angelegenheit, du bist monatelang im Krankenhaus, kannst fast zwei Jahre lang nur an Krücken laufen und dieser "Arzt" fragt mich: "Wurde das

ambulant gemacht?". Das ist ähnlich, als würde er jemanden fragen, ob ihm der Blinddarm in einer Apotheke rausgenommen wurde. Mehr braucht man/frau über die fachliche Qualifikation eines Arztes nicht zu wissen.

Ich soll systematisch von jeder aktuellen politischen Diskussion abgeschnitten werden. Jedes Flugblatt, jede Zeitschrift oder Kopie von egal was hält der BGH an, oder sie schicken es einfach an den Absender zurück. Briefe von mir kommen durchschnittlich nach vier bis sechs Wochen an und ich schätze, daß etwa die Hälfte aller an mich gerichteten Post seit meiner Verhaftung beschlagnahmt worden ist. In letzter Zeit kommen auch an mich gerichtete Briefe immer öfter erst nach Wochen an. Praktisch heißt das, wenn ich mit jemandem eine Diskussion führen will und ihm oder ihr schreibe, dann kann ich frühestens nach ca. zehn Wochen mit der Antwort rechnen. Ein zusätzliches Problem ist, daß kaum jemand glaubt, daß das alles tatsächlich so rigide abläuft, wie ich es immer wieder schreibe, und so bekomme ich Briefe: "... was ich an dem und dem Artikel in der interim gut fand ..." - und ich weiß natürlich nicht, wovon die Rede ist.

Ich denke, ich kriege über das "normale Programm" raus ganz einfach auch die Rache für vieles ab: lange Jahre keine Verhaftung von RAF-Mitgliedern, Bad Kleinen, der Spitzel und trotzdem nicht die Zerschlagung der RAF usw. Vor einigen Tagen bin ich von einer hessischen Spezialeinheit von Frankfurt nach Bielefeld gebracht worden. Das war wie in einem Film aus Lateinamerika: gepanzerter Mercedes, rundrum verhängt mit schwarzen Vorhängen, auch zum Fahrer hin. Diese Typen haben mich öfter "bedroht", das war ihr Wort und hieß, sie haben mir mehrmals gesagt, wie sehr sie sich über eine Gelegenheit freuen würden, mich zu erschießen, "wenn Sie die Arme auf den Rücken gefesselt haben, dann treffen wir Sie auf jeden Fall gut, dann sind Sie nicht schnell" usw. Als ich ihnen in Frankfurt nicht gleich die Arme hingehalten habe, um sie auf den Rücken zu fesseln, haben sie mich sofort zu mehreren mit Gesicht und Oberkörper auf den Kofferraum ihres Autos geschmissen und die Handschellen so fest angezogen, daß meine Arme hinterher mindestens um die Hälfte dicker waren als normal, weil sich das Blut stundenlang gestaut hatte.

JVA Bielefeld, 23.1.1994

13. Ein Mythos: Der gute Ruf des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich

Autor: Florian Schmaltz · Rubrik: Haftbedingungen; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:20

Aus BKA-Kreisen war noch vor Bildung der "Ermittlungsgruppe Bad Kleinen" die Empfehlung an die Staatsanwaltschaft in Schwerin ergangen, rasch eine Reihe kriminalistischer Untersuchungen nach Zürich abzugeben - aus "Neutralitätsgründen". Es mußte schnell gehandelt werden aufgrund des öffentlichen Drucks.

In solchen Situationen, in denen offensichtliche Widersprüche staatlicherseits dreist vertuscht werden, ist der Anschein der "Unabhängigkeit" der Vertuscherbehörden nicht mehr aufrechtzuerhalten. Wenn es dann auch noch um einen Mordvorwurf geht, muß das Ausland helfend einspringen, um den geschädigten Ruf der Repressionsbehörden und des Rechtsstaates von "unabhängiger Seite" wiederherzustellen. Ein Mittel dazu sind Selbstmordthesen.

Drei Fälle sind bekannt, in denen der Wissenschaftliche Dienst der Züricher Stadtpolizei (WD) bzw. das kooperierende Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich in Angelegenheiten, die die RAF bzw. Gefangene aus der RAF betrafen, als Gutachter herangezogen wurden.

Stammheim 1977:

Die "Selbstmordversion"

wird abgesegnet

Die gute Zusammenarbeit in heiklen gutachterlichen Angelegenheiten von den bundesdeutschen Repressionsorganen und dem Züricher Institut für Rechtsmedizin geht bis in das Jahr 1977 zurück. Bei der Untersuchung der Todesfälle der RAF-Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Raspe im Hochsicherheitstrakt in Stammheim am 18. Oktober 1977 war das Züricher Institut in die Obduktion der Toten involviert.

Im "Vorläufigen Bericht der Landesregierung von Baden-Württemberg über die Ereignisse vom 18. Oktober 1977 in der Vollzugsanstalt Stuttgart Stammheim" heißt es dazu: "Zur Teilnahme an der Leichenschau sowie der später erfolgten Leichenöffnung konnten aufgrund entsprechender Bemühungen der Staatsanwaltschaft und des Justizministeriums auch ausländische international anerkannte Sachverständige der Gerichtsmedizin, nämlich Prof. Dr. Hartmann von der Universität Zürich (...) gewonnen werden." (1) Die Ankunft der VertreterInnen von amnesty international, die auf Wunsch der Rechtsanwälte an der Obduktion teilnehmen sollten, wurde nicht mehr abgewartet. Die in Windeseile verbreitete, staatlich sanktionierte Version vom angeblichen Suizid der RAF-Gefangenen wurde von dem Züricher Gutachter Hartmann mitgetragen. Sie ist bis heute bekanntermaßen umstritten, weil nach wie vor von staatlicher Seite relevante Akten unter Verschluß gehalten werden.

Banküberfall der RAF in Zürich 1979: Ein Gutachten aufgrund von Mutmaßungen

Die in den Medien nach Bad Kleinen stereotyp verbreitete Behauptung von der Objektivität der gerichtsmedizinischen Gutachten des WD Zürich entpuppt sich als Propaganda, die längst widerlegt ist. Selbst die Richter der Stammheimer Staatsschutzjustiz, bekannt und berüchtigt aufgrund ihres politischen Verurteilungswillens, mußten anerkennen, daß vom WD Zürich falsche und unhaltbare Gutachten geliefert wurden. So geschehen im Urteil gegen Peter-Jürgen Boock und Christian Klar vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart 1992.

Verhandelt wurde u.a. der Tod einer Passantin in Folge eines Schußwechsels nach einem Banküberfall der RAF im Jahre 1979 in Zürich. Die Mordanklage gegen Peter-Jürgen Boock und Christian Klar basierte in wichtigen Punkten auf einem vom WD Zürich angefertigten Gutachten, aufgrund dessen 1980 bereits Rolf Clemens Wagner von dem Geschworenengericht des Kantons Zürich zu lebenslanger Haft verurteilt worden war.

Die Gutachter Dr. Halonbrenner und Dr. Jakob vom WD Zürich schlossen damals als den Todesschützen ihren Züricher Polizeikollegen Pfister aus und behaupteten, das tödliche Projektil stamme aus einer Waffe der flüchtenden Bankräuber. Entscheidend waren dabei drei von der Bundesanwaltschaft (BAW) übernommenen Prämissen:

1. Behauptet wurde, daß das Projektil einen größeren Durchmesser als die polizeiüblichen 9 mm habe.

2. waren eindeutige Ein- und Ausschußrichtungen aufgrund der Obduktionsergebnisse behauptet worden und

3. wurde eine bestimmte Gehrichtung, in der sich die tödlich getroffene Passantin in einer Fußgängerzone bewegt haben soll, angenommen.

Insgesamt mußte der Staatsschutzsenat im Prozeß im Jahre 1992 eingestehen, daß die Beweisaufnahme "nicht zu einer vollständigen und zuverlässigen Klärung des Gesamtgeschehens" führte. (2) Die Gutachten des WD der Stadtpolizei Zürich wurden nicht als "sicherer Nachweis" gewertet, wer die Passantin erschossen hat.

Entgegen der ersten Behauptung der Züricher Gutachter urteilte das Gericht, mit "objektiven Beweismitteln" könne "nicht mehr geklärt werden, welches Geschoß aus welcher Waffe" (3) die Passantin tödlich getroffen habe. Es könne sogar "nicht ausgeschlossen werden, daß Frau Kl. [die Passantin, d. Verf.] durch ein 9-mm-Projektil des Beamten Pfister getroffen worden ist." (4) Mit anderen Worten: auch die Kugeln aus der Polizeiwaffe könnten die tödlichen gewesen sein.

Auch die zweite Behauptung des Wissenschaftlichen Dienstes, aufgrund der Geschoßgröße seien die Ein- und Ausschußverletzungen eindeutig festellbar, hielt vor dem Staatsschutzsenat in Stammheim nach den Ausführungen von vier weiteren Gutachtern nicht mehr stand und wurde von dem Gericht verworfen: "Bei der hier gegebenen Sachlage sei eine zuverlässige Zuordnung nicht möglich. (...) Die Ausführungen der Sachverständigen waren verständlich und nachvollziehbar. Der Senat ist ihnen gefolgt." (5)

Die dritte Behauptung, aufgestellt von dem Beamten des WD, Dr. Halonbrenner, von einer bestimmten Gehrichtung der Passantin wurde vom OLG Stuttgart zurückgewiesen. Im Gegensatz zu dem in den Medien verbreiteten Bild der abwägenden, vorsichtig urteilenden Wissenschaftlichkeit der Beamten des WD der Schweizer Staatspolizei formulierten die bundesdeutschen Staatsschutzrichter sogar eine Gutachterschelte.

An den Gutachten von Halonbrenner wurde bemängelt, daß mit "nicht belegbaren Mutmaßungen" operiert werde, da die Passantin von keinem Zeugen vor dem Schußwechsel gesehen wurde: "Seine Schlußfolgerung, sie [die Passantin] müsse von einer Täterkugel getroffen worden sein, weil bei der angenommenen Gehrichtung ein Treffer der rechts von ihr stehenden Täter naheliege, beruht deshalb auf einer nicht belegbaren Mutmaßung. Es liegt sogar näher, daß sich Edith Kl. in umgekehrter Richtung dem zentralen Platz durch den nördlichen Durchgang näherte." (6)

Bad Kleinen 1993: ... wieder ein Selbstmord-Gutachten

In der Gutachtertätigkeit wurde arbeitsteilig vorgegangen. In Zürich übernahmen der WD die ballistischen Gutachten und das Institut für Rechtsmedizin die serologischen Untersuchungen. Die Story von Bad Kleinen als angeblichem "Kommunikationsproblem" setzte sich auch hierbei fort. So gerieten die von der Bundesanwaltschaft, den Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft Schwerin verschickten Asservate (Pistolen, Geschosse, Hülsen, Kleidung usw.), zunächst einmal durcheinander, und die MitarbeiterInnen des WD in Zürich waren im unklaren, woher was stammt. (7)

Doch damit nicht genug. "Wir haben unter schwierigen Bedingungen getan, was man noch erwarten konnte." Mit dieser Aussage versucht Walter Bär, der Leiter des Instituts für Rechtsmedizin, die problematische Ausgangslage hinsichtlich der Spurenvernichtung beschönigend herunterzuspielen. (8)

Problematisch ist beispielsweise, in welchem Zustand Untersuchungsobjekte an die Züricher KriminalistInnen übergeben wurden. So erwähnt der Zwischenbericht der Bundesregierung zu Bad Kleinen, daß sich an Präparatspäckchen, die Leichenteile von Wolfgang Grams enthielten, auf sonderbare Weise die Siegel während des Transports öffneten. (9)

Die Leichenteile von Wolfgang Grams, die das Züricher Institut später untersuchen sollte, wurden am 1. Juli 1993 von der Universitätsklinik in Lübeck an einen Staatsanwalt in Lübeck übergeben. Nach dem Transport

von Lübeck ins BKA nach Wiesbaden wurde festgestellt, daß das Siegel nicht mehr verschlossen war. Im Zwischenbericht der Bundesregierung heißt es dazu lapidar: "Beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden wurde bei der Übergabe an einen Wissenschaftler des BKA festgestellt, daß sich die Versiegelung gelöst hatte." (10) Wer den Transport durchgeführt hat und durch wieviel Hände das geöffnete Asservat ging, bevor es nach Wiesbaden kam, um von dort aus nach Zürich weitergeleitet zu werden, ist unklar. Klar ist nur, daß das BKA das Asservat einfach erneut versiegelte. (11)

Beweismittel verschwinden - auch in Zürich

In Zürich riß dann die Kette von "peinlichen Pannen" bei der Spuren"sicherung" nicht ab. So verschwand im Institut für Rechtsmedizin in Zürich eines der wichtigen Beweismittel. Ausgerechnet die Tatort-Jacke des GSG-9-Beamten "Nummer 6", gegen den die Schweriner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen vorsätzlicher Tötung eingeleitet hat, wurde Mitte September aus dem Tresor des Instituts für Rechtsmedizin in Zürich gestohlen. Die dunkelblaue Jacke sollte auf Blutspuren von Wolfgang Grams hin untersucht werden. Dies hätte Aufschluß zur Frage geben können, ob die "Nummer 6" einen gezielten oder gar aufgesetzten Nahschuß auf den Kopf von Wolfgang Grams abgefeuert hat. (12) Der WD behauptet nun, die Untersuchungen der Jacke seien abgeschlossen gewesen. Die Ergebnisse bleiben jedoch unüberprüfbar, da das Beweisstück verschwunden ist. Die Jacke war das letzte Kleidungsstück des GSG-9-Beamten, das noch nicht unbrauchbar gemacht worden war. Die Hose, die das Züricher Institut zugeschickt bekam, war frisch gewaschen. Andere Kleidungsstücke vom Tatort hatte der GSG-9-Beamte möglicherweise ebenfalls gereinigt. Vor Zürich hatte das Institut für Rechtsmedizin der Universität Münster die Asservate in Händen. Im Untersuchungsbericht vom 19.9.93 des Münsteraner Instituts von Prof. Brinkmann heißt es dazu: "Bezüglich der Hose (welche frisch gewaschen erschien), Schuhe, Holster, Handschuhe, ist eine Interpretation des (negativen) Spurenbildes nicht mit der erforderlichen Sicherheit möglich, da insoweit eine Reinigung stattgefunden haben kann." (13) Beide Institute behaupten nun, die Spuren auf der gestohlenen Jacke seien "Kontaktspuren" gewesen. Nicht auszuschließen ist allerdings, daß der Beamte seine Jacke nach dem Einsatz in Bad Kleinen selbst ein wenig reinigte.

Das Gutachten: Angeblich

die GSG-9 entlastend,

aber streng geheim

Als Kombination von Vertuschung und Propaganda stellt sich der Umgang mit den Ergebnissen der Untersuchungen aus Zürich dar. So wurden gezielt vor der Fertigstellung des Schlußgutachtens entlastende Passagen aus den Züricher Teilgutachten veröffentlicht. Als das Schlußgutachten Ende November vorlag, wurde die Praxis der Kombination aus Geheimhaltung und selektiver Veröffentlichung von entlastenden Teilergebnissen vom Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Helmrich (CDU), auf die Spitze getrieben. Statt Einsicht in das Gutachten zu gewähren, wurde die Öffentlichkeit mit einer 5-seitigen Presserklärung abgespeist.

Der angebliche Suizid von Wolfgang Grams wird, wie gewünscht, im Gutachten nicht ausgeschlossen und damit eine Entlastung der GSG-9-Killertruppe nahegelegt: "Es gibt somit auch aus unserer Sicht keine neuen Erkenntnisse, die zwingend gegen eine Selbstbeibringung des Nahschusses durch Grams sprechen." (14) Dies steht im krassen Widerspruch zu allen Aussagen der GSG-9-Beamten vor der Schweriner Staatsanwaltschaft. Keiner der GSG-9-Beamten will den nun per Gutachten nahegelegten Suizid von Wolfgang Grams gesehen haben.

Die Geheimhaltung verwundert auf den ersten Blick, denn das Fazit der GutachterInnen aus Zürich entlastet wieder einmal die herumballernden Einsatzkräfte, wie schon in dem mit unhaltbaren Vermutungen gespickten Gutachten zu dem Banküberfall in Zürich 1979. Was soll verschwiegen werden? Der Anwalt der Eltern von Wolfgang Grams, Andreas Groß, wies darauf hin, daß die Veröffentlichung der entlastenden Teilerkenntnisse "die Öffentlichkeit auf eine baldige Einstellung des Ermittlungsverfahrens einstimmen" solle. Groß erklärt sich die Zurückhaltung der Gutachten daraus, daß sie Hinweise auf eine "vorsätzliche Vertuschung der tatsächlichen Geschehensabläufe enthalten". (15)

Groß monierte, daß der Öffentlichkeit Informationen über die Existenz eines Projektils vorenthalten würden, das weder aus den Polizeiwaffen noch aus der Waffe von Grams stamme. Zwei Monate nach der Schießerei in Bad Kleinen wurde überraschend eine weitere Kugel, das Asservat "Nr. LKA 5", das Urlauber zufällig auf dem Bahnsteig 3/4 "in einer Sandfuge zwischen zwei Steinen" gefunden hatten, nach Zürich übersandt. (16) Im Teilgutachten des WD vom 14.10.93 heißt es dazu, "daß sich das Projektil, Asservat Nr. LKA 5, von allen Projektilen der uns bekannten, im vorgenannten Fall mitgeführten Munitionsarten unterscheidet (...) Zusammenfassend halten wir fest, daß das Asservat Nr. LKA 5 nicht mit den übrigen Asservaten des vorgenannten Falls in Zusammenhang gebracht werden kann." (17) Ausgerechnet diese Information, die auf den Einsatz eines weiteren, bislang unbekannten Waffentyps in Bad Kleinen hinweist, sollte verheimlicht werden: "Auf Anordnung von Oberstaatsanwalt Schwarz werden die oben aufgeführten Erkenntnisse in den Teilergebnissen Nr.4 nicht aufgeführt." (18)

Nicht untersucht wurde die entscheidende Frage danach, wer geschossen hat. Auch wenn so gut wie nichts aus den Gutachten bekannt ist, als politisches Entlastungsmaterial haben sie ihre Funktion allemal erfüllt. FDP-Generalsekretär Werner Hoyer freute sich über die "gute Botschaft" aus Zürich. "Ein Rechtsstaat im Zwielicht wäre das letzte, was wir gebrauchen können", deshalb sei es für die "Hygiene des Staates" wichtig, daß es ein völlig unabhängiges Gutachten gegeben habe. Die Saubermänner des Rechtsstaates haben wieder weiße Westen, die "Hygiene des Staates" ist wiederhergestellt.

Nach diesem Vollwaschgang kann nun auf Schonprogramm umgeschaltet werden. Die GSG-9-Beamten können verschont, die Verfahren eingestellt werden.

Florian Schmaltz

Anmerkungen:

1) Vorläufiger Bericht der Landesregierung von Baden-Württemberg über die Ereignisse vom 18. Oktober 1977 in der Vollzugsanstalt Stuttgart Stammheim, S.22

2) vgl.: Urteil des OLG Stuttgart in der Strafsache gegen Peter-Jürgen Boock und Christian Klar vom 3. November 1992 (2-2 StE 5/91), S.67

3) ebenda, S.67

4) ebenda, S.70

5) ebenda, S.69/70

6) ebenda, S.71

7) vgl.: Der Spiegel, Nr.29/1993

8) zitiert nach: Der Spiegel Nr. 48/1993, S.29

9) Siehe: Zwischenbericht der Bundesregierung zu der Polizeiaktion am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen, Bonn 17. August 1993 (3. öffentliche Fassung), S.89f.

10) ebenda, S.90

11) ebenda

12) vgl.: Der Spiegel Nr. 48/1993, S.28f.

13) zitiert nach: die tageszeitung, 20.11.93, S.3

14) zitiert nach: Der Spiegel, Nr.48/1993

15) zitiert nach: Frankfurter Rundschau, 30.10.93

16) vgl.: die tageszeitung, 20.11.93, S.3

17) zitiert nach: die tageszeitung, 20.11.93, S.3

18) ebenda

14. Der V-Mann für die Killfahndung. Der Dritte Mann in Bad Kleinen: Klaus Steinmetz

Autor: Genossen des Kommunistischen Bundes, Berlin · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geheimdienste; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:16

"Wenn in Bad Kleinen alles programmgemäß gelaufen wäre, niemand hätte Grund gehabt, über den V-Mann zu reden." (1)

Bei der Killfahndung von Bad Kleinen setzte der bundesrepublikanische Verfassungsschutz eine seiner "Spitzenquellen" ein, den V-Mann des rheinland-pfälzischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), Klaus Steinmetz. (2)

Seine Aufgabe war es, mindestens Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams in die von der Polizei auf dem Bahnhof von Bad Kleinen aufgebaute Falle zu lotsen.

Doch mit seiner vorübergehenden Festnahme wurde VS-Spitzel Klaus Steinmetz "verbrannt". Dadurch änderte sich für ihn auch seine Funktionalisierung durch den Staatsschutz: Nach den im Zwischenbericht der Bundesregierung zitierten Einsatzplänen und -befehlen hätte Steinmetz "entkommen" und untertauchen sollen, um so die Kriminalisierung ehemaliger GenossInnen sowie die Festnahme weiterer RAF-AktivistInnen zu ermöglichen.

Aber es kam anders, und der "Schutz" des "dritten Mannes von Bad Kleinen" war nun Ausgangspunkt einer bis dahin unvorstellbar geglaubten Vertuschungsaktion durch die bundesrepublikanischen Repressionsorgane.

Seit der Enttarnung von Steinmetz Ende Juli ist praktisch nichts Verläßliches über den VS-Schützling öffentlich geworden. Bei dem, was bekannt wurde, handelt es sich zudem zum größten Teil um Informationen und Stories aus dem VS selber bzw. dessen Umfeld. Daß dem so ist, dürfen die in der "Koordinierungsgruppe Terrorismus" (KGT) zusammengeschlossenen Polizei- und Verfassungsschutzbehörden als Erfolg verbuchen.

Heranführen von Steinmetz

an die RAF

"Mit der Entscheidung der RAF, der Gefangenen und Teilen des revolutionären Widerstandes Ende der 80er Jahre für eine politische Öffnung zu allen fortschrittlichen Teilen der Gesellschaft hin war eine Gefahr verbunden, die uns allen bewußt war. Ich kann mich an viele Gespräche erinnern, wo wir darüber geredet haben, daß der angepeilte Neuaufbau einer breiten Bewegung für die Umwälzung der menschenfeindlichen Lebensbedingungen ... der Gegenseite ganz neue Möglichkeiten für den Einsatz von V-Leuten bieten würde". (3)

Diese Öffnung der RAF für einen gesellschaftlichen Dialog wurde erstmals mit der Hungerstreikerklärung der politischen Gefangenen aus der RAF 1989 angekündigt - vergeblich. Erneuert wurde diese Initiative mit der Erklärung der RAF vom April 1992, in der die Illegalen die vorläufige Einstellung von Angriffen auf führende Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft ankündigten.

Um den Gefahren einer etwaigen V-Mann-Einschleusung zu begegnen, vertrauten die RAF-GenossInnen darauf, ihre DialogpartnerInnen "in ihrer ganzen Komplexität zu verstehen, (so) daß man der oder dem anderen mit absoluter Sicherheit vertrauen kann." (ebd.)

Rückblickend kann zweierlei festgestellt werden: daß der VS die politische Öffnung der RAF mit der Plazierung seiner "Spitzenquelle" gezielt für seine repressiven und propagandistischen Zwecke nutzte (s.u.) und daß die Schutzmechanismen der RAF-AktivistInnen dagegen nicht ausreichend waren.

Vor dem Einsatz in Bad Kleinen gab es, dem Zwischenbericht der Bundesregierung zufolge, vier Treffen von Steinmetz mit RAF-Kadern: Eine erste Kontaktaufnahme soll im Oktober oder November 1991 im französischen Metz erfolgt sein (angeblich nicht mit Birgit Hogefeld, sondern zwei anderen GenossInnen). Die RAF befand sich in diesen Monaten, nach den Anschlägen auf Herrhausen, Neusel und Rohwedder in einer Umbruchphase. (4)

Im Februar 1992 - unmittelbar vor der April-Erklärung der RAF - gab es ein zweites Treffen. Diesmal will Steinmetz in Paris mit einer RAF-Aktivistin zusammengetroffen sein. Auf ihm vom VS nachträglich vorgelegten Fahndungsfotos will der Spitzel Birgit Hogefeld nicht wiedererkannt haben.

Im August 1992 fand ein drittes Treffen in Boppard am Rhein statt. Die RAF hatte gerade ihre Worte an die WWG-GegnerInnen verkündet. Zudem befanden sich die Kampagne zur Freilassung Bernd Rössners sowie die politische Intervention zur Unterstützung der Gefangenen aus der RAF bei deren Haftprüfungsterminen auf ihrem Höhepunkt.

Der VS Rheinland-Pfalz behauptet im Zwischenbericht, vorab nur von dem Treffen in Paris gewußt und dies entsprechend vorbereitet zu haben. (5) Über die Zusammenkünfte in Metz und Boppard hingegen will das LfV Rheinland-Pfalz von Steinmetz erst nach Bad Kleinen informiert worden sein.

Der VS Rheinland-Pfalz hat seinen Spitzel wiederholt dazu gedrängt, ein neues Treffen mit RAF-AktivistInnen zu arrangieren. Am 18.2.1993 soll Steinmetz angeblich verdeckt die Einladung zu einem Diskussionstreffen am 15.4.1993 in Bernkastel-Kues erhalten haben. (6)

Das angeblich vierte Zusammentreffen des VS-Spitzels mit RAF-Illegalen fand damit am 14./15.4.1993 in Cochem statt (7). Bei diesem zweitägigem Treffen - drei Wochen nach dem Anschlag auf den Weiterstädter Knast durch die RAF - wurde bereits der nächste Termin für das Wochenende 25.-27.6.1993 vereinbart. Treffpunkt: der Bahnhof im mecklenburgischen Bad Kleinen.

Klaus Steinmetz -

eine "Nahtstellenperson"?

Klaus Steinmetz wurde in der Presse mehrfach als "Nahtstelle zur RAF" bezeichnet. Diese Personen sollen "unauffällig leben, über Wohnung, Arbeitsplatz und Einkommen verfügen, jedoch Kontakte zu untergetauchten RAF-Kadern unterhalten. Sie mieten für die Untergrundkämpfer Wohnungen oder Autos und übernehmen Botengänge". (8)

Seit den 70er Jahren behauptete der Staatsschutz, die RAF unterhalte ein "Umfeld" von Personen. Seit damals unterliegen zahlreiche radikale Linke einem auf diesem Konstrukt aufgebauten Fahndungsdruck. Insbesondere mit der "Beobachtenden Fahndung" wurden von der Polizei Unmengen von Daten erhoben und "Bewegungsbilder" von Personen erstellt, die - ohne sich in irgendeiner Weise strafbar gemacht zu haben - als eine dieser erfundenen "Nahtstellenperson" in Frage kamen. Über das Staatsschutzstrafrecht wurde so versucht, die politische Diskussion mit "Terroristen" über die "Kontaktschuldtheorie" zu kriminalisieren. Zweimal hat der Staat sich sein Märchen über die "Nahtstellenpersonen" von Staatsschutzsenaten gerichtlich absegnen lassen:

Ende der 70er Jahre wurden die Verteidiger von Gefangenen aus der RAF, Croissant, Groenewold und Ströbele, wegen ihrer anwaltschaftlichen Tätigkeit nach §129a StGB ("Unterstützung einer terroristischen Vereinigung") verurteilt. (9)

Der zweite Versuch, die "Nahtstellen"-Mutmaßungen durch die richterliche Spruchpraxis zu verrechtlichen, war das "Gesamt-RAF"-Konstrukt. (10) Nachdem die HausbesetzerInnen aus der Düsseldorfer Kiefernstraße (Sievering, Hornstein, Kluth und Prauss) rechtskräftig als "illegale militante Mitglieder" der erfundenen "dritten RAF-Ebene" abgeurteilt und damit das "Gesamt-RAF"-Konstrukt Teil der herrschenden Rechtsprechung geworden war, kramte der Repressionsapparat plötzlich wieder die alte "Nahtstellenpersonen"-Theorie aus der propagandistischen Mottenkiste.

Im Zusammenhang mit den Anschlägen auf Herrhausen und später auf den damaligen Staatssekretär des Inneren, Neusel, wurde von den Staatsschutzbehörden die Mär in die Welt gesetzt, die RAF hätte diese Aktionen nicht alleine ausgeführt. Vielmehr hätten in der Legalität lebende "Helfer" für die "Kommandoebene" anschlagsvorbereitende Arbeiten durchgeführt (Ausspähen, Kabelverlegung etc.). (11)

1990 wurden dann zunächst die Hamburger Hafenstraße und sieben Monate später bundesweit (mit Schwerpunkt Stuttgart) mehrere Dutzend Wohnungen systematisch vom BKA durchsucht. Immer wieder wurden dieselben Lügen über die Presse lanciert: Bei den Durchsuchungen sei Material sichergestellt worden,

das "beweisen" würde, daß "Nahtstellenpersonen" z.B. die Fahrtrouten und Lebensgewohnheiten möglicher RAF-Anschlagsopfer auskundschaften würden.

Gleichzeitig wurde 1991 die KGT gegründet. Begründet u.a. mit "Aufklärung und Informationsgewinnung ... in allen terrorismusrelevanten Bereichen, besonders in den Rekrutierungsfeldern ... Angesetzt werden muß insbesondere bei den Personen mit Nahtstellenfunktion". (12)

Ein Jahr später wurde das "Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität" beschlossen. Die Anwendung der darin vorgesehenen informationellen Repressionsmaßnahmen für den Staatsschutzbereich (Rasterfahndung und die Wiedereinführung der oben erwähnten "Beobachtenden Fahndung") wurden ausdrücklich unter Bezugnahme auf das "Nahtstellen"-Märchen begründet. (13)

Klaus Steinmetz hatte im Rahmen seiner Arbeit für den VS - davon kann ausgegangen werden - mehrfach Kontakt mit einzelnen RAF-AktivistInnen. Bei diesen Zusammenkünften ist über allgemeinpolitische Themen, aber auch über die Politik der RAF, die Situation der Gefangenen aus der RAF sowie über die Debatten derjenigen diskutiert worden, die sich auf die RAF beziehen bzw. die sich für die Freiheit der politischen Gefangenen einsetzen.

Ob - und wenn ja, mit welcher Intensität - der VS versucht hat, über seinen Spitzel auf die Diskussionen bzw. Erklärungen der RAF Einfluß zu nehmen, ist nicht einzuschätzen. Daß Birgit Hogefeld in ihrer Erklärung vom Juli 1993 den VS-Spitzel als in ihren Debatten "initiativlos" und "keinen eigenen Gedanken formulierend" beschrieb, läßt diese Spekulation jedoch als wenig wahrscheinlich erscheinen.

Ebenso wenig sind logistische Arbeiten von Steinmetz für die RAF bekannt geworden. Den VS-Spitzel als "Beweis" für die "Nahstellenpersonen"-Lüge zu präsentieren, ist somit ohne jede Substanz. Diese Propaganda soll vielmehr den Boden bereiten, um Linke wie bisher mit dieser Art Lügen über den §129a kriminalisieren zu können und ihre Arbeit in der Öffentlichkeit anzuschwärzen.

Klaus Steinmetz -

ein Sprengmeister?

"Die V-Person gestand nach den Ereignissen in Bad Kleinen gegenüber der Landesbehörde für Verfassungsschutz Mainz ein, über eine mögliche Aktion gegen die JVA Weiterstadt vor Ausführung des Sprengstoffanschlages am 27. März Kenntnis zu haben. ... Im Januar oder Februar, hier erinnert sich die V-Person nach ihren Angaben nicht mehr an den genauen Zeitpunkt, sei ihr ein Kassiber zugespielt worden. In dem Kassiber sei sie aufgefordert worden, Stellung dazu zu nehmen, ob sie eine Aktion gegen die JVA Weiterstadt für sinnvoll halte ... Die V-Person beteuert, daß sie weder an der Vorbereitung noch an der Ausführung des Anschlags in irgendeiner Weise beteiligt war." (Zwischenbericht der Bundesregierung auf S.12)

Diese Version, daß die Staatsschutzbehörden hier mehr die Finger im Spiel hatten, als offiziell zugegeben, wird ausgerechnet von dem konservativen Nachrichtenmagazin "Focus" gepusht. Unter Eid gibt dort ein Mitarbeiter des rheinland-pfälzischen LfV an, daß seine Behörde am 25.2.1993 "vage", d.h. ohne Ort und Terminangabe über Weiterstadt informiert worden sein soll (Focus 29/93). Hierüber wurde ein geheimdienstlicher Vermerk angefertigt, der der Parlamentarischen Kontrollkommission des rheinland-pfälzischen Landtages vorenthalten wird (Focus 27.9.93).

In der Ausgabe 30/93 zitiert das Münchner Magazin weiter aus der eidesstattlichen Erklärung: "Nach Güterabwägung hat man sich entschieden, gegen den geplanten Anschlag nichts zu unternehmen ... ein hoher Sachschaden war zu rechtfertigen, da die von Klaus in Zukunft zu erwartenden Informationen von weitaus höherer Bedeutung waren." (14)

Hätte Klaus Steinmetz tatsächlich von den Weiterstadt-Vorbereitungen der RAF gewußt, hätte er sich strafrechtlich gesehen in zweierlei Hinsicht schuldig gemacht: sofern er zugestimmt hätte, wegen "psychischer Beihilfe zu einem Sprengstoffverbrechen". (15) Zum anderen wegen Nichtanzeige einer geplanten Straftat nach §138 StGB. Steinmetz und der VS wären dann Mitwisser. Sie hätten jederzeit die Möglichkeit gehabt, steuernd in die Anschlagsvorbereitungen einzugreifen.

Angesichts dieser letztlich aus dem VS heraus lancierten Weiterstadt-Story beziehen wir uns bis auf weiteres auf die Aussage von Birgit Hogefeld, daß die RAF den Weiterstadt-Anschlag alleine durchgeführt hat. Wir finden darüber hinaus die Interpretation von Hogefeld richtig, daß es das Ziel dieser VS-Geschichte (der Beteiligung von Steinmetz an den Anschlagsvorbereitungen) ist, die oben vorgestellte "Nahtstellenpersonen"-Lüge wieder aufzuwärmen.

Ob nun mit oder ohne Weiterstadt - straffällig hat sich Klaus Steinmetz während seiner Spitzelkarriere mehrfach gemacht. Und dies in weit gravierender Weise, als der Zwischenbericht glauben machen wollte (Teilnahme an "szenebedingten Delikten, wie z.B. Blockadeaktionen", S.11)

- Klaus Steinmetz hat mehrfach an militanten Aktionen teilgenommen und sich hierbei des schweren Landfriedensbruches und der schweren Sachbeschädigung schuldig gemacht. So nahm der VS-Spitzel 1988 an dem "Angriff" auf das Frankfurter "Institut Francais" teil, der aus Solidarität mit hungerstreikenden Gefangenen aus der "Action Directe" gestartet wurde. (16)

- 1989 verübte der VS-Spitzel, zusammen mit einem Genossen aus der Wiesbadener Antifa, zwei Diebstähle. Für beide wurde die zunächst verhängte Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt. (17)

- Es kann mittlerweile als gesichert gelten, daß Klaus Steinmetz der Hinweisgeber war für die Abhörmaßnahmen, die von der Polizei in den Tagen vor den Schüssen an der Startbahn geschaltet wurden. Dieser Lauschangriff führte damals bekanntlich zu den erstaunlich schnellen und gezielten Festnahmen. Darüberhinaus soll Steinmetz über den Verbleib einer auf einer Demo entwendeten Pistole der Polizei (der späteren Tatwaffe), als auch über die Pläne für deren Verwendung an der Startbahn gewußt haben. Auch hier ergibt sich erneut ein Anfangsverdacht zumindest für die Nichtanzeige einer geplanten Straftat.

Nun war Steinmetz aber nicht beim rheinland-pfälzischen LfV angestellt. Somit kann er sich bei keiner der von ihm begangenen Straftaten auf das geheimdienstliche Amts- bzw. Dienstrecht als Rechtfertigungsgrund berufen. (18) Er ging den für nicht beamtete Spitzel vorgezeichneten Weg und wird als Kronzeuge enden.

Momentan versuchen die bundesrepublikanischen Repressionsorgane im Rahmen der Bekämpfung der "Organisierten Kriminalität" vom Gesetzgeber die Erlaubnis für ihre Spitzel zu erlangen, während ihres Einsatzes "milieutypische Straftaten" begehen zu dürfen. Anhand der Weiterstadt-Story bzw. des seeligen "Celler Lochs" ließe sich durchaus von links her propagandistisch gegen dieses Bullenvorhaben argumentieren. Es wäre haarsträubend, wenn das BKA mit seinen diesbezüglichen Plänen durchkäme. Das heißt nichts anderes, als daß diese "verdeckten Ermittler" - und in diesem Falle im Staatsschutzbereich eingesetzte polizeiliche VS-Spitzel - "systematisch Straftaten bis hin zu Bedrohung, Erpressung, Totschlag und Mord" begehen könnten. (19)

Der "Schutz" von Klaus Steinmetz nach Bad Kleinen

Durch die Aussagen diverser AugenzeugInnen sowie der telefonischen Bitte Birgit Hogefelds an ihre Mutter, sich um anwaltschaftlichen Beistand für den festgenommenen "Klaus" zu kümmern, war bereits wenige Stunden nach der Killfahndung von Bad Kleinen die Existenz eines "dritten Mannes" nach außen gedrungen. Das Aufdecken der V-Mann-Tätigkeit des Klaus Steinmetz war nur noch eine Frage der Zeit - und die hatte der Staatsschutz für die Koordinierung seiner Vertuschungsaktivitäten bitter nötig.

Federführend für diese Desinformationskampagne der Repressionsorgane war die KGT. Auf ihrem Treffen am 13.5.1993, auf dem die Killfahndung beschlossen worden ist, "wurde zwischen allen Beteiligten eine ... größtmögliche Geheimhaltung vereinbart. Der Vorgang betreffend die V-Person und ihre Zusammenarbeit mit der Landesbehörde für Verfassungsschutz von Rheinland-Pfalz wurde von dem Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz VS-Geheim eingestuft. Im Hinblick auf die Behandlung zweier am 5.5.1993 der Bundesanwaltschaft übergebenen VS-Geheim eingestufter Vermerke des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes hatte dessen Leiter gegenüber Vertretern der Bundesanwaltschaft ... mündlich erklärt, sich auf eine entsprechende Anwendung von §96 StPO berufen zu wollen" (Zwischenbericht, S.21). Die KGT sah in ihrer Einsatzkonzeption deshalb vor: "Unverdächtige Dritte (d.h. die V-Person) unterliegen keinen strafprozessualen Maßnahmen" (a.a.O., S.24).

In den Sitzungen des Bundestagsinnenausschusses am 30.6., 2. und 12.7.1993, beriefen sich die geladenen ZeugInnen zum "Schutz" der "dritten Person von Bad Kleinen" alle auf eine stark eingeschränkte

Aussagegenehmigung gemäß §96 StPO. (20) Das Bundesjustiz- und das Bundesinnenministerium erklärten sich für nicht befugt, diese Sperrerklärung aufzuheben: "Die Entscheidung über die Einschränkung bzw. Aufhebung der Geheimhaltung in bezug auf die V-Person lag ausschließlich bei der sie führenden Landesbehörde für Verfassungsschutz". (Zwischenbericht, S.107). Überraschend und bezeichnend für die Geheimhaltungstaktik ist, das der zuständige rheinland-pfälzische Innenminister Zuber hiervon nichts wissen wollte. "Zu keiner Zeit" habe er eine derartige Sperrerklärung abgegeben. (21) Vielmehr habe es eine von allen Behörden von Bund und Ländern vereinbarte Geheimhaltung gegeben", an die er (Zuber) sich bis zum 16.7. auch gehalten habe (FAZ, 21.7.1993). Ausgerechnet der neue Bundesinnenminister Kanther stützte diese Aussage Zubers und setzte sich damit in Widerspruch zu dem von ihm vorgelegten Zwischenbericht: "Es hat kein Land eine Sperrerklärung nach §96 abgegeben". (22)

Dieses verlogene Vorgehen der Repressionsorgane und -politikerInnen läßt sich nur darüber erklären, daß es niemals eine Sperrerklärung eines Bundeslandes, sondern eine Geheimhaltungsverpflichtung durch ein kollektives Gremium, nämlich der KGT, gegeben hat. Dadurch gewinnt das Vorgehen dieses "geheimen Krisenstabes der bundesdeutschen Staatsschutzbehörden" neue Brisanz. In dieser Gruppe arbeiten VertreterInnen aus der Polizei und Geheimdiensten intensiv und operationell zusammen. Sie erhielt hierfür "Kompetenzen, die weit über die Vollmachten hinausgehen, über die jede einzelne Fahndungsbehörde bisher verfügte" (Spiegel 20/91). Tatsächlich arbeitet die KGT seit ihrer Gründung weder mit einer über den Gesetzgebungsweg noch über eine per Verordnung hergestellte gesetzliche Grundlage. Und schon gar nicht verfügt diese aus einer weitgehenden Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten entstandene Combo über die Möglichkeit, exekutive Maßnahmen, wie eine strafprozessual wirksame Sperrerklärung zu verhängen.

Die Geheimhaltung hatte eine prozeßtaktische Begründung. Die plauderte der damalige Generalbundesanwalt (GBA) von Stahl bereits am 30.6.1993 im Innenausschuß aus: "Durch Schweigen können Schäden abgewandt werden ... Wenn ich die angekündigte Sperrerklärung nach §96 StPO durch Erörterungen in diesem Ausschuß unterlaufen würde, würde ein Gericht diese Sperrerklärung nicht akzeptieren ... Insofern hängt das Ende des Ermittlungsverfahrens bzw. des Prozesses davon ab, daß wir zu diesem Zeitpunkt jedenfalls nichts sagen." (23)

In zwei Punkten sagte von Stahl hier nicht die volle Wahrheit. Das gegen Steinmetz gerichtete Ermittlungsverfahren (in Sachen Weiterstadt und Bad Kleinen) hätte nicht nur nicht beendet, sondern niemals eingeleitet werden können, wenn die Repressionsorgane wie geplant hätten dicht halten können. Zum zweiten sahen die Repressionsorgane nicht nur vor, wie von Stahl andeutete, "zeitweilig", sondern für immer über ihre VS-Quelle Klaus Steinmetz zu schweigen. "Fatal", wäre es nach Zuber nämlich gewesen, "wenn sich bei dem folgenden Gerichtsverfahren irgendwelche Akten, Berichte in den Unterlagen befunden hätten", die nach der Geheimhaltungsverpflichtung durch die KGT hätten geheim bleiben sollen. (24)

Damit ist mensch beim Kernpunkt der Vertuschungsaktion: Polizei und Geheimdienste als die das Geschehen steuernde Behörden. Der Politik und selbst der Staatsanwaltschaft bleibt da oft genug nur die Rolle des Zaungastes. Bullen und VS entscheiden faktisch darüber, gegen wen welche Strafverfahren eingeleitet werden und gegen wen nicht; welche Beweise zur Verfügung gestellt und welche zurückgehalten werden.

Dies erinnert fatal an den Schmücker-Prozeß, an dem die Berliner Polizei, der Berliner VS und die Politische Staatsanwaltschaft (und in ihrem Schlepptau nicht weniger als vier VS-Spitzel) 16 Jahre lang die zuständigen Gerichte, die Verteidigung und die demokratische Öffentlichkeit an der Nase herum führten. Die Manipulation durch die Berliner Staatsschutzbehörden führte schließlich dazu, daß die Prozeß-Ruine eingestellt werden mußte.

"Dieses Eigenleben der verschiedenen Behörden ist das selbstverschuldete Ergebnis einer Politik, die die Polizei, den Verfassungsschutz und die BAW erst zum Staat im Staate ermächtigt hat". (25) Die Einführung der KronzeugInnenregelung 1989 und die in dem Gesetzespaket zur Bekämpfung der sog. "Organisierten Kriminalität" vorgesehen Maßnahmen zum Schutz angeblich "gefährdeter" ZeugInnen (wie z.B. V-Leute), eröffneten speziell der Polizei weitreichende Möglichkeiten ihre Schützlinge vor, während und nach einem Ermittlungs- und Strafverfahren von der Öffentlichkeit, der Verteidigung und sogar den Gerichten abzuschirmen.

Während Zuber die Öffentlichkeit und die ParlamentarierInnen mit allerlei Geschichten über Steinmetz hinhielt, befand dieser sich die ganze Zeit über in der Obhut des rheinland-pfälzischen VS. Nachdem ihm sein V-Mann-Führer einen Rechtsanwalt besorgt hatte, machte Steinmetz am 23.7.1993 seine Aussage vor dem GBA (hier wurde ihm die KronzeugInnenregelung angeboten) und unmittelbar darauf plauderte er auch vor des Schweriner Staatsanwälten. Und während niemand offiziell gewußt haben wollte, wo Steinmetz sich aufhielt, schrieb dieser munter die berühmten Briefe an seine "lieben Freunde".

Polizei und die Geheimdienste haben sich der demokratischen Kontrolle nicht mehr entzogen, als sie es bereits im Schmücker-Verfahren getan haben. Heutzutage führen sie dieses faktische Eigenleben jedoch auf einer gesetzlichen Grundlage. In dieser "Normalisierung von Grauzonen" liegt die langfristige Bedrohlichkeit dessen, was in den Tagen nach Bad Kleinen offenkundig geworden ist.

Für einen kurzen Moment, in dem die Staatsschutzbehörden das Heft nicht in der Hand hatten, erschienen ihre Manipulationen im grellen Licht. Die mit Steinmetz begründete Geheimniskrämerei hat sich für die Repressionsorgane jedoch als effektives Mittel erwiesen, sich selbst aus einem derartigem Schlamassel herauszuziehen. Und zu dem Zeitpunkt, als die Existenz dieses V-Mannes offiziell eingeräumt wurde, hatte die KGT die Lage politisch und medial wieder im Griff - über das Eigenleben der Staatsschutzbehörden wurde wieder der Mantel des Schweigens gelegt.

Genossen

des Kommunistischen Bundes, Berlin

Anmerkungen:

1) Zuber (rheinland-pfälzischer Innenminister), in: SZ, 31.7.93

2) Bis auf seinen Einsatz in Bad Kleinen wurde Steinmetz offiziell vom VS Rheinland-Pfalz "geführt". Hatten jedoch auch andere VS-Behörden aktiven bzw. passiven Zugang zu Steinmetz? Der VS Rheinland-Pfalz will seinen VS-Kollegen in Bund und Ländern schon 1984 - ohne Namensnennung - vom Spitzel Steinmetz berichtet haben. Spätestens seit 1987 wurde Steinmetz in den Akten des Bundesamtes für VS (BfV) als "Spitzenquelle" beschrieben. Am 2.4.1992 will der VS Rheinland-Pfalz dem Präsidenten des BfV, Werthebach, das Heranführen eines Spitzels an die RAF mitgeteilt haben. Werthebach gab diese Information entgegen anderslautender Zusage noch am gleichen Tag und nochmals am 22.4.1992 an den Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Neusel, weiter. Nach "Focus" (6.9.93) kannte das BfV damit spätestens seit Mai 1992 den Vornamen der rheinland-pfälzischen "Spitzenquelle". Dies reichte aus, um Steinmetz zu lokalisieren und einen direkten Zugang zu ihm aufzubauen.

3) Erklärung von Birgit Hogefeld vom 20.7.93 abgedruckt in: ak Nr. 357, vom 25.8.93.

4) Zusätzlich standen seit Mai/Juni 1991 die Gefangenen aus der RAF und deren AnwältInnen unter erheblichem Kriminalisierungsdruck ("Zellensteuerung").

5) Eine Observation durch den BND ist im Zwischenbericht nicht dementiert worden.

6) Bereits am 3.2.1993 will der rheinland-pfälzische VS das BfV ohne Zeit- und Ortsangabe über das anstehende Treffen informiert haben. Ende Februar soll laut "Focus" (29 und 30/93) sowie der FAZ vom 30.7.1993 zwischen Steinmetz und Hogefeld ein weiteres, bis heute offiziell nicht bestätigtes Treffen in Bad Kreuznach stattgefunden haben.

7) Das Vorziehen sowie die Ortsänderung wurden angeblich vereinbart, als Steinmetz im Laufe seiner mehrtägigen Abtauchphase am 13.4.1993 "zufällig" Birgit Hogefeld auf dem Bahnhofsvorplatz von Bad Kreuznach getroffen haben will.

8) Spiegel, 5.7.1993; vgl. auch Kölner Stadtanzeiger vom 29.6.1993 und "Panorama" vom 16.7.1993

9) Sie sollen nach den Lügen des Staatsschutzes am Aufbau eines angeblichen "Informationssystems" ihrer MandantInnen aus der RAF beteiligt gewesen sein. 1991 versuchte die BAW erneut - wenn auch ohne Erfolg - die VerteidigerInnen von Gefangenen aus der RAF (Adler, Groß, Klusmeyer, Pausch und Tropitzsch) mit derselben "Nahtstellen"-Masche zu kriminalisieren.

10) vgl. hierzu Rote Hilfe Berlin in: Arbeiterkampf Nr. 310, 18.9.89: Nach dieser Staatsschutz-Version soll die RAF nicht nur - wie von der RAF selber stets beteuert - aus den GenossInnen bestehen, die die Anschläge durchführen. Die "Gesamt-RAF" bestünde vielmehr aus vier Ebenen: der "Kommandoebene", den Gefangenen aus der RAF, den sog. "illegalen Militanten" und den RAF-SympathisantInnen.

11) Focus (36/93) will Steinmetz eine Beteiligung am Neusel-Anschlag in die Schuhe schieben, die taz (13.1.94) veröffentlicht Spekulationen über eine Teilnahme am Herrhausen-Attentat.

12) Jelpke/Maurer/Schröder in: ak Nr. 333, 26.8.91

13) "Die Bundesregierung schlägt jedoch vor, zur Bekämpfung des Terrorismus auch §129a Abs. 3 StGB in den Katalog der die Maßnahmen einer Rasterfahndung rechtfertigenden Straftaten aufzunehmen, um den Einsatz dieser Maßnahme auch gegen die 'Nahtstellenpersonen' zu ermöglichen."; BT-Drucksache 12/989, S.56

14) vgl. auch FR, 3.9. und 23.9.1993

15) Steinmetz selbst soll allerdings dem VS gegenüber angegeben haben, er hätte die angebliche RAF-Anfrage mit "Nein" beantwortet. (Zwischenbericht S.12)

16) Wiesbadener-Broschüre zu Steinmetz, S.20

17) Die Rolle des VS bei diesen Aktionen liegt vollkommen im Dunkeln. Weder ist klar, ob er Steinmetz dazu ermuntert hat, z.B. zur Legendenbildung, diese Straftaten zu begehen oder ob er, im Gegenteil, die drohende Haftstrafe dazu benutzt hat, seinen VS-Spitzel unter Druck zu setzen - gefügig zu machen.

18) Demzufolge dürfen sich beamtete VS-Spitzel ggf. nach §129a StGB sowie wegen Verstößen nach dem Urkunden- und Versammlungsrecht schuldig machen.

19) Lersch in: Strafverteidiger 1993, S.95

20) §96 ist eine beim Staatsschutz äußerst beliebte Norm. Nach ihr können vor Gericht Akten der Polizei bzw. des VS z.B. über einen V-Mann geheimgehalten werden, wenn über der Veröffentlichung ein Spitzel auffliegen, ein Zeuge "gefährdet", die Organisation und Arbeitsweise eines Repressionsorgans bekannt oder dem "Wohl des Bundes oder eines Landes" Nachteile bereiten würde - praktisch also immer (zum Stand der diesbezüglichen Diskussion, vgl. Arloth, Juristenzeitung 10/93 m.w.N.).

21) FR, 17.7.1993, SZ, 21.7.1993

22) Protokoll der 73. Sitzung des Bundestagsinnenausschusses, S.83

23) Protokoll der 69. Sitzung des Bundestagsinnenausschusses, S.13f

24) Protokoll der 73. Sitzung des Bundestagsinnenausschusses, S.33f

25) aus einem Flugblatt der Roten Hilfe Berlin zu Bad Kleinen

15. Broschüre zu Klaus Steinmetz

Autor: Broschüre zu Klaus Steinmetz · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geheimdienste; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:17

"Wenig genaues Reden"

Broschüre zu Klaus Steinmetz

"Sechs Monate nach der Katastrophe von Bad Kleinen" versucht eine "Recherchegruppe" aus dem Infoladen Wiesbaden eine Veröffentlichung zum Spitzel Klaus Steinmetz unters Volk zu bringen.

Die Einleitung bildet bereits den Höhepunkt des Unsinns, mit dem mensch sich in dieser Broschüre konfrontiert sieht: ein aufgeblasener möchtegern-soziologischer Sprachmüll, der an allen Ecken und Enden an grammatikalischen und sprachlichen Peinlichkeiten scheitert: "Parallel zu dieser immer wieder in Diffusität zerfallenen Oberfläche konstituieren sich Stränge von konsequenter hergeleiteten Projekten und Arbeitszusammenhängen, aus denen Teilkriterien torsoartig in der Szene-Kultur ihren Niederschlag finden."

Die abgedruckte Chronologie ist ohne erkennbares System zusammengeschustert worden und enthält praktisch keine neuen Fakten. Anderweitig Bekanntgewordenes bleibt zum Teil unerwähnt, ohne jedoch dementiert zu werden. Statt dessen wird die LeserIn mit subjektiven Belanglosigkeiten des folgenden Kalibers gelangweilt: "Was KS mir sagte, machte mir ein unangenehmes Gefühl" und "Für mich war das Gefühl ihm gegenüber scheiße distanziert".

Diese Broschüre krankt maßgeblich an dem Mißverständnis, daß es niemandem nützt, wenn zur Aufarbeitung eines der wichtigsten VS-Spitzel über dessen "Fähigkeit zur menschlichen Dichte" geschwafelt bzw. darüber fabuliert wird, daß bei ihm, aufgrund "rasch" und "wechselnd" gescheiterter Freundschaften, "zentrale Begegnungs- und Menschwerdungsformen mißlungen" seien. Und, liebe Wiesbadener "Ad-hoc-Recherchegruppe", es interessiert wirklich keinen, ob Steinmetz die "Hausarbeit in der WG meistens nur auf Aufforderung erledigt hat" oder er in einer "typischen Männerwohnung ... wenig genaues Reden" gewohnt war.

Bei diesem verkorksten Ansatz können nur Lehren der Qualität herauskommen, wie "die Substanz der Person als Kriterium ist der beste Spitzelschutz". Dieses religiös anmutende Szene-Getue, das in der Broschüre die tollsten Blüten treibt, kann so natürlich nicht als der entscheidende Faktor wahrgenommen werden, der es dem VS-Spitzel so leicht gemacht hat. Im Gegenteil werden nun alte Fehler als "Weisheiten" reproduziert, wird der Subjektivismus - als der weltbeste Spitzelschutz - auf die Spitze getrieben.

Sechs Monate nach Bad Kleinen von Wiesbaden aus eine derartige Veröffentlichung zum Spitzel KS unters Volk zu bringen, ist eine Katastrophe.

16. Nazi-Zeitung "Junge Freiheit" erscheint wöchentlich

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:21

Ganz anders als geplant verliefen die Feierlichkeiten, mit denen die Macher der Nazi-Zeitung "Junge Freiheit" (JF) das wöchentliche Erscheinen ihres Machwerks einem geladenen Publikum vorstellen wollten. Dabei waren Tag und Ort mit üblich rechtem Fingerspitzengefühl gewählt: Der 52. Jahrestag der Wannsee-Konferenz und das Potsdamer Schloß Cecilienhof, in dem die Potsdamer Konferenz abgehalten worden war und das neben der Gedenkstätte ein Nobelhotel beherbigt. Weder dort noch im Ausweichquartier, dem "Grand-Hotel" waren sie wohlgelitten - 150 antifaschistische Demonstranten, von denen gegen Mitternacht die letzten mit polizeilichem Knüppeleinsatz vertrieben wurden, störten die Show.

Nicht verhindern konnten die Antifaschisten allerdings das seit längerem angekündigte wöchentliche Erscheinen der "Jungen Freiheit" (Untertitel: "Deutsche Zeitung für Politik und Kultur") mit einer Startauflage von angeblich 100.000 Exemplaren. Dem Autor dieser Zeilen sprang sie neben Spiegel, focus, TAZ und anderen Boulevardblättern an seinem morgendlichen Zeitungsstand ins Auge, daneben - dem "konkret"-Verlag sei's gedankt - dessen Sondernummer zur rechtsradikalen Medienlandschaft. Wenn die "Junge Freiheit" diese Startauflage (etwa das dreifache ihrer bisherigen Monatsauflage) tatsächlich hat und annähernd halten kann, würde sie hinter der "Deutschen Nationalzeitung" (angebliche Auflage über 100.000) zur zweitstärksten rechten Zeitung der Bundesrepublik avancieren.

Herausgegeben wurde die "Junge Freiheit" (gegründet 1986) bis Mitte 1992 vom "Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschlands Unitas Germania" mit Sitz in Ulm. Vorsitzender eben dieses Vereins ist Götz Meidiger. In der Redaktion sitzt mit Hans-Ulrich Kopp ein Gründungsmitglied des REP-Hochschulverbandes RHV. Als Chefideologe der "Jungen Freiheit" gilt Roland Bubik, Mitglied der "Jungen Union", Stipendiat der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemals Gründer der rechts vom RCDS angesiedelten Liste Unabhängiger Studenten. An der Uni Mannheim hatte er seine Karriere 1989 als Mitglied der REPs in Ravensburg begonnen, wo er bei den "Jungen Republikanern" auftrat. (Blick nach Rechts, 25.1.93). Heute wirkt Bubik u.a. im baden-württembergischen Landesforum des "christlich-konservativen Deutschlandforums". Seine Mitstreiter in der Redaktion sind nicht minder bemerkenswert:

Peter Boßdorf, der ehemalige Vorsitzende des "Gesamtdeutschen Studentenverbands", Mitglied des ultrarevanchistischen "Witikobundes" und des neuheidnischen Diskussionszirkels "Thule-Seminar"; arbeitete u.a. für das rechtsradikale "Hilfskomitee südliches Afrika";

Stefan Ulbrich, ehemaliges Mitglied der Wiking-Jugend und Mitglied des "Thule-Seminars"; Autor in der völkisch-revisionistischen Zeitschrift "Deutschland in Geschichte und Gegenwart";

Gerhard Quast, der Chefredakteur der nationalrevolutionären Zeitschrift "Wir selbst", Herausgeber des "Jahrbuch konservative Revolution";

Michael Krämer, ein ehemaliger Funktionär der "freiheitlichen Arbeiterpartei" FAP, Mitglied der ANS und des neuheidnischen Armanenordens; seit etwa 1990 nicht mehr als Mitarbeiter genannt;

Boris Rupp, ein ehemaliges REP-Bundesvorstandsmitglied, davor NPD; Obmann der klerikal-faschistischen "Evangelischen Notgemeinschaft"; mittlerweile CDU-Mitglied in Nordhessen und im "Wetzlarer Forum", einem Diskussionszirkel am rechten Rand der CDU mit Bündnisabsichten nach rechts.

Carsten Pagel, verantwortlich für die Hauptstadtseite, erst Junge Union, dann "Klartext" (Junge Nationaldemokraten und danach die verbotene "Nationalistische Front"); brachte nach innerparteilichem REP-Knatsch Kopf und Abonnenten der REP-Zeitung "Berliner Nachrichten" in die "Junge Freiheit" ein; Mitglied im rechtsradikalen "Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk"; Mitglied der "Deutschen Liga für Volk und Heimat".

Sven-Thomas Frank, Nationalrevolutionär der ersten Stunde, Chef der Westberliner "Außerparlamentarischen Mitarbeit" der 70er Jahre sowie der "Sache des Volkes"; Funktionär der REPs (Bundestagskandidat 1990).

Die Auflagenentwicklung der "Neuen Freiheit", die sich selbst als parteiunabhängig darstellt, ist einigermaßen erstaunlich. Für Anfang 1990 gibt die JF die Auflage mit 10.000 an; eine durch das Westberliner Blatt "Interim" veröffentlichte Abonnentenliste weist aber für diesen Zeitpunkt knapp die Hälfte, nämlich 4.100 aus. Seit dem Herbst 1991 hat die JF den Abonnentenstamm der "Berliner Nachrichten" übernommen (ehemalige Zeitung der Berliner REPs; sollte infolge innerparteilicher Querelen - ein Teil der REPs in Berlin traten der "Deutschen Liga ..." bei - erst Zeitung der DL werden und wurde dann aufgegeben); seitdem gibt die JF ihre Auflage mit 35.000 an.

Woher allerdings die JF ihre Gelder bezieht, die sie zu dem jetztigen Schritt zur Wochenzeitung befähigt, ist einigermaßen unklar. Aus Anzeigen allein kann sie sich wohl kaum finanzieren. Etwa eine Seite (von 20) sind kommerzielle Anzeigen; dazu kommt die als Anzeige aufgemachte Beilage der sogenannten "Unabhängigen deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament" (Rechtsradikale um Johanna Grund). Auffällig allerdings ist, daß in den jetzigen Ausgaben frühere Anzeigenkunden des offen rechtsradikalen Lagers (erst einmal ?) nicht mehr zu finden sind, wie z.B. der (eingegangene) "badische Landbote", die Armanen-, Grabert- und dem Hohenrain-Verlage, der Bund heimattreuer Jugend, der Schutzbund für das Deutsche Volk, Nation und Europa, DESG-In Form, Staatsbriefe etc.

Ihr Haus in Potsdam soll jedenfalls mit bis zu zehn Millionen DM Kapital erworben und ausgebaut worden sein. Als Stammkapital wurden zwei Millionen für eine Kommanditgesellschaft eingeworben. Durch Verlustzuweisungen in den ersten beiden Jahren soll ein großer Teil des eingesetzten Kapitals steuermindernd durch die Gesellschafter abgeschrieben werden können - anschließend will man Gewinn machen.

Rechtsradikales Blatt

mit intellektuellem Anspruch

Was die "Junge Freiheit" aus der Menge der sonstigen rechtsradikalen Publikationen heraushebt, ist ihr auf den ersten Blick relativ "modernes" und "weltoffenes" Erscheinungsbild. Anders als etwa die Kampfblätter des DVU-Frey-Imperiums (Deutsche Nationalzeitung und Deutsche Wochenzeitung) erschöpft sich die "Junge Freiheit" nicht in wenigen Dauerbrennern ewiggestriger Hitlerapologeten, sondern versucht im Gegenteil, die allzugroße Affinität zu diesem Spektrum zu vermeiden. Schon auf dem 1. Kongreß der "Initiative Deutschland '90" vom 3.11.1990 in Koblenz, den die JF gemeinsam mit dem nationalrevolutionären Blatt "Wir selbst" durchführte, formulierte die JF als ihr Selbstverständnis: Die JF "möchte ein möglichst breites Spektrum von konservativen Autoren widerspiegeln", dabei sind sich "Nationalrevolutionäre, Konservative, Nationale ... in der antiliberalistischen Kritik einig". Kritisiert wird in der JF der angeblich herrschende "Egalitarismus", die "Utopie der Brüderlichkeit", der "Identitätsverlust Europas". Gegen die Idee der Gleichberechtigung wird die These der natürlichen Ungleichartigkeit der Menschen gestellt, gegen den Pluralismus eine eindeutige vorzugebende Ordnung propagiert und tendenziell die Aufhebung der Glaubens- und Meinungsfreiheit gefordert, gegen die multikulturelle Gesellschaft die Abschottung Europas/Deutschlands gefordert etc.

Als Beispiel für die relative Vielfalt an Themen der JF sei die Ausgabe 5/94 vom 28.1.1994 herangezogen, in der u.a. folgendes behandelt wird:

- die Atomversuche an Menschen in den USA von 1946-56;

- die bundesweite Ausdehnung der Statt Partei sowie die Gründung von Brunners "Bund freier Bürger";

- ein Interview mit Prof. Klaus Motschmann (aus dem Motschmann-Clan um die rechtsklerikale Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland) zum Thema: "Die Aktionen der sogenannten Antifa richten sich gegen den demokratischen Rechtsstaat";

- die Krise im Automobilbau darf ebensowenig fehlen wie ein längerer Artikel von Carl Gustav Ströhm zum Thema "Der Balkan im Spiel der Mächte" oder eine Serie zur "Organisierten Kriminalität" vom unvermeidlichen Heinrich Lummer usw.

Besonders aufmerksam wird in der JF dabei der "nationale Flügel" der alten Linken beobachtet: In dieser Nummer finden wir Botho Strauß im Kulturteil, den vollständigen Abdruck der Rede von Steffen Reiche (SPD Brandenburg) anläßlich der Vorstellung des Buchs "Die SPD und die Nation" von Tilmann Fichter sowie einen Kommentar zu den Eskapaden der Frau Seebacher-Brandt.

Bindeglied von konservativ

bis rechtsradikal

Wie derzeit keine andere Zeitung des rechtskonservativen Lagers versteht es dabei die "Junge Freiheit", AutorInnen und InterviewpartnerInnen von ganz rechtsaußen bis hin zur SPD zu gewinnen. Besondere Aufmerksamkeit erregte dabei das Interview, das der PDS-Fraktionsvorsitzende in Brandenburg, Scheringer in der Septemberausgabe 1993 der JF gab. Scheringer wurde dort mit dem Satz zitiert: "Ich möchte mich nicht als Antinationalisten bezeichnen", also keiner, der das Nationalgefühl als etwas grundsätzlich Schlechtes ablehnt. Der von der JF betriebene Pluralismus findet dabei den Beifall u.a. vom Friedensforscher Alfred Mechtersheimer, von Armin Mohler (ehemaliger Schweizer SS-Freiwilliger und bis 1951 Privatsekretär von Ernst Jünger, der gerade zu seinem 90. Geburtstag von Kohl und Mitterand besucht worden war), Caspar von Schrenck-Notzing, württembergischer Metallwarenfabrikant und Herausgeber des konservativen Diskussionsblatts "Criticon"; Günter Rohrmoser, mehrfacher Stichwortgeber für die CDU von rechtsaußen und Philosophieprofessor in Stuttgart; Heinrich Lummer, unvermeidlicher Hans-Dampf in allen Gassen, die die rechts Szene mit der CDU verbinden; Alain de Benoist, französischer Star-Heide und Chefdenker der modernen Nazis, usw. Ihre Interviewpartner umfassen neben den rechtsradikalen Vorzeigeprofessoren wie Klaus Hornung, den unlängst verstorbenen Helmut Diwald, Robert Hepp vom "Schutzbund für das deutsche Volk" und Wolfgang Seiffert oder offen rechtsextremistischen Größen wie Günter Deckert (NPD-Chef), Harald Neubauer (Deutsche Liga für Volk und Heimat), David Irving (der den Holocaust leugnet) oder den baden-württembergischen REP-Fraktionsvorsitzenden Rolf Schlierer auch die Unions-Parlamentarier Helmut Koschyk (Bund der Vertriebenen), Hanna Renate Laurien und Renate Hellwig, den Staatssekretär Lintner oder den Kanzler-Berater Basilius von Streithofen (der schon mal die Juden als die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers bezeichnete). Gerhard Mayer-Vorfelder (Finanzminister in Baden-Württemberg und einer der führenden Sportfunktionäre in Deutschland; einigermaßen abgelatschter Hoffnungsträger der CDU-Rechten) fehlt ebensowenig wie der österreichische Hoffnungsträger Jörg Haider oder der abgehalfterte DSU-Chef Walther. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. In den Meldungen aus den Organisationen tauchen dementsprechend auch nahezu alle Vereine dieses Spektrums auf: Das Deutschlandforum ebenso wie die diversen konservativen Gesprächskreise der Union; die Republikaner ebenso wie die Deutsche Soziale Union. Die Neugründung der Deutschen Partei wird ebenso vermeldet wie die Aktivitäten eines Deutsch-kroatischen Freundschaftsvereins, die Sudetendeutsche Landsmannschaft wie der Förderverein Berliner Stadtschloß. Ob studentische Verbindungen und Burschenschaften, Lebensschützer wie die "Aktion Lebensrecht für Alle", "Ärzte für das Leben", "Juristenvereinigung Lebensrecht" -, alles was heute in Deutschland auch nur in Ansätzen rechtsradikal, konservativ oder antiliberal, antieuropäisch oder sonstwie nationalistisch diskutiert oder sich organisiert, findet über kurz oder lang sein Echo in dieser Postille.

Wie keine andere Zeitung der Rechten hat es die Junge Freiheit derzeit geschafft, zu einem ideologischen Bindeglied zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu werden. Noch ist sie nicht auf eine bestimmte Parteipräferenz festgelegt, auch wenn sie recht eindeutig das Spektrum favorisiert, das sich im Umkreis der Republikaner, der "unabhängigen" rechten Europaparlamentarier um Johanna Grund (die regelmäßig mehrere Seiten der "Jungen Freiheit" "kaufen") und verwandten Strömungen findet. Ihr erklärtes politisches Ziel ist die Schaffung eines starken konservativen Lagers, das eben Teile der Union mit einschließt - das alte Ziel einer Vierten Partei. Bei anhaltenden Wahlerfolgen der Republikaner könnte dieses Projekt - anders als in früheren Jahren - der Union nicht nur Wählerstimmen abjagen, sondern auch politisch-ideologisches Potential streitig machen.

ES, Hamburg

Anmerkungen:

Einige der Angaben wurden dem Konkret-Extra vom Januar 1994 entnommen., die allen AntifaschistInnen empfohlen werden kann. Das Konkret-Extra wiederum stützt sich u.a. auf eine Broschüre zur "Jungen Freiheit", die für DM 5.- über den GNN-Verlag, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg zu beziehen ist.

Leider wird in der Konkret-Extra etwas pauschal "die" bündische Jugend als eine der Wurzeln der Macher von "Junge Freiheit" benannt. Sofern damit Wiking-Jugend und Freibund (ehemals Bund heimattreuer Jugend) gemeint sind, muß da doch angemerkt werden, daß beide sich zwar gerne auf die "Bündische Jugend" der

20er Jahre berufen (und das in gewissem Maß mit Recht), sie aber in der BRD von nahezu allen sich selbst als "bündische Jugend" bezeichnenden Gruppen ausgegrenzt werden. U.a. gab es anläßlich des 75jährigen Jubiläumstreffens der bündischen Jugend (Freideutscher Jugendtag 1913) auf dem Hohen Meißner im Jahr 1988 eine klare Mehrheit gegen den Bund Heimattreuer Jugend (Die Wikingjugend war erst gar nicht so frech, dort Ansprüche anzumelden). Immerhin - und auch das spricht gegen diese pauschale rechte Abstempelung der "bündischen Jugend" - haben relevante Teile der heute aktiven Gruppen dieses Spektrums Anfang 1993 in der Zeit eine Anzeige gegen Ausländerfeindlichkeit geschaltet, die diametral den Positionen der "Jungen Freiheit" entgegengesetzt ist.

17. Das Scheringer-Interview in der "Jungen Freiheit"

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:22

Thomas Gottschalck scheiterte in seiner Late-Night-Show bei dem Versuch, den REP-Chef Schönhuber vorzuführen. Margarete Schreinemakers wollte sogar den "Hinrichtungsexperten" und Holocaust-Leugner Fred Leuchter in ihrer Show haben (was gegen den heftigen Protest der publicityträchtigen Dame durch die Festnahme des feinen Herrn verhindert wurde). Beide - Gottschalck wie Schreinemakers - wollten "natürlich" nur das Beste und ihre Nazi-Gesprächspartner "vorführen".

Ob sich der PDS-Fraktionsvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Johann Scheringer, bei seinem Interview, das er der "Jungen Freiheit" im September 1993 unter dem Titel "Ich möchte mich nicht als Antinationalisten bezeichnen" gegeben hat, überhaupt solche Gedanken gemacht hat, bleibt sein Geheimnis. Fakt ist jedenfalls, daß die "Junge Freiheit", deren "Dialogbereitschaft" keine Grenzen kennt, nun auch einen prominenten PDS-Vertreter zu ihren InterviewpartnerInnenn zählen kann, noch dazu in einer so brisanten Frage. Klar, daß dieses Scheringer-Interview in der Folgezeit der PDS immer wieder vorgehalten wurde als Beweis für eine offene Flanke nach rechts.

Eine besondere Schärfe gewinnt dieses Interview noch durch die unangenehme Tatsache, daß auf der Seite der Jungen Freiheit neben Chefredakteur Dieter Stein ein Alexander Marwitz als Interviewpartner Scheringers genannt wird. Eben dieser Alexander Marwitz heißt in Wirklichkeit Kai Guleikoff, war NVA-Major und SED-Mitglied und schrieb schon 1988, also vor Maueröffnung unter dem Pseudonym Marwitz für die "Junge Freiheit". 1989 preist Stein diesen "Nationalmarxisten" Marwitz/Guleikoff in einem internen Schreiben als "Kader der beschworenen ‚Neuen Deutschen Nationalbewegung`". Zum Zeitpunkt des Interviews war die Identität Marwitz/Guleikoff noch nicht öffentlich bekannt. Trotzdem: auch im Nachhinein ist der Übergang eines NVA-Offiziers zur "Neuen Rechten" gerade angesichts des Scheringer-Interviews interessant.

Dieses Interview, das den PDS-Vorstand zu einer distanzierenden Erklärung veranlaßte, erhielt einen Teil seiner Brisanz durch die Tatsache, daß PDS-Scheringer der Sohn des alten Reichswehroffiziers Richard Scheringer ist, der Ende der 20er Jahre als nationalsozialistischer Konspirateur verurteilt worden war, sich im Gefängnis zum Kommunisten entwickelte und die Zentralfigur des sogenannten "Scheringer-Kurses" der KPD geworden war. In den 50er Jahren war Scheringer sen. (der im übrigen auch mit der "Weißen Rose" in loser Verbindung stand) noch einmal wegen seiner Beteiligung am "Nationalen Programm zur Wiedervereinigung Deutschlands" verurteilt worden.

Diese Programm wird von Johannes Scheringer auch in dem JF-Interview implizit wieder aufgegriffen; sein Wiederaufnahmeantrag zum Prozeß seines Vaters hat explizit zum Ziel, das "Bemühen der Linken um die deutsche Einheit auf die Tagesordnung zu bringen". "Wenn ich mir vorstelle, die BRD wäre nach dem Vorbild Österreichs paktfrei, militärfrei, dann wäre die Politik ganz anders verlaufen, auch im Osten". Zentraler Punkt des historischen Scheringer-Kurses des "linken Nationalismus" war die Überzeugung, daß die Politik der Bourgeoisie im Widerspruch zu den "nationalen Interessen" stünde. Die Verfolgung der "eigentlichen" "Nationale Interessen" meint dabei, daß gegenüber der Politik des Großkapitals eine Politik auf der Grundlage eines weiten Bündnisses zu entwickeln sei, die auch nicht-proletarische Schichten und teilweise ideologisch erzreaktionäre Strömungen einschließen könne. Speziell die Bauern waren dabei im Blick der KPD, aber auch das Militär und nicht nationalsozialistische Schichten des (preußischen) Bürgertums. In der Endphase des zweiten Weltkrieges wurden auf dieser Grundlage von seiten der Roten Armee und deutscher Kommunisten versucht, das gefangengenommene Offizierskorps als "Nationalkomitee freies Deutschland" zu sammeln. Scheringer sen. entwickelte sich von einem Schüler, der nach dem ersten Weltkrieg vor allem die ausländische Besetzung des Rheinlands militant bekämpfte (Abfackelung einer Druckerei in Koblenz), zu einem Mitglied der "schwarzen Reichswehr", mit der er eine Regierung der nationalen Befreiung gegen das ausländische Diktat (Versailles) herbeiputschen wollte und schließlich zu einem NSDAP-Verschwörer in der Reichswehr (Ende der 20er Jahre); als er schließlich auch in der NSDAP nicht mehr den Willen zur "nationalen Befreiung" sah, fand er den Weg zur KPD, die seiner Meinung nach am konsequentesten die "nationalen Interessen Deutschlands" vertrat.

Auch in der Bundesrepublik, wo der alte Scheringer seinen Hof betrieb und für die KPD und das revolutionäre Landvolk agitierte (er war Landwirt im schwäbischen Ried, das in Bayern liegt), setzte er sich auf dieser Linie

ein. Im Kampf der Bauern gegen ihre Enteignung zugunsten der militärischen Fluganlagen im Donau-Ried suchte er (nicht immer ohne Erfolg) das Bündnis mit Teilen der CSU-Bauern, die sich gegen die amerikanische "Bevormundung" zur Wehr setzten. Auch später, im DKP-Bundesvorstand ließ er sich nicht von Kontakten nach ganz Rechts abbringen. Auch in der Friedensbewegung war das Wort von der "nationalen Bedrohung" für Deutschland ganz im Sinne Scheringers. Tatsächlich geht der Scheringer-Ansatz weit über das hinaus, was die DKP z.B. als "anti-monopolistische" Bündnispolitik bezeichnet hat.

Den zentralen Gedanken dieser Linie, den "Verrat der Bourgeoisie an den nationalen Interessen", zitiert die Junge Freiheit in diesem Interview mit Johann Scheringer u.a. in folgender Frage: "Der antinationale Teil der Linken läßt sich doch hier mit der Forderung nach der Auflösung des Nationalstaats vor den Karren westeuropäischer Großkonzerne spannen."

Scheringer: "Um die Auflösung des Nationalstaates kann es auch nicht gehen."

JF: "Weicht die PDS da von der Position einer SPD ab? Peter Glotz beispielsweise fordert ja vehement eine Ende der Nationalstaaten."

Scheringer: "Ich denke schon, daß wir da von der SPD abweichen."

JF: "Ist denn Nationalgefühl etwas grundsätzlich schlechtes?"

Scheringer: "Nein."

An anderer Stelle äußert Scheringer sich noch differenzierter zum Begriff des "Nationalgefühls": "Die Frage des Nationalgefühls ist schwierig, weil es auch vielfach zum Mißbrauch geführt hat und sich viele Menschen diesem Mißbrauch nicht entziehen konnten aus einem falschen Verantwortungsgefühl der Nation gegenüber." oder: "Ich glaube nicht unbedingt, daß man über das Nationalgefühl jungen Leuten den nötigen Halt geben kann, den sie für die Gestaltung der Zukunft brauchen. Von einem verfassungsmäßig gesicherten Recht auf Arbeit halte ich viel mehr."

Das Nationalgefühl zu "powern", hält Scheringer als Lösungsstrategie für irgendwelche gesellschaftlichen Widerspruchsfelder für völlig verfehlt. Der Appell an die "nationale Solidarität" durch Rexrodt wird zurückgewiesen und statt dessen ein Wirtschaftskonzept eingefordert, das auch den Unternehmen im Osten Perspektiven bietet; auch in der Frage der ArbeitsimmigrantInnen weist Scheringer die von der JF vorgehaltene Begrenzung von Einwanderung entschieden zurück: "Alles, was in Richtung ‚Abschotten` und ‚Ausländer raus` geht, halte ich für falsch." und schließlich: "Wirtschaftliche und soziale Mißstände kann man aber nicht mit Nationalismus beseitigen."

Da bleibt dann zum Schluß die Frage, welche positiven Inhalte sich für Scheringer dann mit dem "Nationalgefühl" verbinden. Ist es für ihn wirklich so, wie er sagt: "Man spürt bei vielen Deutschen, daß sie große Schwierigkeiten im Bezug auf das Nationalgefühl haben. Es ist nicht sehr stark ausgeprägt und ich halte es für falsch, das jetzt zu powern. Wobei ich gegen ein Heimatbewußtsein nichts habe. Ich bin hier verwurzelt, ich bin hier zu Hause, aber ich muß daraus kein großes Gewese machen."

Nun, auch wenn er kein "großes Gewese" macht, andere tun dies und eben zu diesen, zu denen auch seine Interviewpartner von der "Jungen Freiheit" gehören, sagt Scheringer kein Wort. Daß der Nationalismus heute wesentlich von Rechts ge"powert" wird (was er für falsch hält), daß der Nationalismus heute sich in Mord- und Totschlag gegen AusländerInnen entlädt (Scheringer selbst ist für freie Migration und Einwanderung) - für Scheringer ist offenbar alles diskutierbar: "Ich bin für den politischen Streit. Ich bin dafür, daß man unterschiedliche politische Auffassungen durchaus artikuliert, auch ganz extreme Auffassungen ausspricht und diskutiert, weil diese mich zunächst zum Denken anregen. Ich weiß, daß innerhalb meiner Partei auch dazu unterschiedliche Auffassungen bestehen ... Ich bin ein Vertreter, der immer für Toleranz plädiert."

ES, Hamburg

18. "Flüchtlings- und Migrationsfluten eindämmen ..." Die Ostgrenze soll zur Festung werden

Autor: Jelpke/Maurer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Osteuropa, Osteuropapolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:30

Wie sich die Welt entwickelt, werden die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit immer mehr fließend. (Schäuble)

Schäubles Weihnachtswunsch, die Bundeswehr an der Grenze und im Innern einsetzen zu können, war Anlaß zu vielerlei Kaffeesatzleserei über seine Motive. Interessant sind dabei die Hoffnungen der liberalen Medien und KommentatorInnen, er möge das alles doch lediglich "taktisch" gemeint haben. Sei es, um rechte Stimmen, sei es, um Verhandlungsspielraum zu gewinnen im Poker mit der SPD um die Auslandseinsätze der Bundeswehr (z.B. FR-Kommentar 22.12.93).

Wie Pfeifen im Wald klingt es. Die naheliegende Idee, daß er alles will: rechte Stimmen, die SPD niederverhandeln - und die Bundeswehr im Inneren einsetzen, mag niemand so richtig aussprechen. Und weil er das will und zwar mit aktiver Zustimmung größerer Teile des angeblich politikverdrossenen Publikums, setzt er da an, wo die sogenannte Asyldebatte mit ihren pogromartigen Zuspitzungen ihren Schwung hernahm: an den "Flüchtlings- und Migrationsfluten". Der Verdacht liegt nahe, daß die publizistische Begleitung zu Kanthers Reise nach Polen, deren Ziel die Perfektionierung der dortigen Abschiebe- und Zurückhaltepolitik nach deutschen Maßstäben und Bedürfnissen war, gleichzeitig die Begleitmusik zu Schäubles Festungs-Visionen war.

Die Forderung nach einem Einsatz der Bundeswehr an den Grenzen ist nicht neu. Sie liegt seit über einem Jahr nicht nur in der Luft, sondern in Form von Rechtsgutachten in den Schubladen der Ministerien.

Es lebe die Vergeßlichkeit. Kaum ein Jahr vorher, am 21.11.1992 lauteten die Schlagzeilen "Soldaten sollen Bundesgrenzschutz verstärken".

Und nicht nur das. Der Einsatz der Bundeswehr, die militärische Sicherung der Grenzen, liegt in der Logik der Innen- und Außenpolitik dieser Regierung gegenüber den krisengeschüttelten Staaten im Osten und Flüchtlingen und ImmigrantInnen.

Um "bürgerkriegsähnliche Situationen, wie in Rostock" zu bewältigen, dachte CSU-Landesgruppenleiter Bötsch laut über einen Einsatz der Bundeswehr nach (Spiegel 36/92). Den Hinweis auf Hindernisse in der Verfassung konterte er: "Den Artikel müssen wir notfalls auch noch ändern" (ebd.) In demselben Jahr wurde in der Zeitschrift "Europäische Sicherheit" über das neue Krisenmanagement der Nato berichtet, in dem auch "Flut- und Auswanderungsströme" berücksichtigt seien (6/92). Berichtet wird über eine Übung im Mittelmeer, bei deren Konzeption "die Erinnerung an die Flüchtlingsströme aus Albanien mitspielte, die den Nato-Partner Italien überraschten und ... an den Rand einer schweren Krise brachten" (4/92).

Polen, die ehemalige Tschechoslowakei und Ungarn haben Streitkräfte an ihre Ostgrenzen verlegt, Österreich schickt Militär an die Grenzen (2.000 Mann seit 1990 d. A.) und auch die Schweiz hat 91/92 schon Truppeneinsätze gegen illegale Einwanderer geprobt (Dieter S. Lutz, FR 9.1.92).

Sei es, daß Bötsch und andere die Bundeswehr prinzipiell als Eingreif-Reserve für innenpolitische Schwierigkeiten unterhalb der Notstandsgrenze betrachten, sei es, daß sie auf Grundlage der Notstandsgesetze argumentieren oder, daß sie die Nato-Krisenmanagementüberlegungen im Hinterkopf hatten und haben, eines ist offensichtlich: die Verknüpfung der mit Migrations- und Flüchtlingsbewegungen beschworenen existentiellen Gefährdungen der westlichen Wohlstandsfestungen mit dem Problemlöser Militär ist seit langem festgezurrt und hat in diesen Kreisen fest die Rolle der ehemaligen kommunistischen Gefahr aus dem Osten eingenommen.

Zudem ist in anderen Ländern, aufgrund anderer institutioneller Voraussetzungen, der Einsatz von Militär zur Grenzkontrolle und Grenzsicherung und im Inneren gang und gäbe. Es wird nicht lange dauern, bis hierzulande auch in dieser Frage die "europäische Harmonisierung" und die deutsche "Normalisierung" herhalten müssen, um die letzten Fesseln der Bundeswehr zu lösen. Die Hinweise in einer aktuellen Stunde

des Bundestages am 14.1.1994 waren mehr als deutlich: "Ist Ihnen eigentlich bewußt, daß ... in fast allen Rechtstaaten, in Großbritannien, in den USA, in Österreich, in Holland, in Frankreich, die Armee natürlich zur Sicherung der inneren Sicherheit und Ordnung bei Katastrophen und anderen Dingen eingesetzt werden kann, ... die Gendarmerie in Frankreich, die Carabinieri in Italien sogar Teil der Armee sind ..."(Gerster/CDU-CSU)

Schäuble greift also nur einen alten Vorschlag auf, der im Oktober 1992 auf einem der Höhpunkte der sogenannten Asylkampagne im Innenministerium ausgearbeitet und mit dem Verteidigungsministerium diskutiert worden ist.

Die bürokratische Feinarbeit

Im Dezember 1992 bat das Bundesministerium des Innern offiziell das Verteidigungsministerium darum, Soldaten zur Unterstützung des BGS bei der Sicherung der östlichen Grenzen freizustellen. Vorgespräche wurden seit Herbst 1992 geführt.

Im Zusammenhang mit Überlegungen zur Sicherung der deutschen Ostgrenzen angesichts des Personalmangels beim Bundesgrenzschutz, wurden die "Reserven" durchgecheckt. Ergebnis:

- Einstellung von 1.700 Hilfspolizistinnen und -polizisten beim BGS und

- Übernahme von Bundeswehrlern in den BGS.

In Kasernen und der Bildzeitung wurde damals auch eine Werbekampagne bei ausscheidenden Soldaten und ehemaligen NVAlern gestartet.

Der "Bereich der Bundeswehr" sei deshalb ins Blickfeld gerückt, weil hier schnell und tatsächlich Personal zu gewinnen sei, das zudem über entsprechende "Grundqualifikationen" verfüge.

Im Januar 1993 gab das Innenministerium in einem Bericht eine erste rechtliche Bewertung der Möglichkeiten, Soldaten an der Grenze, bzw. im BGS einzusetzen. Dort heißt es:

"... in Betracht kommen aber auch aktive Soldaten ..., die etwa im Wege einer Kommandierung oder Beurlaubung ... in den BGS eingegliedert würden. Schon aus verfassungsrechtlichen Gründen (Art. 87a Absatz 2 GG) ist insoweit nicht an einen Einsatz von Streitkräften gedacht, d.h. an eine Verwendung von Soldaten als Teil der damit verbundenen Verbands- und Befehlsstruktur sondern an eine zeitlich begrenzte personelle Verstärkung des BGS durch Personen, deren Status als Soldat für die Dauer dieser Verwendung ruht.

Zu den möglichen Aufgaben heißt es "... sowohl Unterstützungsfunktionen bei den operativen Einsatzmaßnahmen an der Grenzlinie ... als auch technische oder administrative Dienstleistungen vor allem bei der sogenannten Folgebearbeitung nach vollzogenen Aufgriffen illegaler Grenzgänger. Neben aktenmäßigen Arbeitsvorgängen ... die Durchführung von Datenabfragen, die Bedienung von Kommunikationsmitteln, die Mithilfe bei erkennungsdienstlichen Maßnahmen, Sicherungsmaßnahmen an Kontrollstellen oder bei Personenverbringungen einschließlich Abschiebemaßnahmen, die Bedienung von technischem Einsatzgerät und vergleichbaren Tätigkeiten."

Schritt für Schritt für ...

Öffentlich wurde zunächst die Werbung und Einstellung von HilfspolizistInnen in den Vordergrund geschoben.

Als im Herbst 1993 zufällig im Rahmen der Haushaltsdebatte bekannt wurde, daß 465 Soldaten beim BGS eingesetzt sind, wurde die oben genannte Aufgabenzuweisung heruntergeschraubt. "Schwerpunktmäßig" seien die Soldaten zur Bedienung der Wärmebildkameras eingesetzt, bzw. zur Einweisung der BGSler in die entsprechende Technik. Um die Bedeutung auch dem Letzten klarzumachen, wird betont, daß "bis zu 80% der Aufgriffe durch die Wärmebildtechnik ermöglicht" werden (Bohl, Chef des Bundeskanzleramtes in der aktuellen Stunde).

Lediglich 69 seien "zum Fahren von Kraftfahrzeugen und zum Bedienen von Sprechfunkgeräten" da. Rechtliche und ressortmäßige Bedenken des Verteidigungsministeriums dürften den Ausschlag für dieses Schrittchen zurück gegeben haben.

Die Suche nach einer Sprachregelung wurde im Oktober 93 vorläufig mit einem großen Schritt nach vorne abgeschlossen : keine verfassungsrechtlichen Bedenken bei Innen- und Justizministerium, da die Soldaten aus der Organisationsstruktur der Bundeswehr heraus- und in die des BGS eingegliedert würden. Nicht um "Amtshilfe" sondern um "Zuordnung" ginge es (zu dieser Umgehung der Verfassung einschließlich ihrer Notstandsparagraphen siehe Kasten). Den Rest erledigt dann eine interministerielle Arbeitsgruppe.

Soldaten sind also an den Ostgrenzen im Einsatz, unklar ist, was sie da eigentlich genau treiben ...

"Wo äußere und innere Sicherheit zunehmend verschwimmen ..."

Am Ausgangspunkt der Überlegungen, den Einsatz der Bundeswehr auf Schleichwegen herbeizuführen und Widerstand dagegen auszuhebeln, standen parteiübergreifend und kommpromißfördernd gemeinsam getragene "Grundüberzeugungen" folgender Art:

"An den östlichen Grenzen unseres Landes überschreitet der Zustrom illegaler Zuwanderer alle bisherigen Größenordnungen ... Als sogenannte Schengener Außengrenze werden dort die Anforderungen an die Grenzpolizei zukünftig noch zunehmen. Auch die beabsichtigte Gesetzgebung im Asylbereich wird die Notwendigkeit einer effektiven Bekämpfung der illegalen Zuwanderung zusätzlich erhöhen." (Bericht BMI 13.1.1993)

Diese inzwischen europaweit vereinheitlichte Konzeption erfordert zwingend die Sicherung der Grenzen mit allen Mitteln. Die deutsche "Sonderkonstruktion" Bundesgrenzschutz könnte der "Normalkonstruktion" Militär weichen. "Das heißt, Bundesgrenzschutz und bayrische Grenzpolizei würden mehr die klassischen Aufgaben der Polizei wahrnehmen ..., wir könnten aber die Bundeswehr durchaus etwa zur Sicherung längerer Grenzabschnitte einsetzen ..." (Gerster/CDU-CSU im Bundestag am 14.1.94). Das Ziel ist die "Entfesselung" aller Repressionskräfte für alle möglichen Einsätze ...

Jelpke/Maurer

<B>192>Denn wie Deutschland sehen sich auch die anderen west- und mitteleuropäischen Staaten einem ständig wachsenden Zuwanderungsdruck aus Südost- und Osteuropa ausgesetzt. Nur gemeinsam können die europäischen Staaten das Problem der illegalen Zuwanderung lösen." (Kanther bei der Vorstellung des Deutsch-Schweizerischen Rückübernahmeabkommens am 20.12.93)

Das mit Rumänien und Polen begonnene System der vertraglichen Absicherung von Abschiebeabkommen und Zurückhaltemaßnahmen weitet sich aus.

In Westeuropa werden die im Pilotprojekt Schengen vereinbarten Prinzipien über polizeiliche Zusammenarbeit, Zuständigkeit für Asylanträge und Grenzübertritte auf die Europäische Union übertragen (Dubliner Abkommen u.a.).

Im Osten und zwischen Ost und West wird das System der Abschiebe- und Rückübernahmeverträge weiter ausgebaut:

Österreich unterzeichnet Übernahmeabkommen mit Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien und der Tschechischen Republik. Belgien hat mit Polen und Slowenien Verträge unterzeichnet und verhandelte im Juni 1993 mit Rumänien, Tschechischer Republik und Slowakien. Dänemark hat Abkommen mit Lettland und Litauen und verhandelt derzeit mit Estland. Italien verspricht finanzielle und technische Unterstützung für Albanien, um ein Abkommen zu erreichen, es hat ein Abkommen mit Polen unterzeichnet und steht derzeit mit Slowenien in Verhandlung. Die Niederlande und Luxemburg begannen im Juni 1993 Vertragsverhandlungen mit Polen und Slowenien. Norwegen hat ein Abkommen mit Litauen, Schweden und verhandelt mit Polen und Rumänien. Und dasselbe spielt sich auch im Süden ab, z.B. zwischen Italien, Spanien (das auch ein Abkommen mit Polen geschlossen hat) und Marokko (nach Statewatch, November-Dezember 1993)

Zu dieser Aufzählung müßten noch die vom UNHCR im September 1993 aufgelisteten Abkommen hinzugezählt werden, die die östlichen Nachbarstaaten untereinander geschlossen haben, um das ganze System sichtbar zu machen.

All das wird Schritt für Schritt Bestandteil der Europäischen Union werden: "... die Einwanderungsminister der Europäischen Union haben die Grundzüge für ein Rückübernahmeabkommen bezüglich der eigenen und der

Drittstaatsangehörigen erarbeitet. Die Arbeiten orientieren sich ebenfalls an den Prinzipien, die in dem multilateralen Schengen/Polen-Übernahmeabkommen enthalten sind" (Kanther, 20.12.93).

Ergebnis einer Arbeitsgruppe im BMI vom September 1993 nach Gesprächen zwischen BMI und Verteidigungsministerium zu rechtlichen Problemen.

"... Die Verwendung der Streitkräfte zur Grenzkontrolle selbst dürfte weitestgehend als 'Einsatz' im Sinne von Art. 87a Abs.2 GG zu qualifizieren sein". (Einsatz bedeutet hier "Verwendungen der Streitkräfte als Mittel der vollziehenden Gewalt", wobei unter militärischer Gewalt das physische Einwirken auf Menschen oder Sachen durch Streitkräfte mittels militärischer Hilfsmittel zum Zwecke der Durchsetzung einer Position verstanden wird).

Unter Punkt zwei heißt es dann: "Ausdrücklich zugelassene Einsätze der Streitkräfte im Innern regelt das GG in Art. 35 Abs. 2 und 3, Art.87a Abs. 3, Art.87a Abs. 4.

Keiner der genannten Tatbestände ist vorliegend erfüllt, so daß Einsätze der Streitkräfte ... zur Grenzkontrolle verfassungsrechtlich unzulässig sind."

Aber vielleicht doch, wenn wir es richtig definieren:

"Wenn und soweit Verwendungen der Streitkräfte im weiteren Zusammenhang mit Grenzkontrollen des BGS dergestalt in Betracht kommen können, daß sie unterhalb der Schwelle des 'Einsatz'-Begriffes des Art. 87a Abs. 2 GG bleiben, sind sie im Rahmen der Amtshilfe nach Art. 35 Abs.1 GG zulässig ..."

Und Göttin sei dank gibt es dann den Erlaß zur Neuregelung der Amtshilfe der Streitkräfte für die Polizeien des Bundes und der Länder sowie für die Zollbehörden von 1990, mit dem die gegenseitige Unterstützung problemlos zu regeln ist.

Noch Widerspruch?

Dagegen könnte man sagen, daß die Eingliederung von Soldaten in den BGS als "Umgehung des Verfassungsvorbehalts gedeutet werden" könnte.

Aber: der BGS würde ja "seinen Charakter und seine Funktion als Grenzschutzpolizei nicht ändern". Denn "wenn ... das militärische Instrument im Innern nur in den ausdrücklich in der Verfassung zugelassenen Fällen eingesetzt werden darf, wird diese Rechtslage durch Polizeidienst als 'Polizisten' verrichtende Soldaten, die hierzu in die Institution 'Grenzpolizei' (vorübergehend) 'eingegliedert' werden, nicht konterkariert ..." Na also!

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL vom 24.2.1993.

"... Frage 10. Hält die Bundesregierung den Einsatz der Bundeswehr an der Ostgrenze auch für notwendig, wenn die (niedrigen - d.A.) polnischen Zahlen (über ‚illegale Grenzübertritte` - d.A.) zutreffen?

Antwort: "Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, die Bundeswehr an der Ostgrenze einzusetzen. Dies kommt schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in Betracht."

Aber da waren die Hausjuristen schon voll bei der Arbeit ...

19. Nationalsozialdemokraten - Rechte Ableger in der SPD. Der Hofgeismarer Kreis und seine innerparteilichen Sympathisanten

Autor: Bernhard · Rubrik: SPD; Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:33

Im April 1992 wurde innerhalb der Jungsozialisten (Jusos) Leipzig der "Hofgeismarer Kreis" (wieder)gegründet. Angeknüpft wird mit dieser Gründung an den historischen "Hofgeismarer Kreis", der ab April 1923 innerhalb der damaligen Jungsozialisten der SPD existierte und ideologisch Teil der "Konservativen Revolution" war; jener Strömungen also, die innerhalb der bürgerlichen Weimarer Demokratie dem Nationalsozialismus ideologisch den Boden bereiteten.

Einer der Chefideologen des damaligen "Hofgeismarer Kreises" war Ernst Niekisch. Niekisch war ursprünglich Sozialist; er trat 1917 in die SPD ein, war im November 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Augsburg, von Februar bis Ende April 1919 Vorsitzender der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte Bayerns und wurde wegen seines Einsatzes für die bayerische Räterepublik zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt (23.6.1919 - 29.8.1921). Daraufhin trat Niekisch in die USPD ein und war als Gewerkschafter im Berliner Textilarbeiterverband aktiv. Das Erlebnis des "Ruhrkampfs" 1923 gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets, die Faszination für die "Opferbereitschaft" der Arbeiter zugunsten der "nationalen Sache" inspirierte seinen "revolutionären" Nationalismus. Vielleicht auch deswegen wurde später für ihn das Französische und überhaupt alles "Romanische" zum Weltfeind schlechthin.

Niekisch trat, nachdem die USPD zwischen KPD und SPD weitgehend zerrieben worden war, wieder in die SPD ein und kam Ende 1924 in Kontakt mit dem nationalistischen Flügel der Jusos im "Hofgeismarer Kreis". Anfang 1926 schloß ihn die SPD wegen seines extremen Nationalismus aus; andere Quellen besagen, Niekisch selbst sei 1925 aus Protest gegen den Locarno-Vertrag (mit dem Deutschland auf die gewaltsame Revidierung der Westgrenzen - nicht jedoch der Ostgrenzen - verzichtete) ausgetreten. Daraufhin löste der "Hofgeismarer Kreis" sich im Jahr 1926 auf. Einige "Hofgeismarer" gingen mit Niekisch zusammen seinen künftigen Weg weiter; dieser schloß sich vorerst der sächsischen "Alt-Sozialistischen Partei" an, die rechts-sozialdemokratischen Reformismus mit "radikalem" Nationalismus zu verbinden suchte. Zusammen mit den Resten des "Hofgeismarer Kreises" gründete er am 1. Juli 1926 die Zeitschrift "Widerstand - Blätter für sozialistische und nationalrevolutionäre Politik"; 1928 strich man das Wort "sozialistisch" aus dem Titel. Über diese Zeitschrift bekamen die Niekisch-Anhänger Kontakt zur Führung der Reichswehr sowie zu militärischen Zirkeln wie dem ehemaligen Freikorps-Schlächter Kapitän Erhardt und dem "Bund Oberland"; zeitweise bestanden auch Verbindungen zu solchen Gruppierungen wie "Stahlhelm" und "Wehrwolf".

Niekisch gründete später seine "nationalrevolutionäre" Organisation, genannt "Die Widerstandsbewegung". Später wurde wegen dieses Namens versucht, Niekisch zum Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus aufzubauen; doch der Name bezog sich eindeutig ausschließlich auf den "Widerstand" gegen den Versailler Vertrag, diese "Knechtung Deutschlands". Weil Niekisch 1932 sein Buch "Hitler, ein deutsches Verhängnis" publizierte, wird heute mitunter versucht, ihn als NS-Gegner weißzuwaschen, um "saubere", weil von den NS-Verbrechen "unbelastete" Quellen für eine "nationalrevolutionäre" Politik zu erschließen. (Armin Mohler, einer der Chefideologen der aktuellen "Neuen Rechten" und Rezipient der "Konservativen Revolution", 1989/1990 einer der Vorzeigeköpfe der durch Schönhuber projektierten "Intellektualisierung" der REPs, spricht von den "Trotzkisten des Nationalsozialismus".) Tatsächlich jedoch war Niekischs Kritik an Hitler eine von rechts: ihn ekelte die durch Hitler angenommene und mit dem "Legalitätseid" vor dem Reichsgericht in Leipzig 1930 bekräftigte "Legalitätstaktik" der NSDAP, die Orientierung auf eine parlamentarische Machtübernahme an. Hitler war ihm "zu pazifistisch, zu legalistisch", dieser verzichte auf die "schöpferische Zerstörungskraft". Niekisch forderte statt dessen ein unverfälschtes "germanisches Barbarentum". In einem durch Niekisch "Bartholomäusnacht" genannten Ausrottungsschlag (in Anlehnung an das gleichnamige Ereignis 1685, mit dem die versuchte Auslöschung der französischen Protestanten einsetzte) gegen die gesamte undeutsche Zivilisation sollten nicht nur die Juden, sondern auch die Christen vernichtet werden, zum Zweck der "Selbstreinigung des deutschen Blutes von romanischem Erbgut". Damit meinte Niekisch den Schnitt gegen die "undeutsche Zivilisation" viel tiefer anzusetzen als Hitler. Adolf Hitler

war ihm denn auch verhaßt wegen seines "romanischen, katholischen Wesens", wegen seines Pakts mit der verhaßten "Mittelmeerkultur" (dem Italien Mussolinis). Das zentrale Gegensatzpaar in Niekischs politischer Weltsicht hieß germanisch/heidnisch kontra Christentum/"Romanismus"; das Christentum trage bereits "den Bazillus der Aufklärung" in sich. Rom gilt als der Ursprung allen Übels: es habe die germanischen "barbarischen" (für Niekisch ein positiver Begriff) Völker mit Hilfe des Christentums kolonisiert. Paris habe 1789 die Nachfolge Roms als Hauptstadt im Reich des Bösen angetreten: von hier gingen alle den Germanen "wesensfremden" Lehren aus wie Demokratie, Liberalismus, Sozialismus, Pazifismus sowie die Verstädterung. Niekisch: "Der Bürger ist die Daseinsform, in die der Deutsche hinüberwechselt, sobald er sich dem Einfluß romanischen Wesens beugt." "Wesenseigen" sind hingegen der Bauer, der Soldat sowie - der kapitalistische Unternehmer, denn dieser sei auch "kämpferisch".

Während die ebenfalls "nationalrevolutionäre", von der NSDAP abgespaltene "Schwarze Front" der Brüder Strasser schon früh nach dem 30. Januar 1933 durch die Nazi-Machthaber verboten wurde, durfte Niekischs Zeitschrift "Widerstand" noch bis 1934 erscheinen. Danach landete Niekisch dennoch, als Gegner von Hitler und Mussolini, im KZ. Nach dem Zweiten Weltkrieg saß er als Abgeordneter der "Nationalen Front" in der Volkskammer der DDR und übersiedelte 1953 nach Westdeutschland, wo ihm wegen seiner Tätigkeit in der DDR die NS-Verfolgtenrente aberkannt wurde.

Ein anderer Chefideologe des historischen Hofgeismarer Kreises, Hendrik de Man, wurde 1940 unter der NS-Okkupation in Belgien Minister der flämischen Faschisten und nach 1945 durch den belgischen Staat als Kriegsverbrecher verurteilt.

Historische Neuauflage?

Mit solchen Vorbildern läßt sich heutzutage, auch innerhalb der SPD, wieder Politik machen. Im April 1992 durfte im parteioffiziellen "Vorwärts" ein unverblümt apologetischer Artikel über den historischen "Hofgeismarer Kreis" erscheinen, worin offen für die Wiedergründung geworben wurde. Im selben Monat wurde der wiedergegründete "Hofgeismarer Kreis" aus der Taufe gehoben.

Die Orientierung der historischen "Hofgeismarer" auf "Volksgemeinschaft" und "nationalen Sozialismus" heißt in dem "Vorwärts"-Artikel "frühe volksparteiliche Denkversuche". Die Propagierung eines antifranzösischen "Revanchekriegs" gegen den Versailler Vertrag in den Reihen der damaligen "Hofgeismarer" heißt hier "Realitätsdenken, das Menschen- und Völkerrecht vor Frieden um jeden Preis setzt". Für künftig wird "der Impuls einer neuen Juso-Generation" erwünscht, für welche "Patriotismus nicht des Teufels ist, die Weltpolitik (Anm.: ein Begriff Kaiser Wilhelm des II., mit der er den deutschen Imperialismus umschrieb) als Herausforderung und nicht als Schrecken ansieht ..." Kurze Zeit später heißt es dann im Gründungsdokument der "Hofgeismarer", die Bonner Republik habe "keine deutschen Politiker. Denn von solchen erwarten wir, daß sie das Nationalbewußtsein und deutsche Werte (...) im Volk wachzurufen im Stande sind." Wer fühlt sich da nicht an die bekannten Töne der Agitation wider die Weimarer "Judenrepublik" erinnert?

"Nationalsozialdemokraten" auf Ausdehnungskurs

Inzwischen können die "Hofgeismarer" Erfolge im Aufbau ihrer Gruppierung verzeichnen, welche sich das Ziel setzt, "als nationale Plattform in der SPD zu wirken und national gesinnten Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, im Umfeld der deutschen Sozialdemokratie mitzuarbeiten. Im letzten halben Jahr sind wir auch dazu übergegangen, Kontakte zwischen verschiedenen nationalen Gesprächskreisen und national Gesinnten in anderen Parteien und Organisationen aufzubauen. Wir wollen Jugendliche für die nationale Sozialdemokratie gewinnen und für die Bewahrung von deutscher Kultur und Werten ..." Dabei sind diese Nationalsozialdemokraten inzwischen weit über ihre Hochburg Leipzig hinausgedrungen, um etwa im Rheinland sowie in Bayern Fuß zu fassen.

Wer vom Rheinland aus an die Jusos Leipzig schreibt, bekommt Flugblätter eines gewissen Bernhard Knapstein in Köln zugeschickt (den die Kölner SPD als Mitglied nicht haben wollte). Kostprobe: "Darum muß unser Motto heißen: Solidarität mit der deutschen Volksgemeinschaft - gegen Deutschfeindlichkeit." Ende Mai 1993 lud die Burschenschaft "Germania" (Köln) den Leipziger Juso-Chef Sascha Jung, einen der Köpfe der Jungnationalsozis, zu einem Vortrag ein. (Aus der Burschenschaft "Germania" gingen etliche Funktionäre der REPs hervor; zwei Wochen vor Sascha Jung hatte man Rudolf Krause eingeladen, den zu den REPs

übergelaufenen deutschnationalen CDU-Abgeordneten im Bundestag.) Titel des Vortrags, der in altdeutschen Lettern die Flugblätter des Aufrufs zierte: "Sozialdemokratie und Vaterland".

Auch in Bayern rühren sich "Hofgeismarer". Bayerische Anhänger des Kreises publizierten im Juni 1993 ein Flugblatt gegen das Asylrecht mit dem Tenor: "Ein ständig wachsender Strom von Scheinasylanten ist nicht länger zumutbar."

Vom 2. bis 4. Juli 1993 führten die "Hofgeismarer" in Leipzig ein Seminar unter dem Titel "Nation und Demokratie" durch, das sie gemeinsam mit der SPD-eigenen Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten. Nicht nur das: das Seminar wurde auch durch die Parteistiftung der SPD finanziell getragen, und die "Hofgeismarer" vermeldeten stolz in ihrer Anmeldebestätigung, daß sogar die Fahrtkosten durch die SPD erstattet würden. (Dies alles, während gleichzeitig linke Gruppen innerhalb der Jusos/SPD kaum mehr die Möglichkeit haben, sich aus diesen Quellen überhaupt ein Seminar finanzieren zu lassen.) Auf Kritik hin rechtfertigte eine Vertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung die Einladung im "Kölner Stadt-Anzeiger" (2.7.93): Es handele sich doch nur um sehr junge Menschen, "die von nationalem Gedankengut fasziniert seien".

Auch sonst genießen die "Hofgeismarer" Rückendeckung durch höhere Stellen in der SPD. Gegen die "Hofgeismarer" wurde ein entsprechendes Parteiverfahren im SPD-Unterbezirk Leipzig im Frühsommer 1993 wegen "Geringfügigkeit" eingestellt. Später entschied die Schiedskommission der Bundespartei über zwei Ausschlußanträge - Ergebnis: "Trotz rechtsradikaler Äußerungen und öffentlichen Singens ihres Lieblingssongs (Deutschlandlied, dreistrophig) dürfen zwei Leipziger Jusos in der SPD bleiben. Einzige Erziehungsmaßnahme, die sich die Schiedskommission der SPD für Sascha Jung, den ehemaligen Vize-Chef der sächsischen Jusos, und den Juso Harald Heinz ausdachte, ist eine einjährige Mandatssperre." (taz, 3.9.93) Hohe SPD-Funktionäre halten ihre Hand schützend über die Nationaljusos, die bereits vom Juso-Bundesvorstand zum Austritt aufgefordert worden sind. Die frühere Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger, die den "Hofgeismarern" als Ansprechpartnerin auf SPD-Vorstandsebene dient, lobt diese als "interessante Gruppe, die mehr Verständnis für ihren Standpunkt braucht".

Das neofaschistische Blatt "Junge Freiheit", das die Umtriebe der "Hofgeismarer" seit Monaten wohlwollend begleitet, lobt denn auch, daß die bräunlichen Nasos "die Rückendeckung durch prominente Sozialdemokraten" genießen. Und noch eine andere Zeitung sorgte für Sympathiewerbung: die "Frankfurter Allgemeine" (Untertitel: "Zeitung für Deutschland") druckte am 15. 8. 1993 einen Bericht über die Aktivitäten der "Hofgeismarer", der betont darauf angelegt war, deren Kritiker und Gegner lächerlich zu machen. Zustimmend wird referiert: "Die Hofgeismarer halten nichts von einer multikulturellen Gesellschaft, treten für eine Begrenzung der Zuwanderung ein und scheuen auch Begriffe wie ‚Scheinasylanten` und ‚Asylbetrug` nicht." Mit deutlich ironischem, augenzwinkernd-zustimmendem Unterton heißt es weiterhin: "(Sascha) Jung hatte sich in einer Fernsehsendung nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Rostock ziemlich ungeschickt geäußert, nicht die notwendige Empörung und Betroffenheit erkennen lassen und überdies noch dafür plädiert, Verständnis für Fremdenangst aufzubringen."

Die Rolle des Tilman Fichter

Auf dem erwähnten Seminar im Juli 1993 war ein durch die Leipziger Jusos herausgebrachtes "Liederbuch Junger Sozialdemokraten" erhältlich. Auf Seite 2 geht es los mit "Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt", dann geht es weiter mit Kriegsverherrlichung ("Die lieben Waffen glänzen so herrlich im Morgenrot; man träumt von Siegerkränzen ... Die Christenbanner wehen, Dein ist, o Herr, der Krieg!", S. 25) und endet in völkischen Erweckungsrufen: "Haltet Euer Deutschtum hoch. Deutsche Jugend, auf zum Streite, rüste Dich mit Herz und Hand! Beug dem Joch Dich fremden Geistes nicht im eignen Vaterland!" (S. 28) Hauptreferent des Seminars war Tilman Fichter, der Leiter der SPD-Parteischule. Fichter ist Patenonkel der ungezogenen Jungnationalen in der SPD: "Ohne mich wären die Kinder draußen", bekundete er im Juli 1993 gegenüber dem Berliner "Tagesspiegel" im Hinblick auf das Ausschlußverfahren gegen die Leipziger Jusos.

Tilman Fichter machte bereits früher durch die Propagierung nationalen Gedankenguts von sich reden. Fichter, 1963 bis 1970 Mitglied im SDS, also Alt-68er, verfaßte 1985 zusammen mit Peter Brandt und Herbert Ammon ein Pamphlet für die deutsche Wiedervereinigung, das durch zahllose Aktivisten der "Neuen Rechten" und "Nationalrevolutionäre" unterzeichnet wurde. Peter Brandt (Sohn von Willy Brandt) und Herbert Ammon waren in den 80er Jahren notorisch bekannt dafür, daß sie die Linke und die Friedensbewegung auf die "offene

deutsche Frage" festnageln wollten. Beide publizierten auch in dem von dem Nationalrevolutionär Rolf Stolz herausgegebenen Buch "Ein anderes Deutschland" (1985), mit dem dieser in alternativen und ökopazifistischen Kreisen fischen wollte. Herbert Ammon stellte sich auch schriftlich ausdrücklich hinter Ernst Niekisch. Peter Brandt wurde erst jüngst durch die "Deutsche National-Zeitung" in höchsten Tönen für sein neues triefend-nationales Buch "Vaterlandslose Gesellen" (1993) gelobt. 1991 ermöglichten es Tilman Fichter und Peter Glotz Henning Eichberg, einem der Vordenker der "Neuen Rechten", für die SPD-Theoriezeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" zu schreiben, wo dieser den nordisch-völkischen Autor Grundtvig vorstellte.

Tilman Fichter publizierte 1993 sein Buch "Die SPD und die Nation", Untertitel: "Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit", worin er der sozialdemokratischen "Entspannungspolitik" der 70er und 80er Jahre vorwirft, für solch schnöde Dinge wie Kriegsverhinderung und menschliche Erleichterung das hohe Ziel der deutschen Wiedervereinigung verraten zu haben. Mit einer "Politik des kalten Herzens" habe die SPD die deutsche Nation im Stich gelassen und zudem noch den Dolchstoß in den Rücken der osteuropäischen Bürgerbewegungen geführt. Das Buch erschien im zum Springer-Konzern gehörenden Berliner Ullstein-Verlag; Geschäftsführer ist der Heribert Fleißner, der schon Franz Schönhubers Waffen-SS-Memoiren "Ich war dabei" verlegte; Chef-Lektor war lange Zeit der Nationalrevolutionär und "Ex-Maoist" ("Junge Freiheit") Rainer Zitelmann, der 1988 die Biographie "Hitler - ein deutscher Revolutionär" verfaßte und seit dem 1. Dezember 1993 für "Die Welt" schreibt. (Dort schrieb er als ersten Artikel eine Lobeshymne auf die "Junge Freiheit".) Bei Ullstein erscheint alles, was stolz darauf ist, national zu sein: von Schönhuber über Jörg Haider ("Die Freiheit, die ich meine") und den "Junge Freiheit"-Autor Karlheinz Weißmann ("Rückruf in die Geschichte") bis hin eben zu Tilman Fichter und Alfred Mechtersheimer ("Friedensmacht Deutschland") sowie natürlich auch Ernst Nolte. Am 18. August 1993 wurde das Fichter-Buch im Deutschen Museum für Geschichte in Berlin vorgestellt; mit dabei: Peter Brandt, Herbert Ammon, SPD-Vize Wolfgang Thierse, Norbert Gansel, Freya Klier, Peter Merseburger. Der "Jungen Freiheit" war das Ereignis einen Artikel aus der Feder ihres Chefredakteurs wert ("Diskurs über die Nation zwischen der Linken und der Rechten?", in: JF, September 1993). Das revanchistische "Ostpreußenblatt" und die "JF" wunderten sich fast wortgleich, daß dem Publikum "offensichtlich eine ganze Menge zuzumuten" gewesen sei: "keine Distanzierung aus dem Auditorium unterbricht den Redefluß" (JF). Zitelmann höhnte vor diesem Auditorium: "Was haben Jürgen Habermas, Günter Grass, Erich Kuby für ein Problem? Sie können ihr Volk nicht leiden." Tilman Fichter trug vor, daß er an die Szenerie der Weimarer Jahre anknüpfen wolle, "wo linke Leute von rechts und nationale Leute von links kamen". (Seitdem die "Weltbühne" im August 1932 einen Artikel unter diesem Titel druckte, ist "Linke Leute von rechts" ein feststehender Begriff für "Nationalrevolutionäre" wie den Strasser-Flügel der NSDAP.) Fichter fuhr fort: "Berlin solle die ‚gelebte Hauptstadt` sein, in der Diskurse zwischen Links und Rechts über die Nation möglich sind". Die "Junge Freiheit" berichtet außerdem über die Reaktionen anwesender SPD-Funktionäre: "‚Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein`. Für diesen an den Ärmel gehefteten Sticker kassieren kurzgeschorene Jugendliche Prügel von Autonomen - der SPD-Landesvorsitzende von Brandenburg, Steffen Reiche, spricht den Satz vor einem freundlichen, mehrheitlich sozialdemokratischen Publikum aus, das sich (...) in doppelter Kompaniestärke eingefunden hat. (...) Selbst ein deutscher Spießer sei ihm eben näher als ein ausländischer. Dieses nationale Gefühl zu betonen, müsse legitim sein, um ‚die Leute vor den Rechtsextremen zu retten`." Und Norbert Gansel, deutschlandpolitischer Experte der SPD, bestätigte in seiner Laudatio auf das Fichter-Buch: "Fast alles muß ich akzeptieren"; die SPD habe "in der nationalen Frage nicht mit Herz und Verstand agiert".

Rechte Ableger in einer nach rechts driftenden Partei

Solche rechtsextremen "Ausreißer" können nur gedeihen auf dem ideologischen Humus einer insgesamt nach rechts rückenden Partei. Auch SPD-Politiker anderer Provenienz sind bemüht, soziale Probleme mit der "nationalen Frage" zu verknüpfen, oder besser: auf die "soziale Frage" eine nationale Antwort zu erteilen. Als Beispiel angeführt sei der soziale Nationalpopulismus eines Georg Kronawitter, der im Frühsommer 1993 als Münchner Oberbürgermeister zurücktrat, um als "Volkstribun" (Eigensicht) dem bayerischen Landtag entgegenzuziehen.

Kronawitter war es, der im Frühjahr 1992 nochmals kräftig Öl ins Feuer der Asyldebatte goß; wenig später behauptete er in München, unter den dortigen Asylbewerbern befänden sich 950 Söldner des libyschen Diktators Ghaddafi (jeden Beweis blieb er schuldig). Kronawitter bringt es fertig, in einem Atemzug folgendes

auszusprechen und miteinander zu verknüpfen: "... daß es immer Sozialdemokraten waren, die sich für die Rechte der Armen und Unterdrückten stark gemacht hätten und im Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit Unterdrückung, Verfolgung und sogar den Tod in Kauf nehmen mußten. Für die SPD heute müsse das Hauptanliegen bleiben, ‚Anwalt der kleinen Leute` zu sein (...) In der Asylfrage hätte sich die Sozialdemokratie beispielsweise zu weit von den Nöten der kleinen Leute entfernt." (SZ, 9.7.93) Mit solcher Demagogie, mit der er die "kleinen Leute" jenen entgegenstellt, denen jegliches Recht in diesem Land abgesprochen wird, verschafft Kronawitter sich ausgesprochene Popularität - so auch am 1. Mai 1993: "Als der Oberbürgermeister zu sprechen begann, ertönte - wie schon im vorigen Jahr - ein Trillerpfeifen-Konzert, und weiße Handzettel mit der Aufschrift ‚Für uneingeschränktes Recht auf Asyl` flatterten in die Menge. (...) Kronawitter sagte, er könnte es verstehen, wenn ein paar Dutzend Millionäre pfiffen, ‚aber was diese Leutchen machen, das ist nicht verständlich` (...) Nach dem Grußwort sprang ihm Dittrich (Münchner DGB-Chef) zur Seite: ‚Wer einen Oberbürgermeister auspfeift, der im Kampf gegen die Ungerechtigkeit an unserer Seite steht, ist entweder grenzenlos dumm oder ein Gegner der Gewerkschaften.`" (SZ, 3.5.93) Durch mehrere Beiträge im "Spiegel" (u.a. am 13.4.93) gegen die "Verslumung" der deutschen Großstädte, in denen Kronawitter gleichermaßen "eine Handvoll Millionäre" wie die "Zuwanderung aus der Dritten Welt" attackiert, unterstreicht er seine Linie noch. Übrigens verabschiedete sich Kronawitter nach seinem Rücktritt als Oberbürgermeister auch von der REP-Stadtratsfraktion und wertete sie damit auf. (JF, 21.1.94)

Keine relevante Strömung stellt sich in der SPD diesem Trend zur "nationalen Frage" ernsthaft entgegen. Die SPD-Historikerin Helga Grebing kritisiert zwar das Fichter-Buch im "Vorwärts" vom Dezember 1993, da diese Positionen doch zu weit gingen, attestiert seinem Autor aber dennoch positiv, er "habe die richtige Nase für das Thema Nation gehabt". Fichter ist denn auch nach wie vor Chef der SPD-Parteischule.

Auf einem Treffen von "SPD-Linken" in Heilbronn vertrat Erhard Eppler die These, daß die Ablehnung der deutschen Einheit eine "schwere Sünde der Linken gewesen ist, die letzte große Enttäuschung Willy Brandts". Den Hauptreferent des Treffens, Johano Strasser beschäftigte u.a. "die Frage, ob Sozialstaatlichkeit mit der Idee breiter Zuwanderung vereinbar sei"; dies war, wir kennen das Spielchen, ein mutiger Tabubruch, denn diese Frage "kann heute in der SPD-Linken nicht diskutiert werden". (Zitate nach FR, 19.10.93)

Der SPD-Bezirk Mittelrhein fordert inzwischen den definitiven Ausschluß der "Hofgeismarer". Ein Lichtblick? Oder eher ein schwacher Trost?

Bernhard

20. Spendenaktion für die Opfer von KZ-Experimenten an Menschen

Wir unterstützen Frauen in Polen, die Opfer medizinischer Versuche im KZ Ravensbrück waren

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:05

"Kaninchen" wurden insgesamt 74 Frauen aus Polen von ihren Mitgefangenen im Frauen-KZ Ravensbrück genannt, an denen die Nazi-Verbrecher von August 1942 bis August 1943 medizinische Experimente vornahmen.

Bei diesen Frauen handelte es sich um polnische Widerstandskämpferinnen, zum größten Teil im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Zum Zeitpunkt der ersten an ihnen durchgeführten Verstümmelungen waren die beiden jüngsten Frauen 16 Jahre alt, die älteste war 45. Fast sämtlich waren sie nach Ravensbrück aus dem Gefängnis Lublin überstellt worden, wo sie - bereits zum Tode verurteilt - auf ihre Hinrichtung gewartet hatten.

Diese Experimente an Frauen umfaßten zwei unterschiedliche Gruppen mit jeweils mehreren Versuchsreihen. Einer Gruppe von Frauen wurden an den Beinen größere Verletzungen beigebracht (großflächige Fleischwunden, Zertrümmerung von Knochen), um zu erproben, ob eine Behandlung mit Sulfonamiden ein Ersatz für chirurgische Eingriffe sein könne. Den Frauen der zweiten Gruppe wurden, ebenfalls an den Beinen, im Rahmen von Knochentransplantations- und Muskeltransplantations-Versuchen einzelne Knochen, Muskeln und/oder Nerven entnommen bzw. zertrennt, um sodann die Folgen dieser Maßnahmen zu beobachten und auszuwerten. Jede der Frauen war vier, fünf oder sechs der genannten Operationen ausgesetzt.

Leitung und Durchführung dieser Versuche lagen in den Händen von Prof. Dr. Karl Gebhard sowie seines Assistenten Dr. Fischer; beide wurden später in Nürnberg vor dem allierten Militärtribunal im sogenannten Ärzteprozeß zum Tode verurteilt. Die Sulfonamid-Experimente hatten für Gebhard den Sinn einer persönlichen Rehabilitierung: Gebhard hatte nämlich nach dem Attentat auf den stellvertretenden "Reichsprotektor von Böhmen und Mähren", Heydrich, am 27.5.1942 in Prag die Verantwortung für dessen gesundheitlichen Zustand übernommen. Als nach einwöchigen Bemühungen, Heydrichs Leben zu retten, dieser doch seinen Verletzungen erlag, sah sich Gebhard mit Vorwürfen Hitlers und Himmlers sowie von Hitlers Leibarzt Morell konfrontiert. Da Gebhard in vorhergehenden Auseinandersetzungen, die sich angesichts der hohen Verluste von SS und Wehrmacht an der "Ostfront" um den möglichen Einsatz von Sulfonamiden drehten, eine strikt ablehnende Haltung eingenommen hatte, sah er nun eine Chance, den Nachweis für die Untauglichkeit dieser Präparate durch die Experimente an den polnischen Frauen zu erbringen. (Zuvor schon hatte Hitler im Mai 1942 gebilligt, daß Häftlinge aus Konzentrationslagern und Gefängnissen für Menschenversuche benutzt werden können.) Gebhard konnte dann auch die Versuche mit dem Ergebnis beenden, daß der Einsatz von Sulfonamiden die Wundinfektion nicht aufhalten kann.

Die vom selben Personenkreis um Gebhard parallel durchgeführten Knochen- und Muskeltransplantationen hatten keine sachliche Verbindung zu den Sulfonamid-Experimenten, sondern waren vermutlich in Gebhards persönlichen Forschungsinteressen begründet.

Bei den Operationen selbst kamen fünf Frauen ums Leben, zwei weitere starben an den unmittelbaren Folgen der Folter. Weitere sechs Frauen wurden hingerichtet. Von denen, die die Befreiung des Konzentrationslagers Ravensbrück erleben konnten, starben etliche bereits im Zeitraum von 1945 bis 1950.

Heute leben von den "Kaninchen" (diese Bezeichnung führten sie selber für sich fort) noch 29 Frauen, die älteste von ihnen ist jetzt 84 Jahre alt. Sie blicken auf ein Leben voller Schmerzen und Qualen zurück: sowohl, wie alle Folter-Opfer, in seelischer Hinsicht, daß es für sie eine "(alltägliche) Normalität aufgrund ihrer entstellten Beine niemals geben konnte", wie in einem Gutachten festgestellt wird, als auch körperlicher Art. Die Entnahme oder Zerstörung von Bein-Knochen und -Muskeln bewirkte Verschiebungen im Knochengerüst mit der Folge von Knochen- und Gelenkabnutzungen im gesamten Körperbau und den damit verbundenen großen Schmerzen. Viele hatten darüber hinaus ihr Leben lang mit offenen Beinen zu kämpfen.

Zu Zeiten der realsozialistischen Volksrepublik Polen erhielten diese ehemaligen Widerstandskämpferinnen eine Zusatzrente. Wie für andere Schwerbeschädigte auch, galt für sie darüber hinaus ein Schwerbehinderten-Gesetz, das eine gewisse finanzielle Unterstützung sowie bestimmte medizinische Angebote (beispielsweise den Besuch von Heilbädern) umfaßte. Davon ist im heutigen Polen nur noch die inzwischen viel zu geringe Behinderten-Rente übriggeblieben.

Ausgehend von der Initiative einer ehemaligen deutschen Ravensbrücker KZ-Insassin aus Westberlin fanden sich im letzten Jahr unter Beteiligung u.a. von Fachleuten aus der Gedenkstätte Ravensbrück mehrere Menschen zusammen, die versuchen, über sporadische Spenden hinaus eine umfassendere Hilfe für die noch lebenden Polinnen, die Opfer der Nazi-Menschenversuche wurden, aufzubauen (siehe den nebenstehenden Aufruf). Fast überflüssig zu erwähnen, daß die polnischen Frauen von seiten der BRD bis heute keine Entschädigungsleistungen erhalten haben.

Eine nicht unwesentliche Zahl von Spenden ging bisher aus der Gemeinde Fürstenberg ein, dem Ort, auf dessen Gebiet das ehemalige KZ Ravensbrück liegt und der im Sommer 1991 internationale Negativschlagzeilen machte, als Einwohner u.a. mit Straßenblockaden dagegen Front machten, daß der Bau eines Supermarktes auf ehemaligen KZ-Gelände nach Protesten eingestellt wurde. Die Lokalzeitungen Märkische Allgemeine und Granseer Zeitung berichten bislang regelmäßig über den Stand der Spendenaktionen. Die Berliner Bündnis 90/Grüne-Fraktion spendete einen Betrag und auf Initiative des SPD-Bundestagsabgeordneten Meckel (für kurze Zeit DDR-Außenminister) wird sich demnächst der Haushaltsausschuß des Bundestages mit dem Antrag befassen, für die noch lebenden Opfer der medizinischen Versuche in Ravensbrück jährlich 100.000 DM aus Bundesmitteln bereitzustellen - das ergäbe für jede der 29 Frauen einen Betrag von 300 DM monatlich. (Bei Bewilligung dieses Betrages müßten die herrschenden Politbürokraten freilich eine wichtige Hürde umschiffen: Es müßte juristisch wasserfest sein, daß bei den Menschen-Versuchen von Ravensbrück eine spezielle Einmaligkeit gegeben ist, weil andernfalls die "Gefahr" bestünde, daß weitere Opfer medizinischer Experimente im nationalsozialistischen Deutschland Entschädigungen verlangen könnten.)

300 DM monatlich für jede der Frauen - etwas höhere Beträge stehen dem genannten Unterstützungskreis derzeit auch zur Verfügung. Das reicht gerade mal dazu, den 29 Frauen ihr Leben mit qualitativ etwas hochwertigeren Dingen des täglichen Bedarfs zu erleichtern. Die Initiatorinnen und Initiatoren wollen aber mehr erreichen. Ihr Ziel ist es, eine angemessene medizinische Betreuung und Versorgung zu gewährleisten. Hierfür sind zwei wichtige Vorhaben ins Auge gefaßt: Ein Benefiz-Konzert der Berliner Philharmoniker soll das Startkapital für die Einrichtung einer speziell auf die Bedürfnisse der 29 Frauen ausgerichteten Abteilung in einer Warschauer Klinik erbringen. Zusätzlich will die Berliner Ärztekammer einen 14-tägigen Aufenthalt zweier Spezialisten aus dem Berliner Zentrum für Folter-Opfer (ein Internist und ein Psychologe) sowie eines auf Knochen- und Gelenkerkrankungen spezialisierten Arztes in Warschau finanzieren, damit diese dort polnischen Ärzten Hinweise für die Behandlung der Frauen geben können.

Ist auf diese Weise eine Grundlage für eine bessere medizinische Betreuung geschaffen, dann können die Spenden gezielter als bisher für Medikamente und medizinische Geräte verwendet werden. Darüber hinaus sollen später (vorausgesetzt, der Bundestag bewilligt die erwähnten jährlichen 100.000 DM) die gesammelten Gelder vorrangig für Brillen, Zahnersatz, Taxi-Fahrten zum Arzt, vom Schneider angefertigte Kleider und ähnliches ausgegeben werden.

Der Unterstützungskreis steht in direktem Kontakt zu den 29 polnischen Frauen und ihren Angehörigen.

J./Westberlin

Wir unterstützen Frauen in Polen, die Opfer

medizinischer Versuche im KZ Ravensbrück waren

An über 70 polnischen Frauen wurden 1943/44 in Ravensbrück medizinische Experimente durchgeführt. Unter der Leitung von Dr. Gebhard, damaliger Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, wurde die Wirkung von Sulfonamiden getestet - die Verhinderung von Infektionen bei verwundeten Soldaten war das Ziel. Es wurden Versuche zur Regeneration von Knochen, Muskeln, Nerven, Sehnen bei Transplantationen, Verletzungen und Verstümmelungen durchgeführt. 74 junge und gesunde Frauen aus dem polnischen Widerstand, als politische

Gefangene in Ravensbrück inhaftiert, wurden für eine oder mehrere Versuchsreihen mißhandelt. Die Frauen leiden heute unter sehr starken gesundheitlichen Folgeschäden.

Im früheren Polen bekamen diese Frauen als Opfer des Faschismus eine Zusatzrente und eine angemessene medizinische Versorgung. Nun, nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruchs Polens, fallen diese Leistungen weg. Hinzu kommt, daß die Frauen auf Grund ihrer schweren gesundheitlichen Schäden medizinische Versorgung und Medikamente benötigen. Diese sind nur gegen Devisen zu haben und - das zeigt beispielhaft den Zynismus deutscher Geschichte - oft deutsche Produkte.

Wir wollen versuchen, diesen Frauen unbürokratisch und effektiv das Nötigste an Unterstützung auf der Basis einer Spendenkampagne zu gewährleisten.

Wir sammeln Medikamente und medizinische Hilfsmittel.

Wir sammeln Geld für spezielle medizinische Behandlungen und Medikamente, für Kuraufenthalte und für Lebensmittelpakete.

Neben einmaligen Spenden sind es Daueraufträge, egal in welcher Höhe, die eine kontinuierliche Unterstützung gewährleisten.

Es leben noch 29 Frauen in Polen,

die Hilfe benötigen!

Unterstützungskreis für die Frauen in Polen, die die medizinischen Versuche im KZ Ravensbrück überlebten

Spendenkonto: Initiative für polnische KZ-Versuchsopfer; gegründet von deutschen Häftlingsfrauen aus Ravensbrück und den Mitarbeitern der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.

Konto-Nr.: 43 008 770, Sparkasse Fürstenberg (BLZ 160 519 52).

21. "Vaterlandsverrat". Eine Kampagne der deutschen Rechten gegen die SPD und die Entspannungspolitik

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:40

Die Sozialdemokratie, das Vaterland und der Verrat - das ist ein immer wiederkehrendes Thema der deutschen Rechten. Immer noch vermuten sie in der SPD die "vaterlandslosen Gesellen". Die SPD mag noch so oft den Beweis antreten, daß ihr das nationale Hemd näher ist als die internationalistische Jacke - Befürwortung des Eintritts in den ersten Weltkrieg und Zustimmung zu den Kriegskrediten, Niederschlagung der revolutionären Nachkriegsbewegungen, Beteiligung an der Politik des Kalten Kriegs - unter den Augen der Nationalen findet dies keine Gnade.

Die FAZ als Zentralorgan dieser politischen Richtung hat sich jetzt erneut dieses Themas angenommen. Im Verein mit der Witwe des ehemaligen Bundeskanzlers und SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt, Brigitte Seebacher-Brandt, wird die Frage aufgeworfen, ob Herbert Wehner im Dienste der DDR gearbeitet habe. Daran anschließend stellt sich sogleich die Frage, ob nicht die gesamte "neue Ostpolitik", für die Willy Brandt steht, vom Osten gesteuert wurde. Wehner ein kommunistischer Agent; Karl Wienand, seinerzeit parlamentarischer Geschäftsführer der SPD und einer der engsten Mitarbeiter Wehners, soll MfS-Mitarbeiter gewesen sein; als Dritter im Bunde der Spion Günther Guillaume - Willy Brandt, der Architekt der "neuen Ostpolitik" umgeben von Einflußagenten der DDR. Damit hat die FAZ eine Sichtweise übernommen, die Ende der sechziger Jahre faschistische und neofaschistische Organisationen veranlaßte, landauf landab mit der Parole "Brandt an die Wand" zu hetzen.

Die Kampagne bedient sich einfacher, aber sehr wirksamer Mechanismen. Herbert Wehner war bis zu seinem Ausschluß aus der KPD dort führender Funktionär. In seiner Exilzeit in Moskau, von 1933 bis 1940, hat er eng mit dem sowjetischen Geheimdienst NKWD kooperiert. Ob dies lediglich geschah, um die eigene Haut zu retten, ob aus "stalinistischer" Überzeugung, kann immer noch nicht mit Sicherheit gesagt werden. Sicher ist jedoch, daß er in den von ihm verantworteten Veröffentlichungen über diese Zeit (beispielsweise in: Herbert Wehner, Zeugnis, Kiepenheuer & Witsch, 1982) seine Rolle und Verantwortung herunterspielte. Nicht bekannt ist, ob er gegenüber den Entscheidungsträgern der SPD mit größerer Offenheit aufgetreten ist. Durch die jetzt zugänglichen Akten der Stasi kann über diesen Abschnitt besser als bisher geurteilt werden. Bei Beginn der großen Koalition 1967, in der Herbert Wehner Minister für "innerdeutsche" Angelegenheiten wurde, rief das MfS die Akten über seine Zeit in Moskau ab. Unter dem Decknamen "Cornelius" wurden sie in Berlin zwischengelagert.

Die FAZ konstruiert nun eine einfache, formallogische Indizienkette: Wehner hat etwas über seine Zeit in Moskau zu verbergen, die DDR-Führung verfügt über die entsprechenden Akten, also ist er erpreßbar. Aus der objektiv vorhandenen Möglichkeit der Erpreßbarkeit wird dann umgehend die erpreßte Handlung. Dafür werden dann Bruchstücke der Wirklichkeit präsentiert. Wehner habe geheime Kontakte zur DDR-Führung unterhalten, er habe den Sturz von Willy Brandt betrieben, wobei unterstellt wird, dies sei im Interesse der DDR geschehen.

Untermauert wird dies mit der Veröffentlichung persönlicher Notizen von Willy Brandt, die dieser ca. sechs Monate nach seinem Sturz anfertigte. Darin bezichtigt er Wehner, seinen Sturz betrieben zu haben, und orakelt über einen möglichen zweiten Spion in seiner unmittelbaren Umgebung. Wie von der Regie bestellt, fällt in diese Zeit eine Untersuchung der Bundesanwaltschaft gegen Karl Wienand wegen angeblicher Zusammenarbeit mit dem MfS. Damit ist die Indizienkette geschlossen.

Sehr schnell mußte sich die FAZ jedoch durch die Aktenlage eines Besseren belehren lassen. Die bei der Gauck-Behörde gelagerten Akten über Herbert Wehner geben für die Verdächtigungen nichts her. Zwar enthalten sie tatsächlich eine Reihe von neuen Erkenntnissen über Wehners Tätigkeit in Moskau, geben aber keinerlei Hinweis auf eine Zusammenarbeit in den sechziger und siebziger Jahren. Die DDR-Führung hatte die Akten in Moskau angefordert, da sie in Wehner einen möglichen Gegner der Entspannungspolitik, vor allem einer Anerkennung der DDR sah. Es bestanden danach auch Pläne, Wehner durch Veröffentlichung dieser Akten aus der Politik zu drängen. Teile dieser Akten gelangten Ende der sechziger Jahre über die Adressen

von damaligen linksradikalen Organisationen auch in den Westen. Sie hatten aber gerade nicht den Effekt, den sich die DDR-Führung davon versprochen hatte. Aus den bei der Gauck-Behörde zugänglichen Akten geht denn auch hervor, daß dieser Vorgang gestoppt wurde. Es gibt keinerlei Hinweis auf einen nochmaligen Versuch, auf eine direkte Einflußnahme oder auf Gespräche.

Daß Wehner direkte und auch der normalen Politik nicht zugängliche Kontakte zur DDR-Führung hatte, liegt in der Natur der Sache. In seiner Zeit als Minister für innerdeutsche Angelegenheiten war er u.a. für die Verhandlungen über ausreisewillige Bürger der DDR zuständig. Bis zum Beginn der Großen Koalition liefen solche Verhandlungen in der Regel über Anwälte, um jeden Anschein der staatlichen Anerkennung zu vermeiden. Mit dem Beginn der Entspannungspolitik, die auch das Eingeständnis bedeutete, bei der DDR handele es sich um einen Staat, wurden auch direkte Kontakte zu Staats- und Parteiorganen aufgenommen. Da auch die SPD in dieser Zeit noch eine Politik nach dem Prinzip betrieb, möglichst alles zu vermeiden, was eine offizielle Anerkennung der DDR als Verhandlungs- und Vertragspartner bedeutet hätte, liefen solche Kontakte unter der Hand. Diese Handlungsweise hat es bis zum Ende der DDR im Verhältnis zwischen der BRD und der DDR gegeben. Davon zeugt die Politik von Franz Josef Strauß ebenso wie die besondere Rolle, die die Firma Schalck-Golodkowski einnahm. Für eine solche Politik, die den Charakter der Geheimdiplomatie trägt, werden Vermittler gebraucht, die unter anderen Verhältnissen umstandslos als "Verräter" oder MfS-Agenten denunziert werden - dies trifft auf den eben genannten Schalck-Golodkowski ebenso zu wie auf Wehner.

Im Fall Wienand ist die Argumentationskette noch brüchiger. Unabhängig von einer Bewertung der Ermittlungen reicht in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß sich der Vorwurf gegen ihn, für die Staatssicherheit der DDR gearbeitet zu haben, auf den Zeitraum von 1985 bis 1988 bezieht. Es wird in dieser Kampagne darauf vertraut, daß eine solche Tatsache nicht zur Kenntnis genommen wird, sondern nur der Vorwurf "Spion" haften bleibt. Der FAZ reicht im weiteren die Behauptung der Brandt-Witwe, der damalige Botschafter der UdSSR, Falin, habe gegenüber Brandt die Behauptung aufgestellt, Wienand sei ein Agent der DDR gewesen. Postwendend leugnet dieser, eine solche Behauptung jemals aufgestellt zu haben. Auch der zweite Zeuge, der Brandt-Nachfolger Vogel, kann sich nicht erinnern. Nun ist Falin ein ausgeschiedener Politiker, der mit dem jetzt in Moskau herrschenden Regime wenig Berührung hat und dahingehend keine Rücksichten zu nehmen braucht. Weshalb sollte er, wie behauptet, noch 1992 Brandt diese Mitteilung gegeben haben, sie aber heute leugnen? Weshalb sollte er sie gemacht haben, wenn nicht mit der Absicht, sie öffentlich werden zu lassen? Solchen Fragen geht die FAZ nicht einmal nach.

Ein Rohrkrepierer

Die gesamte Kampagne der FAZ gründete sich auf angeblich bisher nicht bekannte Aufzeichnungen von Willy Brandt. Brigitte Seebacher-Brandt hatte über die FAZ lancieren lassen, die Notizen, die Ende 1974 von Brandt aufgezeichnet wurden, würden neue Erkenntnisse über seinen Sturz und vor allem über die Rolle Herbert Wehners enthalten. Zwei Wochen lang wurde von der FAZ mit Bruchstücken dieser Notizen Politik gemacht. Sie reichten allerdings aus, um selbst Zeitungen wie die Frankfurter Rundschau und die Süddeutsche Zeitung kirre zu machen, die mit Titeln wie "Wehners Rolle im Zwielicht" erschienen.

Unter dem Druck der Beweisführung veröffentlichte die FAZ dann am 26.1.94 die gesamte Niederschrift, 43 handgeschriebene Seiten. Noch in derselben Ausgabe mußte sie zugeben, daß bis auf wenige Details keinerlei neue Fakten darin enthalten waren. In einem Beitrag des englischen Historikers Timothy Ash, der eigens von der FAZ bestellt wurde, wird detailliert nachgewiesen, daß der gesamte Komplex schon in der Brandt-Biographie von Arnulf Baring abgehandelt worden ist. Dieser beschreibt in einem Spiegel-Gespräch, daß ihm von Brandt die gesamten jetzt veröffentlichten Notizen schon 1985 vorgelesen wurden, worauf sich seine biographische Darstellung dieses Zeitraums stützt.

Kleinlaut mußte dies auch die FAZ zugestehen. Aber gerade weil ihr so der konkrete Angriffspunkt entschwand, offenbarte sie in einem Leitkommentar das eigentliche Motiv ihrer Kampagne: "Aber es geht eben nicht allein um Wehner, sondern auch um das Heiligtum Entspannung. Auf außenpolitischem Gebiet ist sie die letzte Bastion linker Etablierter. Auch nur an sie zu rühren, soll als ‚ruchlos` gelten, wie einer ihrer Präzeptoren schreibt." (21.1.94) Entspannungspolitik hieß eben auch eine andere Art von Militär- und Machtpolitik. Wehner wird vor allem vorgeworfen, daß er sich 1979 gegen die sogenannte Nachrüstung wandte und die Sowjetunion als eine "defensive Macht" charakterisierte. Entspannungspolitik hieß eben auch Anerkennung der

verschiedenen Gesellschaftssysteme. Das gerade will die FAZ nicht: "Doch sollte nicht in Vergessenheit geraten, daß die propagierte ‚zweite Phase der Entspannungspolitik`, die der ersten folgen sollte, gerade nicht auf den Sturz des Kommunismus zielte." (ebd.)

Damit sind wir wahrscheinlich beim Kern der Kampagne. Die im wesentlichen in der SPD entworfene Politik der Entspannung, die auf Veränderung durch Verhandlung ("Wandel durch Annäherung") bei Anerkennung der gegenseitigen Interessen setzte, wurde von der deutschen Rechten nie geteilt, zeitweilig nur als notwendiges Übel toleriert. Zwar wird niemand ernsthaft bestreiten, daß es in den sechziger und siebziger Jahren für die herrschende Klasse keine wirkliche Alternative zu dieser Politik gab. Aber heute bestärkt das Zusammenbrechen des realsozialistischen Systems die Auffassung, der Kalte Krieg hätte erfolgreich fortgesetzt werden können. Nun ist Vergangenes nicht mehr änderbar, die Phase der Entspannungspolitik also nicht mehr rückholbar, aber der Streit darum deutet an, welche Mittel in der Politik gefordert werden.

Die Entspannungspolitik

Herbert Wehner ist mit Sicherheit die falsche Adresse für die Angriffe auf die Entspannungspolitik. Er steht vielmehr in der SPD für eine vollständige Hinwendung zur sogenannten Westbindung und damit auch für die Verbissenheit, mit der der Kalte Kriegs bis in die sechziger Jahre hinein geführt wurde.

Die Spaltung Deutschlands als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges war allen national orientierten Kräften die schlimmste Schmach. Die Politik Adenauers, die Spaltung für die Westbindung in Kauf zu nehmen, war nicht nur den Nationalen ein Dorn im Auge; auch aus der SPD und der KPD gab es heftige Angriffe, die im Kern besagten, Adenauer verkaufe die nationale Einheit. Wehner war innerhalb der SPD einer der treibenden Kräfte, die auf die Westbindung setzten. Das Godesberger Programm, innerhalb der Linken vor allem bekannt als Abschied vom Klassenkampf, enthielt als eine der wichtigsten Aussagen diese Orientierung auf die Westbindung. Die Spaltung Deutschlands in zwei den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen angehörenden Staaten wurde damit in Kauf genommen, auch wenn immer noch die Hoffnung auf den Zusammenbruch des Realsozialismus bestand.

Die sechziger Jahre brachten für die deutsche Politik zwei neue, die Ausgangslage völlig verändernde Bedingungen mit sich. Erstens orientierten die USA auf eine Politik der Entspannung gegenüber der UdSSR. Zwar hatten sie gerade die Kuba-Krise erfolgreich überstanden, jedoch zeigte sich für sie, daß die UdSSR militärisch und machtpolitisch nicht zu bezwingen war. Zweitens brach die Hallstein-Doktrin zusammen. Diese besagte, daß die BRD alle Staaten, die mit ihr diplomatische Beziehungen unterhielten, dazu verpflichtete, keine solchen mit der DDR aufzunehmen. Zunächst brach dieses Konstrukt im arabischen Raum zusammen. Als die BRD 1965 eine Reise Ulbrichts nach Kairo auf erpresserische Weise verhindern wollte, brachen fast alle arabischen Staaten die Beziehungen zur BRD ab. Ähnliche Schwierigkeiten taten sich schon bald gegenüber vielen Staaten der "Dritten Welt" auf, die auf eine Zusammenarbeit mit der UdSSR setzten.

Die Entspannungspolitik war somit eine notwendige und zwingende Veränderung der staatlichen Politik der BRD. Oder wie Brandt es selbst in einem Spiegel-Gespräch 1971 ausdrückte: "Jedenfalls kann ich guten Gewissens sagen: Dieses, was wir machen, mußte gemacht werden, wir konnten uns nicht weiter eingraben. Einer mußte es auch machen, und das kann ich dann immer noch besser machen als andere, so daß es in der Welt nicht zu unseren Lasten geht".

Der jetzt erhobene Vorwurf, die Entspannungspolitik sei vor allem ein Zugehen auf die DDR gewesen oder gar eine Politik im Interesse der DDR, geht an den damals real verlaufenden Konfliktlinien völlig vorbei. Im Gegensatz zu den immer wiederkehrenden Behauptungen hatte die DDR aus guten und rationalen Gründen das wenigste Interesse an der Entspannungspolitik. Ihre Existenz gründete sich auf den sowjetischen Machtblock. Die in der ersten Phase der Entspannungspolitik begonnen Verhandlungen der BRD beschränkten sich ausschließlich auf die UdSSR und Polen. Der begrüßenswerte Inhalt dieser Gespräche, die Anerkennung der Grenzen zur UdSSR und vor allem zu Polen (Oder-Neiße-Linie), unterschlug "selbstverständlich", daß die DDR, als der Staat, der in der Realität eine gemeinsame Grenze mit Polen hatte, diese Grenze längst anerkannt hatte. Alle Gespräche und Verhandlungen mit der UdSSR und Polen wurden unter Umgehung der DDR geführt; alle Verträge wurden ohne Berücksichtigung bestehender Verträge der DDR mit diesen Staaten geschlossen.

Es bestand die Absicht, durch Zugeständnisse an die UdSSR und Polen (später auch an die CSSR) die DDR im eigenen Block zu isolieren. Dies wurde von der DDR-Führung durchaus frühzeitig erkannt. In einer Ausarbeitung des Außenministeriums von 1967 heißt es dazu: "Führende Ideologen des westdeutschen Monopolkapitals rechnen sich eine größere Chance für die imperialistische Politik aus, wenn einige der bisherigen Revancheziele zurückgestellt werden, um den Angriff noch mehr gegen die DDR zu konzentrieren. Daher werden - meist inoffiziell - Vorschläge unterbreitet, wie zum Beispiel die Grenze mit Polen, und andere Probleme, zunächst provisorisch, unter Ausklammerung der Grenzen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, geregelt werden können... Das Ziel solcher, von der Kiesinger/Strauß-Politik nach Ribbentropschem Vorbild (Hitlers Außenminister) bereits teilweise und in Übereinstimmung mit der amerikanischen Außenpolitik praktizierten taktischen Variante besteht darin, die sozialistischen Staaten gegeneinander auszuspielen und nach Möglichkeit durch zweiseitige Verpflichtungen - zum Beispiel durch den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen - zu lähmen und zunächst das Hauptziel, die DDR, zu isolieren".

Wie wir heute wissen, ist diese von der damaligen DDR-Führung behauptete Rechnung voll aufgegangen. Alle Staaten des ehemaligen realsozialistischen Systems haben ihren Frieden mit der BRD gemacht und dabei das Verschwinden der DDR in Kauf genommen. Selbst wenn man die Einschätzung der DDR-Führung über die Zielsetzung der Entspannungspolitik nicht teilt, also wirklich unterstellen wollte, mit ihr wäre eine Anerkennung zweier deutscher Staaten gemeint gewesen, ist das Ergebnis genau das behauptete. Dagegen ist das, was von der FAZ und der Springer-Presse als mögliches Ergebnis prognostiziert wurde, gerade nicht eingetreten.

Geht man also vom Interesse der DDR-Führung aus, so wäre zum eigenen Überleben eine Strategie der Spannung notwendig gewesen. Nur wenn die Sowjetunion weiterhin als organisierter Gegenpol zur USA verblieben wäre, hätte die DDR eine Chance auf eigenständige Existenz gehabt. Von einer solchen Überlegung läge es aus der Sicht der DDR-Führung näher, Politiker wie Strauß zu unterstützen als besondere Beziehungen zur SPD zu pflegen.

Das Wahljahr 94

Der von der FAZ losgetretene Streit um die Ostpolitik ist ein erneuter Versuch, die deutsche Geschichte umzuschreiben. Das kurzfristige Ziel ist dabei allzu offensichtlich: die SPD im Wahljahr 1994 zu treffen. Diese zeigt bei der Behandlung des Themas schon seit einiger Zeit Nerven. Von einer möglichen Konsequenz der "neuen Ostpolitik", der vollständigen Ankennung der DDR, der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten, will die SPD-Führung heute nichts mehr hören. Was gesellschaftlich schon anerkannt war, wird wieder zurückgeschraubt. Wenn Brigitte Seebacher-Brandt Willy Brandt vor allem als an der nationalen Frage orientierten Sozialdemokraten darstellt, dann liegt sie voll im Trend der Zeit. Kein führender Sozialdemokrat mag sich heute nachsagen lassen, daß die "neue Ostpolitik" doch nicht in erster Linie der Wiedervereinigung gedient habe. Diesen "nationalen Verrat" will man sich nicht anhängen lassen.

Diese Auseinandersetzung läßt für das Wahljahr wenig Gutes erwarten. Nach den Brandsätzen, die mit der Asyldebatte gelegt wurden, werden wir es jetzt wohl mit der Parole "Deutschland ausverkauft" zu tun bekommen - wieder ein Stichwort für Nationalisten, Rechtsextreme und Faschisten.

he., Hamburg

22. Wie angepaßt oder oppositionell ist die PDS? Briefwechsel zwischen der AG "Junge GenossInnen" und Bisky sowie Gysi (Dokumentation)

Ein Briefwechsel zwischen der AG "Junge GenossInnen" sowie Lothar Bisky und Gregor Gysi

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:31

Am 22. und 23. Januar nahmen in Magdeburg über 100 junge Menschen an der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft "Junge GenossInnen" in und bei der PDS teil. Im Mittelpunkt stand die Diskussion um die aktuelle Entwicklung der PDS sowie das eigene Verhalten zu den kommenden Wahlen. Die AG "Junge GenossInnen" versteht sich als Vertretung der "Jugend" in der Partei, ist aber ein freiwilliger Zusammenschluß; niemand ist also per Alter (bis 35 Jahren wie in anderen Parteien) Mitglied dieser AG. Wir dokumentieren im folgenden zwei Beschlüsse dieser Konferenz sowie eine Antwort von Lothar Bisky (Bundesvorsitzender) und Gregor Gysi darauf.

Widerstand in der PDS ist bitter nötig

"Das Zauberwort Erneuerung, es wurde in uns schal..."

1990 war Ehrlichkeit in der Politik Primat und Offenheit unabdingbar. Damals stritten wir noch...

Heute ist von alledem nichts mehr zu hören und zu sehen. Wir denken, daß von Offenheit wohl kaum eine Rede sein kann, wenn:

- Diskussionsprozesse in Vorständen nicht nachvollziehbar sind

- über Koalitionen und "Pöstchenvergabe" schon vorab in Hinterzimmern entschieden wird bzw. werden soll

- Positionen und Meinungen aus wahltaktischen Erwägungen nicht öffentlich diskutiert werden können

- die KandidatInnennominierung organisiert wird wie die Arbeit auf einem "Verschiebe- und Rangierbahnhof" und damit Mitgliederrechte eklatant verletzt und mißachtet werden.

Der Anspruch von Ehrlichkeit und Transparenz von Politik wird ad absurdum geführt, wenn Prof. Dr. U.-J. Heuer im Rechtsausschuß des Bundestages bei einer Anhörung des Paragraphen 175 StGB nicht bereit ist, den Entwurf der PDS einzubringen. Darüber hinaus verhinderte er, daß ein Sachverständiger dort zu diesem Thema für die PDS reden kann. Wir sind entsetzt über so viel Unverschämtheit!

Für uns bleibt es wichtig, nicht nur linke Forderungen aufzustellen, sondern diese auch zu leben. Dazu gehört auch: "Soviel Partei wie nötig, soviel Bewegung wie möglich." Schon vergessen?

Diese Partei wird nicht mehr in Frage gestellt, ihre Existenz als endgültig und unverzichtbar angesehen. Die Frage, ob und wie auf eine eventuell entstehende linke Sammlungsbewegung reagiert wird, wird nicht mehr gestellt.

Die PDS befindet sich nach der Brandenburger Wahl auf dem Weg der Etablierung und Anpassung. Das haben wir im Wahlkampf nicht versprochen, sondern Opposition. Wenn diese Tendenz in der PDS anhält, dann halten wir es für richtig, daß sie bei kommenden Wahlen nicht wiedergewählt wird.

Der Weg zu einer alternativen sozialistischen Partei oder Bewegung mit klarem Oppositionsprofil ist u.E. verstellt, solange Autonome, AntifaschistInnen, Wehr- und Zwangsdienstverweigerer auch von PDS-Mitgliedern als "Chaoten" angesehen und beschimpft werden. In der Hoffnung, von den "großen demokratischen" Parteien anerkannt zu werden, wird vor Ausgrenzung nicht zurückgeschreckt und Aktionen bewußt ver- und behindert.

Dagegen leisten wir Widerstand!

Hauptsache rein! Und dann?

Erklärung der Bundeskonferenz zu den bevorstehenden Wahlparteitagen

Mit den Wahlen zum Europaparlament, den Bundes- und Landtagswahlen wird nicht nur möglicherweise das Schicksal der PDS als bundesweite linke Kraft entschieden, sondern es werden auch die personellen Grundlagen für das Wirken der PDS als parlamentarische Opposition gelegt. Es steht somit nicht nur die Frage, ob und mit wieviel Prozent, sondern auch mit wem die PDS in die Parlamente einzieht. Bekanntermaßen verfügen Abgeordnete in der BRD oftmals über erheblich mehr rechtliche, finanzielle und organisatorische Möglichkeiten, Öffentlichkeit für politische Probleme herzustellen, als die sie wählenden Gremien. Gleichzeitig ist ihre Kontrolle durch die WählerInnen stark begrenzt. Ausgehend von der Programmatik der PDS sowie aus unseren eigenen Erfahrungen politisch-oppositioneller Arbeit ergeben sich daher einige wichtige Kriterien, die bei der Aufstellung der KandidatInnen u.E. zu beachten sind:

1. KandidatInnen auf den offenen Listen der PDS sollten Erfahrungen aus der außerparlamentarischen Arbeit mitbringen und in entsprechenden Zusammenhängen verankert oder zumindest akzeptiert und bekannt sein.

2. Derartige Erfahrungen sollten verbunden sein mit einem Mindestmaß an Kenntnissen über die Probleme und politischen Zusammenhänge auf Sachgebieten, die in den kommenden Jahren Schwerpunkte von PDS-Politik ausmachen werden.

3. Von Menschen, die auf den offenen Listen der PDS kandidieren, erwarten wir, daß sie offen und ehrlich mit ihrer politischen Biografie umgehen.

4. Kriterium für eine Kandidatur sollte zwar durchaus der Bekanntheitsgrad der/des KandidatIn sein, wobei aber unbedingt zu berücksichtigen ist, daß Amts- und MandatsinhaberInnen hierbei per se bevorteilt sind.

Für notwendig halten wir auch, daß - zumindest für Mitglieder der PDS - Beschlüsse zur Regelung der Spendentätigkeit gefaßt werden. Die bisherige Praxis, nach der jede/r Abgeordnete nach eigenem Belieben darüber entscheidet, wieviel und wohin er/sie spendet, sorgt nicht nur wegen der mangelnden Transparenz, sondern auch aufgrund der z.T. erheblichen Unterschiede in der Spendenhöhe für ständigen Unmut.

Dabei ist es u.E. schlicht Heuchelei, wenn Abgeordnete sich als Opposition für sozial Schwache darstellen und gleichzeitig horrende Diäten als ihre künftige soziale Absicherung betrachten. Außerdem erscheint bei diesem Verfahren die persönliche Spende immer wie eine besondere Tat der/des Abgeordneten. Angesichts der Höhe ihrer Einkünfte betrachten wir das Spenden aber nicht als gönnerhaften Akt, sondern als eine selbstverständliche Pflicht.

Als weit weniger wichtige Voraussetzung sehen wir das Vorhandensein von parlamentarischer Erfahrung. Mal davon abgesehen, daß "Neulinge" diese schnell selbst bekommen können, scheint, wer es nötig hat, sich darauf zu berufen, nicht viel an politischer Substanz bieten zu können. Außerdem steht hinter der Berufung auf parlamentarische Erfahrungen nicht selten bereits die erste Form von Anpassung an dieses Vertretungssystem. Das Denken in den Grenzen dieses Systems bedeutet aber einen immensen Substanzverlust, denn es steht dann häufig nur die Frage, was an Opposition denn parlamentarisch machbar ist. Leider müssen wir auch konstatieren, daß es PDS-ParlamentarierInnen bisher kaum gelungen ist, das Demokratie Verhindernde an diesem System öffentlich bewußt zu machen. Statt die mangelnde Demokratie nur in Reden zu geißeln, muß dazu auch mal kräftig gegen die Logik dieser parlamentarischen Mechanismen gearbeitet werden. Öffentlichmachung und Nichteinhaltung von Absprachen, Verweigerung von lediglich legitimierender Mitarbeit, spektakulärer Protest auch mal im Parlamentssaal. Damit werden wir uns zwar bei unseren politischen Kontrahenten nicht den Ruf einer "konstruktiven Opposition" erarbeiten können, aber möglicherweise die Bevölkerung über existierende Machtstrukturen aufklären.

Noch weniger sehen wir uns veranlaßt, bei der Aufstellung der Listen die soziale Absicherung bisheriger Abgeordneter zu berücksichtigen. Das Argument, daß ihnen aufgrund ihrer parlamentarischen Tätigkeit für die PDS, die sie natürlich nicht für sich selbst, sondern nur für "die Sache" bzw. "unsere Menschen" leisteten, bei der Rückkehr ins Berufsleben Sanktionen drohen, halten wir nicht nur für vorgeschoben, sondern mit gleicher Berechtigung auch auf viele Hundert ehrenamtlich aktive GenossInnen anwendbar.

Wir befürchten, daß unter Berufung auf die beiden letztgenannten Aspekte - parlamentarische Erfahrung und soziale Absicherung - in der PDS eine Kaste von BerufspolitikerInnen entstehen könnte. Menschen, deren Zukunft aber abhängig von einem Parlamentssitz ist, können nicht mehr unabhängig entscheiden. Für sie

bedeutet die Veränderung des Systems immer auch eine Gefahr für ihre eigene Position, sie werden somit korrumpiert.

Die GRÜNEN haben versucht, mit dem Rotationsprinzip einen Mechanismus gegen diesen Trend zu installieren, dies dann aber im Zuge ihrer Etablierung und dem Streben nach mehr "Politikfähigkeit" geopfert. Für die PDS halten wir aufgrund ihrer personellen Situation derzeit ein strenges Rotationsprinzip noch nicht für möglich. Trotzdem sollte bei der Aufstellung der Listen darauf geachtet werden, daß in den neuen Fraktionen zahlreiche neue Gesichter auftauchen.

Kritik: ja, aber

Boykott: Nein!

Offener Brief von Lothar Bisky und Gregor Gysi an die AG

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

wie immer fällt in Eurem Beschluß die Kritik scharf aus, das ist wohl auch Euer Recht. Nicht zu allen aufgeworfenen Fragen wollen wir hier Stellung nehmen. Als Bundestags-Gruppenvorsitzender bin ich, Gregor Gysi, beispielsweise nicht Mitglied eines Vorstandes der Partei, kann aber im PRESSEDIENST und im DISPUT einiges über die Diskussionen im Bundesvorstand lesen. Wir haben auch den Eindruck, daß Diskussionen in den Landesvorständen durchaus bekannt werden und nachvollziehbar sind. Das Problem scheint uns eher darin zu bestehen, daß die Diskussionen innerhalb der Partei überhaupt zurückgegangen sind. Aber das kann nicht allein Vorständen angelastet werden, hier sind alle Mitglieder der Partei und die Mitglieder in Eurer AG gefragt.

Verhandlungen über irgendwelche Koalitionen kennen wir nicht, zumal wir auch keine Partei kennen, die bereit wäre, mit uns eine Koalition einzugehen. Und was die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen betrifft, so läuft tatsächlich einiges unglücklich. Hinsichtlich der Bundestagswahl gilt es aber auch, Besonderheiten zu beachten. Es geht nämlich nicht darum, ob wir mehr oder weniger Stimmen bekommen, mit 60 oder nur mit 50 Abgeordneten im Bundestag vertreten sind, sondern darum, ob wir überhaupt wieder in den Bundestag einziehen. Und diese Frage bitten wir nicht zu unterschätzen. Davon hängt in beachtlichem Umfang unsere Öffentlichkeitswirksamkeit ab. Außerdem ist es eine Möglichkeit, mit konkreter Politik konfrontiert zu werden, ein solcher Einzug schützt also vor Sektierertum. Es geht außerdem um Informationsgewinnung und damit um unseren Beitrag zur Transparenz in der Politik. Letztlich bitten wir auch, die materiellen Möglichkeiten nicht zu unterschätzen, die damit verbunden sind, und die in einer kapitalistischen Gesellschaft mit darüber entscheiden, ob und wie du Politik machen kannst. Und ist es wirklich so absurd, daß Landesverbände sich auch an den Bundesvorstand wenden, um geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu haben, die ein möglichst gutes Wahlergebnis garantieren?

Und ein weiteres Problem. Die PDS hat offene Listen beschlossen. Dazu müssen Gespräche mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten geführt werden. Wer soll sie eigentlich führen? Und was ist daran so schlimm oder undemokratisch? Es gibt keine einzige Beschränkung der Rechte der Gliederungen der Partei hinsichtlich ihrer Entscheidungen. Wir werden ein sehr demokratisches und statutengemäßes Wahlverfahren haben. Aber der reine Selbstlauf kann auch nicht die Lösung sein. Stellt Ihr Euch das wirklich so vor, daß man sich zufällig an einem Tag auf einem Landesparteitag trifft und mal wartet, wer sich dort meldet? Entscheidet die Zufälligkeit einer Wahl über den Grad ihres demokratischen Gehalts? Und haben wir mit sehr zufällig und rein emotional bestimmten Wahlentscheidungen nicht auch schon schlechte Erfahrungen gemacht? Habt Ihr Euch nicht auch schon beschwert, wenn es für die eine oder andere Frage keine Sachverständigen in Fraktionen gab, eben, weil sich niemand vorher hinsichtlich der Zusammensetzung wirklich Gedanken gemacht hat?

Bitte vergeßt nicht, wir versuchen in diesem Lande eine andere Politik, das heißt aber nicht, daß man die gesellschaftlichen Bedingungen restlos negieren könnte. Wenn wir das versuchen würden, wäre die Erfolglosigkeit von vornherein festgeschrieben. Und hinsichtlich einer Etablierung der PDS in Bonn sehen wir kaum eine Gefahr. Zumindest die anderen Parteien werden das verhindern.

Nun noch eine konkrete Information, weil Ihr hinsichtlich der Anhörung des Rechtsausschusses zum Paragraphen 175 StGB Eure Kritik anbringt. Ihr müßt wissen, daß im Wechsel Bündnis 90/Die Grünen und die PDS befugt sind, einen Sachverständigen für eine Anhörung zu benennen. Beim Paragraphen 175 war leider

die Abgeordnetengruppe Bündnis 90/Die Grünen dran. Wir konnten also keinen Sachverständigen stellen. Bei der nächsten Anhörung sind wir wieder dran, dann kann Bündnis 90/Die Grünen keinen Sachverständigen stellen. Das sind zwar merkwürdige, aber nicht untypische Regeln im Bundestag. Allerdings würde sich dies ändern, wenn wir das nächste Mal in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen. Dazu brauchen wir allerdings Eure Hilfe, nicht den Aufruf, uns nicht zu wählen.

Ansonsten finden wir es gut, daß Ihr die Diskussion in der Partei wieder beleben wollt. Wir finden auch den Satz, daß die PDS so viel Partei wie nötig, aber so viel Bewegung wie möglich sein soll, zutreffend.

Ihr wißt genau, daß das Verhältnis von Mitgliedern der Partei zu Autonomen und anderen höchst widersprüchlich und kompliziert ist. Ihr könnt das anmahnen. Aber Ihr müßtet auch erwähnen, daß sich dieses Verhältnis im Laufe der letzten vier Jahre sehr verändert hat. Es gibt nicht wenige Kreisorganisationen, die einen durchaus angemessenen Umgang mit solchen Jugendlichen pflegen und sie weder beschimpfen noch ausgrenzen. Aber daß es nicht gelingt, innerhalb von vier Jahren eine gänzlich andere Einstellung in der Partei zu erzeugen, das war von vornherein klar. Und es ist andererseits nicht so, daß diese Jugendlichen nicht hin und wieder auch ein Verhalten an den Tag legen würden, das kritikwürdig ist. Eine bedingungslose Hinwendung wäre nicht nur falsch, sondern würde diesen Jugendlichen auch nicht imponieren, glauben wir zumindest.

Kritik ja, durchaus auch Widerstand. Setzt uns unter Druck, all das ist Euer Recht, und für all das seid Ihr auch da. Aber die Androhung, zum Boykott der Wahl der PDS aufzurufen, geht uns eindeutig zu weit. Denn damit begebt Ihr Euch, ob Ihr es wollt oder nicht, in das Fahrwasser aller anderen etablierten Parteien, und zwar von der CSU bis zu Bündnis 90/Die Grünen. Sie alle werden auch dazu aufrufen, auf gar keinen Fall PDS zu wählen. Und dies zumindest sollte Euch nachdenklich stimmen. Wenn wir wirklich so etabliert wären, wenn wir nur das wären, was Ihr in Eurem Beschluß beschreibt, was sollte die anderen Parteien an uns so sehr stören? Also geht bitte in Eurer Kritik an uns nicht so weit, daß Ihr indirekt jene unterstützt, die Ihr auf gar keinen Fall unterstützen wollt.

23. Gesellschaft oder Isolation. "In der RAF war auch immer etwa emanzipatorisches" (Teil 1).

"In der RAF war auch immer etwas Emanzipatorisches" - von Lutz Taufer (Teil 1)

Autor: Lutz Taufer · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:06

Der folgende Text von Lutz Taufer skizziert die verschiedenen Etappen der RAF und ihrer Politik aus seiner Sicht. Das mehrfach erwähnte Front-Papier (Mai-Papier) ist neben anderen Dokumenten nachzulesen in Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. Konkret Literatur Verlag, 1992 oder in einer der Broschüren des GNN-Verlages in Köln, die dieser mit Texten der RAF herausgegeben hat. Um den doch sehr langen Text lesbarer zu machen, haben wir ihn von durchgängiger Kleinschreibung in Groß-Kleinschreibung umgeändert. Aus redaktionellen Gründen haben wir ihn auf zwei Ausgaben des ak aufgeteilt.

Der erste Teil, der hier abgedruckt ist, endet 1992. Der zweite - etwas kürzere - Teil erscheint im nächsten ak.

Wir wurden in den letzten Wochen oft gefragt, welches denn nun die politischen Differenzen seien. Das ist in der Tat nicht so ohne weiteres zu entschlüsseln, nicht zuletzt deshalb, weil es eine zu verbindlichen Resultaten, also zu gemeinsamen Grundlagen kommende Diskussion so gut wie nie gegeben hat und so Aussagen über ein Hierhin oder Dorthin allenfalls in Ansätzen vorhanden sind.

Es wäre besser gewesen, schneller etwas zu sagen. Aber erstens hat diese Spaltung erstmal umgehauen; zweitens wollte ich einen Beitrag, der etwas erklärt statt zu polemisieren, einen Fehler, den ich in früheren Texten ab und zu gemacht und so sicher meinen Teil zur Eskalation beigetragen habe; an den tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern von andern hochzuklettern, das ist schnell in die Tasten gehauen, das andere braucht Zeit; drittens sind die Arbeitsmöglichkeiten - im Knast und nach fast 20 Jahren Knast - andere als draußen. Der Mangel an sinnlicher Gewißheit über die Zustände und Veränderungen draußen macht die Arbeit nicht leichter. Schließlich: Wenn ich was nachlesen will, greife ich nicht hinter mich ins Regal, sondern brauche bis zu drei Tagen, bis ich zu meinen Bücherkartons auf der Kammer vorgedrungen bin.

Inhaltlich ist das erste Problem, selbst zu verstehen, wie die Entwicklung war, das zweite, dies anderen zu vermitteln. In dem, was die Gefangenengruppe real war, sowohl in ihren beispielhaften Stärken (und antizipiert hat sie vor allem etwas in ihrem Kampf ums Überleben und um ein Recht auf Existenz, aus elendesten Bedingungen heraus: von den heutigen Kämpfen, vom Kämpfen auf der heutigen und zukünftigen Höhe des Umwälzens), als auch in ihren Schwächen (in denen sie von den Schwächen der Metropolenlinken soweit gar nicht entfernt war), wurde sie häufig idealisierend und so distanziert wahrgenommen. Der Versuch, die zum jetzigen Bruch führende Entwicklung zu verstehen, ist auch immer ein Versuch gegen massiv verankerte Bilder. Schließlich ein letzter Punkt: Es sieht so aus, daß wesentliche Teile gruppeninterner Festlegung (Diskussion?) an uns vorbeigelaufen sind in den letzten Jahren - warum, wissen wir nicht -, und mir deshalb stellenweise konkretes Wissen fehlt. Dies betrifft ganz besonders die heftige Auseinandersetzung um die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe, die es offenbar zwischen den Illegalen und einigen Gefangenen 90/91 gegeben hat. Die Konfliktlinien, die sich da vermutlich schneiden, scheinen ein Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung, die folgen sollte.

1977 - Front

Ein erster Konflikt bricht auf, als 1977 ein palästinensisches Kommando ein Flugzeug mit deutschen Mallorca-Touristen nach Mogadischu entführt. Eine Solidaritätsaktion palästinensischer Genossinnen und Genossen mit Gefangenen aus der RAF, deren Freilassung im Tausch gegen die Urlauber sie fordern. Die Entführung wird von Gefangenen aus der RAF kritisiert. Eine Kritik, die sich zu diesem Zeitpunkt auf weitgehend politisch-moralischem Niveau bewegt. "Die politisch-militärische Aktion der Stadtguerilla richtet sich nie gegen das Volk." Eine Gewißheit, konstitutiv für die RAF, die es dir ermöglicht, selbst diesen Schritt zu tun. Ein unbefangenes Verhältnis zur Gewalt hatten wir, die wir nicht zuletzt vom Entsetzen über Auschwitz herkamen, nicht. Auch einer der Gründe, weshalb Andreas Baader in seinem obigen Imperativ die revolutionäre Aktion als politisch-militärisch bestimmt, das Politische mit dem Militärischen eng verknüpfend und doch in einer deutlichen Prioritätenfolge: Primat hat das Politische. Hier wird sich in den 80er Jahren,

ausgehend von der Front-Ideologie, ein Bedeutungswandel vollziehen - die militärische Aktion wird zum Begriff des Revolutionären schlechthin, daneben gibt es auch noch politische Initiativen. Die Gründe für diese "Entpolitisierung" der militärischen Aktion liegen letzten Endes darin, daß das Politikbild, in dessen Rahmen wir uns in der ersten Hälfte der 70er Jahre bewegen (weltweiter Aufstand gegen das US-imperialistische System), in der zweiten Hälfte der 70er Jahre verschwimmt, ohne daß neue Grundlagen sich in ausreichender Deutlichkeit entwickeln. Die Vehemenz, mit der die Gefangenengruppe zwischen 88 und 92 "die große politische Auseinandersetzung" (Eva Haule) fordern wird, ist Spiegel dieses schon fast als schmerzhaft empfundenen Mangels an Klarheit - die Einteilung der Welt in gut und böse, wie wir sie 1993 dann erleben, Ausdruck des Aufgebens dieser in der Tat schwierigen Suche. - 1977 kritisierten wir die Entführung der Urlaubermaschine weitgehend moralisch. Ohne eine tatsächliche Vorstellung zu haben von den sich hinter unserem Rücken vollziehenden tiefgreifenden Veränderungen auf allen Ebenen, war da indes doch eine Befangenheit aufgekommen gegenüber dem bisherigen Politikbild. Eine Stagnation war eingetreten. Die Hoffnungen, die wir an den "Sieg des Vietcong" als dem Anfang vom Ende des US-imperialistischen Systems geknüpft hatten, waren zumindest diffus geworden. Kompromißlos solidarisch mit den RAF-Gefangenen, wie diese Aktion war, konnte der in dieser Urlauberentführung zum Ausdruck kommende Bruch mit der Metropolengesellschaft schlechthin - also mit jenem Volk, das für Andreas Baader (und alle anderen) bei der politischen Konzeption des Militärischen nicht aus dem Blickfeld geraten darf - den Versuch, die bisherige Politik, wie auch immer, zu ändern, von vornherein aussichtslos machen.

Tatsächlich könnten wir diese eine Aktion als einen Punkt sehen, in dem sich wesentliche Entwicklungen kreuzen. Sie ist eingebettet in das Politikbild der 60er und 70er Jahre. Der weltweite Aufstand gegen US-Imperialismus, Kolonialismus und vermeintlich delegitimierten Spätkapitalismus - in Lateinamerika etwa gab es in so gut wie jedem Land mindestens eine Guerilla - eine über viele Jahrzehnte hinweg sich aufbauende Woge, war immerhin von solcher Wucht, daß dieser Irrtum, das imperialistische System jetzt, in gemeinsamer Front, kippen zu können, unbedingt begangen werden mußte. Die Aktion kommt aber zu einem Zeitpunkt, da diese historische Welle bereits am Auslaufen ist. So stellt sich die Frage nach deren politischen Folgen nochmal ganz besonders. - Ein zweites Moment ist 77 der grundsätzliche Einbruch der von 68 herkommenden "Neuen Linken". In ihrem politischen Selbstverständnis noch sehr stark auf den Staat und seine Institutionen fixiert, erlebt sie einen Zusammenbruch ihrer Widerstandskraft in dem Augenblick, wo der Staat zum Angriff übergeht und die Rückzugsmöglichkeit auf das Terrain einer eigenen revolutionär-subjektiven Kultur nicht mehr vorhanden ist. Ende der 80er schließlich sollten andere kommen. Nie wäre es ihnen eingefallen, einen "Marsch durch die Institutionen" zu propagieren. Während die 68er-Generation noch "maschinenstürmerisch" gegen den vermeintlich seinem Ende zugehenden Spätkapitalismus und seine Kultur der Eindimensionalität und Zerstörung anrennt in der Hoffnung, Entfremdung, Kaputtheit und Destruktivität aus dieser Welt hinaustreiben zu können, werden, etwa mit dem Häuserkampf in Berlin, andere kommen, die im schnell wuchernden Dschungel sozialer und kultureller Rebarbarisierung lernen, lernen müssen, sich durchzukämpfen. - Dieser Mentalitätswandel wiederum spiegelt eine entscheidende Veränderung im politisch-ökonomischen Bereich. Die Epoche des Keynesianismus geht zu Ende und damit die Möglichkeit, sich auf den Staat als einen politischen Aktivisten, nicht zuletzt über das Ökonomische zu beziehen; die Ära des Neoliberalismus, Reich des Chaos, beginnt und mit ihr jene Militanz, die von ihrem selbstverständlichen Recht auf Existenz diesseits weltmarktdiktierter Rentabilitätsnormen fürs Leben ausgeht.

Auf sie wird sich das Front-Konzept der 80er Jahre beziehen, ohne sich allerdings von den politischen Denkgewohnheiten der 70er Jahre emanzipiert zu haben. In diesem Kampf der Militanten um Existenz ist eine Verwandtschaft zu spüren. Wer anders hat diesen Kampf geführt und erlitten, wenn nicht die Gefangenen aus der RAF in den Vernichtungsabteilungen der Gefängnisse?! Und dennoch wird die Frage der Verbreiterung und Vertiefung, die sich nach dem Verlust der - tatsächlichen oder vermeintlichen - Bündnispartner in Gestalt der Trikont-Befreiungsbewegungen neu stellt, nicht im Hineinkommen in diese radikale Subjektivität und ihre objektiven Hintergründe beantwortet, die doch weit mehr authentisch Metropole ist als 68 - nein, es wird versucht, die Militanten dort, bei ihren zweitrangigen politischen Geschichten in der Gesellschaft abzuholen, um sie "zur Front", zum Eigentlichen, zum Militärischen zu bringen. Darauf läuft es de facto hinaus, auch wenn das im Front-Papier weit weniger eng angelegt ist. Wieviele sind seither bei der militärischen Aktion angekommen? Und wieviele wurden nur abgeholt, ohne je anzukommen? Auf Teufel komm raus werden politische Vorstellungen strapaziert, die mit dem Wechsel im globalen politisch-ökonomischen Dispositiv

obsolet geworden sind. Jene weltweite, in Jahrzehnten der Kämpfe herangewachsene Aufstandsbewegung der 60er und 70er wird als "weltweite Front gegen das imperialistische Gesamtsystem", als "westeuropäische Front" voluntaristisch imitiert. Ist das zweite der Versuch, die Frage der Verbreiterung und Vertiefung konkret zu organisieren, was aber nie über ein paar wenige Genossinnen und Genossen in Frankreich (Action Directe), evtl. Belgien (CCC) und Spanien (GRAPO) hinauskommt, so ist das erste die abstrakte Lösung in Gestalt eines Traumpartners Trikontmassen. In dieser Form wird der - heute mehr denn je notwendige - Internationalismus zur maximal möglichen Entfernung von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten im eigenen Land. Und in dieser Verdinglichung und Widersprüchlichkeit zwischen Altem, von dem man sich nicht trennen will und Neuem, dessen immanente Möglichkeiten zu bewältigen in der Tat eine ungeheure Schwierigkeit ist, wird die Suche nach Möglichkeiten, die 77 eingetretene politische Isolation zu überwinden, konterkariert: Diese "Front" hat mit breitem Bündnis, mit Offenheit und der Suche nach neuen Verbindungen, wie sie Ende der 80er Jahre für kurze Zeit trotzdem ausbrechen sollten und wie sie heute angesichts faschistischer Gefahr unbedingt notwendig wären, herzlich wenig zu tun. Im Gegenteil - die Antiimpis kommen.

Das Front-Konzept beschränkte sich ganz bewußt auf die militanten, radikalen Teile der Linken, auf marginalisierte Bereiche der Gesellschaft. Was nicht unbedingt ein Fehler hätte sein müssen. Selbstverständlich spielen und haben Minderheiten in allen Revolten und revolutionären Prozessen ein wichtige Rolle gespielt. Aber die Frage war ja nicht, Gesellschaft oder Minderheit, die Frage war, Gesellschaft oder Getto. Will sagen: Selbstverständlich muß eine Minderheit nicht nur um eigene Identität und Konstituierung kämpfen, sie muß auch darum kämpfen, über den eigenen Bereich Wirkung in andere Sektoren, innergesellschaftlich wie international, zu entfalten und von dort Herausforderungen annehmen. Sonst schmort sie doch im eigenen Saft! Die Gettos wurden schon immer aufgerieben, sie sind der Ort des Untergangs. Als Minderheit(en) über den eigenen Bereich hinaus Fuß fassen, Orientierung sein, Hoffnungen wecken, ist schlicht und einfach eine Frage des Überlebens.

Das Ziel des Front-Papiers ist "zusammen kämpfen". Das klingt gut. Die Vorstellungen indes waren schon nach politisch und militärisch auseinandergefallen und so mündete diese wichtige Initiative zur Überwindung des nur bewaffneten Kampfs in einer noch verbohrteren Geringschätzung des politischen, sprich: unbewaffneten Handelns.

Auf die Front-Zeit zurückblickend schrieb ein Gefangener 1989:

"Ausgegangen waren Lutz und ich davon, daß es in den Aufbrüchen seit den 80ern einen zentralen Unterschied gibt zu denen der Mitte der 60er, wo ein regelrecht ‚kulturrevolutionärer` Motor drin war, diese Bewegung hatte eine sehr starke gesellschaftsverändernde politisch-kulturelle Dynamik. Lutz meinte, das fehlt in den ganzen Jahren total und macht wesentlich die Schwäche aus ...

Man muß es so sehen - worum es in den ganzen Jahren bis 86 ging, war der Versuch und die Anstrengung, die ganze Situation überhaupt mal dahin zu wenden, daß neue Entwicklungen in Gang gesetzt werden können.

‚Eine grundsätzlich neue Situation schaffen`, haben wir gesagt, indem die Anstrengung gemacht wird, hier 'ne Kraft zu entwickeln, die die Walze anhält, eine Umkehrung der reaktionären Entwicklung in Gang bringt - durch das Festsetzen realer Momente von Gegenmacht, Gegengewalt für den revolutionären Prozeß ...

das ist richtig, 'ne Kritik auch an uns, finde ich, was in der ganzen Phase gefehlt hat: Die Genossen von AD haben als zentrale Sache immer die Dialektik von Aufbau und Zerstörung gesagt - Aufbau heißt für uns als erstes die Beziehungen als Lebens- und Kampfstrukturen und sie als ‚Keim` der neu zu schaffenden gesellschaftlichen politischen und kulturellen Realität. Eine subjektive politische Kraft, die in der Lage ist, die reaktionäre Entwicklung hier umzudrehen. Und klar, das ist nur möglich, wenn dieser Emanzipationsprozeß, auf den wir aus sind, Wirklichkeit ist.

In dem Sinn wurde da nichts ‚aufgebaut`. Und jetzt ist total klar, es wird entweder eine Bewegung aus beidem oder es wird hier gar nichts. Das ist zwar grundsätzlich schon immer klar gewesen, aber jetzt ist es raus. Und es waren Erfahrungen, die durchgemacht werden mußten von allen."

Das Front-Konzept konnte nur laufen lernen, wenn die einzelnen (Individuen, Gruppen, Sektoren) möglichst eigeninitiativ sich entwickelten. Quer dazu lag die verdinglichte, funktionalistische Vorstellung von "zusammen

kämpfen", wie sie aus dem Front-Papier sprach. Denn ein Zusammenfließen relativ autonomer Initiativen in dieser oder jener Kampagne oder Offensive konnte sich nicht allein über einen gemeinsamen Feind oder gar über die gemeinsame Bekämpfung seiner "Projekte" und Aktionen entwickeln. Einer der ideologischen Parameter der Frontzeit hieß: Strategie gegen ihre Strategie. Es brauchte eine gemeinsame politische Kultur, eine spürbare andere Welt, um das herrschende Realitätsmonopol in seiner alles und jedes erfassenden Bedrohlichkeit aufzubrechen und so nicht zuletzt subjektive Spielräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, um mit anderen zusammen zu kommen. Zwar ist Solidarität eine subjektive Kategorie, aber auch eine objektive. Die Zeiten der homogenen Arbeiterklasse und ihrer Kultur sind vorbei und so werden wir an die Stelle des zusammenführenden Effekts des Industrialismus eine Kultur setzen müssen, die das "zusammen kämpfen" trotz ökonomisch und anderweitig bewirkter Zersplitterung unmittelbarer Interessenlagen möglich macht. Das mit der Spaltung gegebene Signal von Abschottung und "neuer Klarheit" scheint in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Wenn es heute viele gibt, die sich in die je eigene kleine Gruppe zurückziehen, dann nicht zuletzt, weil außerhalb dieser Gruppe der Kältetod droht.

Das ideale Ziel der illegalen Aktion (vermeintlich) vor Augen, war für manche der erste Schritt dahin konspirativ-defensives statt politisch-offenes und so offensives Verhalten. Ein Beispiel nur. Die Politik des Staatsschutzbunkers unter der Rebmannschen Richtlinie "soldatische Härte" bestand Mitte der 80er u.a. darin, Leute, die öffentlich gegen Isolationsfolter und für Zusammenlegung eintraten, die das "Kommunikationsverbot mit den RAF-Gefangenen" (Rebmann) durch Briefeschreiben in Frage stellten, zu bedrohen oder gar wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung für Jahre in den Knast zu schicken. Zwar gab es darauf eine politische Reaktion - im Rahmen einer bundesweit anlaufenden Gruß- und Infopaketaktion erlebten die Gefangenen Solidarität aus den verschiedensten linken und alternativen Bereichen -, aber nicht selten wurde diese Möglichkeit politischen Zusammenkommens und Ausweitens von Aktiven durch sektiererisch-konspirative Tuerei konterkariert. Eine Genossin aus dem Bereich der ehemaligen Hamburger JobberInnen-Initiativen schrieb mir vor kurzem:

"Ach, absurde Geschichten sind da gelaufen: eine Zeitlang hatten wir den Laden für, ich glaub das ‚Info-Paketetreffen`, zur Verfügung gestellt und dabei mitgekriegt, daß Leute, die in den Laden geguckt haben oder gar reingekommen sind, sehr unfreundlich behandelt wurden. Wir mußten dann erstmal ne Runde erzählen, daß wir ne offene Arbeit machen, daß wir wollen, daß sich Leute für uns interessieren und in den Laden gucken, und daß es sich dabei i.d.R. keineswegs um Bullen handelt ... Realsatire."

Ich denke, wo der Begriff "revolutionär" oder auch nur "politisch" nicht nur abstrakt bleibende Bekundung radikaler Moral sein sollte, gibt es einige elementare Kriterien, an denen ein solcher Anspruch überprüft werden muß. Zum Beispiel die Frage der politischen Ausweitung. Aus der Geschichte unseres Gesamtzusammenhangs habe ich aber den Eindruck, daß Handlungsmöglichkeiten uns oft nicht deshalb fehlen, weil der Staat sie uns aus den Händen schlägt, sondern weil wir die Hände nie danach ausgestreckt haben.

Front-Hungerstreik 1984/85

Den letzten Ausschlag für das politische Auflaufen des Projekts "zusammen kämpfen" gab die Situation resp. die Politik der Gefangenen nach dem HS 84/85. Wenn heute in anklagender Weise davon die Rede ist, der Kampf draußen solle sich doch unabhängig von der Lage der Gefangenen entwickeln, ist das eine richtige, aber späte Einsicht. Die Praxis aus 20 Jahren sieht nun wirklich anders aus!

So auch 84/85.

Vor dem Hungerstreik hatte es, im besten Sinn des Frontpapiers, zwischen drinnen und draußen eine Diskussion mit dem Ziel gegeben, das alte Verhältnis unselbständiger - und so materiell ineffizienter - Solidarität mit den Gefangenen aufzulösen zugunsten eigeninitiativen Handelns und Denkens. Und so erreichte die Front in dieser Zeit ihren Höhepunkt und zugleich ihre Grenzen. Während die Gefangenen drinnen kämpften, gab es draußen eine Vielfalt von Initiativen und Aktionen. Noch nie hatte es aus und in unserem Zusammenhang eine solche konzertierte Dichte befreiend wirkender, phantasievoller, radikaler Initiativen gegeben. Leute, Gruppen, die - wie an ihren Erklärungen und Texten abzulesen - aus den verschiedensten Bereichen kamen, insbesondere aus den militanten Bewegungen, hatten eigeninitiativ dazu beigetragen, daß zum ersten Mal eine Vorstellung mit Händen zu greifen war, wie diese Front sich in der

Praxis entwickeln könnte. Indes wurde diese HS-Kampagne von Gefangenen am Ende als Niederlage definiert, nachdem es nicht gelungen war, die Zusammenlegung durchzusetzen. Wäre diese Kampagne nicht gebunden gewesen an die existentiell bedrohliche Situation von Gefangenen, sie wäre anders eingestuft worden. Aufgenommen worden wäre sie als eine Entwicklung, die zwar ihr unmittelbares Ziel nicht erreicht hatte, die jedoch als richtungsweisend unbedingt hätte festgehalten werden müssen. Aber aus der pessimistischen Sicht von Niederlage und Einkreisung ist es schwer möglich, in Fortsetzung der Zusammenarbeit drinnen/draußen ein Bewußtsein über eigene Möglichkeiten der Stärke, über diese Perspektive "zusammen kämpfen" zu verdichten; ein kollektives und konsolidiertes Selbstbewußtsein zu verschaffen über politische Kraft, wie sie sich entfalten kann, wo - wie gerade gehabt - vor dem Hintergrund eines mehr oder weniger gemeinsamen politisch-kulturellen Selbstverständnisses zahlreiche autonome Vorstöße auf ein gemeinsames Ziel hin unternommen werden, ohne daß dies aus dem Innern einer strammen Organisierung oder autoritär fabrizierten Einheit kommt. Mein Vorschlag 1985, nach Streikende, war, einen solchen Selbstbewußtwerdungsprozeß zu unterstützen, nicht zuletzt auch, um vom Bewußtseinshorizont der vermutlich eher vereinzelten Aktion zu einem Bewußtsein gemeinsamer Effizienz und Kultur zu kommen. Wie anders konnte Aktionismus überwunden werden?! Länger denn je bestanden draußen nach diesem Streik die Gruppen, intensiv wurde über Organisierung und Kampfmöglichkeiten diskutiert - wenn aber von einer Gefangenen in einer doch dramatischen Erklärung den Leuten draußen gesagt wurde, wir sollten alle umgebracht werden, sprich: schnelles Handeln ist unbedingt notwendig, hat das sicher nicht dazu beigetragen, vom aktionistischen Denken wegzukommen.

Ich hatte damals in meinem "Pimental-Brief" vom 27.10.85 geschrieben:

"... daß man Entfremdung nicht bekämpfen kann, man kann ihr nur das eigene, nicht-entfremdete Projekt entgegenstellen und gegen den Imperialismus durchsetzen. Das wären die politics, die, wie Mao sagt, das Kommando übernehmen müssen. Die Offensive von Macht, Gesellschaftlichkeit und Moral von unten. Das militaristische und politisch defensive Bewußtsein der letzten Monate und Jahre, das jetzt beginnt, sich in Aktionen umzusetzen, liegt quer dazu ...

Natürlich ist die Situation in den Metropolen eine ziemlich andere, geht es nicht darum, daß wir das Proletariat organisieren oder so etwas. Aber es geht darum, einen Weg in die Gesellschaft zu öffnen - und die Aktion (gemeint ist die Erschießung des US-Soldaten Pimental) ist ein dicker Brocken auf diesem Weg. Und es geht darum, uns selbst ernst zu nehmen. Wir haben im Winter (gemeint ist der HS) eine erste Erfahrungsgrundlage und solide Ahnung von dem erkämpft: Macht, Struktur und Moral von unten. Darin steckt Orientierungs- und Beispielkraft, selbst bis in die reformistische Linke hinein. Wo ist das Bewußtsein von dieser Erfahrung, ihr ‚Geist`? ... Im Winter zeigte sich der Ansatz zu einer räteähnlichen Struktur, wie ich's mal genannt habe - Zusammenkommen aus den verschiedensten Bereichen und Bewußtseinen. Es war die praktische Umsetzung zu der grundsätzlichen und wichtigen Idee vom Mai 82. Von da aus müssen wir den nächsten Schritt tun. Weltweit - das führt weltweit davon weg. Im Winter zeigte sich die Möglichkeit dorthin: wir können das Subjekt sein."

Nein, räteähnliche Struktur war wohl eine agitatorische Übertreibung. Aber was 84 und 85 in Bewegung gekommen war, zu bestätigen, statt es wieder davontreiben zu lassen, wäre schon Sache gewesen. Nach dem Hungerstreik gab es eine kontroverse mit dem PCE/R. Die spanischen Genossinnen und Genossen hatten unseren Streik solidarisch begleitet und analysiert, und so kamen sie - genaue Beobachter der Mobilisierung, wenn auch durch eine marxistisch-leninistische Brille - zu der Forderung an uns, wir sollten eine Arbeiterpartei gründen. So ungenau dieser Vorschlag, steckte doch ein richtiger Kern darin: Hier, nach dieser Mobilisierung, mußte etwas transformiert werden aus dem Bereich des eher spontan-zufälligen in den Bereich des kontinuierlichen, strukturierten, verknüpften und so identifizierbaren. Neben Heidi Schulz, die sich mit Vorschlag und Kritik des PCE/R auseinandersetzte, hatte ich mich dazu mit dem wechselnden Verhältnis von Partei und Klasse bei Marx und Lenin befaßt und machte daraus den Vorschlag, hier, in einigen Städten zu Gruppen, Zentren zu kommen, die nach einer Phase eines wechselseitigen Lernprozesses zumindest einen Teil jener Orientierung und Verantwortung übernehmen, die ansonsten einseitig bei RAF und Gefangenen lag und zu einer grundsätzlichen Schieflage führte. Um jenen "Aneignungsprozeß" ging's mir also, von dem Eva Haule schrieb (taz 14.4.89), notwendig, "um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können." Der Vorschlag wurde nicht zur Kenntnis genommen.

Wenn dieser Konstituierungsprozeß nicht gelaufen ist, hat das - von den Gefangenen aus - vor allem zwei Gründe: ideologische. Zur Gegenmacht kommen hieß "zur Front kommen" und dies wiederum zur bewaffneten Aktion kommen. Da war nichts von einem "Keim" neuer Gesellschaftlichkeit, in der das Realitätsmonopol des Kapitalismus sinnlich gewiß durchbrochen ist im kollektiven Selbstbewußtsein der gerade erzeugten Bewegung. Ein Bewußtsein jedoch, das sich an den Gegner veräußert, das die Bedeutung des eigenen Tuns ausschließlich an der Reaktion der Gegenseite glaubt ablesen zu müssen, ist nicht frei. Und somit auch nicht in der Lage, über das Vorgefundene hinauszugreifen, über das Bestehende hinauszubauen, mit einem Wort: revolutionär zu sein. "Strategie gegen ihre Strategie" - das konnte nie und nimmer strategiefähig werden. Zweitens: Die Gefangenen und ihr existentielles Interesse treiben den Prozeß zwar immer wieder voran, lenken ihn darin aber gleichzeitig von einer eigenständigen Entwicklung ab. Sie ziehen sich damit den Boden unter den Füßen weg. So wurde die Mobilisierung des HS 84/85 unterschätzt, weil sie die ZL nicht gebracht hat; die Mobilisierung zum Streik 89 hingegen, obschon auf deutlich humanitär-bürgerrechtlichen Grundlage, aber in die Gesellschaft hineinreichend und so zum ersten mal Risse im Staatsschutzblock der Macht bewirkend, wird überschätzt. Die Rede ist von einer "neu entstehenden revolutionären Bewegung" (Eva Haule und andere).

Es kam eine andere Diskussion. Nicht die emanzipative, sondern die autoritäre. Die RAF hatte 1985 einen GI der US-Armee erschossen, um an seinen Ausweis zu kommen. Es kam zu einem heftigen Streit darüber. Einige von uns hatten zu Zeiten des Vietnamkriegs hier stationierten GIs bei der Desertion nach Schweden geholfen. Die Ursache für die Schärfe dieser Auseinandersetzung lag aber auch in den bis dahin offen nicht angesprochenen Problemen, die einige Gefangene mit jenen harten Aktionen der RAF während des Hungerstreiks 84/85 hatten. Wäre etwa - gleich in den ersten Hungerstreiktagen - die Autobombe auf dem US-Stützpunkt in Oberammergau hochgegangen und hätte es dabei womöglich eine Reihe von Toten gegeben, die Gefangenen hätten ihren Streik gleich in der ersten Woche wieder abbrechen können. Von denen, die die Erschießung des Soldaten verteidigten (und damit eine bestimmte Vorstellung, wie revolutionäre Politik sich weiterentwickeln sollte), um sie hernach, nachdem die Autorität RAF sich kritisch damit auseinandergesetzt hatte, ebenfalls zu kritisieren, wurde diese Debatte in einer Art und Weise geführt, die vermutlich jenes zusammen-kämpfen, wie es Monate zuvor zum ersten mal sichtbar geworden ist, strategisch beschädigte. Man/frau schlug sich gegenseitig Wunden, die späteres Zusammenarbeiten völlig blockierten.

Vor allem verlangten die Verteidiger der Pimental-Aktion ein Verständnis von Einheit, das jeden kritischen und damit lernbereiten Blick aufs eigene Tun und Denken moralisch verdächtigte und auf diese Weise jenem Geist des Zusammen-Kämpfens - von einer gemeinsamen revolutionär-militant-kulturellen Grundlage ausgehend, ansonsten aber autonom denkend und handelnd - entgegengesetzt war. Dort war es ein Zusammenwirken, das sich aus den verschiedensten Quellen speiste, und insofern eine Vorahnung dessen, was heute für revolutionär-emanzipative Prozesse überhaupt zur Herausforderung wird - hier ein Versuch, diese Entwicklung ins Korsett verdinglichter Front-Vorstellungen zu zwingen.

"Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die bereits im Ansatz präformierten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Statt dessen führte das zu immer stärkerer Verdinglichung des politischen Bewußtseins: Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht mehr hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des ‚Bruchs`, zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin." (Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter: Über das Schleifen von Messerrücken, konkret 11/92)

Ähnlich wie die RAF in ihren ersten Jahren gegenüber der 68er-Revolte bzw. ihren Ausläufern standen wir Mitte der 80er spätestens vor der Situation, ein Verhältnis zu einer Revolte, zu einer Bewegung massenhafter Militanz zu gewinnen. Eine Wiederholung jener Avantgarde, wie sie seit 77 als zumindest ungeklärte Frage im Raum stand, hätte dies nicht sein dürfen. Die Mobilisierung des Jahres 84/85 wäre der Ort gewesen, um das, was RAF und Gefangene tatsächlich antizipiert hatten, nämlich eine bestimmte Art zu kämpfen, Guerillamentalität, mit den Erfahrungen und Vorstellungen anderer, etwa Autonomen, zu etwas Gemeinsamem oder Wechselseitigem weiterzuentwickeln. Denn ohne das bleiben die selbstverständlich notwendigen Klassen- und sonstigen Analysen, Strategiedebatten, Internationalismus Totgeburten, "unbewaffnete Propheten" (Gramsci), ideologische Glasperlenspiele. Avantgarde im Kontext RAF sollte aber zur ewig

tragischen Schönheit werden. Ja, wir waren wirklich Avantgarde. Gab es dieses Vorangehen im orientierenden, beispielgebenden, politische Bewegung erzeugenden Sinn, nicht zuletzt im Kampf der Gefangenen, so wurde irgendwann der Versuch aufgegeben, darin mit anderen zusammenzukommen, um an diese Stelle anderes zu schieben: Kampf gegen die Nato, westeuropäische Front, Gesamtsystem, etc., in dem das, was RAF ist, nicht mehr wiederzuerkennen war, aus sich heraus bei anderen nichts mehr auslöste, und ihnen deshalb oft mit autoritären Methoden aufs Auge gedrückt werden mußte. Darin kommen die, die diesen Weg seit langen Jahren, immun gegen jedes Argument oder Beispiel, unbeirrbar gehen, dann am Ende doch mit Linken draußen zusammen. Mit jenen und jenen Momenten, gegen die RAF 1970 einen anderen Versuch unternommen hatte. Der Klärungsprozeß, nach dem 1989 gerade von diesen Gefangenen laut gerufen wurde, hätte spätestens zu jenem Zeitpunkt geführt werden müssen. 89 war das, was zwischen 84 und 86 damit noch hätte bewirkt werden können, nicht mehr zu erreichen. So fruchtbar eine solche Debatte damals hätte sein können, so unwirklich und unwirksam der Versuch eines antiimperialistischen Kongresses 1986 in Frankfurt, in dessen Verlauf eine grundsätzlich richtige, nicht zuletzt internationalistische Absicht, auf den dogmatischen Hund gebracht wurde.

Wenn die Mobilisierung zum HS 89 vorwiegend bürgerrechtlich-humanitären Charakter haben sollte, wie Christian Klar das in der taz vom 13.6.89 kritisch anspricht, dann erstens als Abgrenzung/Distanz zu einer politischen Gewalt, die selbst in Teilen der radikalen Linken auf heftigen Widerspruch gestoßen war und zweitens, weil die Chance eines emanzipatorisch-aufbauenden Prozesses, in unseren Zusammenhängen schon immer unterbelichtet, spätestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ungenutzt geblieben war und so das politische Gewicht fehlte, das der HS-Mobilisierung 89 einen deutlicheren Charakter hätte geben können.

Zwei Befriedungsinitiativen. Die erste läuft - sicher nicht zufällig - nach dieser mißglückten Möglichkeit, 87/88, ist mit dem Namen der grünen Politikerin Antje Vollmer verbunden, Amnestie und Dialog werden propagiert. Die zweite, Kinkel-Initiative, kommt 1992 in einer vergleichbaren Situation.

Hungerstreik 1989 -

Die Diskussion

Wenn der Hungerstreik 89 anders war, Ausgangspunkt für die Entwicklung der Jahre danach, hatte das mehrere Gründe. Da ist viel hineininterpretiert worden. Etwa das Kalkül der Gefangenengruppe, sich einem liberalen Spektrum anzudienen. Hat es nicht gegeben! Es war aber erstens klar, daß ein Hungerstreik, in dessen Verlauf es "gezielt tödliche Aktionen" gegeben hätte, zur Zusammenlegung nicht geführt hätte. Und zweitens, daß nach allem, wie die Verhältnisse in der antiimperialistischen Scene waren, die von dort zu erwartende Mobilisierung nicht hinreichen würde, die Zusammenlegung durchzusetzen. So hatten wir etwa die Enttäuschung erlebt, daß die, die sich auf uns bezogen, im Lauf der Berliner Anti-WWG-Kampagne 1988, wichtiges Ereignis internationaler Solidarität mit den Völkern des Trikonts, kaum präsent waren. Obschon es zu dieser Kampagne eine breite, militante und phantasievolle Mobilisierung bis rein in die Berliner Bevölkerung gegeben hatte, die tagelang Straßen, Plätze und Medien beherrschte, war von jenen, die doch jahrelang von weltweiter resp. europäischer Front gegen den Imperialismus gesprochen hatten, nichts zu spüren.

Neben solchen und anderen enttäuschenden Erfahrungen zeigten sich damals aber auch neue positive Ansätze. In drei am 8.8.88 in der taz veröffentlichten Erklärungen machte die Gruppe der Gefangenen aus der RAF deutlich, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen zu wollen, vorausgesetzt, sich dabei, von den äußeren Bedingungen her, als Gruppe verhalten zu können. Im Oktober 88 brachte ein Aufruf für Zusammenlegung, veröffentlicht vom Hamburger Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße, solidarische Unterstützung bis rein in Betriebe und Gewerkschaften, wobei mehr als einmal die Mut- und Initiativlosigkeit der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre angegriffen wurde. Möglicherweise Reaktionen jenes auch in gewerkschaftlichen Kreisen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ebenfalls durchschlagenden Bewußtseins, gegen das "Wolfsgesetz der neoliberalen und neokonservativen Gesellschaftsoptionen" einen "offenen Dialog und neue Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppen" (ein IG-Metaller) zu suchen, ein Bewußtsein, dem die IG Metall mit ihrem "Zukunftskongreß" November 88 Rechnung tragen mußte. Nein, "zur Front" wären diese nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch beunruhigten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht gekommen! Die umfassendste Veranstaltungsreihe, initiiert und durchgeführt vor allem von der Angehörigengruppe, aber auch bereits zuvor vom holländischen Rechtsanwalt Pieter Bakker-Schut gelegentlich des Erscheinens seines "Stammheim"-Buchs, zeigte ein starkes Interesse an den Gefangenen

und einer grundlegenden Änderung ihrer Situation. Auch in kleineren Orten, deren Lage wir erst auf dem Atlas suchen mußten, war ein zu deutliches Interesse vorhanden, als daß wir nicht politisch drüber hätten nachdenken müssen. Dies sind kurz gesagt die Gründe, weshalb die von Helmut Pohl 1989 veröffentlichte HS-Erklärung offener angelegt war als andere.

Der Hungerstreik war dann auch in mehrerer Hinsicht ein Einschnitt. Eine breite Solidarisierung, von den radikalen Linken über sich bis dahin abgrenzende linke Gruppen bis hin zu gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen bewirkte zum ersten Mal ein Aufbrechen des Staatsschutzblocks, ohne indes an der harten Haltung der Entscheidungsträger etwas ändern zu können. Als Resümee schreibt Christian Klar am 13.6.89 in der taz:

"Das bis dahin Erkämpfte ist nicht gar so wenig. Halten wir das fest. Weil darin überhaupt Momente der neuen Aufbrüche liegen. Es startete eine tiefe Wirkung der Mobilisierung in die Gesellschaft rein. Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen. Wirkliche Beziehungen zu ausländischen gefangenen Genoss-inn-en und zu kämpfenden sozialen Gefangenen wachsen ... gegen die selektierende und vernichtende Knastmaschine, Beziehungen, in denen jeder in ersten Schritten von sich ausgeht hin zu gemeinsamer Perspektive befreiender Ziele. Und schließlich ist eine Mobilisierung angeschoben, die erstmals, und das ist mehr als bloße Vermutung, jetzt auch ohne sofortige neue Hungerstreiks die Schritte zum Ziel hin weitertreibt."

"Neue Aufbrüche"? "Ohne weitere Hungerstreiks zum Ziel hin"? Etwas war geschehen!

Zum ersten Mal hatte der fast 20 Jahre bestehende monolithische Block der politischen Klasse, des Staatsschutzbunkers und der Medien Widersprüche gezeigt: "Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen." Zum Ende des Streiks hatte es eine Reihe von Gesprächen gegeben: Brigitte Mohnhaupt und Helmut Pohl mit Kinkel; Helmut Pohl mit Kruse (dem damaligen Vorsitzenden der evangelischen Bischofskonferenz), mit Enzensberger, ein bei Däubler-Gmelin angefragtes Gespräch wurde von dieser abgelehnt; die Frauen in Nordrhein-Westfalen sprachen mit einem Justizstaatssekretär; die Frauen in Lübeck mit Klingner und Engholm; wir in Celle mit einem Abteilungsleiter aus dem (damals noch) CDU-Justizministerium.

In Gang gesetzt worden waren diese Widersprüche von einer bis dahin nicht gekannten Solidarisierung, an der sich linke, alternative, gewerkschaftliche, christliche, humanitäre Tendenzen beteiligten, die sich bis dahin bei den Hungerstreiks meist außen vor gehalten hatten. Ein Verhältnis, das sich bis dahin oft in Distanzierung, wo nicht Denunziation erschöpft hatte, war im Lauf des Hungerstreiks - nicht zuletzt aus den bereits genannten Gründen - umgeschlagen in die Suche nach Diskussion und Dialog. Und dies nicht nur immer in der Absicht, den bewaffneten Kampf Knall auf Fall abzuwürgen:

"Wir wollen diese Diskussion nicht nur um ihrer selbst willen, sondern weil die Erfahrungen der Leute, die in den bewaffnet kämpfenden Gruppen waren, für den jetzt angestoßenen Prozeß für uns genauso ein Stück Geschichte und Erfahrungen der westdeutschen Linken bedeuten wie die Erfahrungen der Linken, die in den Gewerkschaften aktiv sind, die in die Grünen gegangen sind, um dort radikale Politik zu machen, die kommunistische Organisationen gegründet haben, manchmal sogar darin geblieben sind oder die in den sozialen Bewegungen arbeiten." (Radikale Linke, "Brief an die politischen Gefangenen", Juli 1989)

Hier dürfte seinen Ursprung haben, wovon Helmut Pohl am 27.8.93 in der taz schreibt: von einer Neuzusammensetzung der Umwälzungspolitik, die heute über das linksradikale Spektrum hinausreichen könnte. Ja, in der Gruppe taucht die Einschätzung auf, es gäbe eine "neu entstehende revolutionäre Bewegung". Wo aber 1993, ausgedrückt etwa in Helmut Pohls Erklärung, das Gewicht auf unserer seit 20 Jahren richtigen Politik liegt, der gegenüber, angesichts der kapitalistischen Durchbrüche, Teile der Gesellschaft, in Erkenntnis der eigenen Lage, ihre Isolation aufgeben könnten oder sollten, sprechen die Texte der Jahre 1989 bis 1992 - unter dem Eindruck von Hoffnung - eine andere Sprache: Offenheit, kritischer Blick auf das Eigene, nicht zuletzt als Möglichkeit, Zugang zu anderen Tendenzen zu bekommen.

"Das stimmt wirklich in einem umfassenden Sinn, daß die ganze Phase der Kämpfe seit '80 vor zwei bis drei Jahren abgeschlossen war und etwas Neues angefangen hat ... Jetzt wird - und muß auch - alles auf einer neuen Grundlage weitergehen, und es wäre total viel verschenkt, wenn diese wichtigsten Erfahrungen, die in den letzten 20 Jahren im revolutionären Kampf hier gemacht wurden, nicht offen in die Diskussion gebracht würden. Na, einfach: Es ist viel zu lernen, und eine sich neu entwickelnde revolutionäre Bewegung braucht ein

Bewußtsein davon, sonst hängt sie geschichtslos, bodenlos in der Luft. Außerdem hab' ich wieder gesehen, wie sehr wahr das ist: aus den Fehlern lernen, sich weiterbringen - so läuft's.

Unsere Geschichte. Also so will ich das jetzt auch: unsere Erfahrungen offen in die Auseinandersetzungen bringen und offen sein für alle ernsten Fragen - egal, wie kritisch sie sind. Das ist auch ganz klar ein Stück für den Aneignungsprozeß, um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können." (Eva Haule, taz, 14.4.89)

1989 gibt es aus der Gefangenengruppe eine ganze Reihe engagierter Appelle für eine Diskussion zwischen drinnen und draußen, ja sogar "ausgehend von den - noch so schmalen - Möglichkeiten der kleinen Gruppe, und dazu Initiative auch der einzelnen." (Christian Klar, taz, 13.6.89) Nein, eine neue revolutionäre Bewegung war da gewiß nicht im entstehen, aber wie nach dem HS 84/85 gab es angesichts der Solidaritätssignale aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft Gründe genug, politisch darüber nachzudenken und praktisch sich etwas einfallen zu lassen. Wenn Gefangene aus RAF und Widerstand in dieser nachdrücklichen Weise von offener und öffentlicher Diskussion reden, ist das erstens ein Politikum und zweitens werden Erwartungen geweckt. Bevor aber aus dem Knast auch nur ein nennenswerter Diskussionsanstoß kommt, lesen wir bereits wenige Monate später in einer Erklärung von Helmut Pohl:

"Ich habe mich mit ein paar Gefangenen verständigt, und wir glauben, die meisten denken so, daß es längst Zeit ist, unter der Geschichte nach dem Hungerstreik einen Schlußstrich zu ziehen. ... Heute hat sich nach unserem Eindruck draußen alles zum Thema ‚Diskussion` hin verschoben, und die Zusammenlegung rutscht in den Hintergrund. Für uns aber steht die Zusammenlegung im Zentrum." (10.11.1989, Angehörigeninfo 27)

Um wenige Wochen vor der Kinkel-Initiative zu lesen:

"Das ist ganz einfach das konkrete Problem momentan, nicht nur für uns, wie man eine Diskussion in Gang bringt, oder vielleicht besser: eine politische Strukturierung an einer inhaltlichen Klärung der Auseinandersetzungen, die auf uns zugeflogen kommen, die man gar nicht raustüfteln muß." (Helmut Pohl, Brief, Oktober 91, in: ak drinnen & draußen, Celle, Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, Juli 1992)

Es geht mir nicht darum, anderen, vielleicht gar Helmut Pohl, Inkonsequenz nachzuweisen. Sich einzureden, man selbst habe alles klar, halte ich in diesen Zeiten schon für den Beginn des Irrtums. Aber ich denke, das Hin- und Herpendeln zwischen Diskussion als Metapher für Klarheit, Perspektive, Verständigung und Verbindung mit anderen (weil natürlich jenes Bedürfnis nach gemeinsam entwickelter Kraft mit anderen Sektoren, Klassen, unterdrückten Völkern, wie es in den Gefangenentexten 89-92 zum Ausdruck kommt, das Urpolitische ist) - und Kampf, sich entscheiden, als Metapher für revolutionäre Subjektivität (die in der Tat von RAF und Gefangenen in einer Dimension verwirklicht worden ist wie sonst von kaum einer Gruppe der Linken seit 68) - das Erste als Ausdruck der Möglichkeit, das Zweite als Ausdruck des Willens - dieses Hin- und Herpendeln zwischen zwei Polen zu überwinden, scheinbar gegensätzlich, tatsächlich aber nur in wechselseitiger Durchdringung zu einer anderen Wirklichkeit führend, wäre ein wichtiger Schritt gewesen. Wo aber das Revolutionäre identisch ist mit einem "nicht hinterfragbaren Fetisch" militärische Aktion, bringt sich jene revolutionäre Subjektivität um ihre politischen Möglichkeiten und so, früher oder später, auch um. In der revolutionären Subjektivität der RAF steckten ursprünglich auch andere Möglichkeiten. Das nicht gesehen, nicht darum gekämpft zu haben, ist die Niederlege.

1990 legte Karl-Heinz Dellwo der Gefangenengruppe einen ausgearbeiteten Vorschlag für einen Kongreß vor. Nicht ein Kongreß linker Experten und Spezialisten, sondern ein Forum, vielleicht als Ausgangspunkt für eine permanente Struktur der Verknüpfung und Auseinandersetzung, ein Kongreß, auf dem verschiedene Gruppen der Linken, der Frauenbewegung, der Autonomen, der Alternativen usw. ein Resümee ihrer Erfahrungen ziehen. (Der Vorschlag wird in der Gruppe ignoriert.) Die Linke in Lateinamerika hat das schon lange erkannt, sie hat sich Strukturen des Austauschs und gemeinsamer Suche geschaffen.

Es waren nicht viele, die zu dieser "großen politischen Auseinandersetzung" beitrugen. Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter; Eva Haule mit einer sogenannten Zusammenfassung der Diskussion in der Gefangenengruppe (die nie gelaufen ist); die Illegalen, wir hier in Celle. In der vom Celler ak drinnen & draußen Juli 92 herausgegebenen Sammlung von "Texten von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992" ist die offene Suche jener Zeit spürbar. Hält man diese Texte (bei denen im großen und ganzen jene fehlen, die dann im Herbst 93 die Spaltung organisieren sollten), neben Beiträge aus 93, ist auf

den ersten Blick zu sehen, was da wo abgebrochen ist. Und wenn die beiden Erklärungen der RAF aus 92 mit der eigenen Geschichte kritisch umgehen, was ich nach all den Jahren der krampfhaften nicht-Diskussion als wirklich befreiend empfunden habe, wenn in diesen Erklärungen die Einstellung der Angriffe auf Repräsentanten usw. mitgeteilt wird, kann man nun wirklich nicht behaupten, dies sei das eine, was die abgespaltenen Gefangenen gewollt hätten, ginge in eine ganz andere Richtung.

Wenn die politische Auseinandersetzung mit draußen und der Umgang mit der veränderten Situation nicht in die Gänge kommt, hat das verschiedene Gründe. Nach 89 wurden einschneidende Veränderungen sichtbar, in Deutschland, Europa, weltweit. Stichwortartig: der Zusammenbruch des Realsozialismus und des globalen Ost-West-Kräfteverhältnisses, von dem auch die Prozesse im Süden tangiert waren; die deutsche Vereinigung samt anschließender Kolonisierung Ostdeutschlands; der Golfkrieg und das dabei sichtbar werdende Umschlagen der inneren Verfassung Deutschlands in eine neue Qualität, insbesondere das Abtreten der von 68 herkommenden undogmatischen "neuen Linken" als politischer Faktor im Land; das mehr und mehr ins Chaos taumelnde neoliberale Experiment; nicht zuletzt eine große Gefahr von Faschismus - kurz: Es gab in der Restlinken den Eindruck, gegen eine solche Entwicklung Kräfte sammeln zu sollen, und dies hinein bis in gewerkschaftliche und bürgerliche Kreise. Die Stimmung des Mobilisiertseins, wo nicht Aufbruchs nach dem HS 89 verwandelte sich indes schnell in ihr Gegenteil, Gefühle der Ohnmacht, der Niederlage, der Depression machten sich breit. Zu tief der Einbruch, zu überholt die Denkweise, aus der der neue Versuch gestartet werden sollte. Jene oben mit ihrem "Brief an die politischen Gefangenen" zitierte "Radikale Linke", die ihren Ausgangspunkt nicht zuletzt im HS 89 hatte, festgelegt indes auf die "Kraft der Negation", gibt ihren Geist bald wieder auf. Ein Teil wird sich, so die Mitteilung eines bekannten Hamburger Gründungsmitglieds, schnell in Richtung Bündnis 90/Grüne und PDS verziehen, ein anderer Teil sollte mit Diskussionsbeiträgen erst 1992 rüberkommen, als sich die Chance bot, die Kraft der Negation an RAF und Gefangenen auszuprobieren. "Und Heuchler waren die, die sich brüsteten, sie hätten immer schon so gedacht, wie sie jetzt dachten, und die von anderen eine Eindeutigkeit und Militanz verlangten, die sie selbst nie praktiziert hatten. Genau die hatte ich damals ankommen sehen, das Wort Revolution auf den Lippen." (Alejo Carpentier, Le Sacre du Printemps, Frankfurt, 1993)

Ein weiterer Grund: die Unmöglichkeit, zusammenzukommen und zusammen zu reden. Die Spaltung ist auch ein Produkt der Isolation. Aber diese Situation der Gefangenen erklärt nicht, weshalb ein Dutzend ehemaliger Gefangener draußen - die größte Zusammenlegung, die es je gab - nie in die Initiative gekommen ist.

Ein viertes Moment hängt auch zusammen mit einer Orientierung, wie sie Ende der 60er/Anfang der 70er kurz und knapp so benannt wurde: Die Aktion eint, Worte spalten. Ulrike Meinhof, 1974: "Man ist eine Gruppe von Genossen, die sich entschlossen hat, zu handeln, die Ebene der Lethargie, des Verbalradikalismus, der immer gegenstandsloser werdenden Strategiediskussionen zu verlassen." Richtig. Denn es war eine Situation, die international wie in Europa wie innergesellschaftlich in Kämpfen und Auseinandersetzungen eine Fülle von Erfahrungen, Wissen, "revolutionäre Bestimmungen" hervorgebracht hatte, was sich in einem lebendigen Prozeß ständig weiterentwickelte und sich zu einem Teil in den frühen RAF-Texten und im alten Info wiederfindet. Das Konzept Stadtguerilla entstand in dieser Situation - es war nicht vorstellbar ohne die Revolte von 68 und die Bewegung gegen den US-Völkermord in Vietnam, wie ja auch das Front-Konzept der 80er Jahre ohne die militanten Bewegungen der ausgehenden 70er/beginnenden 80er überhaupt nicht hätte ersonnen werden können. Realitätsfern deshalb der heutige Vorwurf an die Illegalen, sie hätten kein Konzept, als ob revolutionäre Politik das aufgesetzte Produkt von ganz wenigen sein könnte - eine Vorstellung, die doch gerade am Front-Konzept gescheitert ist.

An dieser Stelle noch ein anderer Aspekt zu Diskussion überhaupt. Eine ganze Reihe von Leuten draußen hatte in den letzten beiden Jahren den Eindruck, vor allem die Celler verträten heute eine "Position", die von der, die sie die Jahre davor vertreten hatten, erheblich abweicht und sie verkünden dies im alten Avantgardestil nach draußen. Einige sind darüber sauer. Wo dies nicht nur Zuschauerhaltung ist, ist darin mit Sicherheit ein Moment von Emanzipation. Es hat, nach der Spaltung, eine Reihe von Texten und Haltungen gegeben, in denen deutlich wird: Wir wollen eine inhaltliche Diskussion, weil wir uns nur so als Subjekt in dieser Auseinandersetzung verhalten können.

Celle war nie "Front" im hinreichend bekannten Tenor. Ich glaube nicht, daß es auch nur einen Brief von mir gibt, der diese doktrinäre Front-Ideologie bedient. Es hat von uns von Anfang an Kritik, aber keinen Bruch gegeben, denn tatsächlich hatte das Front-Konzept einiges für sich - wäre die Grundidee von einem offenen,

emanzipativen Geist getragen worden, hätte daraus etwas anderes werden können. Das war nicht der Fall, die eingangs zitierte Selbsterkenntnis eines der Front-Ideologie ganz besonders verpflichteten Gefangenen über das Fehlen eines Keims neuer Gesellschaft kam zu spät. Auch wurden Möglichkeiten der Verbreiterung und Vertiefung, die sich immer wieder boten, nicht ausgefüllt. Unsere Widersprüche und Vorschläge, die wir hatten, haben wir in der Regel nicht verheimlicht, unsere Kritik aber auch nicht in öffentlich-systematischer Form vorgelegt. Dies war wohl ein Fehler. Schlimmer als es jetzt ist, hätte es dadurch auch nicht werden können. Wenn also die beiden letzten Jahre bei einigen wie ein unvermittelter "Positionswechsel" ankommen, mag das für die bis dahin fehlende deutliche und systematische Darstellung zutreffen.

Insgesamt gibt es bei den abgespaltenen Gefangenen als auch bei uns hier den Eindruck wechselseitiger Mißachtung über eine längere Zeit. Auch draußen gibt es dieses Gefühl. Auch deshalb hätte ich es gut gefunden, wenn es, von der Spaltung als der inzwischen nötigen Distanz ausgehend, dennoch zu einer Diskussion gekommen wäre. Ich betrachte es nicht für ein Epochendrama, wenn eine Gruppe (oder Teile daraus), die über 20 Jahre unter diesen Bedingungen zu leben und zu kämpfen gezwungen waren, in einer Weise reagiert, die inakzeptabel ist. Diese Frage entscheidet sich eher daran, wie nach einer gewissen Frist damit umgegangen wird. Ich finde Leute, die heute versuchen, sich an diesem Debakel zu mästen, sagen nur etwas über sich selbst. Was soll die Klassenanalyse, wenn ein Teil draußen noch nicht einmal in der Lage oder auch nur bereit ist, sich in die Situation hineinzudenken, die doch seit 20 Jahren so unübersehbar extrem ist? Wo sich welche aber noch nicht mal in die Situation von Gefangenen versetzen können, welchen Zugang - außer einem ideologisch gesteuerten - mochten sie zum Alltag jener Klasse gehabt haben, von der sie so gerne reden? Ich bin skeptisch gegenüber "Positionen", insbesondere, wo sich das im Ablegen von politischen Bekenntnissen (für Internationalismus, gegen Patriarchat) erschöpft. Ob das Projekt eines internationalen Kampftags für Gefangene richtig oder falsch ist, wird sich erst hinter den Forderungen und Überschriften entscheiden. Wenn welche mit jener radikalen und findigen Guerillamentalität diesen Kampf beginnen, könnte etwas darüber hinaus Impulsgebendes daraus werden. Wenn es im sektiererischen Stil beackert würde, sollten wir es lieber gleich vergessen.

Ich hatte einen Entwurf dieses Textes mit einigen FreundInnen draußen diskutiert. Einer sagte mir dabei: Wenn du vom Kampf um Würde schreibst, können wir draußen das so direkt nicht nachvollziehen. Ich reagierte spontan und heftig: Doch, hier mußt du deine Würde tagtäglich verteidigen, und vor allem im Trakt und in der Isolation war das ein Kampf, der jeden Tag sehr deutlich spürbar an deinen Kräften zehrte. Auseinandersetzungen, ob sie und wie sie mit Gefangenen und untereinander laufen, haben andere Bedingungen als draußen.

Der folgende Text von Lutz Taufer skizziert die verschiedenen Etappen der RAF und ihrer Politik aus seiner Sicht. Das mehrfach erwähnte Front-Papier (Mai-Papier) ist neben anderen Dokumenten nachzulesen in Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. Konkret Literatur Verlag, 1992 oder in einer der Broschüren des GNN-Verlages in Köln, die dieser mit Texten der RAF herausgegeben hat. Um den doch sehr langen Text lesbarer zu machen, haben wir ihn von durchgängiger Kleinschreibung in Groß-Kleinschreibung umgeändert. Aus redaktionellen Gründen haben wir ihn auf zwei Ausgaben des ak aufgeteilt.

Der erste Teil, der hier abgedruckt ist, endet 1992. Der zweite - etwas kürzere - Teil erscheint im nächsten ak.

24. Wer regiert in Osteuropa? Teil 2: Die baltischen Republiken und die GUS

Autor: Kt. · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:28

Wie haben sich im fünften Jahr nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Osteuropas die Machtverhältnisse entwickelt? In ak 360 gaben wir einen Überblick über den Ausgang der bisherigen Wahlen sowie die Zusammensetzung von Regierungen und Parlamenten in den Ländern Mittelosteuropas. Im zweiten Teil geht es um die drei baltischen Staaten, die eine Sonderstellung einnehmen, da sie als einzige unter den Nachfolge-Republiken der UdSSR nicht zur GUS gehören, sowie um die Strukturen der GUS. Ein dritter Teil, voraussichtlich im nächsten ak, wird sich mit den politischen Verhältnissen in den 12 GUS-Staaten beschäftigen.

Litauen

Nach dem klaren Wahlsieg der Sajudis (Volksfront) im Februar 1990 war Litauen die erste Sowjetrepublik, die ihre staatliche Unabhängigkeit beschloß (11. März 1990). Sajudis-Vorsitzender Landsbergis wurde zum Präsidenten gewählt. Ein Referendum im Februar 1991 bestätigte die breite Unterstützung der Eigenstaatlichkeit: Bei einer Beteiligung von 84 Prozent stimmten mehr als 90 Prozent mit Ja.

Litauen, wirtschaftlich schon immer die schwächste der drei baltischen Republiken, geriet nach der Trennung von der UdSSR erst recht in eine schwere Krise. Die Industrieproduktion ging 1991-92 um 55 Prozent zurück, die Inflationsrate lag 1992 bei mehr als 1000 Prozent. Große Teile der Bevölkerung lasteten die drastische Verschlechterung ihrer Lage der Regierungspolitik und der Sajudis an. Außerdem vollzog sich - wie praktisch überall in Osteuropa - in der einst so breiten und heterogenen Volksfront ein schneller Prozeß der politischen Differenzierung und Spaltung. Präsident Landsbergis scheiterte mit dem Versuch, sich nach dem Vorbild Jelzins zur Krisensteuerung autokratische Vollmachten geben zu lassen: In einer Volksabstimmung darüber votierten im Mai 1992 bei einer Beteiligung von nur 58 Prozent rund 60 Prozent mit Nein. Drei Wochen später einigten sich die Parteien auf vorgezogene Neuwahlen am 25. Oktober 1992.

Eindeutige Wahlsiegerin war die Demokratische Arbeiterpartei (LDDP), die Nachfolgeorganisation der früheren KP. Mit 73 von insgesamt 141 Parlamentssitzen erreichte sie sogar die absolute Mehrheit. Das vor allem vom Sajudis-Rest getragene Wahlbündnis Eintracht für ein demokratisches Litauen kam auf 28 Mandate; weitere 16 Abgeordnete stellt die mit Sajudis zusammenarbeitende Christdemokratische Partei. Die Sozialdemokraten gewannen acht, die Kandidaten der polnischen Minderheit vier Mandate. Sechs weitere Parteien sind mit einem bis drei Abgeordneten im Wilnaer Parlament vertreten.

Seit Februar 1993 ist außerdem der Vorsitzende der LDDP, Brasaukas, der zu Sowjetzeiten KP-Chef war, Präsident der Republik: 60 Prozent der WählerInnen stimmten für ihn. Der nationalistische Gegenkandidat Lozoraitis kam auf 38,1 Prozent. Ihn hatte außer Sajudis und anderen konservativen Parteien auch die in Litauen einflußreiche katholische Kirche unterstützt. Lozoraitis hatte sich als Verfechter einer harten wirtschaftlichen "Schocktherapie" beworben, was offensichtlich bei der Bevölkerung mehrheitlich nicht gut ankam.

Wie meist in Osteuropa - vgl. Bulgarien, Rumänien, Albanien - ist auch in Litauen die Anhängerschaft der Exkommunisten am stärksten in den ländlichen Regionen und Kleinstädten. In den größeren Städten ist das politische Kräfteverhältnis sehr viel ausgewogener. Die Sajudis-Regierung hatte die landwirtschaftlichen Kollektive administrativ zerschlagen, ohne Rücksicht darauf, daß mangels Maschinen, Saatgut und Eigenkapital kaum ein Bauer selbständig existieren kann. Zur Vervollständigung des Desasters war 1992 ein Dürresommer hinzugekommen.

Allgemein wirkte bei den WählerInnen der LDDP auch die Überzeugung, daß diese Partei sehr viel bereitwilliger und geeigneter erschien, die weitgehend zerrissenen wirtschaftlichen Beziehungen der Republik zum Bereich der früheren Sowjetunion, in erster Linie natürlich zu Rußland, wiederherzustellen. Besonders bei Erdöl- und Erdgaslieferungen ist Litauen total von Rußland abhängig - und zudem auf dessen Wohlwollen angewiesen, da es notgedrungen ein schlechter Zahler ist und sich erhebliche Schulden angehäuft haben.

Brasaukas betont sehr, daß die LDDP mit der früheren KP rein gar nichts mehr zu tun habe. Sie sei nun eine echte sozialdemokratische Partei, was durch Bemühungen um Aufnahme in die SI unterstrichen wird. Auf ökonomischem Gebiet hat er versprochen, daß die Reformen künftig etwas behutsamer und sozialverträglicher gestaltet werden sollen. Die objektiven Möglichkeiten dafür sind allerdings eng begrenzt. Auch der Ausbau der Beziehungen zu Rußland ist kurzfristig kein Allheilmittel. Das zeigte sich spätestens im Juni 1993, als die russische Seite aufgrund der Zahlungsrückstände - damals rund 88 Mio. DM - wieder einmal die Gaslieferungen einstellte. Andererseits verdeutlicht die Tatsache, daß sich Litauen als erstes Land der ehem. UdSSR explizit um Integration in die NATO bemüht, daß auch von dieser Seite die Wiederannäherung an Rußland ihre Grenzen hat. Hier - wie auch in Polen - täuscht der Spruch von der "Rückkehr der Exkommunisten an die Macht" sehr über die Realitäten hinweg.

Es wäre nicht verwunderlich, wenn demnächst die LDDP das Opfer der Enttäuschungen und Mißstimmungen in der Bevölkerung über die anhaltend schlechte Gesamtsituation wird. Einige Oppositionsparteien haben bereits eine Unterschriftenkampagne für vorgezogene Neuwahlen eingeleitet. Sehr ernst zu nehmen ist außerdem, wie auch in den anderen baltischen Republiken, die Stärke rechtsextremer Gruppierungen in den neuen Streitkräften.

Lettland

Bei den ersten freien Wahlen im März 1990 hatte die Volksfront 138 von 201 Parlamentssitzen gewonnen. So in die Regierungsverantwortung gelangt, zerfiel die einstige breite Bündnisbewegung in zahlreiche Einzelparteien. Die Gruppe, die immer noch den alten Namen trägt, ist inzwischen politisch bedeutungslos.

Stärkste Partei bei den vorgezogenen Neuwahlen im Juni 1993 wurde eine neugegründete Allianz, Latvija Cels (Lettischer Weg): Auf sie entfielen ungefähr ein Drittel der Stimmen und 36 der 100 Parlamentssitze. Beschrieben wird diese Gruppierung im allgemeinen als "heterogenes Zweckbündnis" aus gemäßigten Nationalisten, Konservativen und angepaßten Exkommunisten, also Teilen der ehemals sozialistischen Bürokratie und Intelligenz. Dieses Spektrum repräsentiert Parteichef Gorbunow, früher Vorsitzender des Obersten Sowjet der Republik und KP-Sekretär für ideologische Fragen. Latvija Cels befürwortet einen "raschen Übergang zur Marktwirtschaft" und eine "Orientierung nach Westeuropa"; insofern unterscheidet sie sich nicht von den meisten anderen Parteien des Landes.

Zweitstärkste Gruppierung wurde bei der Wahl die rechtsextreme Nationale Unabhängigkeitsbewegung (LNNK) mit 13,5 Prozent und 15 Mandaten. Herausragende Wahlkampfziele dieser Partei waren die Vertreibung des russischsprachigen Bevölkerungsteils und die "Entbolschewisierung" Lettlands. Die LNNK fand dadurch internationale Beachtung, daß sie einen deutschen Rechtsextremisten, Joachim Siegerist, als Abgeordneten ins Parlament gebracht hat.

Ebenfalls zur äußersten Rechten gehört die Liste Für Vaterland und Freiheit, die es auf knapp 7 Prozent brachte. Auch sie fordert die Ausweisung aller "illegalen Immigranten", das heißt der meisten Nicht-Letten. Zudem stellt sie sich vor, für ein solches Programm internationale Finanzhilfe gewinnen zu können.

Den russischen Teil der Bevölkerung - soweit er Wahlrecht hatte - vertritt in erster Linie die Liste Eintracht für Lettland/Wiedergeburt für die Volkswirtschaft. Auf sie entfielen 12 Prozent der Stimmen. Die Partei gilt als sozialliberal.

Überwiegend russische Stimmen gewann auch die Liste Gleichberechtigung, Nachfolgeorganisation des "orthodoxen" Flügels der alten KP. 5,8 Prozent der Stimmen - vor allem aus den überwiegend russischsprachigen Gebieten Ostlettlands - verhalfen ihr zu sieben Mandaten.

Von den übrigen Parteien erreichte der dem Zentrum nahestehende Bauernbund 10,6 Prozent; auf die Zentrumspartei selbst entfielen 4,8 Prozent und auf die Christdemokraten 5 Prozent. Die Volksfront scheiterte an der Vier-Prozent-Klausel.

Die Regierung wird von einer Koalition aus Latvija Cels und Bauernbund gebildet. Bruchlinien sind vorprogrammiert: Die um den Bauernbund gebildete heterogene Wahlallianz enthält eine starke antikommunistische Komponente, die sich nur schwer oder gar nicht damit abfinden kann, daß führende Politiker der Vergangenheit wie Gorbunow immer noch eine einflußreiche Rolle spielen. Andererseits sind die mehr protektionistischen Interessen der Bauernbund-Klientel nicht unbedingt mit der stramm

marktwirtschaftlichen Orientierung zu vereinbaren, die im Lettischen Weg vorherrscht und gerade auch von angepaßten Exkommunisten vertreten wird.

Hochgradigen Sprengstoff enthält nach wie vor die "nationale Frage", was auch daran deutlich wird, daß mehr als 20 Prozent der WählerInnen für Parteien votiert haben, die die Vertreibung der russischsprachigen Bevölkerung als Hauptprogrammpunkt fordern.

Im ethnischen Sinn gelten nur etwa 52 Prozent der Bevölkerung als Letten, 34 Prozent sind Russen, 5,4 Prozent Weißrussen, 3,4 Prozent Ukrainer usw. Allerdings können im Prinzip auch Nicht-Letten Staatsbürger Lettlands sein. Für die Parlamentswahl im Juni 1993 galt als Stichjahr 1940, das Jahr der Annexion durch die Sowjetunion. Demzufolge galten von den rund 2,6 Millionen Einwohnern Lettlands nur etwa 1,7 Millionen als Staatsbürger und Wahlberechtigte. Von diesen waren gut ein Fünftel, etwas über 20 Prozent, keine Letten im ethnischen Sinn. Das bedeutete andererseits, daß mehreren hunderttausend erwachsenen Letten das Wahlrecht vorenthalten wurde.

Im November 1993 wurde vom Parlament ein modifiziertes Staatsbürgergesetz beschlossen. Staatsbürger kann danach nur werden, wer mindestens zehn Jahre im Land lebt, gut lettisch spricht, sich selbst erhalten kann und einen Loyalitätseid auf den Staat ablegt. Ehemalige Offiziere der sowjetischen Armee sollen kategorisch von einer Einbürgerung ausgeschlossen sein.

Entsprechend groß ist die Unzufriedenheit und Unruhe im russischsprachigen Bevölkerungsteil, von denen viele 1990/91 noch guten Willens für die staatliche Unabhängigkeit Lettlands votiert hatten. Hier ähnlich wie im benachbarten Estland hat bei den russischen Wahlen im Dezember Schirinowskij mit weit überdurchschnittlichen Ergebnissen die Ernte der Verunsicherung einfahren können.

Estland

In der nördlichsten der drei baltischen Republiken fanden im September 1992 vorgezogene Neuwahlen statt. Aufgrund des Staatsbürgerschaftsgesetzes durften von 1,1 Millionen Bewohnern im Wahlalter nur 660.000 teilnehmen.

Stärkste Partei wurde die Isamaa (Vaterland) mit knapp 21 Prozent und 29 Mandaten. Es handelt sich um ein Bündnis von fünf konservativen Parteien, die nicht nur stramme Verfechter der unsozialen Marktwirtschaft sind, sondern sich allgemein am Vorbild der CDU/CSU orientieren.

Die zweitstärkste Liste, Kindel Kodu (Sichere Heimat), ist ebenfalls ein heterogenes Bündnis, das vor allem unter Russischsprachigen und Exkommunisten seine WählerInnen fand. Sie erreichte knapp 14 Prozent und 18 Mandate. Die Rahvarinne (Volksfront), führende Kraft des Unabhängigkeitskampfs 1988-91, kam nur noch auf 12,5 Prozent. Knapp 10 Prozent wählten die Moodukad (Gemäßigte), eine Allianz, zu der u.a. die Sozialdemokraten gehören. 7 Prozent entfielen auf den rechtsextremen Esti Kodanik (Bürgerblock). Weit rechts steht auch die Nationale Unabhängigkeitspartei, für die sich 8,3 Prozent entschieden. 7,2 Prozent gaben der royalistischen Partei ihre Stimme. Estland war allerdings nie eine Monarchie; die Partei gedenkt diese Ehre dem schwedischen Königshaus anzutragen.

Die Regierung wird von der Isamaa in Koalition mit der Nationalen Unabhängigkeitspartei und den Gemäßigten gebildet. Außerdem kann sich die Regierung in der Regel auf die Stimmen der Rechtsextremisten und Monarchisten stützen.

Das Bürgerschaftsgesetz wurde inzwischen - wohl aufgrund des Drucks nicht nur aus Rußland, sondern auch aus westeuropäischen Regierungen - deutlich liberalisiert. Danach soll nicht als Ausländer gelten, wer schon vor dem 1. Juli 1990 im Lande lebte. Die nach diesem Recht durchgeführten Kommunalwahlen im Oktober 1993 ergaben mancherorts ein Debakel für die regierende Isamaa. In der Hauptstadt Tallinn langte es nur noch zu fünf von insgesamt 64 Mandaten. Zusammen 27 Sitze entfielen dort auf zwei russische Parteien, darunter 10 auf die "nationalkommunistische" Liste Reval. In der überwiegend von Russen bewohnten Stadt Narwa gewannen zwei exkommunistische Listen über zwei Drittel der Mandate.

In wirtschaftlicher Hinsicht gilt Estland als "Musterländle" der ehemals sozialistischen Staaten: niedrige Inflationsrate, stabile und voll konvertierbare Währung, erfolgreiche Umorientierung der Exporte nach Westen, vergleichsweise hohe Attraktivität für ausländische Investoren. Allerdings "trotzdem" sinkende Reallöhne und

steigende Arbeitslosigkeit. Zu berücksichtigen ist bei den Erfolgsmeldungen auch, daß dies nicht primär mit speziellen politischen Entscheidungen zu tun hat: Estland war schon vor der Revolution von 1917 eines der am besten entwickelten Gebiete des Zarenreichs, mit deutlichem Abstand vor Lettland und Litauen.

Ein Erster und elf Gleiche

Ende 1991 endete offiziell die Existenz der UdSSR. Die 15 früheren Sozialistischen Sowjetrepubliken sind zu souveränen Staaten geworden. Ihr territorialer Umfang bewegt sich in einer enormen Bandbreite zwischen Rußland, das mit über 17 Millionen Quadratkilometern immer noch bei weitem der größte Flächenstaat der Erde ist, und Armenien, das mit 30.000 qkm ungefähr die Größe der Schweiz hat. Rußland zählt heute annähernd 300 Mio. Einwohner - mehr als Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien zusammen. Aber 10 der 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben jeweils weniger Einwohner als Österreich (7,6 Mio.). Über die Dimensionen von "Kleinstaaten" ragen eigentlich außer Rußland nur noch drei Republiken heraus:

- Die Ukraine, die annähernd die Größe und Bevölkerungszahl Frankreichs hat.

- Kasachstan, das mit knapp 18 Mio. zwar nicht wesentlich mehr Einwohner hat als die Niederlande, aber mehr als sieben mal so groß ist wie Deutschland.

- Usbekistan mit rund 21 Mio. Einwohnern und einem Territorium, das um etwa ein Viertel größer ist als Deutschland.

Die gleichzeitig mit der Auflösung der UdSSR gegründete GUS soll, soweit möglich, die wirtschaftlichen und politischen - sowie zum Teil auch die militärischen - Verbindungen zwischen den früheren Unionsrepubliken aufrechterhalten.

Daß Rußland in diesem Staatenbund in jeder Hinsicht das absolute Übergewicht hat, versteht sich aus den Gegebenheiten heraus von selbst. Sich selbst betrachtet Rußland ausdrücklich als "Ersten unter gleichen" und beansprucht das "benachbarte Ausland" - d.h. die ehemalige UdSSR, wobei unklar bleibt, wieweit die baltischen Republiken mitgemeint sind - als unmittelbare Einflußsphäre, in der es seine Interessen als Großmacht und als Beschützerin von 25 Mio. Auslandsrussen nötigenfalls auch gewaltsam wahrzunehmen hat.

In mancher Hinsicht wird diese Position von den westlichen Großmächten nicht nur toleriert, sondern auch unterstützt. In relevanten Fragen gilt ihnen ausschließlich Rußland, und nicht etwa die GUS oder die Gesamtheit der einzelnen Republiken, als Nachfolgerin der UdSSR.

Am deutlichsten ist das in der Frage der ehemals sowjetischen Atomwaffen: Selbstverständlich waren sie über das gesamte Territorium der Union verteilt gewesen. Sog. taktische (Kurzstrecken-) Atomwaffen gab es wohl in allen oder fast allen Sowjetrepubliken. Strategische Waffen, vor allem Interkontinentalraketen, waren außer in Rußland auch in der Ukraine, Belarus (Weißrußland) und Kasachstan stationiert. Aus westlicher Perspektive stand von Anfang an fest, daß ausschließlich Rußland Atommacht bleiben darf und alle anderen Nachfolgestaaten der UdSSR atomwaffenfrei werden müssen. Wer sich widersetzte, und sei es auch nur, um den finanziellen und politischen Preis für den Atomverzicht höherzutreiben, wie die Ukraine, wurde von den USA unter massiven finanziellen und diplomatischen Druck genommen.

Zwischen Re-Integration...

Außer den drei baltischen Staaten, die von Anfang an auf entschiedene Distanz zur GUS gegangen sind, gehören dem Staatenbund heute alle anderen aus dem Zerfall der UdSSR hervorgegangenen Republiken an. Auch Moldova, Aserbaidschan und Georgien, die zeitweise außerhalb der GUS-Strukturen standen, sind in den letzten Monaten reumütig "heimgekehrt": Bürgerkriege, zwischenstaatliche Konflikte, wirtschaftliche Notlagen und Abhängigkeit von Rußland ließen ihnen kaum einen anderen Ausweg.

Die teilweise als Befürwortung einer militärischen Eroberungspolitik mißverstandene, in Wirklichkeit einfach nur zynische Prognose des Faschisten Schirinowskij, man müsse die anderen Republiken nur sich selbst überlassen, dann würden sie eines Tages hungrig und heruntergekommen "angekrochen" kommen und um Anschluß an Rußland bitten, ist so unrealistisch wirklich nicht.

Weitere Punkte wären in diesem Zusammenhang zu erwähnen. So der Sturz des weißrussischen Präsidenten durch das Parlament im Januar, der zu einer weiteren Annäherung der Republik an Rußland, möglicherweise sogar tatsächlich zur Verschmelzung, führen dürfte. Die zentralasiatischen Republiken legen aufgrund ihrer eigenen Schwäche und Rückständigkeit sogar selbst Wert darauf, daß Rußland seine Führungsrolle in der GUS stärker wahrnimmt. Nicht nur sind in sämtlichen Republiken der ehem. UdSSR, mit der einzigen Ausnahme Litauens, noch russische Truppen stationiert, sondern die Zahl der Schauplätze, an denen sie im Einsatz sind, wird eher größer als kleiner.

...und weiterem Zerfall

Insofern könnte man urteilen, daß der seit 1991 anscheinend zu erwartende völlige Zerfall der Sowjetunion nicht eingetreten ist, sondern im Gegenteil eine Rückkehr zu intensiveren Beziehungen untereinander, insbesondere allerdings eine Stärkung der bilateralen Beziehungen Rußlands zu den anderen Republiken, stattfindet.

Indessen, die meisten Ansprüche, die sich die GUS selbst stellt, erweisen sich vorerst als nicht realisierbar. Keine Rede kann davon sein, wie in der GUS-Charta schriftlich niedergelegt, daß supra-nationale Institutionen, ein gemeinsames GUS-Parlament und ein effektives Präsidentenamt an der Spitze, geschaffen worden wären. Das höchste Gremium der GUS, die in unregelmäßigen Abständen einberufene Konferenz der 12 Staatsoberhäupter, hat keine Entscheidungs- und Weisungsbefugnis. Jede Republik entscheidet für sich selbst den Grad ihrer Integration in gemeinsame Vorhaben, ebenso wie auch jede Republik allein Herr darüber ist, welche Beschlüsse der Gipfelkonferenzen und welche Staatsverträge sie mittragen will und welche nicht.

Daß die GUS zur politischen Lösung ethnischer und zwischenstaatlicher Konflikte zwischen ihren Mitgliedern keinen wirklichen Beitrag leisten kann, versteht sich fast von selbst, schon wegen der Unterschiedlichkeit der Interessen. Aber auch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen können Unmengen von Verträgen, Vereinbarungen und Deklarationen nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht Re-Integration, sondern weiterer Zerfall das Bild bestimmt.

Ein Beispiel für mehrere totgeborene Wunschprojekte ist die "Wirtschaftsunion", die auf dem neunten Gipfeltreffen der GUS-Staatschefs im Mai 1993 von der Mehrheit der Teilnehmer beschlossen und unterzeichnet wurde. Zu recht führte Boris Jelzin damals aus, eine Wirtschaftsunion sei nicht denkbar ohne einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und eine abgestimmte Strategie der Wirtschaftsreformen, gemeinsame und verbindliche Finanz- und Kreditpolitik, Zollunion, gemeinsame Preispolitik und, nicht zu vergessen, eine gemeinsame Leitwährung.

Damit ist genug gesagt: es funktioniert praktisch so gut wie nichts von alledem. "Der Warenaustausch Rußlands mit den Partnern der GUS ist 1993 weiter geschrumpft und macht nur noch 56 Prozent des Niveaus von 1991 aus. Öl - und Erdgaslieferungen wurden weiter drastisch verringert. Die Handelspartner des ‚nahen Auslands` (...) stehen bei Rußland mit fast 300 Millionen Dollar in der Kreide. Außerdem behindern ständig wachsende Zollbarrieren den Handel." (SZ, 28.12.93) Dazu ist lediglich korrigierend anzumerken, daß die Verschuldung der anderen Republiken bei Rußland weitaus höher ist; allein die der Ukraine wird mit über zwei Milliarden Dollar beziffert.

Die Rubelzone neuen Typs, gerade erst Anfang September 1993 unter Fanfarenschall proklamiert, war wenige Wochen später schon wieder auseinandergefallen. Damit platzte auch die Seifenblase des im August 1993 zwischen Rußland, Kasachstan und Usbekistan vereinbarten "gemeinsamen Wirtschaftsraum ohne Schranken".

Zum Geltungsbereich des Rubels gehört momentan außer Rußland nur noch Tadjikistan; was mit Belarus werden soll, ist umstritten. Rußland akzeptiert seit seiner Währungsreform im Juli 1993 nur noch neugedruckte Rubel. Die will es den anderen GUS-Staaten aber nur zur Verfügung stellen, wenn sie dafür ihre Gold- und Devisenreserven verpfänden; außerdem müßten sie der Kontrolle ihres Finanz- und Bankensystems durch Moskau zustimmen. Dieser russische Standpunkt ist einerseits verständlich, da man anderenfalls Nationalwirtschaften unterstützen müßte, die in noch schlechterem Zustand sind als die eigene. Andererseits ist nachvollziehbar, daß die meisten GUS-Staaten es ablehnen, sich in eine solche neue Unterordnung zu begeben und sich praktisch der Moskauer Geldpolitik total auszuliefern, die auch aus Sicht der russischen Bevölkerung oft unberechenbar und schlecht durchdacht erscheint.

Ein vorerst kaum lösbares Problem stellt für viele der neuen Republiken ihre starke oder totale Abhängigkeit von den Erdöl- und Erdgaslieferungen Rußlands dar. Aufgrund der Ansammlung hoher Zahlungsrückstände kam es mehrfach zur zeitweisen Einstellung der Lieferungen - so gegenüber Litauen, Weißrußland und der Ukraine. "Die Versorgung der energiearmen Republiken mit billiger Energie kostete Rußland, Schätzungen zufolge, allein 1992 rund 9,5 Milliarden Dollar." (SZ, 16.4.93)

Es ist keineswegs so, daß die russische Seite einfach einheitliche Weltmarktpreise verlangt, sondern sie berechnet erstens für einzelne Staaten jeweils unterschiedliche Preise, auch unter politischen Gesichtspunkten, und sie benutzt zweitens die Zahlungsprobleme ihrer Partner, um Zugeständnisse auf anderen Gebieten zu erreichen. Hauptbeispiel: Der Versuch, die ukrainische Hälfte der Schwarzmeerflotte zu erwerben in Verrechnung gegen die aufgelaufenen Energie-Schulden dieser Republik. Entgegen damaligen Presseberichten ist darüber bisher anscheinend kein Abkommen unterzeichnet worden, sondern nur zwischen den Staatsoberhäuptern gesprochen worden. Im ukrainischen Parlament wäre diese Idee wahrscheinlich genauso wenig mehrheitsfähig wie der von Präsident Krawtschuk ausgesprochene Verzicht auf die in der Republik stationierten atomaren Interkontinental-Raketen.

Auch mit seinen Einfuhrzöllen macht Moskau gezielt Politik. So wurde die Rückkehr Moldovas in die GUS im Herbst 1993 u.a. mit der Drohung erpreßt, anderenfalls die russischen Zollbarrieren für die Hauptexportartikel der kleinen, überwiegend landwirtschaftlich orientierten Republik - Wein, Cognac und Tabak - so drastisch zu erhöhen, daß sie praktisch nicht mehr absetzbar gewesen wären.

Die Auflösung

der Sowjetarmee

Ein zentrales Anliegen Moskaus ist die Anbindung der GUS-Staaten an Rußlands militärstrategische Interessen wie auch an seine konkrete Militärpolitik. Verwunderlich oder unverständlich ist das überhaupt nicht: Durch die osteuropäischen Umbrüche 1989 hat Rußland nicht nur auf einen Schlag seine gesamte sicherheitspolitische Pufferzone verloren, die von den verbündeten Staaten gebildet wurde. Es büßte darüber hinaus auch im "eigenen" Land, im Rahmen der Sowjetunion, wichtige Elemente seiner Verteidigungsstrukturen ein.

Die Tatsache beispielsweise, daß die drei baltischen Republiken unwiederbringlich verloren scheinen, bedeutet den Verlust wichtiger Zugänge zur Ostsee, von Teilen des Frühwarnsystems sowie sämtlicher Landverbindungen zum Gebiet von Kaliningrad, das immer noch ein wichtiger vorgeschobener Stützpunkt Rußlands ist. Die Unabhängigkeit der Ukraine bedeutet für Rußland, daß es kaum noch über eigene Zugänge zum Schwarzen Meer verfügt und auf Zusammenarbeit mit einem unberechenbaren Partner angewiesen ist. Daher das strategische Interesse an der Krim, wo sich die Hauptstützpunkte der Schwarzmeer-Flotte befinden.

Rußland hat nicht nur innerhalb kürzester Zeit hunderttausende Soldaten völlig neu unterzubringen, die aus den ehemals verbündeten Ländern Mittelosteuropas und aus dem "benachbarten Ausland" zurückgezogen wurden. Es muß überdies erhebliche Teile seiner militärischen Positionen neu aufbauen, Verlorenes zu ersetzen oder zu kompensieren versuchen. Das bedeutet enorme zusätzliche Lasten für den militärischen Etat, den Rußland aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten eigentlich stark zusammenstreichen müßte. Dies zu tun, würde allerdings die Verteidigungsfähigkeit - Ausstattung mit moderneren Waffen usw. - einschränken, was gegen die Militärs nicht durchzusetzen wäre, selbst wenn es die Politiker für wünschenswert halten würden.

Als Ende 1991 die UdSSR aufgelöst und die GUS gegründet wurde, ging man noch von dem Plan aus, die sowjetische Armee zumindest für eine mehrjährige Übergangszeit als Einheit zu bewahren und einem gemeinsamen Kommando der GUS zu unterstellen. Den Posten des Oberkommandierenden der GUS-Streitkräfte bekam der frühere sowjetische Verteidigungsminister Schaposchnikow - ein Kaiser ohne Reich, wie sich schnell herausstellte. Im Juni 1993 wurde er abgelöst, und im Dezember wurde das nur auf dem Papier stehende GUS-Oberkommando offiziell aufgelöst. An seine Stelle soll nun ein anspruchsloserer Koordinierungsstab für militärtechnische Zusammenarbeit der GUS treten.

Rußland, von dem der Vorschlag gemeinsamer Streitkräfte ursprünglich ausging, war in Wirklichkeit nicht daran interessiert. Selbstverständlich nicht, denn in der Praxis hätte es allen Nachfolgestaaten der UdSSR

gleiche Mitsprache-Rechte gegeben. Was das bedeutet hätte, wird besonders daran deutlich, daß auch für die atomaren und anderen Massenvernichtungswaffen eine gemeinsame Kontrolle und Befehlsgewalt aller GUS-Staaten vorgesehen war. Rußland aber strebte selbstverständlich das ungeteilte Monopol über diese Waffen an, und wurde darin von den westlichen Großmächten nicht nur unterstützt, sondern geradezu vorangepeitscht.

So kam es bald zu einer, teilweise spontanen und unkontrollierten, kontrovers verlaufenden Aufteilung der sowjetischen Streitkräfte unter die 12 Staaten der GUS. Einige besonders heikle Punkten blieben dabei zunächst noch offen, wie etwa die Aufteilung der Schwarzmeer-Flotte. Die ukrainische Ausgangsposition war, daß ihr die Flotte insgesamt - mit Ausnahme der gesondert zu behandelnden atomaren Waffen - gehören müsse. Moskaus Gegenposition war: die Flotte sei immer russisch gewesen, höchstens 20% davon könnten der Ukraine überlassen werden. Vertraglich einigte man sich später auf eine Aufteilung je zur Hälfte. Realistisch und praktisch wirksam ist das nicht: Erstens sind die Besatzungen der Flotte tatsächlich überwiegend russischer Nationalität und lehnen ein ukrainisches Kommando schärfstens ab, bis hin zur Meuterei. Zweitens verfügt die Ukraine absolut nicht über die finanziellen Mittel, um einen so großen Bestand an Kriegsschiffen zu unterhalten.

Ein wesentlicher - noch nicht wirklich abschließend geregelter - Punkt bei der Auflösung der sowjetischen Armee ist der Umgang mit den Atomwaffen: Sie blieben von der Aufteilung ausgenommen und sollen komplett nach Rußland geschafft werden, großenteils zur Unschädlichmachung. Für die sog. taktischen Waffen ist dieser Rückzug schon vollständig abgeschlossen. Interkontinental-Raketen sind noch in Belarus, Kasachstan und in der Ukraine stationiert. Nur Weißrußland ist bisher definitiv entschlossen, seine Raketen bis 1996 an Rußland abzuliefern. In der Ukraine widersetzt sich das Parlament immer noch einer solchen Regelung. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: sie reichen von der Hoffnung, mehr finanzielle Entschädigung und verbindlichere Sicherheitsgarantien durch die USA aushandeln zu können, bis hin zu der Position nationalistischer Kreise, die sich ihr Land gut als Atommacht vorstellen könnten. Kasachstan, wo eigentlich schon alles klar zum Abzug der Raketen schien, macht neuerdings ebenfalls Schwierigkeiten; vermutlich in erster Linie gleichfalls mit Blick auf mehr Entschädigung und Garantien.

Übrigens wäre, aber nur rein theoretisch, für die Atomwaffen insgesamt das Oberkommando der Streitkräfte der GUS zuständig gewesen, solange es noch existierte. Die Praxis sah selbstverständlich immer anders aus. Dem Phantom "gemeinsame Streitkräfte" erteilten Moskaus Militärs schon im Mai 1993 eine klare Absage: Nur in Kriegszeiten sinnvoll, ansonsten viel zu teuer. Klar, Rußland hätte die Truppen fast allein zu finanzieren, müßte sich aber in die Kontrolle mit 11 theoretisch gleichgestellten Staaten teilen. Wer würde so etwas schon mit sich machen lassen? Wohl aus gleichem Grund ist die im März 1992 auf dem vierten GUS-Gipfel vereinbarte Aufstellung einer gemeinsamen Friedenstruppe nach dem Vorbild der UN-Blauhelme nicht in die Praxis umgesetzt worden. Wo "Friedenstruppen" heute im Einsatz sind, handelt es sich überwiegend um Russen; von Fall zu Fall kommen kleine Kontingente anderer Republiken hinzu.

"Kollektive Sicherheit"

Auf dem fünften GUS-Gipfel im Mai 1992, der ausschließlich militärpolitischen Fragen gewidmet war, wurde ein Vertrag über kollektive Sicherheit und militärischen Beistand unterzeichnet. Von den 12 GUS-Republiken traten dem Abkommen allerdings nur Rußland, Armenien, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan bei. Um genau zu sein: Die Staatschefs dieser Republiken setzten ihre Unterschriften unter das Papier. Parlamentarisch ratifiziert wurde der Vertrag schließlich aber nur von Armenien. Das weißrussische Parlament beschloß, gegen heftigen Protest von Präsident Schuschkjewitsch und gegen die nicht sehr zahlreiche nationalistische und liberale Opposition, im April 1993 den Beitritt zu dem Sicherheitspakt.

Der Vertrag enthält u.a. folgende Bestimmungen: Die Teilnehmer verzichten auf Gewalt oder Gewaltandrohung gegeneinander. Sie werden keine anderen Militärbündnisse eingehen oder sich an sonstigen Staatenblöcken beteiligen, die gegen andere Pakt-Mitglieder gerichtet sind. Sie werden sich in allen Fragen der internationalen Sicherheit konsultieren, insbesondere im Fall einer Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit oder einer Bedrohung für einen Mitgliedsstaat.

Brisant ist in diesem Vertragswerk nur der Punkt über den gegenseitigen Beistand. Er besagt, daß jede Aggression gegen einen der Pakt-Staaten von den anderen als Angriff gegen sich selbst behandelt werden

wird. Alle Unterzeichnenden, so heißt es weiter, würden dem angegriffenen Partner die notwendige Unterstützung, einschließlich militärischer Hilfe geben, und unter Umständen auch von dem Recht auf kollektive Verteidigung nach Artikel 51 der UNO-Charta Gebrauch machen.

Armenien hat, selbstverständlich ohne Erfolgsaussichten, die anderen Pakt-Mitglieder unter Berufung auf diesen Punkt zum Beistand gegen Aserbaidschan im Karabach-Konflikt aufgefordert. Über dieses provokante Ansinnen im Kreis der beteiligten Staaten - vier von sechs Mitgliedern sind islamisch wie Aserbaidschan - auch nur ernsthaft verhandeln zu wollen, hätte den Pakt wahrscheinlich gleich gesprengt. Umgekehrt hatte Aserbaidschan, im Herbst 1993 in die GUS zurückgekehrt, genauso wenig Glück, als es nun seinerseits zur militärischen Unterstützung aufforderte.

Die Wahrscheinlichkeit, daß ein GUS-Staat durch ein Land angegriffen wird, das nicht zur GUS gehört, ist realistisch betrachtet derzeit gering. Die Möglichkeit, daß sich GUS-Staaten untereinander bekriegen oder separatistische Bewegungen in einer Nachbar-Republik militärisch unterstützen, ist jedenfalls sehr viel größer. Daher stand das Pakt-Projekt in dieser Form von Anfang an auf tönernen Füssen. So wurde schließlich auf dem GUS-Gipfel im Dezember 1993 das Vertragswerk in seiner bisherigen Form zu Grabe getragen, das heißt, es soll "verbessert", neu formuliert werden. Es gibt mehrere konkurrierende Entwürfe, je nach Interessenlage. Rußland möchte die Beistandspflicht am liebsten ganz fallenlassen oder sie so zurechtbiegen, daß sie in den konkreten Fällen GUS-interner Konflikte nicht anwendbar wäre.

Das vorläufige Ergebnis ist, daß auf der Ebene kollektiver militärischer Koordination in der GUS nichts mehr läuft, dafür aber die meisten Republiken bilaterale Militärverträge mit Rußland abgeschlossen haben. In erster Linie geht es dabei um Waffenlieferungen, Wartungs- und Bedienungshilfe, Unterstützung beim Aufbau eigener Armeen durch Ausbilder u.ä., sowie um die Stationierung russischer Truppen und die Benutzung von Stützpunkten.

Großes Konfliktpotential

Knapp die Hälfte der annähernd 300 Millionen Einwohner der ehemaligen UdSSR sind Russen. Durch die Auflösung der Sowjetunion wurden etwa ein Sechstel von ihnen, 25 Millionen Menschen, zu Ausländern in den neu entstandenen Staaten, die man in Rußland "das benachbarte Ausland" zu nennen pflegt. Andererseits gibt es in Rußland aber auch annähernd 30 Millionen Nicht-Russen. Die Gesamtzahl der ehemaligen Sowjetbürger, die außerhalb ihres eigenen nationalen Territoriums - frühere Unionsrepubliken, autonome Republiken und Bezirke - lebten, wurde in den letzten Jahren der UdSSR mit einem Fünftel der Gesamtbevölkerung angegeben, damals rund 55 Millionen Menschen. Diese Zahl verfälscht die Realität aber nach unten: Beispielsweise wäre ein in Rußland lebender Tatar nur dann in diese Kategorie gerechnet worden, wenn er außerhalb der Tatarischen Autonomen Republik der RSFSR lebte.

Aus dem Zerfall und der Selbstauflösung der Sowjetunion ergeben sich zahlreiche und vielfältige Probleme der Minderheitenrechte, der Grenzziehung sowie auch der Selbstbestimmungsforderungen von Ethnien, die sich entweder einem anderem Staat anschließen wollen oder volle Selbständigkeit für sich beanspruchen.

Das Konfliktpotential innerhalb der GUS ist dementsprechend groß. Zwei ihrer Mitglieder, Armenien und Aserbaidschan, führen seit Jahren Krieg gegeneinander, ohne daß die GUS in der Lage ist, sich dazu in irgendeiner Weise politisch und praktisch wirksam zu verhalten. Rußland und die Ukraine befinden sich in einem Streit um die Aufteilung der Schwarzmeer-Flotte und die noch in der Ukraine stationierten Atomraketen. Ein brisantes Territorialproblem stellt die Krim dar, die zwar zur Ukraine gehört, aber mehrheitlich von Russen bewohnt wird, die den "Anschluß ans Mutterland" anstreben. In Moldova wird die Lostrennung des mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnten östlichen Landesdrittels kaum noch rückgängig zu machen sein. Im georgischen Bürgerkrieg zwischen der Regierung in Tiflis und der abchasischen Minorität haben erfolgreich tausende von freiwilligen Kämpfern aus den Völkern des (zu Rußland gehörenden) Nordkaukasus auf Seiten der Separatisten eingegriffen. In Rußland widersetzen sich mehrere Autonome Republiken dem Einfluß der Moskauer Zentralmacht. Am weitesten geht dabei die Republik der Tschetschenen, die sich im Herbst 1991 für unabhängig erklärt hat. Die Reaktion Jelzins, über das Gebiet den Ausnahmezustand zu verhängen, wurde damals sofort vom Parlament aufgehoben - und seither hat es keinen russischen Versuch gegeben, die Lostrennung gewaltsam zu beenden. Besonders starke Tendenzen zur Eigenständigkeit gegenüber Moskau gibt es außerdem in den Autonomen Republiken der Tataren, Baschkiren und Tuwinen.

Nur teilweise sind die Widersprüche und Konflikte im Bereich der früheren UdSSR ethnisch begründet. Zu einem erheblichem Teil reproduzieren die Konfliktsituationen alte Gegensätze zwischen der Zentralregierung einerseits und den Sonderinteressen der Regionen des riesigen Landes andererseits. Der russisch-ukrainische Machtkampf um die Schwarzmeer-Flotte und die noch in der Ukraine stationierten Atomraketen beispielsweise ist nicht als Nationalitätenkonflikt im eigentlichen Sinn des Wortes zu interpretieren, sondern als Konkurrenz zwischen zwei Staaten. Allerdings ist zu befürchten, daß die Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen belastend auf das Verhältnis zwischen den beiden Völkern zurückwirkt. Immerhin sind ein Fünftel der Einwohner der Ukraine Russen, und da sie regional die Mehrheit bilden (Krim, Donez-Gebiet), kann jederzeit auch die Fragen der Grenzziehung neu ins Spiel gebracht werden. Ähnlich stehen die Dinge in Kasachstan.

Zur russischen Nationalität gehören 38% der Bewohner Kasachstans, 20% in der Ukraine, 21% in Kyrgystan (ehem. Kirgisien) und jeweils rund ein Drittel in Estland und Lettland. Mit den 25 Millionen Russen im "benachbarten Ausland" ist vermutlich das gefährlichste Konfliktpotential im Bereich der früheren Sowjetunion verbunden: Erstens handelt es sich um die zahlenmäßig stärkste Gruppe unter allen Diaspora-Ethnien der früheren UdSSR. Zweitens verfügen sie über einen starken Rückhalt in Rußland selbst. Das beinhaltet sowohl informelle Unterstützung - etwa durch militärische Freiwillige wie in Moldova oder durch nationalistische Parteien wie die von Schirinowskij, wie aber auch Maßnahmen der Moskauer Regierung und - tendenziell - durch die russischen Streitkräfte, die in sämtlichen früheren Sowjetrepubliken, mit Ausnahme Litauens, noch präsent sind.

Der Wahlerfolg des rechtsextremen Demagogen Schirinowskij, der bei den Russen im "benachbarten Ausland" zum Teil weit überdurchschnittliche Ergebnisse einfahren konnte, zeigt, wie breit derzeit die Akzeptanz für aggressive nationalistische Parolen ist. Zusammengenommen mit chauvinistischen, anti-russischen Tendenzen in anderen Republiken ist ein Prozeß in Gang gekommen, bei dem sich beide Seiten jeweils ihre Ressentiments bestätigen, das gegenseitige Mißtrauen anheizen und die Konfliktbereitschaft der Gegenseite verschärfen. Der Schutz der Russen im "benachbarten Ausland", unter Umständen auch mit militärischen Mitteln, ist keineswegs nur ein Propagandathema der extremen Nationalisten, sondern Teil der offiziellen russischen Staats- und Militärdoktrin.

Moskauer Regierungspolitiker scheuten sich denn auch keineswegs, den rechtsextremen Wahlerfolg als Drohmittel einzusetzen: Bisher hätten die anderen Republiken die russische Politik ihnen gegenüber für übertrieben hart gehalten. Jetzt könnten sie sehen, daß sie äußerst moderat gewesen sei - verglichen mit Schirinowskij, wäre hinzuzufügen.

Das Risiko besteht tatsächlich, daß sich im Bereich der früheren Sowjetunion ein "engeres Wiederzusammenrücken" der Republiken vollzieht, das diesen Namen nicht verdienen würde, weil es nicht auf echter, allseitiger Integration und Interessenausgleich, sondern auf militärischen und ökonomischen Abhängigkeiten der übrigen von Rußland beruhen würde. Also auf dem, was man bereits hatte. Die Gefahr bestünde, daß eine solche Zwangsunion irgendwann ein weniger zivilisiertes und unblutiges Ende fände als die UdSSR 1991.

Kt.

25. Heute sagen wir: Basta! Mexiko - Zapata reitet wieder

Autor: Stephanie und Boris, Mexiko-Stadt · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:12

Seit Anfang dieses Jahres herrscht im südlichen mexikanischen Bundesstaat Chiapas Kriegszustand: Bombardierung von Dörfern, Hunderte Tote und Verletzte, Flüchtlinge, totale Blockade der Zufahrtswege zu Dörfern und Städten, Einstellung fast aller Dienstleistungen, Verbot für das Rote Kreuz und die Presse, in die umkämpfte Zone vorzudringen, vorläufige Schließung aller Schulen, militärische Kontrolle der Land- und Luftverkehrswege, Polizeikontrollen, Verhaftung von Zivilisten.

Trotz dreiwöchiger intensiver Aktivitäten hatte das mexikanische Militär, das mittlerweile 17.000 Soldaten in der umkämpften Zone zusammengezogen und damit den Kriegszustand erst geschaffen hatte, lediglich erreichen können, daß sich die Guerilleros des EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) zeitweilig in den Urwald zurückzogen. Ausschließlich eine der vier Kleinstädte, Ocosingo, die das EZLN in der Neujahrsnacht besetzt hatte, konnte das Militär zurückerobern. Altamirano, Las Margaritas, San Cristóbal de las Casas wurden von der Guerilla selbst verlassen. Die Strategie des mindestens 1.500köpfigen EZLN besteht aus Überraschungsangriffen, schnellem Zurückziehen und Wiedereingliedern in die zivile Bevölkerung. Die Guerilla hat Heimvorteil: Während die Berufssoldaten aus allen Teilen Mexikos stammen, sind die Mitglieder des EZLN größtenteils Chiapaneken: Tzeltales, Tzotziles, Choles, Tojolabales.

EZLN - "Guerilla neuen Typs"

Bis zur Neujahrsnacht '93/94 gab die Regierung Mexikos vor, es sei nichts über eine Guerillaorganisation in Chiapas bekannt. Noch Ende des Jahres '93 beteuerte der ehemalige Innenminister Patrocinio Gonzáles Garrido: "In Chiapas gibt es keine Guerilla!" (Proceso, 10.1.1994).

Die ersten öffentlichen Meldungen über die Existenz einer Guerilla kamen jedoch schon im März 1993 auf, als zwei tote Soldaten des mexikanischen Bundesmilitärs in der Gemeinde San Isidro Octal im südlichen Chiapas aufgefunden wurden. Darauf folgten Konfrontationen in der Sierra Corralchen Ende Mai, in deren Verlauf zwei Soldaten und ein Guerillero ums Leben kamen und zwei weitere Soldaten verletzt wurden.

Das Gerücht einer bewaffneten Organisation in Chiapas war schon seit längerem im Umlauf. Ungewiß bleibt, welche Einzelheiten der Regierung und dem Militär über die Guerilla vor dem Aufstand bekannt waren. Die eigentliche Sensation, die das Land den Atem anhalten ließ, war die Stärke des EZLN, das mit mindestens 1.500 Bewaffneten eher einem Heer gleicht als einer Guerillagruppe.

Am 7. Januar 1994 gab die Regierung einen Lagebericht über das EZLN, nachdem sie nach einwöchigem militärischem Mißerfolg zugeben mußte, daß es sich nicht um 200 verirrte Individuen handelt, wie in der ersten Regierungserklärung am 1. Januar 1994 behauptet wurde, sondern um eine ernstzunehmende Kraft, die auf breite Unterstützung in der chiapanekischen Bevölkerung zählen kann und zudem im ganzen Land eine Solidaritätsbewegung ausgelöst hat. In einem Bericht heißt es über die Stärke und Organisation des EZLN: "Sie verfügt über eine innere Ordnung und Disziplin ...; kann in fünf Regierungsbezirken auf ein organisatorisches Netz von militanten Zellen zählen, die in ständiger Kommunikation über Funk mit den zivilen Gruppen der Organisation stehen." Über die militärische Ausbildung: "Sie verfügt über 15 Schulungszentren in verschiedenen Regierungsbezirken." Weiter im Dokument heißt es, diese Schulungszentren bestünden aus Trainingsplätzen zur körperlichen Ausbildung, paramilitärischer Unterweisung und Übung in "Subversion und Terrorismus" bis hin zu Schulungen in Gesundheit, Erster Hilfe und Errichtung von Flüchtlingsunterkünften. Außerdem existierten Sicherheitsbehausungen und Zentren, wo sie sich versammeln und politisch-revolutionäre Filme zeigen würden, und ein Kommunikationsnetz über Funk in allen Regierungsbezirken. "Es läßt sich feststellen, daß die Mehrheit der Waffen neu ist." In diesem Teil des Berichtes wird nichts über die Macheten und andere veraltete Waffen erwähnt, die in den ersten Tagen des Aufstandes über die Bildschirme des mexikanischen Fernsehens flimmerten. In dem Dokument wird im Gegenteil festgehalten, daß das EZLN über Gewehre vom Kaliber 22, Maschinengewehre AR-15 Kaliber 5.56, Karabiner M-1 Kaliber 30 (alle aus US-amerikanischer Fertigung); Maschinengewehre der Marke STEN

(englische Fabrikation); Schrotflinten, Pistolen und Revolver unterschiedlicher Typen; Maschinengewehre CKS und Karabiner SKS-Simonov Kaliber 7.62 (aus russischer Fertigung) verfügt. (Proceso, 10.1.1994)

Ursprünge des EZLN

Einer der frühen Vorboten des aktuellen Konflikts in Chiapas war der "Erste indigene Kongreß: Fray Bartolomé de las Casas", der im Oktober 1974 in San Cristóbal de las Casas abgehalten wurde. Zum 500. Geburtstag des berühmten Dominikanerbruders erklärten die Indios folgendes: "Es wird Zeit, daß wir anfangen zu denken und zu sehen, ob wir wirklich die Freiheit besitzen, die uns Bruder Bartolomé de las Casas zugesprochen hat. Warum wir, die indianische Bevölkerung, Tzotzile, Tzeltazale, Chole und Tojolabale, in dem Gebirgsland leben, während die weißen ‚Ladinos` in der Stadt leben und Bauernhöfe und Güter besitzen!" 1974 verordnete der damalige mexikanische Präsident Luis Echeverría, daß die 614.000 Hektar des lakandonischen Waldes von Chiapas im Besitz von nur 67 Lakandoniern bleiben sollten, obwohl 20.000 Bauern ihr in der mexikanischen Konstitution von 1917 festgeschriebenes Recht auf Land einforderten.

Nach dem Kongreß entstanden in allen Teilen Chiapas indigene Organisationen, wie z.B. im lakandonischen Wald die Campesino-Vereinigung "Tierra y Libertad" (1976) und "Lucha Campesina" (1978). Diese Organisationen sind weder in der kommunistischen Partei Mexikos (PCM) noch in der sozialistischen Arbeiterpartei (PST) organisiert. In den siebziger Jahren bildeten sich außerdem in verschiedenen Staaten Mexikos bewaffnete Organisationen, die unter dem Namen Fuerzas Armadas de Liberación Nacional (FALN) bekannt wurden. In Chiapas wurden die FALN zerschlagen. Andere Chiapaneken gründeten Jahre danach eine neue militärisch-politische Organisation. Diese nennt sich seit Anfang der achtziger Jahre Fuerzas de Liberación Nacional (FLN). Der militärische Arm der Organisation, den sie seitdem anfing zu bilden, ist das heutige EZLN.

Das EZLN kann in Chiapas auf eine breite soziale Basis zählen. Den Aussagen der Campesinos von Ocosingo und Altamirano zufolge war sein öffentliches Gesicht die aufgelöste Alianza Nacional Campesina Independiente Emiliano Zapata (ANCIEZ). Die ANCIEZ hatte sich Ende 1989 gegründet. Sie zeigte das erste Mal ihre Stärke am 12. Oktober 1992, als sie zum Andenken an die 500 Jahre des indigenen und schwarzen Widerstandes 10.000 Indios zu einer Demonstration in San Cristóbal de las Casas mobilisierte. Im Februar 1993 löste sich die ANCIEZ nach einer Versammlung in Sabanilla offiziell auf. Ihre Führungsmitglieder verschwanden in den ersten drei Monaten des Jahres aus San Cristóbal. Heute wird vermutet, daß sie im EZLN ihre politischen, ideologischen und militärischen Vorbereitungen fortsetzten.

Politisches Programm

Das politische Programm des EZLN ist - nach seinen eigenen Angaben - politisch und ideologisch vom Geiste des Revolutionsführers General Emiliano Zapata beeinflußt. Emiliano Zapata war, zusammen mit Pancho Villa, eine der berühmtesten Führungspersönlichkeiten der mexikanischen Revolution von 1910-1920. Er hatte die Campesinos des Südens bis zur Eroberung von Mexiko-Stadt angeführt. Im Plan von Ayala vom 28.11.1911 proklamierte Zapata revolutionäre Gesetze zur demokratischen Umgestaltung des vorher diktatorisch regierten Landes sowie eine grundlegende Agrarreform.

Inspiriert von diesem Plan veröffentlichten die heutigen Zapatisten in der ersten Ausgabe ihrer Zeitung "El Despertator Mexicano" zehn Gesetze: Über Kriegssteuern, Rechte und Pflichten der kämpfenden Gemeinden, Rechte und Pflichten der bewaffneten revolutionären Kräfte, Rechte der Frauen, städtische Reform, Arbeit, Industrie und Handel, soziale Sicherheit und Recht. Außerdem - am allerwichtigsten - ein Gesetz zur Agrarreform. Eine Verteilung des Bodens an die Campesino-Kooperativen wurde schon in der Konstitution von 1917 festgeschrieben. Die Agrarreform wurde in Chiapas jedoch niemals richtig durchgeführt. Vor etwa zwei Jahren wurde der entsprechende Verfassungsartikel - Artikel 27 - mit Blick auf die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA zu Ungunsten der Campesinos verändert. Das vorher sich im kommunalen und staatlichen Besitz befindliche Land wird privatisiert.

Mit seinem Leitspruch "Vivir por la patria o morir por la libertad" (Für das Vaterland leben oder für die Freiheit sterben) erklärte das EZLN am 1. Januar 1994 dem mexikanischen Bundesheer und der "illegitimen" Regierung des Präsidenten Salinas de Gortari den Krieg. In der Kriegserklärung "Deklaration aus dem Lakandonischen Wald" heißt es einleitend: "Wir sind das Produkt von 500jährigen Kämpfen. Zuerst gegen die Versklavung, in dem Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien, danach um uns vor der Vereinnahmung des

Expansionismus der Nordamerikaner zu bewahren, dann um unsere Konstitution durchzusetzen und das französische Imperium von unserem Grund und Boden zu vertreiben, danach gegen die porfiristische Diktatur, die uns die gerechte Anwendung der Reformgesetze versagte ...

Aber heute sagen wir: Basta! Wir sind die Erben der wahren Begründer unserer Nationalität, wir sind Millionen, die um ihr Land gebracht wurden, und wir fordern alle unsere Brüder auf, diesem Ruf zu folgen, als einzigen Weg, um nicht an Hunger zu sterben, in Anbetracht der unersättlichen Anstrengungen einer 70jährigen Diktatur, angeführt von einer Clique aus Verrätern, die die konservativsten und vaterlandsverräterischsten Teile der Gesellschaft repräsentieren."

In der Deklaration zeigt das EZLN außerdem seine militärische Strategie auf: "In Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung geben wir an unsere militärischen Kräfte folgende Befehle:

1. Vorrücken bis zur Hauptstadt des Landes, die vom mexikanischen Bundesheer besetzt gehalten wird. Beim Vorrücken soll die zivile Bevölkerung beschützt und es soll in den befreiten Gemeinden erlaubt werden, in freien und demokratischen Wahlen ihre Verwaltungsautoritäten selbst zu bestimmen.

2. Das Leben der Gefangenen soll respektiert werden, und die Verwundeten sollen zur medizinischen Versorgung dem Roten Kreuz übergeben werden.

3. Es sollen Gerichtsprozesse gegen die Soldaten des mexikanischen Bundesheeres und die politische Polizei geführt werden (...) Sie sollen wegen Vaterlandsverrates, Unterdrückung und Mißhandlung der zivilen Bevölkerung und wegen Beraubung des Volkes angeklagt werden.

4. Es sollen neue Verbindungen aufgebaut werden mit all denjenigen Mexikanern, die sich unserem gerechten Kampf anschließen wollen, einschließlich derjenigen feindlichen Soldaten, die sich ohne Widerstand unseren Truppen anschließen und schwören, sich den Befehlen der Generalkommandantur des EZLN zu unterstellen.

5. Vor dem Einsetzen des Gefechtes soll den feindlichen Stützpunkten die Option angeboten werden, sich freiwillig zu ergeben.

6. Einstellung der Ausbeutung der Bodenschätze in den vom EZLN kontrollierten Gebieten."

Das Dokument schließt mit dem Appell an die mexikanische Bevölkerung: "Mexikaner: Als freie Männer und Frauen sind wir uns bewußt, daß unsere Kriegserklärung ein letztes, aber gerechtfertigtes Mittel ist. Die Diktatoren haben seit vielen Jahren einen nichtdeklarierten Genozid gegen unser Volk geführt. Deshalb fordern wir dich auf, an unserem Kampf für Arbeit, Land, Behausung, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden unterstützend teilzunehmen. Wir erklären, daß wir nicht aufgeben werden zu kämpfen, bis wir das Ziel erreicht haben, daß diese grundlegenden Bedürfnisse unseres Volkes von einer freien und demokratischen Regierung eingelöst werden."

In der mexikanischen Presse geisterten tagelang Gerüchte von einer "zentralamerikanischen Unterwanderung" des EZLN herum, obwohl die guatemaltekische Guerillaorganisation URNG und die nicaraguanische FSLN dieses wiederholt dementierten. In Wirklichkeit besteht das EZLN hauptsächlich aus indianischen chiapanekischen Campesinos. Außerdem kämpfen einige mestizische und weiße Mexikaner in den Reihen des EZLN. Bei diesem handelt es sich aber um keine politische Sekte, die die ahnungslosen chiapanekischen Bauern irregeführt hat. Die politischen Forderungen des EZLN sind einfach und klar, seine Vorstellung von der Zusammensetzung der Organisation ist sehr offen: "Wir wollen nicht eine politische Avantgarde zusammenstellen oder den Anspruch erheben, das ‚Licht` zu sein, wir sagen nicht, daß unser Weg die einzige revolutionäre Alternative ist (...) Wir besitzen Würde, Patriotismus, und das zeigen wir. Macht Ihr dasselbe innerhalb Eurer eigenen Ideologie, Eure eigenen Möglichkeiten und Eures eigenen Glaubens." (Subcomandante Marcos, La Jornada, 19.1.1994)

Stephanie und Boris

Mexiko-Stadt, 26.1.1994

Quellen

Politische Wochenzeitschrift Proceso, México D.F., Nr. 897 (10.1.94) und Nr. 898 (17.1.94).

Tageszeitung La Journada, 19.1.94, México D.F.

"Deklaration aus dem Lakadonischen Wald", veröffentlicht in "Publicación de Información Urbana y Buenas Ideas sobre la Ciudad de México y el Centro Histórico", México D.F., Nr. 34 (Januar 94), Union Popular Nueva Tenochtitlan.

26. Zeitbombe Armut

Autor: Stephanie und Boris, Mexiko-Stadt · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:13

"Jeder Mensch, der mit den Millionen in extremer Armut lebenden Mexikanern Kontakt hat, weiß, daß wir auf einer Zeitbombe leben", schreibt der mexikanische Journalist Pilar Valdes. In Europa hatte Mexiko in den letzten Jahren sein Image als Touristenparadies und als ein sich auf dem Weg der Demokratisierung befindendes Entwicklungsland erfolgreich aufgebaut. Der Aufstand in Chiapas hat allerdings Licht auf die Realität jenseits der Reiseprospekte geworfen - auf die extreme Armut, unter der ein wachsender Teil der Bevölkerung leidet.

Die 13 Millionen Indígenas, über 15% der Gesamtbevölkerung Mexikos, sind von der Armut am stärksten betroffen. Die größten Bevölkerungsanteile bilden die Indigenas in den mexikanischen Bundesstaaten Guerrero, Oaxaca, Tlaxcala, Tabasco, Hidalgo, Michoacan und Chiapas. In Chiapas siedeln neun verschiedene indigene Ethnien, die alle "Nachfahren" der Mayas sind, und über eigene Sprachen, Religion und Kultur verfügen. Sowohl Chiapas, als auch nördliche Regionen des Nachbarstaates Guatemala besiedeln die Chujes, Jacaltecos, Mames, Mochos und Labales. Vier Völker besiedeln ausschließlich chiapanekisches Territorium (Tzeltales, Tzotziles, Tojolabales und Zoques).

In Chiapas sprechen 716.000 Personen eine Indígena-Sprache und bilden damit einen Bevölkerungsanteil von 26,3% bei einer Gesamtbevölkerung von 3.210.496 Einwohnern (1990). Von diesen 26,3% sprechen 32% kein Spanisch. Die Größe der Gruppe der einsprachigen Indígenas liegt also bei etwa 9% der Gesamtbevölkerung von Chiapas. Das ist der höchste Anteil einsprachiger Indígenas im gesamten mexikanischen Staat. Die größten Indígena-Sprachgruppen in Chiapas sind die Tzeltal (21,6%), Tzotzil (18,9%), Chol (10,3%), Zoque (4,1%) und das Tojalabal (3,5%). Die Bevölkerungsgruppe der nicht Spanisch sprechenden Indígenas ist der am marginalisiertesten und am stärksten diskriminierte Sektor der mexikanischen Gesellschaft. Die einsprachigen Indígenas haben kaum die Möglichkeit, der extremen Armut zu entkommen. Im Zentrum des Aufstandsgebietes der EZLN, in den Regionen La Selva und Los Altos, ist der Indígena-Sprachen sprechende Bevölkerungsanteil am höchsten in ganz Chiapas.

Chiapas verfügt über reiche Bodenschätze und natürliche Ressourcen. Erst in den letzten Jahren wurde große Erdölvorkommen entdeckt. Nicht umsonst heißt "Ocosingo" übersetzt "Land des schwarzen Herren". Etwa 60% (!) der elektrischen Energie des gesamten mexikanischen Staates werden in Chiapas produziert, vor allem in den riesiegen Staudämmen von La Angostura, Nezahualcoyotl und Chicoasen. Diese Reichtümer kommen der chiapanekischen Bevölkerung allerdings nicht zugute. Im Gegenteil: Chiapas ist der ärmste Bundesstaat Mexikos. Der Industriesektor spielt im Vergleich zur Landwirtschaft eine kleine Rolle für die chiapanekische Wirtschaft. Nur 10% der 874.267 Erwerbstätigen sind im industriellen Bereich beschäftigt, 60% dagegen im landwirtschaftlichen Sektor und 30% im Dienstleistungsgewerbe. Die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte von Chiapas sind Holz, Kaffee, Viehwirtschaft und Mais. Der rapide Preisverfall für Kaffee auf dem Weltmarkt seit 1989 hat die Einkommen in diesem Bereich in den letzten fünf Jahren um 65% reduziert. Ähnlich sieht es in den anderen landwirtschaftlichen Sektoren aus. 58,9% der Erwerbstätigen verdienen in Chiapas weniger als den Mindestlohn von etwa 200.- DM monatlich! Nur 3,6% haben ein Einkommen von 1.000.- DM oder mehr im Monat.

In Anbetracht dieser Einkommenslage verwundern die Zahlen über die soziale Situation in Chiapas nicht mehr. Etwa 40% der Wohnungen haben keinen Strom- und Wasseranschluß. Über 60% der Wohnungen haben lediglich einen Erdfußboden. Selbst in einer Stadt wie Las Margaritas mit immerhin über 100.000 Einwohnern liegt der Anteil von Häusern mit Erdfußboden bei fast 80%. Die häufigsten Todesursachen sind Darminfektionen, Unterernährung und Atemwegserkrankungen, die aufgrund der medizinischen Unterversorgung der Bevölkerung zum Tod führen. Auf 1.500 Einwohner kommt nur ein Arzt, lediglich 20% der Chiapaneken sind über ein Krankenversicherungssystem abgesichert. Im Jahr 1992 sind etwa 3.500 Menschen aufgrund einer Malariainfektion gestorben.

In Chiapas sind 30,1% der Bevölkerung Analphabeten und die Aussicht auf eine Verbesserung dieser Situation sind schlecht, da 30% der Kinder zwischen sechs und 14 Jahren keine Schule besuchen. In den ländlichen Gebieten von Los Altos und La Selva liegt die Analphabetenrate bei fast 50%.

Das EZLN fordert in seiner "Declaración de la Selva Lacannona" für die chiapanekische Bevölkerung "Arbeit, Land, Wohnungen, Essen, Gesundheitsfürsorge und Ausbildungsmöglichkeiten". Nach zehn Jahren neoliberaler "Modernisierungspolitik" fehlt es am Notwendigsten für ein menschenwürdiges Leben.

Stephanie und Boris

(Mexiko-Stadt, 26.1.1994)

Quellen:

Agenda Estadistica del Estado de Chiapas 1993

Informe semstral enero/junio 1993 del Centro de Derechos Humanos "Fray Bartolomé de las Casas"

Proceso 897, 10 de enero p. 45-47

27. Venezuela: Neoliberale Modernisierung und politische Instabilität

Venezuela: Makroökonomische Konsolidierung nach außen und politischer Kontrollverlust nach innen

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:09

Venezuela hat heiße Monate hinter sich. Stehen noch heißere bevor? 1992 kam es zu zwei Putschversuchen. 1993 mußte der gewählte Präsident Carlos Andrés Pérez wegen Korruption sein Amt niederlegen. Nun tritt der 77jährige Populist Rafael Caldera seine Nachfolge an. Wird der christdemokratische Dissident, der auch von einigen linkssozialdemokratischen Parteien sowie von der KP des Landes unterstützt wird, seine Versprechungen einhalten? Kann er sich im fraktionierten Parlament Unterstützung verschaffen? Straft er wie sein Vorgänger alle Wahlversprechungen Lügen und macht sich zum Erfüllungsgehilfen der IWF-Kahlschlagmodernisierung? Wie stark ist die Linke?

Venezuela kann man nicht einfach mit anderen Staaten Lateinamerikas vergleichen. Das Land ist in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ein Sonderfall. Während in den sechziger und siebziger Jahren nahezu der gesamte Subkontinent von Militärjuntas oder Diktatoren regiert wurde, hielt in Venezuela die 1958 installierte Zweiparteien-Demokratie. Die zwei wichtigsten Parteien, die sozialdemokratische "Demokratische Aktion" (AD) und die christdemokratische COPEI, wechselten sich in der Regierung ab. Über ihre Parteien hinaus hatten sie auch die sozialen Bewegungen wie Gewerkschaften und Campesino-Verbände im Griff. Die ausgewiesene Expertin Dorothea Melcher schrieb: "Die Gewerkschaftsbewegung Venezuelas, unter Kontrolle der Acción Democrática (AD), ... ist eine hoch bürokratisierte und voll in den kapitalistischen Entwicklungsstaat integrierte Organisation, deren Funktion mehr in der Absicherung des kapitalistischen demokratischen Systems besteht als in der wirklichen Verteidigung der Interessen der Arbeiterschaft." (1)

Selbstverständlich gab es in den vergangenen dreißig Jahren immer wieder einzelne Phasen oder gesellschaftliche Sektoren, in denen die Kontrolle nicht völlig gelang. Aber im großen und ganzen war das parlamentarische politische System stabil. Ihre Zugriffsmöglichkeiten auf Haushaltsgelder und Posten in der Bürokratie sicherten den beiden Staatsparteien die Gefolgschaft. Anhänger konnten belohnt, politische Gegner mit Hilfe der systemtreuen Medien, Gewerkschaften und Campesino-Vereinigungen abgeblockt werden. Nur im Ausnahmefall wurde offene Gewalt eingesetzt. Wenn das geschah, griffen Militär und Polizei selektiv ein. Unter diesen Bedingungen hatte die Linke wenig zu bestellen. In den sechziger Jahren gab es zwar mit Unterstützung der moskauorientierten KP Guerillaansätze. Sie wurden jedoch militärisch zerschlagen. Die erheblich geschwächte KP schwor daraufhin dem bewaffneten Kampf wieder ab und konzentrierte sich auf Gewerkschaftsarbeit.

Die verbliebenen bewaffneten Gruppen waren nur noch zu wenigen Einzelaktionen imstande. Überlebende der Guerilla gründeten legale linke Parteien wie die "Breite Bewegung für den Sozialismus" (MAS). Die MAS konnte ins Parlament einziehen, blieb jedoch stets zwischen 5 und 10% der Wählerstimmen; rechnet man die "Kommunistische Partei Venezuelas" (PCV) und andere kleine Gruppen dazu, kam die Linke auf 10 bis 15% der Stimmen. Die MAS plazierte sich schließlich als eine Art linker Flügel der sozialdemokratischen Staatspartei "Demokratische Aktion" (AD).

Der Hungeraufstand von 1989, der über die Hauptstadt Caracas und andere Städte unerwartet wie ein tropischer Gewittersturm hinwegfegte, fügte dieser Konstellation einen tiefen Riß zu. Die blutige Niederschlagung des unorganisierten Brotaufstandes kostete mehreren hundert Menschen das Leben. Die spontanen Massenunruhen richteten sich gegen die massiven Preiserhöhungen, die der kurz zuvor wiedergewählte sozialdemokratische Präsident Carlos Andrés Pérez verfügt hatte. Die Preiserhöhungen waren Teil eines mit dem Internationalen Währungsfonds abgesprochenen Sparpakets. Damit sollte die Zahlungsbilanz des Landes stabilisiert werden, um die Zinsen für die etwa 36 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden weiter bezahlen zu können. Venezuela transferierte in den letzten zehn Jahren etwa 30 Mrd. US-Dollar an Zinszahlungen. (2)

Seit dieser Zäsur gerät das politische System des Landes, das jahrzehntelang von der Sozialdemokratie dominiert wurde, immer mehr ins Schleudern. Die politische Krise ist auf das engste mit der seit 1989 eingeschlagenen IWF-konformen neoliberalen Wirtschaftspolitik verbunden, die von "Demokratischer Aktion" (AD) und COPEI mitgetragen wird.

Bis Ende der siebziger Jahre hatten beide Parteien eine staatsinterventionistische Wirtschafts- und Sozialpolitik favorisiert. So wurde beispielsweise 1976 die Ölindustrie verstaatlicht. Mit öffentlichen Geldern wurden riesige metallverarbeitende und petrochemische Industrien aufgebaut. In den achtziger Jahren waren bis zu 25% aller Erwerbstätigen beim Staat angestellt. Die abhängig Beschäftigten in den Städten - 80% der etwa 22 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner leben in Städten und nur noch 20% auf dem Land! - konnten insofern am wirtschaftlichen Aufschwung partizipieren, als sie im lateinamerikanischen Vergleich über höhere Löhne und bessere Sozialleistungen verfügten. Die Armen profitierten von subventionierten Regierungsläden, importierten billigen Nahrungsmitteln und preisreduzierten Kleidern und Schuhen.

Mit dem "Modell Venezuela", das auf der Grundlage staatsinterventionistischen Wirtschaftens politische Ruhe garantierte, ist spätestens seit 1989 Schluß.

Die Ölrente

Im Unterschied zu den meisten anderen Ländern Lateinamerikas spielen Großgrundbesitzer für die Ökonomie des Landes nur eine untergeordnete Rolle. Sie wurden schon in den dreißiger Jahren zurückgedrängt, als die Erdölförderung immer weiter expandierte. Seither ist die Wirtschaft des Landes von Ölexporten abhängig. Die Vorräte werden auf 55 Mrd. Barrel geschätzt. Das sind die viertgrößten Ölreserven auf der Erde. Im Orinoko-Becken werden weitere Vorkommen sowie beträchtliche Lager anderer Rohstoffe vermutet.

Die wirtschaftlichen Auf- und Abschwünge sind eng an das Auf und Ab des Ölpreises gebunden. Zwischen 80 und 95% der Deviseneinnahmen des Landes kommen aus dem Export des schwarzen Goldes. Das Gesamtvolumen der Exporteinnahmen betrug 1991 und 1992 jeweils ca. 14 Mrd. US-Dollar, knapp die Hälfte von dem, was Mexiko oder Brasilien erzielten. Der Staatshaushalt wird zu 70 bis 80% aus Ölgeldern bestritten. Die Vergabe von Bohrkonzessionen, Import/Export und das Bankwesen entwickelten sich zu Quellen immensen Reichtums. Etwa 60 bis 70 Mrd. US-Dollar (nach anderen Quellen: 100 Mrd. US-Dollar) wurden als Fluchtgelder außer Landes gebracht.

Die Verteilung der Ölrente ermöglichte, daß neben Glücksrittern auch die Mittelschichten ein sozial und politisch eigenständiges Profil gewinnen konnten. Mit den lange Zeit reichlich sprudelnden Öleinnahmen wurden auch Sozialprogramme, Infrastrukturmaßnahmen und Programme zum Aufbau einer nationalen Industrie finanziert. Hierbei wurden gewisse Erfolge erzielt. Die Industrialisierung auf staatskapitalistischer Grundlage war jedoch zum einen mit großen ökologischen Schäden erkauft, konnte zum anderen die vom Land in neuentstehende städtische Armenviertel abwandernden Arbeitskräfte nicht absorbieren und war drittens von einer immensen Korruption begleitet. Hierin sowie in der Tatsache, daß die entstehende Industrie auf dem internationalen Markt nicht konkurrenzfähig ist und auf staatliche Subventionen angewiesen bleibt, liegen die beiden Hauptprobleme, die gegen Ende der siebziger Jahre zum Ausbruch kamen, als die Öleinnahmen verfielen und die Kreditzinsen stiegen.

Die wirtschaftliche Krise schlug innenpolitisch voll durch, als die Exporteinnahmen und damit die Haushaltsmittel des Staates infolge fallender Rohölpreise deutlich zurückgingen. Sie halbierten sich von 16,3 Mrd. US-Dollar (1981) auf 8,4 Mrd. US-Dollar (1988). Die Krise manifestierte sich als Budgetkrise. Als sich 1989 der Sozialdemokrat Andrés Pérez deshalb entschied, den IWF-Vorgaben gemäß die Staatsausgaben zu reduzieren und erhebliche Einsparungen im Sozialbereich vorzunehmen, kam es zu den oben erwähnten Aufständen im ganzen Land.

Mit der brutalen Marktöffnungs- und Anpassungspolitik gelang es der letzten sozialdemokratischen Regierung Anfang der neunziger Jahre, den Staatshaushalt zu konsolidieren und Wachstumsraten von 9% (1991) bzw. 7,3% (1992) zu erzielen. Aufgrund des erneuten Ölpreisverfalls schrumpfte jedoch die Wirtschaft im letzten Halbjahr 1993 wieder um 2,3%. Die galoppierende Inflation, die in den letzten Jahren im Durchschnitt zwischen 30% und 80% pendelte (bei Grundbedarfsgütern war sie noch erheblich höher), und die im Vergleich dazu nur halb so stark gestiegenen Löhne führten zu einem beträchtlichen Reallohnverlust der breiten Massen sowie der Mittelschichten.

Daß einige gesamtwirtschaftliche Rahmendaten aus der Sicht der internationalen Gläubigerbanken derzeit wieder gut aussehen, ist für die Normalverbraucher keineswegs eine beruhigende Nachricht. Für sie ist die Lage so schlecht wie seit vielen Jahren nicht mehr. Heute leben mindestens 40% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die soziale Polarisierung nimmt weiter zu, und der Staat steuert aufgrund seiner neoliberalen Ideologie nicht dagegen. Dieser Bruch in der Wirtschaftspolitik, die nur einer kleinen Elite im Land sowie den internationalen Gläubigerbanken nützt, ist der strukturelle Hintergrund der dramatischen politischen Umbrüche im Land.

Auf den Punkt gebracht läßt sich die These aufstellen, daß die an makroökonomischen Kennziffern ausgerichtete Umstrukturierung der Wirtschaft Venezuelas lediglich eine Konsolidierung nach außen ist (und deshalb von den internationalen Finanzgremien mit Beifall bedacht wird). Nach innen hin wirkt diese Strukturanpassung unter neoliberalen Vorzeichen eminent destabilisierend, weil sie die bisher aufgebauten sozialen Sicherungsnetze zerstört. Dies wiederum hat soziale Unruhen zur Folge, die vom politischen System mit den bisher vorhandenen und angewandten Mechanismen nicht mehr kontrolliert werden können.

Bei aller berechtigten Kritik an der aktuellen Wirtschaftspolitik Venezuelas darf aber auch nicht übersehen werden, daß der zuvor gefahrene staatsinterventionistische Kurs mit seinen korrupten und ineffizienten Mechanismen im alten Stil nicht mehr beliebig lange aufrechtzuerhalten war. Denn unabhängig davon, ob dies nun aus linker Sicht aufgrund der genannten Begleiterscheinungen überhaupt wünschenswert wäre oder nicht, ist es eine Tatsache, daß sich der finanzielle Spielraum der venezolanischen Regierung aufgrund außenwirtschaftlicher Faktoren erheblich verengt hat.

Veränderte politische Konstellationen -

Stärkung der Linken

Die zunehmende soziale Unsicherheit wirkt sich seit 1989 in immer stärkeren Maße auch auf die politischen Konstellationen aus. Das politische System erleidet einen schleichenden Legitimationsverlust, der sich in wachsender politischer Instabilität manifestiert. Es läßt sich generell feststellen, daß sowohl die Sozial- als auch die Christdemokratie, die zusammen jahrzehntelang bis zu 85% der Wählerschaft an sich binden konnten, dramatisch an Einfluß verlieren. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 5. Dezember 1993 versetzten dem Zweiparteiensystem den bisher schwersten Stoß. Die Zustimmung zu den Präsidentschaftskandidaten sowie zu den Parlamentslisten der beiden Großparteien "Demokratische Aktion" (AD) und COPEI ist drastisch gesunken. Die Sozial- und die Christdemokraten konnten zusammen noch etwa 40% der abgegebenen Stimmen verbuchen.

Zweitens ist hervorzuheben, daß die Quote der Wahlenthaltungen erneut rasant zunahm. Sie schnellte beim letzten Urnengang nach offiziellen Angaben auf den bisherigen Höchststand von 41% hoch. 1983 lag die Quote der Enthaltungen bei 11% und 1989 bei 20%. Es kam also von Wahlperiode zu Wahlperiode zu einer Verdoppelung der Zahl der Nichtwählenden. Im Dezember 1993 gingen knapp 6 Millionen Menschen an die Urnen. Es gibt 12,3 Mio. potentiell Wahlfähige, von denen sich jedoch 2,3 Mio. nicht ins Wahlregister eintragen ließen, somit keinen Wahlausweis ausgestellt bekamen und demzufolge auch nicht wahlberechtigt waren. (3)

Vergleicht man die letzten Stimmenergebnisse der beiden Großparteien mit denjenigen von vor zehn Jahren, so ist ihr Wählerpotential auf etwa ein Drittel bis ein Viertel des vorherigen Standes gesunken. Die parteipolitischen Säulen des politischen Systems sind also schwer angeschlagen. Wer sind die Gewinner? Betrachten wir die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen. Die nachfolgend zitierten Zahlen sind im übrigen nur der Tendenz nach richtig. Unstrittige Einzelergebnisse liegen noch nicht vor, da es den Klagen der Opposition zufolge Wahlbetrug gab. Es wäre nicht das erste Mal. Die oberste Wahlbehörde schloß die Möglichkeit von Manipulationen jedoch a priori aus. Dabei meldete die Süddeutsche Zeitung beispielsweise am 14.12.93, daß auf einer Müllkippe zwei Container voller Wahlunterlagen mit Stimmen für die linke Bewegung "Causa R" gefunden wurden. Der Sozialdemokrat Claudio Fermín erzielte ca. 21% der abgegebenen Stimmen, während sein Vorgänger 1988 noch 53% verbuchen konnte. Der Christdemokrat Oswaldo Alvarez Paz bekam 22% (1988: 40%). Beide Kandidaten sprachen sich explizit für die Fortsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik aus und wurden dafür abgestraft.

Der Wahlgewinner und jetzige Präsident des Landes heißt Rafael Caldera. Der durchtriebene Berufspolitiker und Populist, der sich gegen den Neoliberalismus äußerte, jedoch nicht sagte, wofür er eintritt, bekam knapp

30% der Stimmen. (4) Rafael Caldera regierte das Land bereits von 1969 bis 1974. Der 77jährige war 1946 Mitbegründer der christdemokratischen Partei und gehörte jahrzehntelang zu deren Führungsriege. Er lehnt die neoliberale Wende seiner Partei ab und gründete im vergangenen Jahr eine populistisch orientierte Sammlungsbewegung, "Convergencia Nacional". Er ist ein alter Bekannter aus dem politischen Establishment, hat es jedoch in den letzten beiden Jahren verstanden, sich rechtzeitig den Anschein zu geben, als gehe er dem Establishment gegenüber auf Distanz.

Die Süddeutsche Zeitung, die seinesgleichen eher freundlich gesonnen ist, charakterisierte ihn am 7.12.93 wie folgt: "Er hat all das versprochen, was das Volk am meisten herbeisehnt: das Ende der Korruption, Stabilität der Währung und die Streichung der gerade erst eingeführten Mehrwertsteuer. Bislang weiß noch niemand so recht, wie er seine hochgesteckten Ziele erreichen will." Einige Absätze weiter heißt es: "Seine Kritiker werfen ihm denn auch vor, mit verschiedenen Zungen zu sprechen, je nach Bedarf. Linke Anhänger glauben, er werde die verhaßte Mehrwertsteuer tatsächlich abschaffen, etliche politische Beobachter gehen jedoch davon aus, daß er sich streng an die Auflagen der im Wahlkampf geschmähten internationalen Finanzorganisationen halten, das neoliberale Wirtschaftsprogramm des wegen Veruntreuung von Staatsgeldern abgesetzten Präsidenten Carlos Andrés Pérez weiterführen und sogar einige seiner Wirtschaftsberater übernehmen wird."

So weit, so realistisch. Auch der Generalsekretär der linken Bewegung "Causa R", Pablo Medina, ging schon zwei Monate vor den Wahlen davon aus, daß Rafael Caldera im Falle seines Wahlerfolges nicht mit den "Linken" regieren wird, die seine Nominierung unterstützten, sondern mit einem eigenen Stab. (5)

Die knapp 2 Mio. Wählerinnen und Wähler, die ihm ihre Proteststimme gaben, haben das natürlich anders gesehen; ebenso die 18 Parteien, die sich hinter seine Kandidatur stellten. Es ist interessant, daß sich hier linkssozialdemokratische Parteien wie die "Bewegung für den Sozialismus" (MAS), die ehemals moskautreue "Kommunistische Partei Venezuelas" (PCV), andere kleine (links-)bürgerliche Parteien und auch Anhänger des ehemaligen ultrarechten Militärdiktators Jiménez einträchtig zusammenfanden, um den Wendehals Rafael Caldera zu unterstützen. Für sie war neben dem Mangel an eigenen zugkräftigen Kandidaten wichtig, daß sich der christdemokratische Dissident in vager Form für den alten staatsinterventionistischen Wirtschaftskurs und für eine bessere Vertretung der nationalen Interessen des Landes gegenüber dem IWF aussprach. Daß er darüberhinaus persönlich nicht in die allgegenwärtige Korruption verwickelt ist, dürfte als zusätzliches starkes Argument gewirkt haben.

Aber daß es weder den ihn unterstützenden "linken" Parteien noch der Wählerschaft aufgefallen ist, daß der Ex-Christdemokrat Rafael Caldera im Wahlkampf das wiederholt hat, was fünf Jahre zuvor sein mittlerweile geschaßter sozialdemokratischer Amtsvorgänger Carlos Andrés Pérez vorexerzierte - viele soziale Versprechungen bei absehbarem hartem neoliberalem Erwachen - könnte noch tragische Folgen zeitigen. Die Frage scheint für mich nicht, ob, sondern lediglich, wie schnell sich dieser Präsident verbrauchen wird, wenn er sich zur Kenntlichkeit entpuppt.

Als tragikomisch ist die Tatsache zu bewerten, daß tonangebende Leute aus der bundesdeutschen Kuba-Solidarität, die für den straighten Sozialismus auf Kuba eintreten (d.h. realpolitisch: Schulterschluß mit dem Kurs der Castro-Regierung), den Fehler der moskauorientierten kommunistischen Parteien aus den sechziger Jahren wiederholen und zwielichtige pseudo-progressive Figuren wie Rafael Caldera abfeiern, nur weil ihn die KP Venezuelas in einem Akt eklatanter politischer Kurzsicht unterstützte. Der alte Fehler wird sogar noch in einem weiteren Aspekt wiederholt. Andere linke Kräfte, die sich dieser Form der selbstauferlegten Unterordnung gegenüber einer angeblich fortschrittlichen Fraktion der Bourgeoisie verweigern, im hier zur Debatte stehenden Fall die linke Bewegung "Radikale Sache" (Causa R), werden diffamiert und denunziert. "Causa R" bemühe sich mit Erfolg um "frustrierte Mittelschichten" und erhielte "demonstrative Gunstbezeugungen von der US-Botschaft", so die in der BRD erscheinende Solidaritätszeitschrift Cuba libre. Der Präsidentschaftskandidat von "Causa R", der linke Metallgewerkschafter Andrés Velázquez, der bei den Präsidentschaftswahlen beachtliche 22% holte (in ersten Auswertungen hieß es noch 27%; 1988: 0,4%), erinnere an Lech Walesa. Mittlere Kader würden der "Causa-R"-Führung "Verrat an den ursprünglichen Zielen und hierarchischen Führungsstil" vorwerfen.

Wenn die bürgerliche Süddeutsche Zeitung ein differenzierteres und kritischeres Bild des populistischen venezolanischen Präsidenten zeichnet als eine Publikation der anti-imperialistischen Solidaritätsbewegung, dann deutet dies an, daß die analytische Trennschärfe dieser Strömung der Linken mangelhaft ist.

Wie weiter?

Die links-pluralistische Bewegung "Causa R" errang einen bemerkenswerten Wahlerfolg. Die radikaldemokratische und radikalreformistische Kraft konnte ihre Gewinne von 1989 und 1992 festigen, die sich in der Besetzung eines Gouverneurspostens sowie im Einzug ins nationale Parlament manifestiert hatten. Welche Entwicklung diese Bewegung nehmen wird, scheint mir offen. Wichtig ist, daß sie lebendig ist und von breiten Bevölkerungsschichten als glaubwürdige und unterstützenswerte Alternative zum korrupten Parteiensystem wahrgenommen wird. Hier werden Protest- und Innovationspotentiale gesammelt und nach links kanalisiert, die in der kommenden Zeit noch wichtig werden könnten. Um so mehr, als die "Causa-R"-Fraktion im Parlament gestärkt wurde und die neue Regierung über keine parlamentarische Mehrheit verfügt.

"Causa R" wird die Rolle der linken Opposition zukommen. Nach den beiden fehlgeschlagenen Staatsstreichen von 1992 hängt weiterhin die Drohung erneuter Militärputsche über dem Land. Die politischen und sozialen Verhältnisse werden denen der lateinamerikanischen Nachbarstaaten ähnlicher. Ob sich unter diesen Bedingungen die gestärkte Linke radikalisiert, muß die Zukunft zeigen.

Al., Nürnberg

Anmerkungen

1) Dorothea Melcher, Länderbericht Venezuela, in: Lateinamerika Analysen und Berichte 6, Berlin 1982, S. 300; Zwei knappe, aber sehr interessante und aktuelle Aufsätze über das Land: Dorothea Melcher, Heiße Tage in Venezuela; Enzo de Bufalo, Neoliberale Anpassung und struktureller Wandel in Venezuela, in: Lateinamerika Analysen und Berichte 17, Bad Honnef 1993 (Horlemann Verlag)

2) Einzelheiten zu den IWF-Unruhen vom Februar 1989 in: Venezuela: Linksoppositionelle im Aufwind; ak 362, Hamburg 12.1.1994, S. 16

3) Zahlen nach: Informativo Andino Nr. 85, Lima 20.12.1993, S. 5f

4) Angaben nach: Informative Andino Nr. 85, a.a.O., S. 6; Süddeutsche Zeitung, 7.12.1993, S. 4 und 8

5) Siehe: Venezuela: Linksoppositionelle im Aufwind, in: ak 362, a.a.O., S. 17

6) Alle Zitate aus: Venezuela: Chiripas im Vormarsch? Die Linke in Venezuela, in: Cuba libre Köln 3/1993, S. 48f.

28. Träger von Befreiung oder Opfer von Befriedung? 2. Teil: Die KP der Philippinen ... (Rainer Werning

2. Teil: Die KP der Philippinen zwischen Selbstkritik und "Rectification" - von Rainer Werning

Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:01

"Wir verfügen nicht über eine kollektive Zusammenfassung unserer Erfahrungen, unserer Stärken und Schwächen, unserer Siege und Niederlagen. Eine solche Zusammenfassung aber ist imperativ, um uns wirklich selbst über die Jahre hinweg zu betrachten." (Ronald Llamas, in: Kasarinlan 8.2: 39, Quezon City, 4th Quarter, 1992)

Im Gegensatz zum Marcos-Coup (Verhängung des Kriegsrechts) im Herbst 1972, den die CCP/NPA in korrekter Einschätzung der damaligen politischen Entwicklungen antizipiert und sich darauf entsprechend vorbereitet hatte, kam der Amtsantritt Aquinos im Frühjahr 1986 für die Partei(führung) völlig überraschend. Überdies genoß sie unerwartet die Früchte dieses Machtwechsels, als die Präsidentin ihr Wahlkampfversprechen einlöste und mit José Ma. Sison, Bernabe Buscayno alias Kumander Dante der NPA, Horacio Morales et al. ehemals hochrangige Kader des politischen Untergrunds auf freien Fuß setzte.

Erst Wochen nach Marcos' Sturz - im Mai - meldete sich Ang Bayan mit einer Stellungnahme der Parteiführung zu den dramatischen Veränderungen der vergangenen Monate zu Wort. Die Dynamik des antidiktatorischen Kampfes, die rasche Erosion des Marcos-Regimes, das gleichsam plötzliche Aufbrechen innermilitärischer Konflikte und das aktive Bemühen der USA, das Aquino-Laurel-Tandem politisch hoffähig gemacht und auf Kosten des langjährig mit ihnen verbündeten Despoten für dieses ihr Gewicht in die Waagschale geworfen zu haben, bildeten nicht den Haupttenor der (selbst)kritischen Einschätzung der CCP-Führung. Bemängelt wurde vielmehr die eigene Unfähigkeit, auf diese Ereignisse angemessen reagiert und somit einen "taktischen Fehler" begangen zu haben. Spätestens nach dem Scheitern der Friedensgespräche mit der NDF und dem Auslaufen des auf 60 Tage befristeten Waffenstillstandsabkommens im Februar 1987 schien man zur Tagesordnung überzugehen und sich in einer Weise zu präsentieren, als sei nichts Wesentliches geschehen: Anstelle des Kampfes gegen die "US-Marcos-Diktatur" galt nunmehr die "US-Aquino-Diktatur" als Zielscheibe der Kritik. Ein konsistentes Bestreben, die qualitativen Unterschiede zwischen dem nun amtierenden Regime und dessen Vorgänger herauszuarbeiten, unterblieb und veranlaßte die Parteiführung lediglich, jenen Jargon wiederzubeleben, dessen man sich gegenüber Marcos befleißigt hatte.

Erst nach den politischen Umwälzungen in Osteuropa und dem unzeremoniellen Zusammenbruch der Realsozialismen dort, denen im Lande selbst kritische Analysen und Stellungnahmen seitens hochrangiger Parteimitglieder vorangegangen waren, sah sich die CPP-Führung ihrerseits genötigt, auf die veränderte innen- wie außenpolitische Situation ex cathedra zu reagieren. Dies geschah durch zahlreiche Zeitschriftenaufsätze (vorwiegend in der Parteipresse) sowie in Form von Sonderausgaben langer Stellungnahmen (des Exekutivkomitees) des Zentralkomitees der Partei bzw. ihres Vorsitzenden Armando Liwanag. Durch (mitunter auszugsweise) Nachdrucke in philippinischen Zeitungen und Broschüren der Philippinen-Solidaritätsgruppen in den USA und Europa sind diese Verlautbarungen und Dokumente der CPP auch außerhalb der Partei einem größeren Interessentenkreis auf englisch zugänglich gemacht worden.

So erschienen - in zeitlicher Reihenfolge - u.a. folgende richtungweisende Dokumente, auf die ich mit im weiteren Verlauf der Diskussion stütze und von denen das zweite deshalb von zentraler Bedeutung ist, weil es sich als Schlüsseltext der laufenden "Berichtigungsbewegung" versteht: Reaffirm Our Basic Principles and Carry the Revolution Forward (Unsere Grundsätze bekräftigen und die Revolution voranbringen!); Reaffirm Our Basic Principles und Rectify Errors (Unsere Grundsätze bekräftigen und Fehler berichtigen!) und Stand for Socialism Against Modern Revisionism (Eintreten für den Sozialismus - gegen den modernen Revisionismus!). Sämtliche Papiere sind offizielle Stellungnahme des Zentralkomitees der Partei, wobei letzteres unter dem Namen ihres Vorsitzenden Armando Liwaneg verfaßt wurde. Der Einfachheit halber werde ich sie beim Zitieren mit dem englischen Anfangsbuchstaben kennzeichnen - also R1, R2 und S.

Sämtliche Papiere sind markant in mehrfacher Hinsicht:

(a) Sie sind durchgängig im (real)sozialistischen Jargon abgefaßt, Stil und Diktion lassen auf die Autorenschaft eines sehr kleinen Kollektivs schließen;

(b) Schwarz-Weiß-Denken ist vorherrschend, die CPP und alle mit ihr verbündeten und/oder ihr nahestehenden Gruppierungen werden als Welt des Lichts und die außerhalb bzw. jenseits von ihr/ihnen rotierenden "Gestirne" als Finsternis wahrgenommen; entsprechend harsch, kompromißlos und apodiktisch fällt das Verdikt gegen (tatsächliche wie vermeintliche) Gegner aus;

(c) die in den Papieren entfaltete Kritik richtet sich gegen führende Parteikader, denen in wesentlichen Fragen schwere Abweichungen ("Rechts- und Linksopportunismus") im Verlauf der vergangenen Dekade vorgeworfen, doch gleichzeitig darauf spekuliert bzw. insistiert wird, diese sowie die höheren Organe der Partei mögen in der Manier Münchhausens - sich am Schopfe packend aus dem Sumpf ziehen - eine Kehrtwende hin zum richtigen Pfad vollziehen;

(d) last but not least durchzieht sämtliche Stellungnahmen ein qualitativ neues Element, das mit Ausnahme der kritischen Abrechnung mit der PKP und den Gebrüdern Lava in vorherigen CPP-Dokumenten fehlte und nunmehr parteiinterne Entwicklungen und Tendenzen in außergewöhnlich scharfer Form attackiert: Die beiden neben der Partei als "magische Waffen" der national-demokratischen Revolution bezeichneten NPA und NDF werden in die Schranken gewiesen und "Säuberungen" empfohlen. Wörtlich heißt es in R2 auf Seite 81: "Um Lenin und Mao zu paraphrasieren, lautet die Losung der Partei (entsprechend): ‚Ein bißchen weniger, dafür jedoch eine Menge besser'". Ist das als kryptischer Hinweis auf eine tiefgreifende "familieninterne" Entfremdung zu werten, die der CPP Substanz aufzehren könnte?

To reaffirm or not to reaffirm - das ist nicht die Frage

"Nirgends läßt sich in den Werken von Marx und Engels eine ideologische Rechtfertigung für die Einparteienherrschaft finden. Noch war dies Bestandteil des Leninschen Programms. (...) Als Avantgarde sollte die Partei, wenn es die Situation verlangt, die Massen mobilisieren, um den Machtmißbrauch von Personen in Ämtern zu verhindern - in der sandinistischen Sprachregelung: ‚von unten regieren`.

In der Weise, wie die Bourgeoisie Macht ausübt, ohne selbst in den öffentlichen Dienst einzutreten, kann die Arbeiterklasse Hegemonie ausüben, indem sie auf die sozialistische Regierung konstanten Druck ausübt. Je ausgeprägter das Bewußtsein und die Fertigkeiten des Proletariats werden, je geringer wird die Autorität der Regierung. Der Staat mag niemals ‚absterben`, wie Marx und Engels einst meinten, doch dessen unterdrückerischer Charakter kann durch soziale Autorität ersetzt werden. Nur innerhalb eines solchen Kontexts wird das Aufblühen von Freiheit unter den ‚Verdammten der Erde` möglich sein." (Francisco Nemenzo Jr., Questioning Marx, Critquing Marxism - Reflections on the Ideological Crisis of the Left, in: Kasarinlan 8.2: 19/20, Quezon City, 4th Quarter, 1992

Das Reaffirm-Papier steht im Zentrum der Diskussion, da es in mehrfacher Hinsicht ein bedeutsames Dokument ist: Bedeutsam, was den Kontext seiner Entstehungsgeschichte und den Text selbst betrifft; bedeutsam, da es jenseits eines "Kampfes zweier Linien" bereits einen Absolutheitsanspruch erhebt und kategorisch in "richtig" und "falsch" zu unterscheiden beansprucht; bedeutsam, da es möglicherweise den Anfang vom Ende der CPP in ihrer seit Gründung bestandenen Komposition und Formation markiert.

To reaffirm - etwas nochmalig unterstreichen, bekräftigen oder sich seiner Sache nochmals vergewissern - läßt sich sinnvollerweise nur etwas, worüber tatsächliche oder vermeintliche Gewißheit herrscht. Nun beansprucht eben dieses Dokument nichts anderes als die tatsächliche Gewißheit, daß die Grundsätze der Partei unumstößlich und korrekt sind; sie sind korrekt, weil sie unumstößlich/wahr sind und vice versa. Wie jeder andere Zirkelschluß ist ein solches tautologisches Verfahren bar jeglichen Erkenntniswerts; von einer marxistischen, die dialektische Methode bemühenden Analyse ist zu erwarten, daß sie die Dinge in ihrem stetigen Veränderungsprozeß begreifen und allenfalls als "grundsätzlich" und unveränderbar die Gesetzmäßigkeit stetigen Wandels anerkennen möge. Desungeachtet präsentieren sich uns in Reaffirm die Partei, der Marxismus-Leninismus, der Antirevisionismus etc. als unverrückbare Entitäten, Säuligenheiligen gleich, die nur immerfort anzurufen sind, um sich fernab gesellschaftlicher Umbrüche und politisch-ökonomischer Neukonstellationen der Reinheit (der Lehre) zu vergewissern. Nicht nur war es die "Verunreinigung" der hehren Grundsätze, die ihr Bekräftigen vonnöten machte; allein ihre Bekräftigung gilt als Erfolgsgarantie - quasi eine Sesam-öffne-dich-Formel - für den "vollständigen Sieg".

Waren es die neuerlich zu bekräftigenden Grundsätze oder die Abweichungen davon, die für das Wachstum der CPP und den Aufschwung der Massenbewegung verantwortlich waren? In den vorgestellten Dokumenten (namentlich R1, R2 und S) stoßen wir u.a. auf einen unaufgelösten Widerspruch: Wenn, wie behauptet, im landesweiten Maßstab bis zum Amtsantritt von Frau Aquino ein "Anschwellen der revolutionären Massenbewegung" in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß zu verzeichnen war, doch seit Beginn der 80er Jahre "Abweichler" die Machtbastionen der CPP "usurpiert", ihr zumindest den Stempel aufgedrückt hatten, gebiert das mehr Fragen als Antworten.

Zwischen der ersten Publikation von Reaffirm und seiner Verabschiedung auf dem 10. ZK-Plenum lagen nur wenige Monate, die kaum ausgereicht haben dürften, diese und andere Fragen im breiten demokratischen Diskussionsprozeß erschöpfend zu klären. Doch nach der Verabschiedung von R2 darauf zu insistieren, es sei dies die "richtige" Aufarbeitung langjähriger Parteierfahrungenen, die es jetzt strikt und in vertikaler Linie zu befolgen und einzuhalten gelte, mußte zwangsläufig Zweifel am Kalkül eines solchen Vorgehens wecken.

Nun sind ja zahlreiche der im R2-Dokument geschilderten Phänomene - militärische Tendenzen, Bürokratismus, Kommandoallüren bzw. Politoffiziergehabe, mangelnde theoretische (Weiter)Bildung u.ä. - durchaus richtig beschrieben und kritikwürdig. Doch die ihnen zugrunde liegenden Probleme sind nicht durch oktroyiertes Bekräftigen von Grundsätzen, sondern einzig in einem Prozeß des assessing und reassessing, der kollektiven Aufarbeitung, Einschätzung und Bewertung möglich. Um das zu leisten, sind über klare begriffliche Definitionen hinaus Überlegungen anzustellen, wie neuen politischen Herausforderungen zu begegnen ist.

Die Invokation der SLV ist wenig ergiebig, wenn der Begriff lediglich als rhetorische Keule gegen Insurrektionisten eingesetzt, doch nicht im aktuellen Kontext präzisiert wird. Nach annähernd 25 Jahres des bewaffneten Kampfes hat die Partei ihren Mitgliedern und der betroffenen Bevölkerung zu erklären, in welchem Zeitrahmen die Langwierigkeit des Volkskrieges zu verstehen ist. Fragwürdig ist ferner die Unbekümmertheit, mit der sich die CPP-Führung ihr Verständnis von historischer Kontinuität wahrt, indem sie das jetzige Regime lediglich als Verlängerung des vorangegangenen Regimes und dieses wiederum als Fortsetzung der Marcos-Diktatur betrachtet. Sollte damit gleichzeitig unterstellt werden, qualitative Unterschiede zwischen ihnen seien nicht auszumachen, so trägt das allenthalben zur Gewissensberuhigung bei. Die vor zehn Jahren geführte und neuerlich für sinnvoll gehaltene Produktionsweisendebatte mit dem Argument abzuwehren, sie sei "erledigt", da die alten Zustände (Klassifizierung der Gesellschaft als semikolonial und semifeudal) ungebrochen fortbestehen, lediglich durch neuere statistische Manipulationen übertüncht würden, hat mit Apologetik viel, mit analytischem Spürsinn aber wenig gemein, wird doch damit unterstellt, daß Entwicklung gar nicht oder allenthalben als Beharrung des Alten bzw. Hinwendung zum Schlechteren stattgefunden habe.

Bleibt schließlich die Frage nach den Initiatoren und Adressaten des R2-Papiers. Da hat ein alter Teil der Parteiführung einen anderen alten Teil der Parteiführung de-legitimiert, "exkommuniziert" und sich eine Position angemaßt, der die Mitglieder nurmehr zu folgen, sie aber nicht mehr zu hinterfragen haben. Letzteres wäre dringlicher und nötiger denn je. Das aber ginge nur qua assessment/reassessment - ein Prozeß, für den lediglich ein zur Verfeinerung der Debatte zentral ausgearbeiteter Richtlinien- bzw. Fragenkatalog vonnöten wäre, dessen Antworten offen sind und die im "Kampf zweier oder mehrerer Linien" erarbeitet, nicht aber schon durch vorgefertigte führungskonforme Beschlüsse eintönig befolgt werden müssen.

In seinem vorzüglichen Essay "Questioning Marx, Critiquing Marxism - Reflections on the Ideological Crisis of the Left" hat der philippinische Altmarxist Francisco Nemenzo den rationalen, kritischen Kern der Marxschen Theorie, ihre dialektische Methode zur Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit herausgeschält, ihn gegen spätere realsozialistische Verflachung und Vereinnahmungsversuche für (Einpartei-) Herrschaftszwecke verteidigt und bei der Gelegenheit folgende, die Linke optimistisch und die CPP-Führung möglicherweise mißmutig stimmende Passage formuliert:

"Dies (eine Partei mit eiserner Disziplin unter ihren Mitgliedern; R.W.) ist im philippinischen kulturellen Milieu schwierig durchzusetzen. Ein Code der Verschwiegenheit - was die Russen konspiratsiya und die Mafiosi omerta nennen - ist unmöglich in einem Volk, das die Gerüchtemacherei als Lieblingssport betreibt. Unsere schier ununterdrückbare Transparenz stellt aus einer Perspektive eine Schwäche, doch aus anderem Blickwinkel eine Tugend dar. Unsere legendäre Unfähigkeit, Geheimnisse zu wahren, ist möglicherweise die

beste Garantie dafür, daß keine konspirative Gruppe sich lange genug an der Macht wird halten können, um eine Diktatur zu festigen."

Perspektiven jenseits ausgetretener Pfade

"Man kann keinen Sozialismus schaffen ohne mehr Demokratie auf allen Gebieten. (...) Das ist (bezogen auf die Abschaffung des demokratischen Zentralismus; R.W.) eine absolute Notwendigkeit. Wir leben in einer Zeit, in der die Menschen an den Entscheidungen teilnehmen wollen. Auch die Kommunistische Partei muß sich weiterentwickeln." (Georges Marchais, Vorsitzender der KP Frankreichs, Mitte August 1992 in einem Vortrag an der New Yorker Columbia University lt. Nachrichtenagentur dpa aus New York; zit. nach: Süddeutsche Zeitung, München vom 14.-16. August 1992, S.2)

Definieren wir den Begriff Krise in diesem Zusammenhang als die objektiv bestehende und von CPP-Mitgliedern und außerparteilichen Linken subjektiv empfundene Diskrepanz zwischen den angestrebten Zielen der Partei sowie der national-demokratischen Bewegung und ihrem tatsächlichen Bewußtseins- und Handlungsstand bzw. ihrem Vermögen, diese Ziele politisch umzusetzen, so befindet sich die CPP momentan in einer schweren, wenn nicht gar in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung vor 25 Jahren. Die Hauptgründe dafür sind wesentlich interner Natur, während externe Faktoren - die seit Ende der 80er Jahre rasch fortschreitende Erosion der real-existierenden Staatssozialismen in Osteuropa und die schließliche Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 - den zur Begründung und Notwendigkeit des sozialistischen Gesellschaftsentwurfes bemühten ideologischen Legitimationsmustern vor allem unter den städtischen Mittelschichten Plausibilität und/oder Überzeugungskraft nahmen.

Die Krise ist deshalb hausgemacht, weil Demokratie als Strukturelement der eigenen politischen Organisation und als Prinzip im Umgang mit (potentiellen) Bündnispartnern zugunsten eines zentralistischen Führungsstils und -anspruchs in den Hintergrund gerückt und statt dessen die proklamierte Avantgarderolle samt des Konzepts vom "total victory" unverändert aufrechterhalten wurde. Die Beschlüsse des 10. ZK-Plenum vom Juli 1992 bekräftigen diesen Anspruch und betrachten jeden als Außenstehenden und/oder Parteifeind, der sich der geforderten "Berichtigung" (rectification) widersetzt.

"Berichtigung" ist ein sehr weitreichender Terminus, den die Partei mit größerem Bedacht hätte wählen sollen, da sie ihn bislang nur in der Phase vor und während ihrer Konstituierung benutzte und der seinerzeit - als ideologische Kampfbegriff - das Ideengebäude des "Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen" in scharfer Abgrenzung zum "Lava-Revisionismus" einschloß. Die in den 60er Jahren praktizierte rectification wurde von sämtlichen Kräften und Personen unterstützt und mit Leben gefüllt, die über das Interesse an dieser Debatte hinaus später das Rückgrat der Partei bildeten. Der Parteigründungsprozeß und der Parteikongreß Ende 1968 waren in diesem Sinne der vorläufige politische und organisatorische Höhepunkt einer von den Mitgliedern breit getragenen Bewegung, denen nach dem Scheitern bzw. "Verrat" der Lava-Gruppe an der Rekonstruktion des sozialrevolutionären Erbes und Potentials im Lande gelegen war.

Im Gegensatz dazu ist die heutige rectification ein von oben - d.h. von der Führungsspitze der Partei - ergangener Aufruf zur "Säuberung" der eigenen Ränge, der mit Bannflüchen und inquisitorischen Spitzen wirklichen und mutmaßlichen Gegnern zu Leibe rückt. Vor diesem Hintergrund werden solche Praktiken wir die De-Legitimierung ganzer NDF- und Parteigruppen inner- wie außerhalb der Philippinen und pauschales Verdammen von Personen als "Feindagenten" u. dergl. verstehbar, wenngleich völlig unverständlich. Anstatt sämtliche Energien zu bündeln, um Kontroversen für alle Beteiligten nachvollziehbar zu machen und Debatten um politische Inhalte und vergangene Fehler im fairen, demokratischen Umgang miteinander auszutragen, erfolgte das Dämonisieren von Einzelpersonen und Positionen. Anders ausgedrückt: Anstelle einer Zivilisierung und transparenten Politisierung des Parteilebens wurde ein Klima martialisch anmutender Verdächtigungen erzeugt, in dem militärischen Tendenzen erneut Verschub geleistet, eine genuine Bündnispolitik auf Dauer konterkariert wird und lebhafte demokratische Auseinandersetzungen weiterhin einem rigiden Zentralismus untergeordnet bleiben.

So bleiben kontroverse Dispute in parteieigenen Publikationen ein Anathema: Die 1986 von der National Urban Commission im Großraum Manila herausgegebene und als innerparteiliches Diskussionsforum konzipierte Praktika hatte nach nur zwei Ausgaben aufgrund der Intervention des Politbüros ihr Erscheinen einzustellen, während Debate und Kasarinlan als "Sprachrohre der Anti-Partei-Propaganda" gelten. Die

großen Vorbilder der CPP, die von Lenin geführten Bolschewiki und Mao Tse-tung, genossen nicht nur vor der politischen Machtergreifung mehr Spielräume für Dissens(möglichkeiten), sondern sie setzten sich auch selbst dafür ein, daß innerparteiliche Kontroversen - und sei es aus dem Grunde, um aus negativen Beispielen zu lernen - kultiviert und entsprechend publiziert wurden.

Augenblicklich herrscht, sofern nicht ein lie-low, eine Position des Abwartes überhandnimmt, in weiten Teilen der national-demokratischen Bewegung in den Philippinen wie in der ausländischen Philippinen-Solidarität ein Blockdenken. Zwischen Befürworter und Gegner des R2-Papiers schiebt sich eine Chinesische Mauer, an der selbst langjährige persönliche Freundschaften zerschellen. Es scheint, als beäuge man sich gegenseitig und warte ab, bis die jeweils andere Seite einen Schritt vollzieht, der sich eventuell propagandistisch zu eigenen Gunsten ausschlachten läßt.

Dieser unsägliche Zustand wäre teilweise, sofern er nicht bereits eine Qualität erreicht hat, die ein Frontdenken zementierte, nur durch die alsbaldige Einberufung eines Parteikongresses als Auftakt (nicht schon als Endpunkt) einer breiten Kritikbewegung innerhalb der gesamten Linken aufzuheben. Je länger ein solcher Kongreß hinausgeschoben wird, desto geringer sind die Chancen, daß die CPP ihren jetzigen Status als gesellschaftspolitische quantité négligeable überwindet. Das wiederum könnte, wenn nicht zu einem Auseinanderbrechen der Partei, so doch zu einer Verhärtung ihrer basic principles-Position beitragen, mit der Konsequenz, daß ein in unterschiedlicher Intensität geführter Auszehrungskrieg im Hinterland fortdauert und in den Städten jedwede Bündnisarbeit verunmöglicht wird. Käme andererseits ein Parteikongreß alsbald zustande, wüchse damit die Chance, daß intern Durchsichtigkeit und Vitalität wiedergewonnen und innerhalb der gesamten Linken Strategiedebatten hinsichtlich einer alternativen Gesellschaftsordnung belebt werden könnten. Eine solche Entwicklung öffnete möglicherweise auch eine neue, in den Augen der jetzigen Parteiführung sicherlich heterodoxe Sicht, wonach das Projekt Befreiung ein zutiefst demokratisches Unterfangen ist, welches sich auf Dauer schwerlich mit dem Exklusivitätsanspruch einer konspirativ arbeitenden Avantgardepartei verträgt.

Gerade hierin liegt m.E. die wesentliche, sich nach dem Aquino-Mord schrittweise verfestigende conceptual fallacy (Begriffstäuschung), daß die CPP-Führung den Erfolg ihres Revolutionsmodells vom Grad der nach außen hin hermetisch geschlossenen Parteiförmigkeit abhängig machte, die in konsequenter Verfolgung organisationsimmanenter (Herrschafts-)Logik ein krudes Freund-Feind-Raster entwarf, dessen tödliche Konsequenzen in Mindanao und Südtagalog sichtbar wurden, und in die(se) Feind-Kategorie automatisch jene (zu) fallen (drohen), die sich neben und außerhalb der CPP bewegen.

Bedeutsamer als grundsätzliches Selbstbestätigen von Partei und ihren Positionen sind die Entwicklung eines Politikverständnisses und das Gestalten einer Politik, die die Anliegen sozialer Emanzipation in Liaison mit sämtlichen daran interessierten Individuen und Organisationen, daß sie hegemonisch werden mögen. Angesichts solch schwerwiegender wie ungelöster Probleme - Land- und Agrarreform, Schuldenproblematik, (Ent)Militarisierung, Landflucht etc. pp. - und eingedenk der Vielfalt fortschrittlicher und linker Gruppierungen, nennen diese sich nun Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Volksorganisationen (POs), cause-oriented groups, unabhängige Sozialisten (wie Bisig, Socdems, Popdems u.ä.), bestehen objektiv günstige Voraussetzungen für einen Großen Ratschlag auf gegenseitiger Basis, der dem brüchigen Konsens der Herrschenden Paroli bieten und auf ideologischer Ebene hegemonisch werden könnte.

Das Hauptanliegen einer solchen Initiative wäre die Zivilisierung des politischen Lebens und De-Eskalierung der militärischen Auseinandersetzung, deren Verlierer mit zunehmender und nicht absehbarer Dauer nur die Zivilbevölkerung sein kann. In diesem Sinne ist die grundsätzliche Überlegung angebracht, ob nicht ein strategisches Verständnis von und ein strategischen Herangehen an Friedensverhandlungen Vorrang vor jeweils taktisch motivierten Winkelzügen, bei denen einzig das Gesichtwahren der jeweiligen Protagonisten von Belang ist, erhalten sollte. Mit strategischem Verständnis ist die Möglichkeit einer primär politischen Konfliktlösung gemeint, die keinerlei Kotau irgendeiner Seite bedeutete.

Die NDF hat seit Aquinos Machtantritt stets signalisiert, daß ihr an "substantiellen Friedensverhandlungen" gelegen ist, "die auf der Ernsthaftigkeit und den politischen Willen der Regierung" in Manila basieren sollen, sich "den grundlegenden Problemen der philippinischen Gesellschaft zuzuwenden und deren Lösung anzustreben". Auf Druck des Militärs hat Frau Aquino in der Endphase ihrer Amtszeit auf diese Angebote entweder nicht reagiert oder statt dessen lediglich die Entwaffnung der NDF bzw. ihre Preisgabe des

bewaffneten Kampfes zur (Vor)Bedingung von Verhandlungen gemacht. Verfolgt die NDF im Rahmen solcher Friedensverhandlungen die Anerkennung des "status of belligerency" (als kriegsführende Partei) mit allen damit verbundenen juristischen Konsequenzen und als Verhandlungsort eine Stadt im (möglichst europäischen) Ausland, so zeigte sich die Regierung bislang kategorisch nicht gewillt, die NDF politisch aufzuwerten und sie als - im rechtlichen Sinne - ebenbürtigen Verhandlungspartner zu akzeptieren.

Um aus dieser Sackgasse herauszukommen und eingedenk der Tatsache, daß Friedensverhandlungen sowie ihr Ausgang, da gesamtgesellschaftlich von Relevanz, über den engen Rahmen der beiden beteiligten Parteien hinausgehen, ist verstärkt die Einbeziehung säkularer und kirchlicher NGOs und anerkannter, integrer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Friedensprozeß zu erwägen, die sich seit Jahren prioritär mit Fragen einer gewaltfreien und politischen Konfliktlösung befaßt haben. Das Zustandekommen eines solchen, nicht an unerfüllbare Vorbedingungen geknüpften tripartite arrangement, das einzig den Prinzipien Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gerechter Frieden verpflichtet wäre, wobei sich während der Verhandlungsdauer die bewaffneten Kontrahenten zur Einhaltung einer Feuerpause bereit erklärten, genössen zudem gute Chancen internationaler Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Kurzfristig erscheint ein solches Projekt illusionär, doch angesichts der weltweiten Erfahrungen von und mit Befreiungsbewegungen im Trikont seit den 60er Jahren spricht wenig für einen philippinischen Sonderweg, der es der NDF gestattete, ihre maximalistische Vorstellung eines total victory jenseits von diplomatisch-politischen Verhandlungen exklusiv militärisch zu realisieren. Die Regierungsseite ihrerseits sähe sich verstärktem innenpolitischen wie internationalem Druck ausgesetzt, ihre verheerende, bis heute nicht aufgekündigte total war policy zu beenden bzw. hätte massive Schwierigkeiten, diese fortzusetzen und überhaupt zu legitimieren.

Zuletzt hat das Beispiel El Salvador illustriert, daß die 1980 gegründete und immerhin aus fünf Guerillagruppen bestehende Befreiungsfront FMLN dank einer geschickten und flexiblen Verhandlungsführung mit Unterstützung relevanter gesellschaftlicher Organisation im In- wie Ausland und qua Vermittlung von UNO-Personal (ONUSAL) mit der Cristiani-Regierung am 16. Januar 1992 im mexikanischen Chapultepec ein Friedensabkommen unterzeichnen konnte, das am 1. Februar 1992 in Kraft trat.

Dieses Friedensabkommen bietet immerhin den Rahmen zu Durchsetzung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit und damit die Voraussetzungen für eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft - nicht wenig angesichts des langjährigen Terrors seitens der Rechten, militärischer Haudegen und Todesschwadronen, die u.a. jederzeit in Cherokees mit getönten Scheiben vorfahren, mißliebige Personen aufgabeln und sie unbehelligt und ungestraft "verschwinden lassen" konnten.

Die CPP-Führung macht es sich zu einfach, wenn sie nach Jahren freundschaftlicher Beziehungen zwischen den FMLN und NDF die zentralamerikanischen Genossen wegen des Zustandekommens dieser Friedensvereinbarung implizit des "Kapitulationius" zeiht; schließlich stieß sie in der Bevölkerung mehrheitlich auf Akzeptanz und fand ihre ärgsten Kritiker in den Reihen der (extremen) Rechten. Was ist verwerflich an einer Politik, die offenkundig im Interesse des Volkes verfährt, sich dabei freilich (diplomatisch-politischer) Methoden bedient, die vom puristischen (militärischen) total victory-Grundsatz abweichen?

Innerhalb einer politischen Friedenslösung, einer De-Eskalierung des Militärischen sowie der Internationalisierung von (Friedens-)Verhandlungen kommt einer konsisten Aufbau- und Entwicklungsstrategie besondere Aufmerksamkeit zu. Entwicklung sei hier als Metapher für die von unten entfesselte und von oben allseitig geförderte Initiative von Organisationen/Gruppen verstanden, deren Mitglieder im sozioökonomischen Bereich ein nach ihren Maßstäben würdiges Leben begründen und dies entsprechend politisch und gemäß ihren kulturellen Wertvorstellungen und Verhaltenskodices sichern wollen. Mir ist kein CPP-Dokument und keine NDF-Stellungnahme bekannt, in dem/der als konkrete Handlungsanleitung skizziert ist, hier und jetzt - d.h. vor dem antizipierten Sieg der Revolution - eine solche Entwicklung aktiv anzustreben, nachhaltig zu fördern und gemäß den eigenen Kräften vor staatlichen Übergriffen zu schützen. Sofern dies geschieht, ist es Ausdruck des Zusammenwirkens mehrerer günstiger Faktoren - entsprechender Organisationsgrad der Bevölkerung auf lokaler oder regionaler Ebene; reibungslose Kooperation zwischen NGOs/POs und NDF, zwischen "weißen" und "roten" Gebieten, zwischen Legalität und Untergrund und garantierte Durchsickereffekte materieller Hilfen, die tatsächlich den Betroffenen zugute kommen und in deren Zuteilungsmechanismen diese von Anfang an eingebunden sind; Weitsicht und Flexibilität der verantwortlichen

Kader, die dem Aufbau (über)lebensfähiger Gegenstrukturen größere Bedeutung beimessen als der Verstärkung taktischer (Militär-)Offensiven.

Auch hier dürfte ein intensives Studium von Befreiungsbewegungen mit oder ohne KPs als Kern in den vergangenen drei Jahrzehnten unter der Fragestellung lehrreich sein, ob und inwiefern sie explizit dem politischen sowie sozioökonomischen Aspekt im Sinne einer gesicherten (Über)Lebensfähigkeit Vorrang einräum(t)en oder ihr Engagement in erster Linie auf die Erringung der Staatsmacht abzielte. Wo immer letzteres vorherrschend ist und am ausgeprägtesten war, liefen die Protagonisten nach der Machtergreifung alsbald Gefahr, daß ihr normalhin aus dem Fundus des Marxismus-Leninismus (mitunter auch aus den Ideen Mao Tse-tungs) gespeistes Kritikvermögen zur reinen Herrschaftsapologetik verkümmerte und mit der Etatisierung "ihrer" Revolution sich Pluralität, Heterodoxie und kritisches Potential parteikommunistischer Konformität anzupassen oder unterzuordnen hatten. Die fatale Konsequenz: Man war selbst zum Inbegriff vormaliger Anti-Ideale geworden oder schüttete, wie im Falle der zusammengebrochenen realsozialistischen Gesellschaften, das Kind, den Marxismus, mit dem parteikommunistischen Bade aus.

Die Qualität des politischen Programms von Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen - wollen sie vermeiden, durch die normative Kraft des Faktischen (zerstörte Landschaften, verstörte Menschen und zerrüttete Ökonomien) bald nieder- oder erdrückt zu werden - wird sich künftig mehr denn je daran messen lassen müssen, in welchem Maße sie beabsichtigen, sich schrittweise als hegemoniale gesellschaftliche Kraft zu etablieren, deren Akzeptanz in der Mehrheit der Bevölkerung es ihnen gestattet, staatstragend zu werden. Der Primat unbedingter Machtergreifung, Zerschlagung der alten Staatsapparate und ihre Ersetzung durch eigene staatliche Strukturen - das ist ein zentraler Punkt, der sich aus der Geschichte der real-existierenden Sozialismen filtern läßt - läuft unweigerlich Gefahr, Herrschaft zu reproduzieren, welche sich in dem Maße verfestigt und (notfalls terroristisch) gegen Kritiken abschottet, wie an der unterstellten Interessenidentität zwischen Staat und dominanter politischer Partei (KP) festgehalten wird.

Statt dessen gilt es den Primat bedingter Machterweiterung zu kultivieren, die sich mit der und durch die Durchsetzung einer Entwicklungspolitik im Sinne der oben skizzierten Definition legitimiert. Fatalerweise herrscht noch immer in einigen "roten Zonen" und unter CPP-Kadern (doch nicht nur dort) die Meinung vor, bereits jetzt, im Stadium vor der siegreichen Machtergreifung, durchgesetzte umfangreiche sozioökonomische Projekte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in den entsprechenden Regionen seien nur stellvertretend und dosiert für sie einzusetzen. Denn, so die verquere und menschenverachtende Logik, eine derartige spürbare Verbesserung lulle möglicherweise die Bevölkerung ein und unterminierte ihre Kampfbereitschaft. Da empirisch abgesicherte Untersuchungen zu diesem heiklen Thema fehlen - und wohl auch schwerlich durchzuführen sein dürften -, bleibt ungewiß, wie stark ausgeprägt eine solche Pauperisierungsstrategie ist und wo sie aufgrund welcher Faktoren genährt wurde und virulent bleibt.

Dem Verfasser sind aufgrund eigener Anschauung (vor allem in Südmindanao) Beispiele bekannt, da sinnvolle, von der Bevölkerung (oftmals Ex-Mitgliedern der "Bewegung") selbst initiierte und getragene Projekte auf Widerstand und/oder offene Ablehnung stießen, weil sie sich den Finanzierungs- und Vergabepraktiken von der Partei nahestehenden NGOs aufgrund der daran gekoppelten Machtmechanismen widersetzten. Besonders verwerflich werden derartige Praktiken, wenn dadurch überlebensfähige ökonomische Projekte und/oder dringliche Erziehungs- und Ausbildungskomponenten für Kinder und Jugendliche in den "roten Zonen" und ihren Randgebieten vereitelt werden. Diesen Komponenten ist landesweit bislang kaum Beachtung geschenkt worden, was sich für die Betroffenen und die "Bewegung" gleichermaßen als schwere Hypothek erweisen wird.

Als die weitaus schwächsten Glieder in der Kette von Gewalt und Gegengewalt sind gerade Kinder und Jugendliche mittelbar und (als Kindersoldaten) direkt einschneidenden, häufig mit traumatischen Symptomen verknüpften Ereignissen ausgesetzt, was eine Adaption an Friedensbedingungen erschwert, je länger der Bürgerkrieg andauert und sich die Gefahr (wie durch das DPA-Problem in Mindanao auf dramatische Weise unterstrichen) des Umschlagens in ein Kriegervolk erhöht.

Quo vadis?

"(...) die Erneuerung der Partei ist nicht nur bedeutsam für die national-demokratische Bewegung, sondern wegen der Zentralität der CPP für die gesamte fortschrittliche Bewegung. In dieser Zeit ist es nicht so sehr

Konkurrenz, welche die Haltung der meisten anderen Sektoren der Bewegung vis-à-vis der CPP bestimmt, als vielmehr die Sorge um deren Zukunft. Wie es eine Führungsperson von Bisig ausdrückte: ‚Wir alle haben ein Interesse daran, daß die CPP und ND(national-demokratische)-Bewegung nicht auseinanderbrechen, weil uns das alle schwächen würde. Was immer auch unsere Differenzen sind, wir haben gleichermaßen Interesse an der Erneuerung der ND-Bewegung.`" (Walden Bello, The Crisis of the Philippine Progressive Movement: A Preliminary Investigation, in: Debate - Philippine Left Review 4:54, Amsterdam Sept. 1992.)

Die Antwort darauf, ob die CPP gleich dem Phönix der Asche entsteigt oder in (noch stärkere) Abwinde gerät, hängt in erster Linie von ihrer eigenen Fähigkeit ab, innerparteiliche Demokratie zu fördern, sich sowohl CPP-intern als auch in der solidarischen und kritischen Auseinandersetzung mit nicht parteiförmig organisierten Linken und fortschrittlichen Kräften und Einzelpersonen dem Diskurs über als unerschütterlich geltende Prinzipien zu öffnen und auf eine Strategie hinzuwirken, welche die langwierige Zivilisierung des Politischen in einer Weise fördert, daß sie in der Bevölkerung mehrheitlich auf Akzeptanz stößt und von dieser selbst für durchsetzungswürdig befunden wird. Der CPP-Führung verbleiben einstweilen folgende Optionen bzw. sieht sie sich mit folgenden Problemen konfrontiert:

a. Sie beharrt auf dem Reaffirm-Dokument, nimmt einen Mitgliederschwund in Kauf und entfernt aus den Parteireihen jene Kräfte, die sich ihrer "rectification campaign" widersetzen.

b. Als Teil eines solchen Prozesses beruft sie ein erweitertes 10. ZK-Plenum oder ein 11. ZK-Plenum oder schließlich den nach dem Gründungskongreß ersten ordentlichen Parteitag ein, der die Parteilinie vollauf bestätigt oder sie unter dem Druck zurückgetretener/ausgeschlossener Mitglieder geringfügig modifiziert.

c. Die Parteiführung verfährt im Sinne von Punkt a, sieht sich allerdings in absehbarer Zeit nicht zur Erfüllung der unter Punkt b aufgelisteten Maßnahmen veranlaßt und handelt, als sei nichts Dramatisches geschehen.

d. Die innerparteilichen Oppositionellen, d.h. die Kritiker des Reaffirm-Dokuments, gewinnen die Oberhand, und es gelingt ihnen eine Kurskorrektur.

e. Die innerparteiliche Opposition unternimmt mit Ex-Parteigenossen und außerparteilichen, unabhängigen Linken den Versuch, auf einen Richtungswandel der CPP hinzuarbeiten oder konstituiert sich - mit diesen oder ohne diese Kräfte - möglicherweise in Form eines lockeren Bündnisses als Gegengewicht zur CPP.

f. Punkt e würde erweitert um die Perspektive, daß sich die drei unter Punkt e genannten Kräfte als Block formieren und gemeinsam die Gründung einer - dann höchstwahrscheinlich legalen politischen - Partei demokratischer Sozialisten erwägen.

g. Punkt e und f realisieren sich aufgrund zunehmend größerer (antagonistischer) Differenzen unter den Beteiligten nicht, und es käme zu einer weiteren Zersplitterung/Ausdifferenzierung der Linken.

h. Das schlimmste Szenario wäre ein tiefer, quer durch die CPP/NPA/NDF verlaufender Riß, der Konfrontationen zwischen bewaffneten Formationen der NPA schüren könnte.

Augenblicklich hat es den Anschein, als verstärkten sich die Trends im Sinne der Punkte a, c und e, wobei offen bleibt, ob sich die Widersprüche unter den jeweiligen Protagonisten konträr oder antagonistisch entwickeln - da wird noch manches zu berichten sein.

Unternähmen die linken und fortschrittlichen Kräfte außerhalb der Partei und jenseits von Häme, Zynismus und persönlicher Anfeindung ihrerseits alles, um im Rahmen solidarisch geführter inhaltlicher Debatten auf die CPP einzuwirken, könnten sich aus diesem Prozeß durchaus Grundlinien einer Politik herauskristallisieren, die sich als tragfähige Alternative zum herrschenden Ramos-Kurs forcierter Modernisierung mit ihren extrem hohen sozialen Kosten empfiehlt.

Literaturhinweise

Anstelle eines umfangreichen Anmerkungsapparats sei hier auf neuere Publikationen zum Thema verwiesen:

(1) Rainer Werning (Hg.), Philippinen - "Demokratie aus der Wundertüte". Berichte, Essays, Analysen, Münster 1987

(2) Sven Hansen, Philippinen - Guerilla und Revolution. Ursprünge, Entwicklungen und Perspektiven der NDF, Münster 1991.

(3) José Maria Sison/Rainer Werning, Die philippinische Revolution. Eine Innenansicht, Essen (2. Aufl.) 1993.

(4) Rainer Werning, CPP (Communist Party of the Philippines) - Phönix aus der Asche oder im Aufwind? Vorläufige Anmerkungen zur laufenden Debatte unter den philippinischen Linken, Altenberge/Freiburg i.Br. 1993

29. Bewaffneter Humanismus. Militärinterventionen und ethnozentristische Konflikte in der Neuen Weltordnung

Autor: Kurt, Westberlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Interventionspolitik und Kriege; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:10

Seit dem Golfkrieg häufen sich die Interventionen von Staaten des Westens, ohne daß sich in diesen größerer Protest oder ähnliches regen würde. Auch hierzulande wurde die Truppenentsendung in das somalische Belet Uen, immerhin der erste bewaffnete Militäreinsatz des post-faschistischen Deutschlands, in der Linken und der Friedensbewegung großenteils an den Fernsehschirmen verfolgt. Während manche sich den "unbequemen Wahrheiten" eines Ulrich Menzel nicht länger verschließen können, der seit geraumer Zeit mit der Forderung nach Treuhandschaft des Nordens über die Armuts- und Bürgerkriegsregionen des Südens durch die Lande tingelt, fühlen sich andere in ihrer Gewißheit, daß die imperialistischen Staaten eben imperialistisch seien, bestätigt. Daß die Konsequenz daraus unter anderem ist, einen General Aidid oder gar den faschistoiden General Mladic für Antiimperialisten halten zu müssen, zeigt nur, wie ungeeignet dieser Ansatz für eine Kritik der neuen globalen Verhältnisse geworden ist. Sich auf die "Wahrheiten" der 70er Jahre zurückzuziehen, während die Politik des Nordens gegenüber dem Süden, aber auch die Konflikte innerhalb der "Zweiten" und "Dritten Welt" längst eine veränderte Qualität angenommen haben, ist nur eine weitere Form linker Hilflosigkeit. Und daß die schärfsten Kritiken gegen westlichen Interventionismus dort formuliert werden, wo es in der Linken niemand vermutet hätte, nämlich in den karitativen oder Organisationen, rundet das Bild ab.

Es ist kein Wunder, daß das interessanteste Buch zu diesem Thema von einer dieser Organisationen veröffentlicht wurde: "Helfer im Kreuzfeuer. Humanitäre Hilfe und militärische Interventionen", herausgegeben von "Médecins sans Frontières" (Mediziner ohne Grenzen), der vor 20 Jahren in Frankreich gegründeten größten nichtstaatlichen Organisation für medizinische Nothilfe. (1) Die teilweise ungewöhnlichen Thesen des Buches, die auch unter den LeserInnen dieser Zeitung Beachtung verdienen, sollen im Folgenden vorgestellt und in den "linken" Diskurs eingebaut werden.

Große Teile des Buches beschäftigen sich mit den Folgen der neuen Weltordnung für die Arbeit humanitärer Organisationen in Kriegsgebieten. Sie können hier weitgehend vernachlässigt werden. Jacques de Milliano schreibt im Vorwort: "Über ein Jahrhundert lang (...) ‚eskortierten` die freiwilligen Mitarbeiter der humanitären Organisationen die kriegführenden Armeen auf die Schlachtfelder, um die Opfer zu evakuieren und zu versorgen. Heute ist es umgekehrt: die Armeen ‚eskortieren` die freiwilligen Helfer." (S.8) Die Folge dieser Umkehrung ist, daß letztere immer häufiger von den Kriegsparteien als Teil des Feindes angesehen und deshalb angegriffen werden, was bis 1989 weitgehend tabu war. "Humanitäre Interventionen" werden, wie in Somalia und Bosnien, mit Hilferufen von Helfern begründet, die auf diese Weise plötzlich in eine politisch relevante Rolle gedrängt werden.

"Chaotisierung" der Konflikte

Ich glaube nicht, daß die gängige linke Argumentation, die "imperialistischen Kriegstreiber" brauchten nur einen "Vorwand" zum Eingreifen, um ihre "wirklichen Interessen zu verschleiern", ausreichend ist, dieses Phänomen zu erklären. Vielmehr sieht es so aus, als ob die immer zahlreicheren Interventionisten aus Washington, Brüssel, New York, Bonn etc. mit dem Wegfallen der Blockkonfrontation und damit eines eindeutig definierten Feindes nicht mehr so genau wissen, auf welcher Seite sie sich in Bürgerkriegen stellen sollen und welchen konkreten Nutzen ein Eingreifen noch hat. Ein Hauptgrund für die Somalia-Intervention war laut Médecin-sans-Frontières-Autor Jean-Christophe Rufin "der Wunsch des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, die bürokratischen Mängel seiner Organisation nicht ans Licht kommen zu lassen". (S.156)

Wie kann diese Entwicklung erklärt werden? "Die Phase der Expansion", so schreibt Rufin weiter, "ist historisch abgeschlossen, der globale Raum ist nicht mehr das entscheidende Machtkriterium. Die ‚Nachfrage` nach Einfluß im Süden ist gesunken, die ‚alte Welt` zieht sich auf sich selbst zurück (...) Der Schutz der Hilfsorganisationen ist eine Möglichkeit, mit geringem Aufwand die aufgebrachte öffentliche Meinung zu beruhigen. Sie verbirgt eher einen Verzicht als einen neuen Hegemoniedrang." (S.158) Die Intervention in Somalia zeichne sich also, so die Autoren, eher durch einen blinden Aktionismus aus. Die Medienwelle mit den

schrecklichen Hungerbildern, die Rufe von "Helfern", 80 Prozent der Güter würden gestohlen, die militärische Problemlosigkeit - dies alles war für den Entschluß zu intervenieren wichtiger als "imperialistische Interessen". Die postmoderne Neue Weltordnung zeichnet sich, was sie vielleicht noch gefährlicher als die frühere macht, durch das völlige Fehlen politischer Krisenlösungskonzepte aus.

Der Grund dafür, so ein weiterer Autor, Francois Jean: "Die zweigeteilte, vom Kalten Krieg bestimmte Weltordnung ist einer weniger starren multipolaren Konstellation mit einer wachsenden Zahl von inneren Konflikten und immer gewalttätigeren Kriegen gewichen. Während der Begriff der ‚internationalen Gemeinschaft` die Vorstellung von einer mit sich selbst versöhnten und auf humanistischen Werten aufgebauten Menschheit weckt, wird die Welt zunehmend von Spaltungsprozessen, offen ausgetragenen Streitigkeiten und sich zuspitzenden Nationalitätenkonflikten erschüttert. Statt zur Beilegung der Konflikte hat das Ende der Ost-West-Konfrontation zu einer Vervielfältigung der Gewaltsituationen geführt." (S.21) Das Ende des Kalten Krieges habe auch dazu geführt, daß brutale Diktaturen als Statthalter des Ost- oder Westblocks nicht mehr an der Macht gehalten werden müßten. Einige konnten gestürzt oder gar abgewählt werden, anderen blieb nichts anderes übrig, als sich mit ihren früheren politischen Feinden auf Friedensabkommen einzulassen. Wer sich doch an der Macht halten wollte, setzte auf ein anderes ideologisches Konzept: den Ethnozentrismus. Und zwar entweder, um die ins Wanken geratene Machtposition durch ein anderes Konzept als das frühere Rechts-Links-Schema abzusichern, oder, wie zum Beispiel in Zaire, um "ethnische" Konflikte vom Zaun zu brechen, auf die Diktator Mobutu verweist, um die "Gefahren von Demokratisierung" aufzuzeigen und sich als einzigen Stabilitätsgaranten zu präsentieren.

In manchen Konflikten wie in Liberia, Afghanistan, im Kaukasus oder Sudan lösten sich gar sämtliche staatliche Strukturen auf, es entstand eine kaum mehr überschaubare Anzahl von Konfliktparteien - besser gesagt: Banden, die durch Raub, Plünderung, Vertreibungen und andere Brutalitäten gegen die Zivilbevölkerung von sich reden machen. "Ohne ihre Paten sind die Staaten und Guerillabewegungen mehr denn je sich selbst überlassen und schlagen im gnadenlosen Kampf um die raren Mittel aufeinander ein. Genötigt, sich aus eigener Kraft zu erhalten, müssen sie sich nun im Land selbst bedienen und versuchen, neue Geldquellen zu finden, um sich Waffen zu beschaffen und ihre Macht zu stärken", so Francois Jean. (S.22) Hier wäre kritisch anzumerken, daß dies eine zu pauschale Sichtweise ist. Bei der Vielzahl von Staaten und Konflikten gibt es auch ganz andere Beispiele. Die überspitzte Sprache des Autors und der Hang zur Dramatisierung dient ihm als Begründung, daß Interventionen mancherorten nötig seien, freilich jedoch besser vorbereitet, politisch konzipiert und nach Absprachen mit den Kriegsgegnern geschehen müßten. Dem muß man nicht folgen. Doch daß die Folge der Entwicklung in nicht wenigen Regionen "Raubwirtschaft" ist, ist ebenso richtig wie die Einschätzung: "Die Krisen reproduzieren sich aus sich selbst." (S.22)

Deutlich ideologisch gebundene, politisch-militärische Guerillabewegungen hingegen, die ganze Gebiete kontrollierten und deren "Kriegswirtschaft" sich u.a. auf Hilfslieferungen aus dem Ausland stützte, gehören dafür weitgehend der Vergangenheit an. Und sie haben inzwischen vielerorten den bewaffneten Kampf aufgegeben und setzen heute auf Verhandlungslösungen und ein eher sozialdemokratisches Politikverständnis. Dies gilt z.B. für FMLN, ANC und SWAPO.

Universelle Menschenliebe

Parallel zur oben beschriebenen "Chaotisierung" von Konflikten haben die internationalen Interventionen drastisch zugenommen. Über 75.000 Blauhelme sind an 15 Schauplätzen gegenwärtig präsent. Der "neue Aktivismus der Vereinten Nationen" (S.14) umfaßt dabei zugleich die Möglichkeit, kriegerische Mittel wie im Irak oder in Somalia einzusetzen. Jedoch gibt es auch andere, laut UN-Jargon "friedenssichernde" Interventionen wie in El Salvador, Angola und Kambodscha. Zudem delegiert die UNO auch Interventionen an regionale Streitmächte wie im Kaukasus oder Liberia. Alle diese recht unterschiedlichen Interventionsformen haben jedoch eines gemein: Das alte oberste Gebot, die Souveränität der Nationalstaaten zu wahren, wird zunehmend in Frage gestellt.

An seine Stelle treten "universale Prinzipien", nämlich die Menschenrechte. "Diese mehr auf Werte als auf Kräfteverhältnisse und auf Völker mehr als auf Staaten gegründete Konzeption der Weltordnung gewinnt trotz der Bedenken der Diplomaten zunehmend an Bedeutung." (S.19). Gleichzeitig hängt der "bewaffnete Humanitarismus" der UNO, der "Speerspitze der universellen Philanthropie" (Guy Hermet, S.186), trotz aller Universalien von der Bereitschaft einzelner Nationen ab, wie am Beispiel Somalia zu sehen ist: Mit dem

Entschluß der USA, zum Rückzug zu blasen, ist das ganze Konzept UNOSOM II weitgehend hinfällig geworden.

Für ein linkes Politikverständnis sind zwei Dinge von Bedeutung. Erstens geht es bei heutigen Interventionen des Westens nicht mehr, oder zumindest in geringerem Maße, um die vielbemühten strategischen Interessen von Großmächten. Beim Beispiel Somalia war es eigentlich müßig nach ihnen zu suchen: Die gefährdeten Ölinteressen von US-Multis, die ohne Probleme woanders Öl fördern können, oder die Verhinderung des Vordringens des "islamischen Fundamentalismus", weshalb man genauso gut Jahre zuvor in Sudan hätte intervenieren müssen, reichen als Begründung nicht aus: Vielmehr ist "der Schutz der Menschenrechte seit dem Golfkrieg so sehr zum obligaten Aushängeschild jeder diplomatischen wie militärischen Aktion der westlichen Staaten geworden (...), daß er andere Motivationen in den Hintergrund drängt". (S.186)

Hierbei sollte man jedoch nicht erschrecken und sich um seinen früheren Feind gebracht fühlen. Menschenrechte stellen ja nur die notwendige ideologische Begründung kapitalistischer Verhältnisse dar. "Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ist, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum." (Marx-Engels-Werke Bd.1, S.370) So reproduzieren die Menschenrechte nur die sozialen Spaltungen. Daß sie vor allem für Weiße gültig sein sollen, kann man daran erkennen, daß die UNO keine Truppen nach Deutschland schickt, wenn Asylbewerber bedroht sind. Auch ihre hochoffiziellen Papiere sind eindeutig: "Die (...) UN-Resolutionen (zu Irakisch-Kurdistan, Jugoslawien und Somalia, Anm. Verf.) nehmen allesamt Bezug auf den Schutz der humanitären Konvois (des Nordens, Anm. Verf.), das neue Dogma der humanitären Aktionen. Vom Schutz der Opfer hingegen ist in keiner einzigen Resolution die Rede." (S.193) Und so ist es auch kein Wunder, daß die UNO "heute in offensiver Weise Waffengewalt (anwendet), ohne jedoch den Kämpferstatus anzunehmen und sich den Verpflichtungen des Kriegsrechts zu unterwerfen. Steht die UNO etwa über dem Gesetz?" (S.196) Aus Somalia liegen viele Berichte vor, wonach die Blauhelme völlig willkürlich und ohne jegliches Unrechtsbewußtsein agieren. Sie sehen sich ja im Dienste universaler Werte stehend. Afrika muß, so sehen es viele im Norden nach wie vor, zwangszivilisiert werden.

Statt Antiimperialismus Kritik des Eurozentrismus

Um noch einigermaßen die aktuellen Entwicklungen erklären zu können, wäre deshalb zum zweiten eine Verlagerung der Perspektive nötig: Weg von einer Kritik imperialistischer Zentren mit ihren strategischen Interessen und hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Kritik eurozentristischer Staaten, wie von Guy Hermet angedeutet: "Obendrein zeigte sich, daß diese Neuorientierung (hin zu den Menschenrechten, Anm. Verf.) ideal mit dem gewandelten Zeitgeist in den eigenen Gesellschaften zusammentraf. Denn in den westlichen Ländern hatten die Aktivisten ihre Fortschrittsgläubigkeit aufgegeben und sahen keine Möglichkeit mehr, der Dritten Welt aus ihrem Elend herauszuhelfen, das nunmehr als eine Art kulturbedingtes Schicksal betrachtet wird. Noch dazu hatte die im übrigen von dieser neorealistischen Entdeckung entzückte öffentliche Meinung gerade die traumatische Desillusion hinsichtlich ihrer demokratischen Gesinnung und den Schock der Intoleranz gegenüber den - dann doch zu exotischen - Einwanderern aus der Dritten Welt erlitten. Vor diesem Hintergrund kam der Interventionismus zur Verteidigung jener Werte, die daheim nicht mehr anzutreffen waren, gerade recht." (S.184)

Diese, so meine ich, zentrale Passage des Buchs von "Ärzte ohne Grenzen" legt mehrere Neuorientierungen nahe. Das erste ist der enge Zusammenhang von Asyldebatte hier und Interventionismus dort. Dieser Zusammenhang kann mittels der Eurozentrismus- und Rassismus-Kritik ins rechte Licht gerückt werden. Zweitens sollte man mit der "antiimperialistischen" Grundhaltung Schluß machen, die alles Böse dieser Welt bei den Herrschenden der USA und anderer Staaten ortet, die im Geheimen Entscheidungen treffen, und ihre Interessen in der Öffentlichkeit mit falschen Begründungen zu verschleiern suchen. Vielmehr sollte man sich die Frage stellen, ob nicht die Herrschenden nicht lediglich das vollziehen, was ohnehin viele denken. Statt des veralteten Diskurses vom "Imperialismus der herrschenden Klasse hier gegen die Trikont-Völker" müßte ein genereller Eurozentrismus - von Herrschenden und Volk - zum Thema werden.

Geschieht dies, so tauchen eurozentristische Ansätze auch innerhalb der klassischen anti-imperialistischen Position auf. Sie ordnet alles Schlechte, was im "Trikont" passiert, dem Imperialismus zu. Den Dritt-Weltlern tritt man so mit einem positiven Rassismus gegenüber, der sie ausschließlich als Objekte der "Ersten Welt"

darstellt. Dies ist aber nur die Fortschreibung der rechten und liberalen Position, daß z.B. Afrikaner kleinen Kindern ähneln, die von "uns" geführt bzw. zivilisiert werden müßten. Um dieser paternalistischen Haltung zu entgehen, müßte man ihnen eben auch das Recht zugestehen, nicht nur Marionetten oder Opfer des Westens zu sein, sondern auch eigene Interessen zu verfolgen und sich üble Sachen zu leisten. Der oft blutige Ethnozentrismus, der sich seit 1989 deutlich ausgeweitet hat, liegt auch in der Verantwortung der Bürger selber. Die Kriege in Jugoslawien wurden zwar von der westlichen Diplomatie mitverursacht, haben jedoch ihre einheimischen faschistischen "War Lords".

Gleichzeitig stellt der Ethnozentrismus, der sich nicht selten auf das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" beruft, die notwendige Rückseite einer Münze dar, auf deren Vorderseite der Eurozentrismus prangt. Er ist eine verständliche Reaktion, aber keine fortschrittliche, denn er stellt die Münze nicht in Frage. Daß die linke Soli-Bewegung den Ethnozentrismus ausblendete, ihn bisweilen zum Antiimperialismus umdeutet, hängt mit einem grundsätzlichen Denkfehler zusammen. Die "Völker des Trikonts" wurden häufig zu revolutionären Subjekten hochgespielt, ohne zu bemerken, daß der verwendete Volksbegriff, der das Volk als ein biologisch existierendes und handelndes Wesen ansieht, einem äußerst reaktionärem Diskurs entstammt. Völker sind jedoch willkürlich mit der Bildung und ideologischer Absicherung von bürgerlichen Nationalstaaten konstruierte Einheiten, in deren Dekonstruktion die einzige "linke" Perspektive liegen kann.

Kurt, Westberlin

Anmerkung:

1) Francois Jean (Hg.): Helfer im Kreuzfeuer. Humanitäre Hilfe und militärische Intervention, Verlag J.H.W.Dietz Nachfolger,

Bonn 1994, 220 S., 19,80 DM.

30. Der Mikrokosmos Italiens: FIAT (Buchvorstellung)

Autor: S.K. · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:03

Das Buch von Rainer Mehl - "Fiat Auto: Struktur schlägt Strategie" - widmet sich der anspruchsvollen Aufgabe, den organisatorischen Wandel bei FIAT über einen Zeitraum von 40 Jahren zu analysieren. Der Autor zeichnet aber nicht bloß die Unternehmensgeschichte eines Konzerns nach, sondern begibt sich auf die Suche nach den Gründen für diesen Entwicklungsprozeß. Er erweitert auf diese Weise ganz erheblich den analytischen Rahmen, da er so die nationalen wie auch die internationalen unternehmensexternen Einflußfaktoren in seine Analyse mit einbezieht.

Das mag auf den ersten Blick so elaboriert wie zäh klingen und wenig einladend, ein annähernd 350 Seiten starkes Buch darüber zu lesen. Besteht aber seitens des Lesers ein Interesse, über die spärliche Berichterstattung in der Tagespresse hinaus etwas über die politischen und ökonomischen Zusammenhänge Italiens zu erfahren, so könnte der Inhalt des Buches aufschlußreich sein.

FIAT war und ist nicht lediglich einer der ökonomisch bedeutendsten Konzerne Italiens - was ja schon auf entsprechende, im nationalen Kontext wirksame ökonomische und politische Macht schließen läßt - sondern stellt gleichzeitig einen ökonomischen und politischen Mikrokosmos Italiens dar. Ökonomisch, weil das Unternehmen eine Vorreiterrolle für die ökonomische Entwicklung Italiens einnahm. Politökonomisch, weil Veränderungen der Produktionsverhältnisse bei FIAT Ausgangspunkt für eine umfassende Modifikation der nationalen politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse waren.

Das Buch beginnt mit einer Darstellung der unternehmensinternen Besitzverhältnisse, der Stellung von FIAT-Auto im FIAT-Konzern (FIAT produziert nicht nur Autos, sondern ist ein Unternehmenskonglomerat, das in so ziemlich jedem Wirtschaftszweig vertreten ist) und der Marktposition. Ist dieser Teil für jemanden, den vor allem die allgemeinen politischen und ökonomischen Probleme Italiens beschäftigen, nur bedingt interessant, so gilt dies für die folgenden Abschnitte nicht. Was der Autor über die ökonomische und politökonomische Entwicklung Italiens als externen Handlungsrahmen FIATs zu berichten weiß, ist so ziemlich das beste, was im deutschsprachigen Raum zu diesem Thema verfügbar ist. Neben einer umfassenden Darstellung der wirtschafts- und finanzpolitischen Situation Italiens werden die Gründe der augenblicklichen ökonomischen Krise in Italien anschaulich erläutert. Rainer Mehl hebt richtig hervor, daß die Wachstumseinbrüche im wesentlichen nicht auf die weltweite Rezession zurückzuführen sind, sondern daß hier eine Strukturkrise vorliegt, deren Ursachen Staatsverschuldung und Nord-Süd-Gefälle sind. Wenn dies in dem Buch auch nicht explizit deutlich gemacht wird, so erfährt man aus der Darstellung doch, daß die augenblickliche wirtschaftliche und politische Spannung Italiens auf das Scheitern des an seine Grenzen stoßenden deficit spending zurückgeht, womit im Laufe der 80er Jahre der ökonomische Aufschwung Italiens angeschoben wurde. Ebenso gelungen in der Analyse ist die Darstellung der zum strategischen Handeln befähigten Akteure bei FIAT. Die Signifikanz der durch Akteure gestalteten Produktionsverhältnisse für die politische Stärke der national agierenden Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und die diese Organisationen unterstützenden Parteien wird klar herausgearbeitet.

Mit dem Beginn der Arbeiterrevolte 1969, die bei FIAT in Turin ihren Ausgang nahm, verschob sich das politische Kräfteverhältnis in Italien zugunsten der Kommunisten und der Linksradikalen. Der konservative Gegenschlag, 1980 mit der Demonstration der Werkmeister bei FIAT eingeleitet, drängte den starken Einfluß der Gewerkschaften zurück und brachte eine Schwächung der italienischen Linken mit sich.

Seit 1989/90 steht eine dritte Krise FIATs ins Haus, die zu Veränderungen führen wird, deren Folgen für FIAT ähnlich tiefgreifend sein werden wie die Umbrüche 1969 und 1980. Dieser dritten schweren Unternehmenskrise widmet der Autor besondere Aufmerksamkeit. Detailliert werden die internen und externen Faktoren der Krise geschildert, wobei die im Vorwege herausgearbeiten Grundlagen der italienischen Ökonomie und der Unternehmensstruktur FIATs zur Analyse der augenblicklichen krisenhaften Zuspitzung herangezogen werden.

Das Kernproblem der augenblicklichen Krise ist eine technikzentrierte Produktivkraftentwicklung, welche im Laufe der 80er Jahre verfolgt wurde und die auf Substitution menschlicher Arbeitskraft (die immer auch ein

Widerstandspotential enthält) durch Roboter zielte. Das Scheitern dieser Strategie hat zur Folge, daß FIAT mit dem Konzept der qualità totale partizipatorische Ansätze in der Organisation der Produktionsverhältnisse setzt. Angesichts einer seit Jahrzehnten praktizierten Frontstellung zwischen Management und Arbeiterschaft scheinen die Barrieren zu hoch für ein Gelingen dieser Strategie. Scheitert das Konzept der qualità totale, so steht die ökonomische und politische Situation einer ganzen Region Norditaliens zur Disposition. Das würde die politische Landschaft Italiens nachhaltig erschüttern. Die Folge könnte sich in einer weiteren Polarisierung der politischen Kräfte bei nochmaligen Zuwächsen der politischen Rechten niederschlagen.

S.K.

Rainer Mehl: Fiat Auto: Struktur schlägt Strategie. Aufstieg und Fall eines autoritär geführten Unternehmens, edition sigma 1993, DM 39,-

31. "Wählt Heitmann!" Wie Hermann L. Gremliza einmal Karl Kraus überflügeln wollte

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:08

Wer sich der zeitsparenden Methode bedient, von langatmigen politischen Kommentaren jeweils nur den ersten und den letzten Absatz zu lesen, muß nur selten befürchten, es könnte ihm Wesentliches entgangen sein. Der Gegenstand des Kommentars und die Schlußfolgerungen des Autors sind klar, der übersprungene Rest ist Beiwerk, argumentiert wird ohnehin kaum.

Letzteres trifft auch auf den Kommentar von Hermann L. Gremliza zu, der im Novemberheft von konkret unter der Überschrift "Wählt Heitmann!" erschienen ist. Dennoch würde der den Mittelteil überspringende Leser Gremlizas wahre An- und Absichten völlig mißverstehen. Vor allem der Schlußsatz vermittelt den (leider falschen) Eindruck, Gremliza hätte - durch zähe Imitationsübungen - eine brillant formulierte Satire im Stile seines Idols Karl Kraus zustande gebracht: "Als einer, der viele Urlaube in Nachbarländern darangegeben hat, durch rüpelhaftes Auftreten in Wirtshäusern den falschen guten Eindruck zu korrigieren, den reisende Achtundsechziger von den Deutschen hinterlassen haben, rufe ich den Mitgliedern der Bundesversammlung zu: Wählt Heitmann!"

Ich gebe zu: mir hat das gefallen, obwohl Genossen der ak-Redaktion schon damals warnten: Vorsicht, der meint das ernst! Nach (vollständiger) Lektüre des in konkret 1/94 abgedruckten Interviews mit Ignatz Bubis muß ich ihnen leider recht geben. Gremliza ist auch nach Heitmanns Kandidaturverzicht seiner gänzlich unsatirischen Linie treu geblieben. Auf den Satz von Bubis "Heitmann hat aus meiner Sicht nicht nur dumm geredet, er hätte nachher auch so gehandelt" antwortet Gremliza: "Darauf habe ich mich gefreut." Bubis, augenscheinlich entsetzt, erwidert: "Sie sind ja ein böser Mensch", und wird von Gremliza (oder ist es sein Mit-Interviewer Gröndahl?) über den tiefen Sinn dieser extravaganten Linie aufgeklärt: "Was kann Besseres kommen als ein Bundespräsident, der mindestens einmal im Vierteljahr durch eine Äußerung oder eine Tat das gesamte Mißtrauen der Welt auf dieses Land lenkt?"

Man ist versucht, diesen Aberwitz als "Sonthofen von links" zu bezeichnen. Aber im Unterschied zu Franz-Josef Strauß, der "alles noch tiefer sinken" lassen wollte, um dann eigenhändig "aufzuräumen", haben Gremliza und die konkret-Redaktion außer dem "gesamten Mißtrauen der Welt" nichts anzubieten. Regelmäßig geschürt, könnte dieses Mißtrauen vielleicht eines Tages eine humanitäre Intervention der "Völkergemeinschaft" gegen Deutschland auslösen. (Dieser reizvolle Gedanke wurde im ak bereits vor einiger Zeit durchgespielt; vgl. Jürgen Links "parodistische Simulation" einer Resolution des UN-Sicherheitsrats: "Friedensmission gegen ethnische Säuberungen in Deutschland"; ak 356, S.15)

Jede Hoffnung auf eine demokratische Gegenbewegung in Deutschland scheint den konkret-Redakteuren verfehlt. Sicherlich war die Verhinderung von Heitmann sehr viel weniger wert, als Bubis meint ("ein ganz wichtiges Moment"). Der Vorwurf gegen Bubis, er habe doch nur "die deutsche Exportwirtschaft vor Heitmann schützen" wollen, hört sich zwar herrlich linksradikal an. Zynisch wird er, verknüpft mit der Unterstellung, Bubis (und andere ehrlich empörte Heitmann-Gegner) hätten letztlich das Spiel der CDU betrieben. Konkret enthüllt die große Verschwörung: "Und jetzt kommt der, den die CDU eigentlich wollte. (...) Der kommt jetzt problemlos. Roman Herzog hätte Schwierigkeiten gehabt ohne Heitmann vorneweg."

Letzteres mag stimmen. Daß das Ganze ein abgekartetes Spiel gewesen sein soll, ist lächerlich. Schließlich haben die Nominierung Heitmanns, sein auch von CDU-Anhängern als "peinlich" empfundenes Auftreten und sein kläglicher Rückzug dazu beigetragen, die Chancen für einen Wahlsieg der CDU/CSU zu verringern. Viel ist das nicht, es zeigt aber, daß die Einsatzzentrale im Konrad-Adenauer-Haus die politische Entwicklung nicht so problemlos steuern kann, wie die konkret-Redakteure sich das vorstellen. Und daß auch liberale "Verfassungspatrioten" wie Ignatz Bubis nicht von vornherein dazu verurteilt sind, die Rolle des nützlichen Idioten zu spielen.

Um auf Karl Kraus zurückzukommen: Der hatte, was von seinen Anhängern gern mit Schweigen übergangen wird, in den dreißiger Jahren gemeint, den Nazismus mit dem Austrofaschismus bekämpfen zu können. Seine Unterstützung für Engelbert Dollfuß, den er für den "kleinen Retter aus der großen Gefahr" hielt, war zweifellos

ein schlimmer Fehler. Gremlizas Werbung für Heitmann erscheint als Versuch, sein stilistisch unerreichtes Idol wenigstens auf dem Gebiet abenteuerlicher politischer Taktiererei zu übertrumpfen.

Js.

32. Betr.: Havemann, ak 362 - Nachtrag

Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:38

Durch ein bedauerliches Versehen ist der Bericht über das Leben und Wirken Robert Havemann (ak 362, 12.1.94) ohne die für das Verständnis der Anmerkungen unbedingt notwendige Literaturliste erschienen. Wir holen dies im folgenden nach.

Die in den Anmerkungen in eckigen Klammern ([....]) angesprochenen Quellen sind:

[1] Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung. Reinbek bei Hamburg. 1964. (rororo 683).

[2] Fragen Antworten Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten. München 1970.

[3] Rückantworten an die Hauptverwaltung "Ewige Wahrheiten". 17 Aufsätze, Reden und Interviews aus den Jahren 1953 bis 1970. Hrsg. H. Jäckel. München 1971 (2. erweiterte Auflage Berlin 1990).

[4] Berliner Schriften. 21 Aufsätze, Interviews, Briefe und Gespräche aus den Jahren 1969 bis 1976. Hrsg. A.W. Mytze. Berlin, München 1976.

[5] Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation. Hrsg. M. Wilke. Reinbek bei Hamburg 1978.

[6] Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie. München, Zürich 1980.

[7] Die Stimme des Gewissens. Texte eines deutschen Antistalinisten. Hrsg. R. Rosenthal. Reinbek bei Hamburg 1990.

[8] Dialektik ohne Dogma? Aufsätze, Dokumente und die vollständige Vorlesungsreihe zu naturwissenschaftlichen Aspekten philosophischer Probleme. Hrsg. D. Hoffmann. Berlin 1990.

[9] Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen. Hrsg. D. Hoffmann H. Laitko. Berlin 1990.

[10] Robert Havemann. Dokumente eines Lebens. Zusammengestellt und eingeleitet von D. Draheim, H. Hecht, D. Hoffmann, K. Richter, M. Wilke, H. Jäckel. Berlin 1991.

Wir hoffen, hiermit den Interessierten geholfen zu haben.

33. Erinnerungen eines Geretteten. Primo Levi im Gespräch - Buchvorstellung

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak363/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:04

Es ist immer wieder ärgerlich, mit welch' fragwürdigen Methoden auch renommierte Verlage den Verkauf ihrer Bücher zu fördern versuchen. Die Irreführung des potentiellen Lesers gehört zum Programm und wird auch dann praktiziert, wenn das angepriesene Werk wahrheitswidrige Werbung gar nicht nötig hat. Auch das jüngst bei Piper erschienene Buch "Ich suche nach einer Lösung, aber ich finde sie nicht", in dem Gespräche Primo Levis mit Ferdinando Camon abgedruckt sind, wird auf diese unschöne Weise vermarktet. Der Titel des Buches wird auf der Rückseite interpretiert. Primo Levi, so heißt es dort, zeige "auf eindrucksvoll prägnante Weise, wie er mit dem Dilemma ‚Gibt es trotz Auschwitz einen Gott?` umzugehen versuchte".

Tatsächlich endet das Gespräch mit Levis Satz: "Es gibt Auschwitz, also kann es keinen Gott geben." Daß das nicht definitiv sein letztes Wort war, ergänzt der Interviewer mit einem Klammersatz: "Auf dem maschinengeschriebenen Manuskript hat er mit Bleistift hinzugesetzt: Ich finde keine Lösung für das Dilemma. Ich suche nach ihr, aber ich finde sie nicht."

Auf den übrigen 73 Seiten spielt diese Frage keine Rolle; noch auf der vorletzten Seite bekennt Levi, daß das Judentum für ihn eine "rein kulturelle Gegebenheit" sei: "Wären da nicht die Rassengesetze und das Lager gewesen, ich wäre wahrscheinlich kein Jude mehr, außer nach dem Familiennamen; diese doppelte Erfahrung aber, die Rassengesetze und das Lager, haben mich geprägt, wie ein Metallblech geprägt: Jetzt bin ich Jude, der Davidstern wurde mir aufgenäht, und nicht nur auf die Kleidung." Wenn der Piper-Verlag dem sensiblen deutschen Kunden einen Buchtitel, der diesen Sachverhalt zum Ausdruck bringt, nicht zumuten mochte, hätte es die wörtliche Übersetzung des italienischen Originals auch getan. Das Buch erschien 1987 unter dem wohltuend schlichten Titel Autoritratto di Primo Levi ("Selbstporträt Primo Levis"). Eine zweite Ausgabe aus dem Jahre 1991 trug den Titel Conversazione con Primo Levi ("Gespräch mit Primo Levi").

Es war eine ganze Reihe von Gesprächen, die der 1935 geborene Schriftsteller Ferdinando Camon zwischen 1982 und 1986 mit Primo Levi (1919-1987) geführt hat. In der gedruckten Fassung des Dialogs wurden sämtliche handschriftlichen Änderungen berücksichtigt, die Levi der wörtlichen Abschrift hinzufügte. Verschiedenste Themen wurden besprochen, darunter: Levis schriftstellerisches Werk, sein Schreiben "zum Zweck der Befreiung"; Entstehung und Politik Israels; "der Mensch und die Chemie".

Im Mittelpunkt aber steht "das Lager", Auschwitz, das Levi, "vom Glück begünstigt", überlebte. Levi spricht über wesentliche Stationen seiner Kampf-, Leidens- und Überlebensgeschichte, ausführlich beschrieben in dem unbedingt lesenswerten Roman "Ist das ein Mensch?": die kurze Zeit als "miserabler Partisan", die mit der Verhaftung endet; den Entschluß, sich als Jude zu erkennen zu geben; die Deportation im Februar 1944 - trotz der, so Levis Einschätzung, ehrlich gemeinten Zusicherung der italienischen Faschisten, niemanden an die Deutschen auszuliefern; die Arbeit als Chemiker in Auschwitz-Monowitz; die lebensrettende Erkrankung im Januar 1945, die ihm die Evakuierung, den Todesmarsch, erspart: "Die anderen, die Gesunden, sind alle umgekommen, denn sie wurden mitten im Winter nach Buchenwald und Mauthausen verlegt."

Von besonderer Aktualität ist ein Thema, das Levi schon in seinem Artikel "Der Kommandant von Auschwitz" und in dem Erinnerungsbuch "Das periodische System" behandelt hat: "Deutschland damals und jetzt". Wo Camon einen verhängnisvollen "langen roten Faden" von den "Zeiten der Barbareneinfälle bis zum Zweiten Weltkrieg" zu sehen meint, nimmt Levi die Deutschen scheinbar in Schutz. "Es ist merkwürdig, daß ich hier die Deutschen verteidige, doch muß ich das tun", sagt er und weist den immanenten Rassismus "allgemeiner Urteile über die einem Volk innewohnenden, angeborenen Eigenschaften" zurück. Levis "Verteidigung" hat absolut nichts mit "Vergebung", "Aussöhnung" oder ähnlich gefährlichen Sentimentalitäten zu tun. Seine nach dem Kriege geführten "erschütternden Briefwechsel" mit deutschen Mittätern und Zuschauern zeigten ihm, was für das Verhalten der nicht direkt beteiligten Deutschen gegenüber dem Mord an den Juden exemplarisch war: "Sie sprachen nicht und hörten nicht, um nicht schuldig zu werden an dieser Sache, die sie ahnten."

Daß das deutsche Wirtschaftswunderland nicht nur formal Rechtsnachfolger des Nazireichs war, erlebte Levi bei geschäftlichen Verhandlungen in den sechziger Jahren. Von den deutschen Geschäftspartnern auf seine

guten Deutschkenntnisse angesprochen, antwortete er des öfteren: "Wissen Sie, ich heiße Levi, ich bin Jude, ich war in Auschwitz." Die Reaktionen seiner deutschen Altersgenossen, die "zu neunundneunzig Prozent Nazis" waren: "Einige schämen sich dessen, andere tun so, als schämten sie sich, manche zimmern sich eine Vergangenheit nach ihrem Belieben zurecht, und wieder andere rühmen sich ihrer Vergangenheit."

Über das Deutschland der achtziger Jahre sagt Levi: "Heute gibt es, wie immer in Krisenzeiten, Symptome einer Rückkehr, wenn nicht zum Nazismus, so doch zu einem rechtsgerichteten Regime, das stark ist, mit einer straffen Ordnung." An ein Wiederaufleben des Antisemitismus in Deutschland glaube er "nicht so sehr", schon wegen der geringen Zahl in Deutschland lebender Juden. Zu einer Revision dieses Urteils hatte er keine Gelegenheit mehr. Primo Levi starb 1987 in Turin.

An die Todesursache Selbstmord mag Ferdinando Camon, der bis zuletzt in Kontakt mit ihm stand, nicht glauben. Ein letzter Brief Primo Levis erreichte ihn erst Tage nach dessen Tod. Dieser Brief, schreibt Camon, habe ihn "zu der Überzeugung gebracht, daß Primo Levis Tod ein Unfall war, oder, wenn er doch gewollt war, daß dieser Wille in keiner Weise in ein System paßte und nicht nach einem Plan vollzogen worden war: Auch er blieb ein Unfall und nichts weiter."

Dieses Urteil erweckt aus zweierlei Gründen Unbehagen. Zum einen ist es nicht nachprüfbar; zweitens merkt man die Absicht des Interviewers, Levi nachträglich mit seinem, Camons, Gott zu versöhnen. Das ist - wie der Buchtitel - wenn nicht gar Verleumdung, doch zumindest ein Ärgernis. Von der Lektüre dieses eindrucksvollen und bewegenden Gesprächsprotokolls sollte es nicht abhalten.

Js.

Primo Levi im Gespräch mit Ferdinando Camon: "Ich suche nach einer Lösung, aber ich finde sie nicht", aus dem Italienischen von Joachim Meinert, München/Zürich (Piper) November 1993, 76 Seiten, DM 16,90

34. Solidarität mit Özgür Gündem

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:02

Erklärung Schweizer ParlamentarierInnen

Özgür Gündem ist eine der wenigen Zeitungen in der Türkei, die beharrlich über die Menschenrechtsverletzungen in den vornehmlich von Kurden bewohnten Provinzen berichtet. Seit dem Erscheinen der Tageszeitung Özgür Gündem versucht der türkische Staat, diese oppositionelle kurdisch-türkische Stimme zum Schweigen zu bringen.

Wir, Parlamentarierinnen und Parlamentarier des schweizerischen Parlaments, protestieren gegen die systematische Repression der türkischen Regierung und der türkischen Behörden gegen die oppositionelle kurdisch-türkische Istanbuler Tageszeitung Özgür Gündem.

Wir haben Kenntnis von den zahlreichen Morden, denen Journalistinnen und Journalisten, aber auch andere Mitarbeiter der Zeitung Özgür Gündem, zum Opfer fielen und die von amnesty international dokumentiert wurden. Wir fordern die Regierung der Türkei und die türkischen Behörden auf, diese Morde unverzüglich aufzuklären.

Wir haben Kenntnis von den zahlreichen Folterungen, denen Journalistinnen und Journalisten, aber auch andere Mitarbeiter der Zeitung Özgür Gündem, zum Opfer fielen und die von amnesty international dokumentiert wurden. Wir fordern die Regierung der Türkei und die türkischen Behörden auf, die Folterung von Häftlingen zu stoppen, die zahlreichen staatlichen Folterzentren zu schließen und die für die Folterungen Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

In Erwägung, daß die Türkei die europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterzeichnet und ratifiziert hat, fordern wir die türkische Regierung und die türkischen Behörden auf, jegliche Repression gegen die unabhängige kurdische Zeitung Özgür Gündem einzustellen.

Diese Erklärung wurde von 40 Schweizer Nationalräten und Nationalrätinnen unterschrieben. Sie erschien in Özgür Gündem und in der WoZ (Zürich).

35. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:15

Hoffnungsträger

Betr.: Ende oder Neuanfang? (ak 362, S. 27 f.)

Im "ak" schreiben zwei Autoren, die sich schön nostalgisch-konspirativ "P. und D., Berlin" nennen, über mich:

"Heute will KONKRET-Herausgeber Gremliza der angesprochenen Klientel eine ... Generalamnestie nicht mehr zumuten. Er schlägt in KONKRET 1/94 ganz realpolitisch vor: ‚Die Mitrevoluzzer von einst aber, die nur malten, was jene taten, müßten nun, da sie etwas geworden sind: Minister, Land- und Stadtrat, Bürgermeister, Präsidentenbegleiter, Literaturpreisträger, Talkshow-Stammgast, endlich ihr auch auf Kosten ihrer Genossen von gestern gewonnenes Renommee nutzen, um ihren Freunden von heute zu sagen: daß endlich Schluß sein muß mit den Mißhandlungen und alle, die den bewaffneten Kampf aufgeben, wie andere Delinquenten nach zwei Dritteln ihrer Haftzeit (bei Lebenslänglichen nach 15 Jahren) freizulassen sind.' (...) Gremliza (hat sich) mit seinem Vorschlag auf die Linie der KGT (= Koordinationsgruppe Terrorismusbekämpfung) begeben. Da zumindest die acht Gefangenen, die Helmut Pohls Brief vom August 1993 unterschrieben haben, keine Distanzierungserklärung in Gremlizas Sinne abgeben wollen, hat er ihnen mit seinem Kommentar die Solidarität aufgekündigt (...) Auch seine Empfehlung an die Gefangenen, nicht auf der Kontinuität ihres Kampfes für die Zukunft zu bestehen, da dies nur der Justiz erleichtern würde, diese weiter in Haft zu halten, bewegt sich im Rahmen der staatlichen Erpresserlogik (...) Daher gilt für uns draußen ungeachtet der Differenzen: Sie müssen alle raus!"

Wer die Gefangenen nicht auf den Tag vertrösten will, an dem die Bataillone des Kommunistischen Bundes den Staat erobert und abgeschafft haben werden, wird wohl, wenn er etwas von ihm verlangt, den herrschenden Staat nehmen müssen wie er ist. Und er ist so, daß er Strafgefangene aus der Haft nur dann entläßt, wenn er nicht erwarten muß, daß sie am Tag nach der Entlassung mit der Art Taten fortfahren werden, derentwegen sie gefangen und verurteilt worden waren - ob das nun Sexualdelikte, Banküberfälle oder Attentate sind. Was im "ak" staatliche Erpresserlogik heißt, ist einfach nur: Logik.

Natürlich kann man wünschen, daß alle Gefangenen in Freiheit kommen und also auch jene, die auf der Option bestehen, nach ihrer Entlassung den bewaffneten Kampf fortzusetzen. Da der Staat aber weder durch Gebete noch durch Massenkundgebungen deutscher Revolutionäre sich wird erweichen lassen, auf seine Logik zu pfeifen und die bewaffneten Kämpfer, vielleicht sogar unter Rückgabe beschlagnahmter Waffen, freizulassen, wird "uns draußen", die wir ungeachtet aller Differenzen "alle raus!" holen wollen, nichts übrigbleiben, als uns mit Granaten und Kalaschnikows zu bewaffnen, um auch "die acht Gefangenen" zu befreien, "die Helmut Pohls Brief vom August 1993 unterschrieben haben". Daß "wir draußen", um die Gefangenen trotz staatlicher Erpresserlogik und realpolitischem Verrat aus den Zellen zu holen, die PDS wählen gehn, wie es der "ak" empfiehlt, wird nämlich nicht genügen.

In jenen legendären Siebzigern, als das Blut des Klassenfeinds die Knie gewisser Hamburger Revolutionäre umspülte, hatte ich der KONKRET-Redaktion empfohlen, den "Kommunistischen Bund" als die am entschiedensten linksmaoistisch orientierte Richtung der deutschen Sozialdemokratie verstehen und schätzen zu lernen. Es ist schön zu sehen, daß der KB und sein "ak" durch alle revolutionären Stürme, die sie in den letzten zwanzig Jahren zerzaust haben, sich selber und unserem Urteil treu geblieben sind. In der Hoffnung, daß auch in zehn Jahren, wenn ich wieder mal nachschauen werde, sich nichts geändert hat.

Hermann L. Gremliza

KONKRET-Herausgeber

Trostlos

Betr.: 1994 - Jahr der Regierungsübernahme durch den ANC (ak 361, S. 18)

Die zu positive Einschätzung des Verhandlungsgeschicks der ANC-Allianz von J./Westberlin kann ich nicht teilen. Auch der Artikel von J. im ak 361 ist mir in seiner positiven Einschätzung des Übergangsprozesses viel zu optimistisch.

Die Situation in Südafrika ist heute trostloser denn je. Es wird 1994 nicht zu einer Übernahme der Regierung durch den ANC kommen. Die "Regierung der Nationalen Einheit" und der TEC sind Abbild der Machtverhältnisse, die meines Erachtens von den Herren von gestern bestimmt werden. Besonders der Mangel an wirtschaftlicher Analyse in J.s Beiträgen läßt ihn m.E. zu solch positiven Einschätzungen der Allianz und deren Machtpotential kommen. Durch die Ermordung von Hani hat die eh schon schwächere Allianz am Verhandlungstisch einen Analytiker verloren, der im Gegensatz zur alten Garde im ANC um Mandela die Strategie der Regierung de Klerk als "Kriegführung niederer Intensität" erkannt hat. Auch wenn Chris Hani ebenfalls voll auf Verhandlungen gesetzt hat, so hat er sich doch nicht zu den Kompromissen hinreißen lassen wie es die "gemäßigten Patrioten" Ende letzten Jahres getan haben. Sowohl die Gewalt - in weiten Teilen des Transvaal und Natal inzwischen ein andauernder Bürgerkrieg - als auch die schon jetzt angelegte Daumenschraube von IWF und Weltbank werden eine gerechtere Verteilung der Güter des Landes verhindern.

U.N., Aachen

Vulgärmarxismus

Betr.: Die Wiederkehr der Proletarität (ak 356), Diskussion mit Karl Heinz Roth (ak 362)

Das zuerst auf dem Konkretkongreß von Karl Heinz Roth (im weiteren Abk.: KHR) gehaltene Referat "Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken" hat innerhalb "der" Linken eine breite Diskussion entfacht. Während der Vortrag in der autoritätsfixierten vulgärmarxistischen Traditionslinken auf Zuspruch stieß, wird dieser von dem antiautoritären und undogmatischen Spektrum "der" Linken scharf kritisiert. In der Tat, der Vorzug dieses Referats liegt eher in der Anregung der Diskussion als in seinem Inhalt. KHR fällt in diesem hinter die Qualität seiner Arbeiten als Historiker zurück. Im folgenden möchten wir einige uns wesentlich erscheinenden Kritikpunkte anführen:

Sexismus, patriarchale HERRschaft und ökologische Zerstörung, die ja bekannterweise keine Erfindung der kapitalistischen Produktionsweise sind, sondern dort nur eine spezifische Ausformung erhalten, tauchen in KHRs Vortrag gar nicht auf. Rassistische Mobilisierung wird nur als Teil einer neoproletarischen Klassenzerklüftung gesehen.

Es ist nicht so, daß "alle Linken" gescheitert seien, grundsätzlich Unrecht hatten und jetzt "reiner Tisch" gemacht werden müßte, um bei "Null" anfangen zu können. Dies verdrängt die Notwendigkeit Kritik und Selbstkritik bestimmter linker (?) Ansätze (z.B. die zusammengebrochenen autoritären Staatssozialismen), die historisch antiemanzipatorisch gewirkt haben. Mensch kann grundsätzlich davon ausgehen, daß auch in einer befreiten Gesellschaft (Widerspruch Arbeit/Kapital) soziale Kämpfe, Geschlechterkämpfe und Machtkämpfe nicht nur stattfinden werden, sondern auch notwendig sind. Denn nur eine dynamische Gesellschaft kann sich weiterentwickeln.

Durch den Rückgriff auf einen vulgärmarxistischen Proletaritätsbegriff werden andere gesellschaftliche Widersprüche ausgeblendet und dadurch der Widerstand auf die Klasse der lohnabhängig Beschäftigten beschränkt. Daß die Mehrzahl der ArbeitsplatzbesitzerInnen nicht grundsätzlich fortschrittlich sind, sondern sich nur bei drohendem Arbeitsplatzverlust oder erheblicher Beschränkung an der Teilnahme der Konsumfalle wehren, kommt nicht zur Sprache. Auch die Rolle der kleinen "Selbständigen", die Entfremdung der Arbeit durch verlagerte Abhängigkeiten und die Verteilungskämpfe zu durchschauen, wird überschätzt. Sie werden sich eher auf die Seite des Kapitals schlagen oder geben sich mit einem sozialdemokratischen Klassenkompromiß zufrieden. Abschließend kann mensch sagen: die Rothsche ökonomistische Proletaritätsdefinition ("alle sind's") ist voluntarisch ("mensch muß nur wollen"), Linke seien alle tendenziell dem Proletariat zugehörig.

Im Gegensatz zu Joachim Hirsch (im weiteren Abk.: JH) und anderen PostfordismustheoretikerInnen kommt KHR bei oberflächlich gleichklingenden Begründungen zu entgegengesetzten politischen Konsequenzen. KHR sieht einen Vereinheitlichungsprozeß und eine Reproletarisierung; JH dagegen eine Aufsplitterung der Lebensverhältnisse (Atomisierung der Individuen). Dadurch ist ein radikaler Reformismus entlang Themen möglich, die über KHR hinausgehen. JH kommt auch deshalb zu einer Doppelstrategie: Autonome Gegengesellschaft aufbauen und im Apparat Fuß fassen, um Freiräume zu sichern und den Staat absterben zu lassen.

Alternative Liste, Gruppe Köln

36. Der aktuelle Pannenbericht

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:32

Viele aufmerksame Leserinnen und Leser haben nach dem ersten Blättern in ak 362 sofort zum Telefon gegriffen, um die im Inhaltsverzeichnis aufgeführte Beilage "ak-Register 1993 (Teil 1)" anzumahnen. Andere wunderten sich über den ungewohnten Umfang von nur 34 Seiten. Nun ist es weder so, daß wir das Register nur nach telefonischer Bestellung herausrücken; noch ist uns der Stoff ausgegangen. Vielmehr hat es, die meisten ahnten es schon und warteten geduldig ab, eine Panne gegeben: Wegen "Kommunikationsproblemen" mit unserer Druckerei konnten die für den ersten Teil des Jahresregisters reservierten sechs Seiten nicht produziert werden. Entschuldigung!

Wir holen das Versäumte in dieser Ausgabe nach und bringen das Jahresregister 1993 in einem Stück. Der nächste ak wird, wenn nichts dazwischen kommt, wieder im gewohnten Umfang von 40 Seiten erscheinen.

ak-Redaktion

37. Quelldatei 35.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:35

Chile

Kontinuierliche Solidaritätsarbeit zu Chile gibt es in der BRD kaum noch. Eine Ausnahme ist die Chile AG Braunschweig, die in ihrer jüngst erschienenen Broschüre Neoliberalismus am Beispiel Chile über "die verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des neoliberalen Konzepts" informiert. Neben Artikeln, die in den vergangenen Monaten im ak erschienen sind, enthält die Broschüre Interviews mit politischen Gefangenen und mit einer Organisation zur Verteidigung politischer Gefangener.

Neoliberalismus am Beispiel Chile. Hg. Chile AG Braunschweig. DIN A4, 48 S., 3 DM plus Versandkosten. Bezug: Chile AG, p.A. Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87, 38106 Braunschweig.

Europa und der Orient

Der Sturz des Schahs und die nachfolgende Errichtung der "Islamischen Republik Iran", ein Jahrzehnt später der Golfkrieg und aktuell die militanten Aktionen islamistischer Gruppen in Algerien und Ägypten haben alte Feindbilder von Orient, Arabern und Islam neu belebt. Die meinungsbildende Vorherrschaft von Demagogen wie Konzelmann und Scholl-Latour ist durch eine Reihe seriöser populär-wissenschaftlicher Publikationen zwar angekratzt, aber noch längst nicht gebrochen. Einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Schaffung eines differenzierteren und damit realitätsgerechteren Blicks auf "den Orient" hat der Tübinger "Verein für Friedenspädagogik" mit der von Daniel Gaede erarbeiteten Publikation Europa und der Orient getan. In dieser Ausgabe des Friedenspädagogischen Medienservice (s. ak 359, S. 39) werden knapp 100 Videos, Filme, Dia-Serien und Ausstellungen zu den Themen bzw. Ländern: Begegnungen, Islam, Ägypten, Iran, Libanon, Irak, Kurdistan, Türkei, Algerien, Tunesien, Marokko, Kuwait und Israel/Palästina mit den notwendigen technischen Angaben, Bezugsquellen und kurzen Inhaltsangaben angeführt. Entsprechend der Konzeption des Medienservice, nicht die eine Einseitigkeit durch eine andere, eine friedenspolitische "Einseitigkeit" auszutauschen, sind in der vorliegenden Ausgabe auch rassistische Streifen wie "Nicht ohne meine Tochter" und israelische Propagandafilme ("Terror der PLO") nachgewiesen. - Insgesamt eine wertvolle Arbeitshilfe für Gruppen und - attraktivere -Veranstaltungen!

Europa und der Orient. Friedenspädagogischer Medienservice, Ausgabe 4/93, 2. Jg. DIN A5, 40 S., 6 DM. Bezug: Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V., Bachgasse 22, 72070 Tübingen.

Menschenrechte

Die Lektüre ist niederdrückend - Erfolge sind kaum zu verzeichnen. Gleichwohl ist diese Zeitschrift, das von amnesty international herausgegebene Magazin für Menschenrechte notwendig, soll nicht übersehen werden, daß weltweit auch simpelste Rechte, genauer: die Menschen, die sie wahrnehmen wollen, geschunden, eingeknastet, ermordet werden. - Der mehrfach bedrohten Schwester eines in Peru "verschwundenen" Studenten ist die Flucht nach Schweden gelungen, dort wird ihr Asylbegehren abgelehnt, sie soll nach Lima abgeschoben werden, durch eine Zwischenlandung in Amsterdam kann sie (wie lange?) der Abschiebung entgehen. In Albanien Übergriffe auf Demonstranten, Inhaftierung politischer Gegner und Hinrichtungen. (Heft 1/94) In Kuwait "Verschwundene", Folter und staatliche Morde vorwiegend an Palästinensern, Jordaniern, Iraki und Sudanesen. "Verschwindenlassen" mit System in Indien, wo allein in zwei Bundesstaaten in den letzten Monaten Hunderte von Menschen "verschwunden" sind. Und Pakistan ... und Brasilien ... und ...

ai-info. Das Magazin für Menschenrechte. Monatlich, ca. 30 S. Bezugsinformation: amnesty international, 53108 Bonn.

Linkes Forum

Eine Gruppe linker Grüner (oder grüner Linker) will in dem von ihnen herausgegebenen LiFo-Info - Neue Folge "PraktikerInnen und TheoretikerInnen grüner Politik aus dem In- und Ausland ein Forum" bieten, da "Bündnis 90/Grüne nicht zur Öko-FDP werden" dürften, es vielmehr gelte, "radikale Alternativen neu (zu) umreißen". - Die Ausgabe vom November 93 enthält Beiträge u.a. zur "Position der ökologischen Kräfte angesichts des

Nationalpopulismus", zum Maastricht-Urteil des BVG und zur Position von Bündnis 90/Grüne auf dem Gebiet Wirtschaft/Soziales.

LiFo-Info. Neue Folge. Sechsmal jährlich. Jahresabo 60 DM. Bestelladresse: Lifo-Info. Neue Folge, c/o Rüdiger Brandt, Graefestr. 19, 10967 Berlin.

Sozialgeschichte

Wo Sozialgeschichte im allgemeinen und die Arbeitergeschichtsschreibung im besonderen angesichts "nationaler Probleme" und einer "Bewältigung" der DDR-Geschichte mehr und mehr vernachlässigt werden, bleibt die Zeitschrift der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte 1999 bei der selbstgestellten Aufgabe zu eben diesen vorgeblich überholten Themen zu publizieren.

Wayne Thorpe stellt in Heft 4/1993 die Arbeit des Amsterdamer Instituts für Sozialgeschichte, eines der weltweit bedeutendsten Institute dieser Art, zur Vergleichenden Arbeitergeschichte dar. Karsten Linne berichtet über die Rezeption des Beveridge-Plans im NS-Deutschland. Der tschechische Historiker Miroslav Kárny hat die Tätigkeit der SS- Führungsstäbe in der deutschen Kriegswirtschaft untersucht.

Wie auch alle anderen Ausgaben enthält die vorliegende einen umfangreichen Rezensionsteil, Archiv- und Kongreßberichte sowie "Notizen aus der Wissenschaftspolitik", in denen vornehmlich über die politisch motivierte Zerstörung von Zweigen der DDR-Wissenschaft informiert wird.

Die erste Ausgabe des Jahres 1994 wird mit einem Kommentar von Karl Heinz Roth über "Die Aufsprengung des Sozialstaats" eröffnet. Bei der neudeutschen "Vergangenheitsbewältigung", diesmal in Sachen DDR, spielt die sog. Totalitarismus-Theorie (in ihrer populären Form "Braun = Rot"), die wissenschaftlich längst als überholt galt, eine wichtige Rolle. Ausgerechnet ein Institut, das unter dem Namen des altehrwürdigen und mit den Namen Adorno und Horkheimer unlöslich verbundenen "Institut für Sozialforschung" (jetzt: Hamburg-Pöseldorf) antrat, ist bestrebt, ein "gemeinsames Konferenzprojekt der Hamburger Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus und des Hamburger Instituts für Sozialforschung" unter dem Titel "Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft - Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs" zu lancieren (vgl. ak 355, S. 38). In diesem Zusammenhang wie generell ist Dieter Nelles Aufsatz über Jan Valtins "Tagebuch der Hölle" von Bedeutung, ist Valtins Schrift doch ein "Schlüsselroman der Totalitarismustheorie", der wesentlich zur Popularisierung dieser "Theorie" beitrug. Ein weiterer Forschungsbeitrag informiert über die Zwangsfürsorge für "Nichtseßhafte" und "Asoziale" im Bayern des Nationalsozialismus. In den "Notizen aus der Wissenschaftspolitik" wird unter dem Titel "Hausverbot für einen entlassenen Institutsdirektor" der Briefwechsel zwischen dem Kölner Genetiker Benno Müller-Hill und Peter Gutjahr-Löser, dem neuen Kanzler der Universität Leipzig dokumentiert, worin es um die recht aktuelle Frage geht, welche Relevanz politischem Verhalten bei der Beurteilung wissenschaftlicher Leistung zukomme.

1999 - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Einzelausgabe, ca. 180 S., 18 DM, im gutsortierten Buchhandel. Jahresabo mit vier Ausgaben 60 DM. Abo-Bezug: inter abo, Wendenstr. 25, 20097 Hamburg.

Studenten

Unter der Tarnbezeichnung "Studienstrukturreform" wird derzeit die Verschärfung der Studienbedingungen vorangetrieben. Werden diese Veränderungen durchgesetzt, wird es bald einschneidende Zwangsmaßnahmen gegen sog. Langzeitstudierende geben. Zudem wird auf einen ersten "berufsbefähigenden" Abschluß nach einem verschulten Sechs-Semester-Studium hingearbeitet. Im Auftrag der PDS/Linken Liste hat der Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen eine Studie zu dieser Form von Bildungspolitik erstellt.

Blickpunkt Hochschulpolitik (West). Hg. von der PDS/Linken Liste im Bundestag. - Erhältlich über die Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste, Bonn.

38. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:37

Macht der Banken

Die Mandatsinhaber der drei deutschen Großbanken nehmen 8129 (in Worten: achttausendeinhundertneunundzwanzig) Funktionen in Wirtschaft und Institutionen ein. Der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler und Publizist Hermannus Pfeifer, Redakteur des Infodienstes "Bankwatch" und Autor der Studie "Die Macht der Banken", referiert über den "Kreislauf der Macht", die Verflechtung von Banken, Wirtschaft und politischen Institutionen.

10.2.94, 19 Uhr. Universität "Pferdestall", Raum 107, Allende-Platz 1, Hamburg. Veranstalter: Marxistische Abendschule Hamburg.

"Junge Freiheit"

Über Inhalt, Strategie, Mitarbeiter und Finanziers der neofaschistischen Zeitung "Junge Freiheit" soll informiert, anschließend über Perspektiven des Kampfs gegen die Verbreitung dieser Postille diskutiert werden.

14.2.94, 19 Uhr. "Rote Flora", Schulterblatt, Hamburg. Veranstalter: Hochschul-Antifa.

Neue Rechte

Volkmar Woelk, Autor von u.a. von "Natur und Mythos" referiert über die ideologischen Grundlagen einer konservativen Kulturrevolution, die Aktualität von Befreiungsnationalismus und Regionalismus und über Europastrategien der "neuen Rechten".

23.2.94, 20 Uhr. VSJS, Mainzerstr. 35 (Hinterhof), Saarbrücken. Veranstalter: Anti-Rassismus-Projekt im Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung.

Datenschutz

Vor zehn Jahren machte das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil auf die Gefahren der Informationstechnik für den Einzelnen wie die Gesellschaft insgesamt aufmerksam und leitete aus dem Grundgesetz das "Recht auf informationelle Selbstbestimmung", das "Grundrecht auf Datenschutz" ab. In den seither verflossenen zehn Jahren sind Datentechnik und Überwachungsmöglichkeiten immens vorangeschritten, die gesellschaftspolitische und die juristische Diskussion hat sich dagegen nur wenig weiterentwickelt. Auf einem eintägigen Kongreß in Berlin unter dem Titel 10 Jahre nach 1984 - 10 Jahre Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung - Wie weiter? soll über diese Problematik gearbeitet werden. Für den Vormittag sind Vorträge über "Die informationstechnische Einkreisung des Menschen" und über "Die Entwicklung des Informationstechnikrechts vom Schutz der Privatsphäre zur Informationsverkehrsordnung" vorgesehen, für den Nachmittag Arbeitsgruppen zu den einzelnen Aspekten dieser "Verkehrsordnung".

26.2.94, 10 bis ca. 22 Uhr. Technische Universität, Berlin. Veranstalter: der Berliner Datenschutzbeauftragte, Technische Universität Berlin, Deutsche Vereinigung für Datenschutz.

Israel/Palästina

Über die Vereinbarkeit des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser und Sicherheit für Israel diskutieren Amir Eshel (Israel, z.Zt. Hamburg), Fuad Zeidan (palästinensischer Augenarzt in Hamburg), Klaus Mellenthin (Mitglied des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises) und Lerke Scholing (Neue Gesellschaft).

28.2.94, 20 Uhr. Rothenbaumchaussee 19, Hamburg. Veranstalter: Die Neue Gesellschaft, Vereinigung für politische Bildung e.V.

Briefe aus den Konzentrationslagern

Hanne Hiob, engagierte Schauspielerin in der DDR wie der BRD, trägt letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer aus den Konzentrationslagern vor.

4.3.94, 20 Uhr. Bürgersaal-Galateaanlage, Wiesbaden-Biebrich. Veranstalter: Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V.

Lebenslange Freiheitsstrafe

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie veranstaltet eine öffentliche Anhörung zum Thema "Staatliches Gewaltmonopol, bürgerliche Sicherheit, lebenslange und zeitige Freiheitsstrafe". Im Mai 1993 hatte das Komitee die immer wieder vorgebrachten Begründungen für die lebenslange Freiheitsstrafe in einer öffentlichen Anhörung untersucht und als nicht tragfähig bewertet. In der jetzigen zweiten Anhörung sollen die tieferen Gründe für die Beibehaltung der lebenslangen Strafe im Kontext des staatlichen Gewaltmonopols geprüft werden. Referenten sind u.a. Fritz Sack, Wolfgang Stangl, Karen Bagge, Wolf-Dieter Narr und Karl F. Schumann. An einer die Veranstaltung beschließenden Podiumsdiskussion "Die Abschaffung der lebenslangen und die Zurückdrängung der zeitigen Freiheitsstrafe" werden sich Iring Fetscher, Wolfgang Greive, Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), Helmut Simon und Johannes Sinder (SPD-MdB) beteiligen.

4.-6.3.94, Bonn. Programm und Anmeldungsunterlagen über: Komitee für Grundrechte, Zweigbüro Köln, Bismarckstr. 40.

39. Haftbefehl gegen Birgit Hogefeld

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/birgit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:birgit

Nachdem die Verfahren gegen die des Todesschusses verdächtigten GSG-9 Beamten eingestellt wurden und der Tod von Wolfgang Grams in alter Stammheim-Manier als Selbstmord deklariert worden ist, legt die Bundesanwaltschaft - vom wissenschaftlichen Dienst der Züricher Stadtpolizei befreit von allen rechtsstaatlichen Zweifeln an der Seriösität ihrer ausführenden Organe - jetzt noch einmal nach. Gegen Birgit Hogefeld wird der bestehende Haftbefehl auf Mord und sechsfachen Mordversuch sowie die Beteiligung an dem Anschlag auf Weiterstadt erweitert.

Das Konstrukt, mit dem die Bundesanwaltschaft eine Mittäterinnenschaft in Bad Kleinen behauptet (obwohl Birgit Hogefeld bei ihrer Festnahme weder, wie anfänglich fälschlich behauptet, geschossen hat, ja noch nicht einmal ihre Waffe gezogen hat), gründet sich einerseits darauf, daß sie bewaffnet war und andererseits auf der von der Bundesanwaltschaft behaupteten "gemeinschaftlichen Verabredung", sich einer Festnahme auch durch den Einsatz von Schußwaffen zu entziehen.

Die furchtbare Juristen-Logik der Bundesanwaltschaft: Da Wolfgang Grams die bereits vollzogene Überwältigung von Birgit Hogefeld nicht gesehen habe, muß von einem gemeinsamen Versuch zu fliehen ausgegangen werden. Damit soll Birgit Hogefeld zur aktiv Handelnden gemacht werden, für einen Zeitpunkt, als sie bereits gefesselt mit einer Kapuze über dem Kopf am Boden lag. Die Beteiligung an dem Anschlag auf den Weiterstädter Gefängnisbau schließt die Bundesanwaltschat aus Aussagen ihres Spitzels Klaus Steinmetz.

Wir berichten über die derzeitigen Haftbedingungen von Birgit Hogefeld und über alte und neue Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich, der den BRD-Behörden schon mehr als einmal aus der Klemme geholfen hat. Außerdem bringen wir ein kurzes Interview mit dem Rechtsanwalt der Eltern von Wolfgang Grams zu der Frage wie nach Sichtung der Akten und des Gutachtens juristisch weiter verfahren werden soll. Ab Seite 6

40. Quelldatei chile.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/chile.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:chile

Junge Freiheit

Mit großem Pomp feiern wollte die Neonazi-Zeitung Junge Freiheit ihren Start als Wochenzeitung. Die Feierlichkeit wurde ihr von AntifaschistInnen vermiest - das angekündigte wöchentliche Erscheinen mit einer Startauflage von angeblich 100.000 Exemplaren war nicht zu verhindern. Wir informieren über Inhalte, Macher und Interviewpartner dieses Naziorgans, das sich als Bindeglied zwischen Konservativen und Rechtsextremisten darstellt. Seite 9

Venezuela

Spätestens seit 1989 muß das "Modell Venezuela" als gescheitert gelten. Die durch den sinkenden Ölpreis forcierte Wirtschaftskrise führte zu Massenunruhen und Hungeraufständen. Auch die politische Stabilität ist dahin. Im vergangenen Jahr mußte Präsident Carlos Andrés Pérez zurücktreten. Sein Nachfolger, der christdemokratische Dissident und Populist Rafael Caldera, wird auch von Teilen der Linken unterstützt. Den Part der linken Opposition spielt "Causa R", die 22% der Stimmen erreichte. Seite 22

Chile

Die internationalen Medien feiern Chile als erfolgreiches Modell der Integration eines Landes der sog. Dritten Welt in den Welthandel. Zudem wird der Sieg des "Mitte-Links-Blocks" unter Frei als endgültige Abkehr von der Diktatur ausgegeben. Realität ist hingegen: Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung lebt im Elend; die Praktiken des Pinochet-Regimes - von der Folter bis zum politischen Mord - werden auch unter den vorgeblich demokratischen Regierungen fortgesetzt. Seite 22

41. BILD beleidigt - Edzard Reuter trifft Gregor Gysi

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/ezgar.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:ezgar

Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler Benz AG, bat um ein Gespräch mit Gregor Gysi, was ihm gewährt wurde. Davon wiederum bekam die BILD Wind und fragte bei der PDS-Bundestagsgruppe nach. Für diese antwortete der Pressesprecher Jürgen Reents in seiner bekannt satirischen Art. Das wiederum fand die BILD gar nicht witzig. Was BILD nicht erwähnt, ist, daß Edzard Reuter nicht nur Kapitalist ist, sondern auch Sohn des Ernst Reuter, der wiederum nicht nur bekannter Sozialdemokrat, sondern auch Delegierter auf dem Gründungskongreß der KPD war.

Ein Familientreffen also!

42. Quelldatei fort-s1.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/fort-s1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:fort-s1

Neue Gefahr von Osten?

Die "Sicherung" der Ostgrenze gegen Flüchtlinge und Asylsuchende

Das im Mai 1993 abgeschlossene Asyl-Abkommen zwischen Deutschland und Polen hat sich nach offizieller Auskunft beider Seiten "bewährt".

Aus polnischer Sicht heißt das: Die Befürchtung, daß Deutschland versuchen würde, Zigtausende Asylsuchende auf Polen abzuwälzen, hat sich bisher nicht bewahrheitet. Mit nur knapp 2.700 abgeschobenen Flüchtlingen blieb die Zahl weit unter dem Limit von 10.000, das die beiden Regierungen für das erste Jahr Laufzeit des Abkommens vereinbart hatten. Nur in 28 Fällen war zwischen beiden Staaten strittig, ob die BRD zur Abschiebung nach Polen berechtigt war. Man hatte auf eine sehr viel höhere Zahl von Streitfällen gefaßt sein müssen.

Aus deutscher Sicht bedeutet das Prädikat "bewährt": Das Ziel, die Gesamtzahl der in die BRD kommenden Flüchtlinge deutlich zu senken und damit den seit mehreren Jahren ansteigenden Trend zu brechen, wurde voll erreicht. Dazu hat selbstverständlich nur das Abkommen zwischen Bonn und Warschau, sondern mehr noch die drastische Verschlechterung des deutschen Asylrechts beigetragen.

In der ersten Jahreshälfte 1993 wurden in der BRD 225.000 Asylanträge gestellt, im zweiten Teil des Jahres nur noch knapp 100.000. Auf das ganze Jahr bezogen bedeutet das gegenüber 1992 einen Rückgang um 25 Prozent, während es von 1991 auf 1992 noch einen Anstieg um 71 Prozent gegeben hatte. Vergleicht man nur die zweite Jahreshälfte 1993 - also seit Inkrafttreten des neuen deutschen Asylrechts - mit dem gleichen Zeitraum 1992, so beträgt der Rückgang sogar über 60 Prozent. Bereits im Mai 1993 hatte sich die Trendwende abgezeichnet.

43. Quelldatei kmex.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/kmex.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:kmex

Trotz reicher Bodenschätze ist der Bundesstaat Chiapas der ärmste Mexikos. Die soziale Situation spiegelt sich unter anderem darin wieder, daß die häufigsten Todesursachen Darminfektionen, Unterernährung und Atemwegserkrankungen sind. Die breite Unterstützung für die "Zapatistische Nationale Befreiungsarmee" (EZLN), deren Ziele Arbeit, Land, Wohnungen, Essen und Gesundheitsfürsorge für die chiapanekische Bevölkerung sind, ist nicht verwunderlich.

Die, wie bisher dargestellt, völlig überraschende Offensive der EZLN erscheint in einem neuen Licht, erfährt man, daß sich schon seit den siebziger Jahren bewaffnete Organisationen bildeten. Die Ursprünge der EZLN und die sozialen Hintergründe in Chiapas:

Seite 21 und 22

44. Zeitbombe Armut

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/mex.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:mex

Trotz reicher Bodenschätze ist der Bundesstaat Chiapas der ärmste Mexikos. Die soziale Situation spiegelt sich unter anderem darin wieder, daß auf Grund medizinischer Unterversorgung die häufigsten Todesursachen Darminfektionen, Unterernährung und Atemwegserkrankungen sind. Vor diesem Hintergrund ist die breite Unterstützung der "Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee" (EZLN), deren Ziele Arbeit, Land, Wohnungen, Essen und Gesundheitsfürsorge für die chiapanekische Bevölkerung sind, nicht verwunderlich.

Die, wie bisher dargestellt, völlig überraschende Offensive der EZLN erscheint in einem neuen Licht, wenn man erfährt, daß sich schon seit den siebziger Jahren bewaffnete Organisationen bildeten. Die Ursprünge der EZLN, deren politisches Programm und die sozialen Hintergründe in Chiapas auf den Seiten 21 und 22.

45. Quelldatei reents.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/reents.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:reents

PDS/LL im Deutschen Bundestag,

Pressesprecher Jürgen Reents, Fax. 0228-1686604

Herrn Klaus Behling

- Ressort Politik -

BILD Neue Bundesländer

Bonn,12.1.94

Sehr geehrter Herr Behling,

Sie haben Herrn Dr. Gysi gestern per Fax einen Fragebogen zu seinem Treffen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Daimler Benz AG, Herrn Reuter, zugeschickt. Da Herr Dr. Gysi zur Zeit mit der Ausarbeitung eines Aufsatzes zum Thema "Der tendenzielle Fall der Prositrate im deutschen Journalismus" beschäftigt ist und Ihnen deswegen leider nicht selbst antworten kann, hat er mich gebeten, Sie entsprechend meines Kenntnisstandes zu informieren.

Das möchte ich hiermit gerne erledigt wissen:

1. Wann und wo fand das Treffen zwischen Herrn Gysi und Herrn Reuter statt?

Laut gregorianischem Kalender am Montag, 10.1.94, auf den Koordinaten 48'51" nördliche Breite und 9'15" östliche Länge

2. War es ein Vier-Augen-Treffen?

Von einem Augentreffen während des Gesprächs zwischen Herrn Dr. Gysi und Herrn Reuter ist mir nichts bekannt.

3. Wie lange dauerte die Begegnung?.

Exakt vom Beginn bis zum Ende des Gesprächs.

4. Auf wessen Initiative ist das Treffen zustandegekommen?

Wenn ich richtig verstanden habe, auf Initiative des Bundeskanzlers. Kann aber auch sein, daß ich mich verhört habe.

5. Wurden weitere Treffen zwischen Herrn Gysi und Herrn Reuter vereinbart? Für wann?

Schaun mer mal!

6. Was war Gegenstand des Gesprächs?

Um dies herauszufinden, wird vermutlich noch in den nächsten Wochen ein gemeinsamer Untersuchungsausschuß eingesetzt. Ich bitte um Verständnis, wenn ich den anstehenden Ermittlungen deswegen nicht vorgreifen möchte.

7. Welche konkreten Ergebnisse hatte das Treffen?

Vor allem: daß der Fragebogen, den die BILD-Redaktion unweigerlich daraufhin verschicken würde, mit der gebotenen Sorgfalt zu beantworten sei.

8. Nutzt die PDS derartige Kontakte, um sich politisch aufzuwerten?

Nein, die heimliche Absicht von Herrn Gysi war es im Gegenteil, Daimler Benz zu etwas mehr Aufmerksamkeit in den Medien zu verhelfen. Aber bitte nicht weitersagen.

In der Hoffnung, Ihren Erwartungen vollauf widersprochen zu haben, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

gez. Jürgen Reents

46. Nationalsozialdemokraten

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/spd.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:spd

Rechte Ableger in der SPD

"Hofgeismarer Kreis" nennt sich eine Truppe von jungen SPD-Mitgliedern, die für "die Bewahrung von deutscher Kultur und deutschen Werten" eintreten und gerne das Deutschlandlied in allen drei Strophen singen. Nur eine Runde von Sonderlingen? Immerhin fast zwei Jahre wirken sie nun schon als "nationale Plattform" in ihrer Partei, offenbar protegiert von einflußreichen SPD-Mitgliedern.

Gedeihen können solche Blüten nur auf dem ideologischen Humus einer insgesamt nach rechts rückenden Partei. Da wird vieles möglich. Der frühere Münchner Oberbürgermeister Kronawitter findet, daß es immer Sozialdemokraten waren, die sich für die Rechte der Armen stark gemacht hätten, um daraus die Schlußfolgerung zu ziehen: In der Asylfrage hat sich die Sozialdemokratie zu weit von den Nöten der kleinen Leute entfernt. Und der bei der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Bildungsarbeit in der SPD Verantwortliche meint, daß die Entspannungspolitik der siebziger Jahre das Ziel der Wiedervereinigung verraten hätte. Seite 12

47. Der V-Mann

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/spitzel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:spitzel

Bei der Kill-Fahndung in Bad Kleinen am 27.6.1993 verlor der Staatsapparat seine "Spitzenquelle" Klaus Steinmetz für weitere Einsätze. Was in der nachfolgenden Zeit an Vertuschungsaktionen nicht nur innerhalb und zwischen den verschiedenen Diensten der Staatsschutzbehörden, sondern vor allen Dingen auch gegenüber der Öffentlichkeit bekannt wurde, stellte selbst die gewagtesten Spekulationen über die Arbeitsweise dieser Apparate in den Schatten. Nicht genug damit, plötzlich wußte keiner der Verantwortlichen mehr so genau, wo Steinmetz sich mit wem oder in wessen Auftrag getroffen hatte. Hat Steinmetz nun über den geplanten Anschlag in Weiterstadt seine Auftraggeber informiert oder hat er nicht? Vieles wird im Dunkeln bleiben, weil die beteiligten Behörden die letzten sein werden, die bereit sind, Licht in die Finsternis zu bringen.
Ab Seite 8

48. Zwischen Null-

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/tarif.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:363:tarif

und Minusrunde

Der Ausflug der IG Chemie auf "tarifpolitisches Neuland" (einer ihrer Sprecher) hat Fakten geschaffen, an denen auch die Gewerkschaften anderer Branchen kaum vorbeikommen. Die von der IG Chemie gerühmte Ausweitung "betrieblicher Gestaltungsspielräume", eine Aushöhlung der üblichen Flächentarifverträge, stärkt vor allem die Position der Kapitalisten. In der Metallindustrie soll die minimale "Lohnerhöhung" des Chemie-Abschlusses, die realen Einkommensverlust bedeutet, noch einmal deutlich unterboten werden. Die Hoffnung der Beschäftigten, durch Einkommensverzicht eine Arbeitsplatzgarantie zu erkaufen, ist trügerisch. Bei VW, das mit dem Modell der Vier-Tage-Woche ohne Lohnausgleich Furore machte, wurden unmittelbar nach der Einigung Entlassungen nach dem 31.12.1995 angekündigt. Seite 5

49. Quelldatei spende.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak363/spende.htm · Quell-ID: akarchiv3:ak:363:spende

Spendenaktion für die Opfer von KZ-Menschen-Versuchen

"Kaninchen" wurden insgesamt 74 Frauen aus Polen von ihren Mitgefangenen im Frauen-KZ Ravensbrück genannt, an denen die Nazi-Verbrecher von August 1942 bis August 1943 medizinische Experimente vornahmen.

Bei diesen Frauen handelte es sich um polnische Widerstandskämpferinnen, zum größten Teil im Alter von 20 bis 30 Jahren. Zum Zeitpunkt der ersten an ihnen durchgeführten Verstümmelungen waren die beiden jüngsten Frauen 16 Jahre alt, die älteste war 45. Fast sämtlich waren sie nach Ravensbrück aus dem Gefängnis Lublin überstellt worden, wo sie - bereits zum Tode verurteilt - auf ihre Hinrichtung gewartet hatten.

Die Menschen-Experimente umfaßten zwei unterschiedliche Gruppen mit jeweils mehreren Versuchsreihen. Einer Gruppe von Frauen wurden an den Beinen größere Verletzungen beigebracht (großflächige Fleischwunden, Zertrümmerung von Knochen), um zu erproben, ob eine Behandlung mit Sulfonamiden ein Ersatz für chirurgische Eingriffe sein könne. Den Frauen der zweiten Gruppe wurden, ebenfalls an den Beinen, im Rahmen von Knochentransplantations- und Muskeltransplantations-Versuchen einzelne Knochen, Muskeln und/oder Nerven entnommen bzw. zertrennt, um sodann die Folgen dieser Maßnahmen zu beobachten und auszuwerten. Jede der Frauen war vier, fünf oder sechs der genannten Operationen ausgesetzt.

Leitung und Durchführung dieser Versuche lagen in den Händen von Prof. Dr. Karl Gebhard sowie seines Assistenten Dr. Fischer; beide wurden später in Nürnberg vor dem allierten Militärtribunal im sogenannten Ärzteprozeß zum Tode verurteilt. Die Sulfonamid-Experimente hatten für Gebhard den Sinn einer persönlichen Rehabilitierung: Gebhard hatte nämlich nach dem Attentat auf den stellvertretenden "Reichsprotektor von Böhmen und Mähren", Heydrich, am 27.5.1942 in Prag die Verantwortung für dessen gesundheitlichen Zustand übernommen. Als nach einwöchigen Bemühungen, Heydrichs Leben zu retten, dieser doch seinen Verletzungen erlag, sah sich Gebhard mit Vorwürfen Hitlers und Himmlers sowie von Hitlers Leibarzt Morell konfrontiert. Da Gebhard in vorhergehenden Auseinandersetzungen, die sich angesichts der hohen Verluste von SS und Wehrmacht an der "Ostfront" um den möglichen Einsatz von Sulfonamiden drehten, eine strikt ablehnende Haltung eingenommen hatte, sah er nun eine Chance, den Nachweis für die Untauglichkeit dieser Präparate durch die Experimente an den polnischen Frauen zu erbringen. (Zuvor schon hatte Hitler im Mai 1942 gebilligt, daß Häftlinge aus Konzentrationslagern und Gefängnissen für Menschenversuche benutzt werden können.) Gebhard konnte dann auch die Versuche mit dem Ergebnis beenden, daß der Einsatz von Sulfonamiden die Wundinfektion nicht aufhalten kann.

Die vom selben Personenkreis um Gebhard parallel durchgeführten Knochen- und Muskeltransplantationen hatten keine sachliche Verbindung zu den Sulfonamid-Experimenten, sondern waren vermutlich in Gebhards persönlichen Forschungsinteressen begründet.

Bei den Operationen selbst kamen fünf Frauen ums Leben, zwei weitere starben an den unmittelbaren Folgen der Folter. Weitere sechs Frauen wurden hingerichtet. Von denen, die die Befreiung des Konzentrationslagers Ravensbrück erleben konnten, starben etliche bereits im Zeitraum von 1945 bis 1950.

Heute leben von den "Kaninchen" (diese Bezeichnung führten sie selber für sich fort) noch 29 Frauen, die älteste von ihnen ist jetzt 84 Jahre alt. Sie blicken auf ein Leben voller Schmerzen und Qualen zurück: sowohl, wie alle Folter-Opfer, in seelischer Hinsicht (in ihrem Fall noch ergänzt durch den speziellen Aspekt der völligen Entstellung ihrer Beine) als auch körperlicher Art. Die Entnahme oder Zerstörung von Bein-Knochen und -Muskeln bewirkte Verschiebungen im Knochengerüst mit der Folge von Knochen- und Gelenkabnutzungen im gesamten Körperbau und den damit verbundenen großen Schmerzen. Viele hatten darüber hinaus ihr Leben lang mit offenen Beinen zu kämpfen.

Zu Zeiten der realsozialistischen Volksrepublik Polen erhielten diese ehemaligen Widerstandskämpferinnen eine Zusatzrente. Wie für andere Schwerbeschädigte auch, galt für sie darüber hinaus ein Schwerbehinderten-Gesetz, das eine gewisse finanzielle Unterstützung sowie bestimmte medizinische

Angebote (beispielsweise den Besuch von Heilbädern) umfaßte. Davon ist im heutigen Polen nur noch die inzwischen viel zu geringe Behinderten-Rente übriggeblieben.

Ausgehend von der Initiative einer ehemaligen deutschen Ravensbrücker KZ-Insassin aus Westberlin fanden sich im letzten Jahr unter Beteiligung u.a. von Fachleuten aus der Gedenkstätte Ravensbrück mehrere Menschen zusammen, die versuchen, über sporadische Spenden hinaus eine umfassendere Hilfe für die noch lebenden Polinnen, die Opfer der Nazi-Menschenversuche wurden, aufzubauen (siehe den nebenstehenden Aufruf). Fast überflüssig zu erwähnen, daß die polnischen Frauen von seiten der BRD bis heute keine Entschädigungsleistungen erhalten haben.

Eine nicht unwesentliche Zahl von Spenden ging bisher aus der Gemeinde Fürstenberg ein, dem Ort, auf dessen Gebiet das ehemalige KZ Ravensbrück liegt und der im Sommer 1991 internationale Negativschlagzeilen machte, als Einwohner u.a. mit Straßenblockaden dagegen Front machten, daß der Bau eines Supermarktes auf ehemaligen KZ-Gelände nach Protesten eingestellt wurde. Die Lokalzeitungen Märkische Allgemeine und Granseer Zeitung berichten bislang regelmäßig über den Stand der Spendenaktionen. Die Berliner Bündnis 90/Grüne-Fraktion spendete einen Betrag und auf Initiative des SPD-Bundestagsabgeordneten Meckel (für kurze Zeit DDR-Außenminister) wird sich demnächst der Haushaltsausschuß des Bundestages mit dem Antrag befassen, für die noch lebenden Opfer der medizinischen Versuche in Ravensbrück jährlich 100.000 DM aus Bundesmitteln bereitzustellen - das ergäbe für jede der 29 Frauen einen Betrag von 300 DM monatlich. (Bei Bewilligung dieses Betrages müßten die herrschenden Politbürokraten freilich eine wichtige Hürde umschiffen: Es müßte juristisch wasserfest sein, daß bei den Menschen-Versuchen von Ravensbrück eine spezielle Einmaligkeit gegeben ist, weil andernfalls die "Gefahr" bestünde, daß weitere Opfer medizinischer Experimente im nationalsozialistischen Deutschland Entschädigungen verlangen könnten.)

300 DM monatlich für jede der Frauen - etwas höhere Beträge stehen dem genannten Unterstützungskreis derzeit auch zur Verfügung. Das reicht gerade mal dazu, den 29 Frauen ihr Leben mit qualitativ etwas hochwertigeren Dingen des täglichen Bedarfs zu erleichtern. Die Initiatorinnen und Initiatoren wollen aber mehr erreichen. Ihr Ziel ist es, eine angemessene medizinische Betreuung und Versorgung auf die Beine zu stellen. Hierfür sind zwei wichtige Vorhaben ins Auge gefaßt: Ein Benefiz-Konzert der Berliner Philharmoniker soll das Startkapital für die Einrichtung einer speziell auf die Bedürfnisse der 29 Frauen ausgerichteten Abteilung in einer Warschauer Klinik erbringen. Zusätzlich will die Berliner Ärztekammer (bundesweit die einzige, die eine nicht-reaktionäre Mehrheit hat) einen 14 tägigen Aufenthalt zweier Spezialisten aus dem Berliner Zentrum für Folter-Opfer (ein Internist und ein Psychologe) sowie eines auf Knochen- und Gelenkerkrankungen spezialisierten Arztes in Warschau finanzieren, damit diese dort polnischen Ärzten Hinweise für die Behandlung der Frauen geben können.

Ist auf diese Weise eine Grundlage für eine bessere medizinische Betreuung geschaffen, dann können die Spenden gezielter als bisher für Medikamente und medizinische Geräte verwendet werden. Darüber hinaus sollen später (vorausgesetzt, der Bundestag bewilligt die erwähnten jährlichen 100.000 DM) die gesammelten Gelder vorrangig für Brillen, Zahnersatz, Taxi-Fahrten zum Arzt, vom Schneider angefertigte Kleider und ähnliches ausgegeben werden.

Der Unterstützungskreis steht in direktem Kontakt zu den 29 polnischen Frauen und ihren Angehörigen. Zwei Töchter sind Ärztinnen, zwei sind Pharmazeutinnen.

J./Westberlin

Kasten: (vielleicht in Dok.-Schrift?)

Wir unterstützen Frauen in Polen, die Opfer medizinischer Versuche im KZ Ravensbrück waren

An über 70 polnischen Frauen wurden 1943/44 in Ravensbrück medizinische Experimente durchgeführt. Unter der Leitung von Dr. Gebhard, damaliger Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, wurde die Wirkung von Sulfonamiden getestet - die Verhinderung von Infektionen bei verwundeten Soldaten war das Ziel. Es wurden Versuche zur Regeneration von Knochen, Muskeln, Nerven, Sehnen bei Transplantationen, Verletzungen und Verstümmelungen durchgeführt. 74 junge und gesunde Frauen aus dem polnischen Widerstand, als politische

Gefangene in Ravensbrück inhaftiert, wurden für eine oder mehrere Versuchsreihen mißhandelt. Die Frauen leiden heute unter sehr starken gesundheitlichen Folgeschäden.

Im früheren Polen bekamen diese Frauen als Opfer des Faschismus eine Zusatzrente und eine angemessene medizinische Versorgung. Nun, nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruchs Polens, fallen diese Leistungen weg. Hinzu kommt, daß die Frauen auf Grund ihrer schweren gesundheitlichen Schäden medizinische Versorgung und Medikamente benötigen. Diese sind nur gegen Devisen zu haben und - das zeigt beispielhaft den Zynismus deutscher Geschichte - oft deutsche Produkte.

Wir wollen versuchen, diesen Frauen unbürokratisch und effektiv das Nötigste an Unterstützung auf der Basis einer Spendenkampagne zu gewährleisten.

Wir sammeln Medikamente und medizinische Hilfsmittel.

Wir sammeln Geld für spezielle medizinische Behandlungen und Medikamente, für Kuraufenthalte und für Lebensmittelpakete.

Neben einmaligen Spenden sind es Daueraufträge, egal in welcher Höhe, die eine kontinuierliche Unterstützung gewährleisten.

Es leben noch 29 Frauen in Polen, die Hilfe benötigen!

Unterstützungskreis für die Frauen in Polen, die die medizinischen Versuche im KZ Ravensbrück überlebten

Spendenkonto: Initiative für polnische KZ-Versuchsopfer; gegründet von deutschen Häftlingsfrauen aus Ravensbrück und den Mitarbeitern der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Konto-Nr.: 43008770, Sparkasse Fürstenberg (BLZ 16051952).